

FLÜGEL IN DER SPD

HISTORISCHER ABRISS DER FLÜGELBILDUNG IN DER DEUTSCHEN
SOZIALDEMOKRATIE (UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DES
LINKEN FLÜGELS)

DARSTELLUNG UND KRITIK VON TYPOLOGIEN DER FLÜGEL
IN DER SPD

TYPLOGIE DER FLÜGEL IN DER SPD AUF DER GRUNDLAGE
EINER INHALTSANALYSE

Schriftliche Hausarbeit zur Erlangung des
akademischen Grades eines Magister Artium
am Fachbereich Sozialwissenschaften der
Ludwig-Maximilians-Universität München.

vorgelegt von

Ernst Wolowicz

Referent: Prof. Dr. Kurt Sontheimer

München 1978

<u>Inhalt</u>	Seite
Vorwort	5
1. Historischer Abriß der Flügelbildung in der deutschen Sozialdemokratie (unter besonderer Berücksichtigung des linken Flügels)	7
1.1. Der Einfluß der politischen Theorien von Lassalle und Marx auf die deutsche Arbeiterbewegung	7
1.2. Die Durchsetzung des Marxismus in der Sozialdemokratie in der Zeit der Sozialistengesetze	8
1.3. Die Revisionismus- und Massenstreikdebatten als Ausdruck der Differenzierung der Sozialdemokratie in drei Flügel (Revisionisten, Marxistischen Zentrum und Linke Radikale)	10
1.4. Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung als Folge des 1. Weltkrieges	18
1.5. Die SPD in der Weimarer Republik (unter besonderer Berücksichtigung des linken Flügels)	20
1.6. Die Sozialdemokratie in der Zeit des NS-Regimes	24
1.7. Der Wiederaufbau der SPD 1945 -1949	25
1.8. Der Weg zum Godesberger Programm - die Konzeption der "Parteireformer", der "Traditionalisten" und der "Marxisten"	27
1.9. Die Schwäche der Linken in der SPD nach der Verabschiedung des Godesberger Programms	31
1.10. Das Wiedererstarken des linken Parteiflügels nach 1966 und dessen innere Differenzierung	32
2. Darstellung und Kritik von Typologien der Flügel in der SPD	34
2.1. Darstellung von Typologien der Flügel in der SPD	
2.1.1. Darstellung der Typologien sozialdemokratischer Autoren	34
2.1.2. Darstellung der Typologien marxistisch-leninistischer Autoren	39
2.1.3. Darstellung der Typologien liberaler und konservativer Autoren	41
2.2. Kritik der vorhandenen Typologien der Flügel in der SPD	43

2.2.1.	Kritik der Typologien sozialdemokratischer Autoren	43
2.2.2.	Kritik der Typologien marxistisch-leninistischer Autoren	46
2.2.3.	Kritik der Typologien liberaler und konservativer Autoren	47
2.2.4.	Abschließende Bewertung der Typologien	48
3.	Typologie der Flügel in der SPD auf der Grundlage einer Inhaltsanalyse	49
3.1.	Einleitung: Begründung der Einteilung in drei Flügel, Erkenntnisinteresse und methodisches Vorgehen	49
3.2.	Die politische Theorie der gemäßigten Sozialdemokraten	54
3.2.1.	Analyse der bestehenden Gesellschaft	
3.2.1.1.	Analyse des politischen Systems	
3.2.1.2.	Analyse des ökonomischen Systems	
3.2.2.	Beschreibung der Ziele des demokratischen Sozialismus	
3.2.2.1.	Ziele im gesamtgesellschaftlichen und im politischen Bereich	
3.2.2.2.	Ziele im ökonomischen Bereich	
3.2.2.3.	Begründung der Ziele	
3.2.2.4.	Abgrenzung zu Zielen anderer Parteien	
3.2.3.	Strategie zur Durchsetzung der Ziele	
3.2.3.1.	Reformstrategie	
3.2.3.2.	Verbindung der Arbeit im Parlament mit der Arbeit außerhalb des Parlaments	
3.2.3.3.	Die Rolle der Partei	
3.2.3.4.	Bündnispartner	
3.2.3.5.	Gegner des demokratischen Sozialismus	
3.2.3.6.	Innerparteiliche Gegner	
3.3.	Die politische Theorie der reformistischen Sozialdemokraten Untergliederung analog zu 3.2.	73
3.4.	Die politische Theorie der marxistischen Sozialdemokraten Untergliederung analog zu 3.2.	93

	Seite
3.5. Thesenartige Darstellung der Grundelemente der politischen Theorien der drei Flügel in der SPD Untergliederung analog zu 3.2.	109
Anmerkungen	117
Literaturverzeichnis	129

Vorwort

Die gegenwärtige Theoriediskussion und die Existenz von Flügeln in der SPD ist nur vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie verständlich.

Im ersten Kapitel wird daher ein Überblick über die Geschichte der Flügelbildung in der SPD gegeben. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf der Darstellung der Entwicklung des linken Flügels, vor allem in der Zeit der Weimarer Republik und in den 50'ern Jahren, da die Geschichtsschreibung bisher fast nur die Entwicklung des in der SPD spätestens seit 1917 dominierenden rechten Flügels untersucht hat. Die Revisionismus- und Massenstreikdebatte wird deshalb so ausführlich dargestellt, da ich deren Hauptthemen (Analyse der ökonomischen Entwicklung, Staatstheorie, Bündiskonzeption, Reformstrategie, Begründung der Ziele, Inhalt der Ziele) als Paradigma der seitherigen Theoriediskussion in der SPD betrachte.^{/1/} Die theoretische Grundlage für die Differenzierung der SPD in einen rechten und einen linken Flügel sehe ich in der unterschiedlichen Einschätzung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie. Dem rechten Flügel ging und geht es in erster Linie um die Herstellung und später um den Ausbau der Demokratie im staatlichen Bereich. Durch die Beteiligung der SPD an der politischen Macht soll mithilfe des Staates durch soziale und demokratische Reformen die Qualität der Gesellschaft schrittweise verbessert werden, wobei ein Primat der Politik über die Wirtschaft die Grundlage bildet. Dem linken Flügel ging und geht es in erster Linie um die Veränderung der ökonomischen Basis der Gesellschaft, da darin die entscheidende Grundlage für die Durchsetzung sozialistischer Ziele gesehen wird. Die "Doppelstruktur" der SPD beruht also auf dem Gegensatz der Staatstheorien in der Tradition von Lassalle einerseits und der Staatstheorie von Marx andererseits, wobei in der heutigen SPD sich der linke Flügel dadurch differenziert, daß ein Teil die Staatstheorie von Heller und Habermas/Offe z.T. rezipiert hat, während ein anderer Teil an der marxistischen Staatstheorie uneingeschränkt festhält.^{/2/}

Im zweiten Kapitel werden Typologien der Flügel in der gegenwärtigen SPD von Autoren, die die unterschiedlichsten politischen Richtungen innerhalb und außerhalb der SPD repräsentieren, dargestellt. Der Hauptmangel dieser Typologien besteht meiner Meinung nach meist darin, daß die Einteilung der SPD in verschiedene Flügel in der Regel auf den politischen Urteilen bzw. Vorurteilen der Autoren beruht und nicht auf einer systematischen Analyse der Hauptthemen der Theoriediskussion in der SPD.

Im dritten Kapitel unternehme ich den Versuch eine Typologie der Flügel in der SPD zu entwerfen, die auf einer systematischen Inhaltsanalyse der politischen Schriften der Hauptrepräsentanten der Flügel basiert. Die Grundkategorien für die Analyse dieser Texte bilden die Themen, die die Theoriediskussion in der SPD spätestens seit der Revisionismusdebatte beherrschen. Die Staatsauffassung bildet nach meiner Ansicht die signifikanteste Variable, um Flügel in der SPD zu unterscheiden: Die gemäßigten Sozialdemokraten betrachten den bestehenden Staat als Institution, die als Rechts- und Sozialstaat die Aufgabe hat unabhängig vom Einfluß einer bestimmten sozialen Gruppe das Gemeinwohl anzustreben. Die bestehende Wirtschaftsordnung stellt nach Ansicht der gemäßigten Sozialdemokraten kein entscheidendes Hindernis für die Verwirklichung sozialer und demokratischer Reformen über den Staat dar. Die reformistischen Sozialdemokraten erkennen zwar einerseits die Abhängigkeit des Staates von seiner ihrer Meinung nach weiterhin kapitalistischen Basis an, betrachten das staatliche Handeln aber als ambivalent, da es das Produkt eines Klassenkompromisses ist und die Dialektik von Lohnarbeit und Kapital widerspiegelt und daher nicht durch und durch kapitaldeterminiert ist. Bei einer Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses zugunsten der Lohnabhängigen halten sie es für möglich den bestehenden Staat, ohne vorheilige Veränderung der Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln,

als Instrument zu benutzen, um schrittweise sozialdemokratische Ziele durchzusetzen. Die marxistischen Sozialdemokraten stützen sich auf die orthodoxe marxistische Staatstheorie, die im kapitalistischen Staat, unabhängig von der Staatsform, den "ideellen Gesamtkapitalisten" sieht, mit dem die sozialistischen Ziele nicht realisierbar sind, da das staatliche Handeln durch die bestehenden Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln determiniert ist. Die sozialdemokratischen Ziele sind ihrer Meinung nach nur durch eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse in Form der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, die gleichzeitig durch das Überschreiten der "Systemgrenze" das Wesen des Staates verändert, voll durchsetzbar. Die Differenzen zwischen den drei Flügeln lassen sich stark vereinfacht und überpointiert so auf ihren Kern reduzieren: Die gemäßigten Sozialdemokraten halten das Primat der Politik über ihre ökonomische Basis bereits für weitgehend gegeben; die reformistischen Sozialdemokraten wollen es durch eine schrittweise Ausdehnung der Macht des Staates erst herstellen, während die marxistischen Sozialdemokraten in der Veränderung der ökonomischen Basis, die dann den Charakter des Staates umgestaltet, den wichtigsten Hebel zur Realisierung der sozialdemokratischen Ziele sehen. Die Unterschiede in der Begründung und der Beschreibung der sozialdemokratischen Ziele, sowie in der Strategie zur Erreichung dieser Ziele, die im dritten Kapitel ausführlich dargestellt werden, lassen sich meiner Meinung nach auf diese unterschiedliche Einschätzung des Verhältnisses von Politik/Recht und Ökonomie/Gesellschaft zurückführen./3/ Unter "Flügel" werden in dieser Arbeit Richtungsgruppierungen verstanden, die nicht notwendigerweise feste organisatorische Strukturen, die zur Fraktionsbildung führen, aufweisen müssen. Das Kriterium für die Verwendung des Begriffes "Flügel" besteht also in der Existenz von unterschiedlichen politischen Theorien und Strategien innerhalb einer Partei, die allerdings das Bestehen eines Grundkonsenses aller Parteimitglieder zur Voraussetzung hat, da sonst eine Parteispaltung unvermeidbar ist./4/

Kapitel 1:

Historischer Abriß der Flügelbildung in der deutschen SozialdemokratieKapitel 1.1.: Der Einfluß der politischen Theorien von Lassalle und Marx auf die deutsche Arbeiterbewegung

Die ersten parteipolitischen Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung wurden in ihrer Programmatik weitgehend von den politischen Theorien von Ferdinand Lassalle und Karl Marx geprägt /1/.

1863 wurde als erste deutsche Arbeiterpartei in Leipzig unter der Führung von Lassalle der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) gegründet. Die politische Theorie Lassalles und wegen seiner dominierenden Rolle in dieser Partei auch die des ADAV unterscheidet sich in drei wesentlichen Punkten von der politischen Konzeption von Marx und Engels: /2/

1. Lassalle betrachtet den Staat nicht als Instrument der Herrschaft einer Klasse, sondern weist dem Staat - in der Tradition der idealistischen Theorie Hegels und Fichtes stehend - eine kulturfördernde und Gerechtigkeit garantierende Funktion zu. Aufgabe der Arbeiterbewegung ist es deshalb die politische Emanzipation durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts zu erkämpfen und nach der Erringung der Mehrheit im Parlament den Staat im Sinne seiner wahren Aufgabe schrittweise umzugestalten.

2. Lassalle geht in seiner ökonomischen Theorie vom Malthus'schen "ehernen Lohngesetz" aus, das die These enthält, daß Lohnerhöhungen nur die Folge haben die Geburtenrate der Arbeiterklasse zu erhöhen, damit die "industrielle Reservearmee" zu vergrößern und somit den Lohn wieder zu senken. Er hält daher den ökonomischen Kampf der Gewerkschaften im Gegensatz zu Marx für sinnlos.

3. Aus der politischen und ökonomischen Theorie Lassalles folgt eine andere politische Strategie als bei Marx. Aufgrund seiner Staatstheorie hält er es für möglich, daß der preußische Staat die Gründung von Produktivgenossenschaften der Arbeiter unterstützen könnte, um deren soziale Lage zu verbessern. Marx schätzt diese Strategie als illusionär ein, da er im preußischen Staat nur ein Instrument der Herrschaft des Großgrundbesitzes und des Bürgertums sieht. Als politischen Bündnispartner der Arbeiterklasse betrachtet Lassalle im Gegensatz zu Marx nicht das liberale Bürgertum, sondern wegen des Nachgebens der Nationalliberalen gegenüber Bismarck die Interessenvertreter des Großgrundbesitzes, die Konservativen. Nach dem Tode Lassalles setzte sich im ADAV die Auffassung durch, daß alle Schichten außer der Arbeiterklasse nur eine "reaktionäre Masse" darstellten und sich daher jegliche Bündnispolitik erübrige. Der von Marx und Engels beeinflusste Flügel der deutschen Arbeiterbewegung arbeitete zunächst im Rahmen der liberalen Arbeiterbildungsvereine und erkannte erst spät die Notwendigkeit der Gründung einer eigenständigen Arbeiterpartei. 1869 wurde in Eisenach unter der Führung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht die Sozialdemokratische Arbeiterpartei gegründet. Das Eisenacher Programm /3/ spiegelt die inhomogene politische Theorie dieser Partei wider. Es enthält einerseits die marxistischen Grundforderungen der Brechung der Klassenherrschaft des Bürgertums und der Überwindung der Existenz von Klassen und des Lohnsystems, andererseits die Lassalle'schen Postulate nach Einrichtung eines "freien Volksstaates" und nach Gründung von Produktivgenossenschaften der Arbeiter mit Hilfe des bestehenden Staates. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei ist daher nach meiner Einschätzung weder die konsequent marxistische

Partei der Arbeiterklasse, wie sie in der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung dargestellt wird /4/, noch bloß eine "andere Ausgabe" des ADAV, die sich inhaltlich nur in der nationalen Frage (Großdeutsche oder kleindeutsche Lösung) von diesem unterscheidet, wie Grebing behauptet. /5/. Die Eisenacher Partei enthielt in ihrer politischen Theorie ein Konglomerat aus Marx'schen und Lassalle'schen Ideen /6/. Dies geht auch aus der ersten größeren politischen Abhandlung Bebel's "Unsere Ziele" aus dem Jahre 1869 hervor, in der er den Interessenten der wissenschaftlichen Theorie des Sozialismus gleichermaßen die Lektüre der Werke von Marx/Engels und von Lassalle empfiehlt /7/.

Die beiden deutschen Arbeiterparteien beschloßen 1875 wegen des zunehmenden politischen Drucks der Reichsregierung und des Strebens der Parteimitglieder nach gemeinsamen Widerstand dagegen Verhandlungen über eine Vereinigung aufzunehmen. Auf dem Gothaer Parteitag schlossen sich die beiden Parteien zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zusammen. Das beschlossene Gothaer Programm stellt einen Kompromiß zwischen beiden Gruppierungen dar, ist aber stärker von der Theorie Lassalles beeinflusst als von der Marx'.

Es enthält die Lassalle'schen Forderungen der Gründung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe, der Brechung des "ehernen Lohngesetzes" und der Errichtung des "freien Volksstaates". Es lehnt Bündnisse mit dem liberalen Bürgertum ab, da alle Schichten außerhalb der Arbeiterklasse nur eine "reaktionäre Masse" seien. Der Theorie von Marx ist nur die Prognose des zunehmenden Konzentrationsprozesses in der Wirtschaft entnommen und die Forderung nach Aufhebung der Lohnarbeit /8/.

Wegen der Dominanz des Lassalle'schen Gedankengutes kritisierte Marx in seinem Aufsatz "Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei" das Gothaer Programm heftig. Er bemängelt folgende Punkte: 1. Die Übernahme der idealistischen Staatstheorie Lassalles; 2. Die pauschale Bezeichnung aller Nicht-Lohnabhängigen als reaktionäre Masse; 3. Die Verwendung der Theorie des "ehernen Lohngesetzes"; 4. Die Forderung nach Einrichtung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe; 5. Das Fehlen der Forderung nach einer demokratischen Republik. /9/

Kapitel 1.2.: Die Durchsetzung des Marxismus in der Sozialdemokratie in der Zeit der Sozialistengesetze

Das "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" vom 21.10.1878 führte zum Verbot der meisten sozialdemokratischen Organisationen und damit auch der Sozialistischen

Arbeiterpartei Deutschlands, deren Organisation jedoch durch illegale Arbeit aufrechterhalten wurde. Die Sozialistengesetze bewirkten eine Radikalisierung der Sozialdemokratie. Die Lassalle'sche Staatstheorie wurde durch die Marx'sche ersetzt. Der Wydener Parteitag der SAPD 1880 beschloß einstimmig die Streichung des Wortes gesetzlich in dem Passus des Gothaer Programmes, der erklärt, daß die SAPD ihre Ziele mit allen "gesetzlichen Mitteln" anstrebe. In Übereinstimmung mit Marx und Engels lehnte der Parteivorstand jedoch gewaltsamen Widerstand gegen die Sozialistengesetze ab. Eine Gruppierung um Most und Hasselmann, die den gewaltsamen Widerstand propagierte, wurde daher aus der Partei ausgeschlossen. Mit der Verbreitung der Schrift Engels' "Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft" und des Buches Bebel's "Die Frau und der Sozialismus" begann in der SAPD die Rezeption der Politischen Ökonomie von Marx und Engels, die bis dahin der Mehrheit der Parteimitglieder unbe-

unbekannt war. Für die Verankerung der marxistischen Theorie bei den Parteifunktionären sorgten vor allem die beiden theoretischen Zeitschriften der Partei "Neue Zeit" (Herausgeber: Kautsky) und "Der Sozialdemokrat" (Herausgeber: Bernstein).

Neben dieser Rezeption des Marxismus gab es in der Partei jedoch bereits früh Tendenzen, die man in der Regel als Vorboten des Revisionismusstreits bezeichnet. 1878 wurde in einem Artikel von Höchberg/Schramm die Forderung nach einem Bündnis mit dem Bürgertum in der Außenpolitik erhoben. Dieser Artikel wurde vom Parteivorstand scharf kritisiert, da eine Unterstützung der imperialistischen Außenpolitik abgelehnt wurde. 1884/85 waren Teile der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unter bestimmten Bedingungen bereit für die Dampfersubventionsvorlage zu stimmen und damit gegen das Prinzip der Parlamentsarbeit der Sozialdemokratie "Diesem System, keinen Mann, keinen Groschen" zu verstoßen. Die Reichstagsfraktion wies wegen des Fehlens von Diäten eine völlig andere Sozialstruktur als die Partei auf und in ihr zeigten sich früh Bestrebungen die Parlamentsarbeit als Schwerpunkt der sozialdemokratischen Politik aufzufassen und den Wert außerparlamentarischer Massenaktionen geringzuschätzen. Wegen des ständigen Wachstums der Industriearbeiterschaft nahm die Zahl der Mitglieder und Wähler der SDAP in der Zeit der Sozialistengesetze stark zu.

Aufgrund von Differenzen zwischen den "bürgerlichen" Parteien wurden die Sozialistengesetze 1890 nicht mehr verlängert. Die sozialdemokratischen Organisationen wurden wieder legal. Eine kleine Minderheit in der Partei lehnte die Umstellung auf die legale Arbeit ab und forderte dazu auf sich nicht mehr an den Reichstagswahlen zu beteiligen. Diese Gruppe, die wegen ihrer altersmäßigen Zusammensetzung "Die Jungen" genannt wurde, wurde auf dem Parteitag 1890 in Halle, ähnlich wie 10 Jahre zuvor die anarchistische Gruppe um Most und Hasselmann, aus der Partei ausgeschlossen. Diese Gruppe gründete nach ihrem Ausschluß die "Partei der unabhängigen Sozialisten", die sich jedoch binnen kürzester Zeit auflöste /10/.

Das 1891 in Erfurt verabschiedete Programm der sich nunmehr als Sozialdemokratische Partei Deutschlands bezeichnenden Partei dokumentiert die Durchsetzung des Marxismus in der Programmatik der deutschen Arbeiterbewegung. Es ist frei von Vorstellungen, die auf Lassalle zurückgehen. Es analysiert den zunehmenden Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie und die zunehmende Konzentration des Kapitals und fordert die politische Machtergreifung durch die Arbeiterklasse, die Sozialisierung der Produktionsmittel und den Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft. Der analytische Teil und die Grundforderungen wurden von Engels und Kautsky verfasst, die Forderungen, die bereits im Rahmen einer kapitalistischen Gesellschaft realisierbar sind wie allgemeines Wahlrecht und Arbeiterschutzgesetze wurden von Bernstein formuliert, der zu dieser Zeit noch orthodoxer Marxist war. Wegen der Teilung des Erfurter Programms in einen analytischen Teil und in einen Teil, der im Rahmen des Kapitalismus realisierbare Forderungen enthält, sehen viele Historiker das Programm als von einem Widerspruch zwischen marxistischer Theorie und reformistischen Forderungen gekennzeichnet /11/. Abendroth betrachtet das Programm hingegen als Ausdruck einer dialektischen Einheit von Endziel und Zwischenzielen: "So bilden beide Teile des Programms durchaus eine dialektische Einheit, keinen inneren Gegensatz... Der theoretische Teil des Programms war das Gegengewicht, das in der Einheit des Gesamtprogramms dadurch, daß es die geistige Erziehung der Parteimitglieder anleitete, ihnen das Bewußtsein für ihre gesamte politische Tätigkeit gab. Einerseits bot es ihnen Schutz davor, sich auf bloß quantitative Veränderungen in der bestehenden Gesellschaft ohne Beseitigung ihres Klassencharakters beschränken zu wollen, aber andererseits verlieh es ihnen

195-157: 191

gerade damit auch die Kraft, das Ringen für ihre Tagesforderungen schon vor der qualitativen Veränderung der Lage, durch die Eroberung der politischen Macht, vor der objektiven Möglichkeit zu unmittelbar revolutionären Aktionen zu führen. Der praktische Teil hatte umgekehrt die Funktion, den theoretischen Teil davor zu bewahren, zum Glaubensbekenntnis einer politischen Glaubensgemeinschaft abzusinken, indem er für die Massen unmittelbar einsichtige Forderungen formulierte, für die sie aktuell mit Aussicht auf Erfolg eintreten konnten."/12/

AVS

ERNST WOLOWITZ: FLÜGELBILDUNG IN DER SPD MÜNCHEN 1978

Kapitel 1.3.: Die Revisionismus- und Massenstreikdebatten als Ausdruck der Differenzierung der Sozialdemokratie in drei Flügel (Revisionisten, Marxistisches Zentrum und Linke Radikale)/13/

Das Erfurter Programm wurde einstimmig verabschiedet. Doch die nächsten Jahre führten zu einer Spaltung der Sozialdemokratie in zunächst zwei, dann drei Flügel. Im Rahmen des Schwerpunktes dieser Arbeit kann der Inhalt der Revisionismus- und der Massenstreikdebatten nur skizziert werden. Die Ursachen der Entstehung des Revisionismus und der Linken Radikalen können nur angedeutet werden. Ich gebe zuerst einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Flügel bis 1914 und stelle dann die Struktur der drei Flügel und die politischen Theorien ihrer "Cheftheoretiker" in Thesenform dar./14/

Revisionistische Tendenzen zeigten sich vor allem in den süddeutschen Bezirken der SPD. Bereits 1891 sprach sich der Führer der bayerischen Sozialdemokraten von Vollmar in seinen "El Dorado"-Reden für Bündnisse mit bürgerlichen Parteien in der Außenpolitik aus und legte 1894 ein Agrarprogramm vor, daß nicht von marxistischen Positionen ausging. Die süddeutschen Parteigliederungen hielten wegen des allgemeinen Wahlrechts in ihren Ländern im Gegensatz zur Lage in Preußen Bündnisse mit liberalen bürgerlichen Parteien für erstrebenswert. Deshalb stimmten die bayerische und die badische SPD-Landtagsfraktion 1894 und 1900 für das eingebrachte Budget. Sie verstießen damit gegen die Mehrheitsmeinung der Partei, die in der parlamentarischen Arbeit nur ein Agitationsforum gegen den bürgerlichen Staat sah, und wurden auf den Reichsparteitagen 1894 in Frankfurt und 1901 in Lübeck mit großer Mehrheit in Resolutionen scharf getadelt. Die theoretische Grundlage für diesen Flügel legte Bernstein in seinem 1899 erschienenen Buch "Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie" und in einer Reihe von Artikeln in den "Sozialistischen Monatsheften"./15/

Der Angriff auf die marxistische Programmatik der Partei war ein Angriff auf das Selbstverständnis der Parteifunktionäre, die meist Grundkenntnisse der Marx'schen Theorie erworben hatten und in ihr die Legitimationsgrundlage für ihre Tagesarbeit sahen. Der Versuch Bernsteins eine revisionistische Theorie zu entwerfen wurde deshalb als Attacke auf die altbewährte Strategie der Partei auf den Parteitagen in Hannover 1899 und Dresden 1903 mit überwältigender Mehrheit verurteilt. Selbst ein Teil der Revisionisten stimmte diesen Resolutionen zu. Dies ist nur vor dem Hintergrund der Unterscheidung zweier Tendenzen innerhalb der Revisionisten durch Kautsky verständlich: "Die revisionistische Bewegung der letzten Jahre ist nicht zu verstehen, wenn man nicht zwei Gruppen in ihr unterscheidet, die man vielleicht als theoretischen oder bewußten und praktischen oder unbewußten Revisionismus bezeichnen könnte."/16/ Auf den beiden Parteitagen stimmten nur die theoretisch bewußten

Revisionisten gegen die Resolutionen, während die praktischen Revisionisten zustimmten. Ein Vertreter dieser praktischen Revisionisten Ignaz Auer tadelte Bernstein für seine Bemühungen eine Theorie zu entwickeln in einem Brief mit den Worten: "Mein lieber Ede, das, was Du verlangst, so etwas beschließt man nicht, so etwas sagt man nicht, so etwas tut man!" /17/

Die hohen Abstimmungsniederlagen der theoretischen Revisionisten auf den Parteitage spiegeln das wahre Kräfteverhältnis innerhalb der Arbeiterbewegung nicht wider. Dies bewies die Massenstreikdebatte in den Jahren 1905/1906. Unter dem Eindruck der russischen Revolution 1905 und der erfolgreichen Generalstreiks in Belgien und Schweden zur Erreichung des allgemeinen Wahlrechts beschloß der Jenaer Parteitag der SPD 1905 zur Durchsetzung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen Massenstreiks zu initiieren. Der kurz darauf stattfindende Gewerkschaftskongress in Köln lehnte jedoch die Durchführung von Massenstreiks mit der Begründung ab, sie würden nur zu neuen Sozialistengesetzen und damit zur Gefährdung der legalen Existenz der Gewerkschaften und der SPD führen. Auf dem Mannheimer Parteitag 1906 bekräftigte die SPD zwar den Massenstreikbeschluß, jedoch mit dem alles relativierenden Zusatz, daß Voraussetzung für einen Massenstreik die Zustimmung durch die Gewerkschaften sei.

Die zweite Massenstreikdebatte wurde 1910 durch Pläne das Dreiklassenwahlrecht in Preußen zu ändern ausgelöst. Bei der Diskussion über die Strategie in dieser Frage zeigte sich erstmals, daß die Partei nicht nur in Marxisten und Revisionisten gespalten war, sondern durch die Differenzierung der Marxisten in das Marxistische Zentrum und die Linken Radikalen in drei Gruppierungen gegliedert war. Während die Linken Radikalen für die Durchführung von Massenstreiks zur Durchsetzung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts war, lehnte das Marxistische Zentrum unter Bebel und Kautsky dies ab, weil sie in ihr eine Gefahr für die Legalität der Partei und der Gewerkschaften sah. Die Revisionisten wollten durch Massenstreiks nicht das angestrebte Bündnis mit den Liberalen gefährden und lehnten sie deshalb ab. Auf dem Magdeburger Parteitag 1910 kam es jedoch in der Frage der Verurteilung der Bewilligung des Budgets durch die badische Landtagsfraktion zum letztenmal zu einem Bündnis von Marxistischem Zentrum und Linken Radikalen. Mit 68% der Stimmen wurde Abgeordneten, die Budgets in Zukunft billigen sollten, der Parteiausschluß angedroht. Auf dem nächsten Parteitag 1911 in Jena lehnten das Zentrum und die Revisionisten mit großer Mehrheit gemeinsam einen Antrag von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ab, der die liberalen Parteien in der Wahlrechtsfrage scharf kritisierte und Massenstreiks forderte. In den Jahren 1912/13 wurden die Linken Radikalen aus den Presseorganen der Partei hinausgedrängt. In diesem Zeitraum erfolgte die Differenzierung des Marxistischen Zentrums. Dessen linker Flügel lehnte die Bestrebungen im Reichstag die Politik der konsequenten Opposition gegen den bürgerlichen Staat aufzugeben ab, während dessen rechter Flügel unter der Führung von Kautsky diese anfangs nur von den Revisionisten befürwortete Strategie übernahm. Auf dem Parteitag 1913 in Jena stimmte deshalb der linke Flügel des Marxistischen Zentrums zusammen mit den wenigen Delegierten der Linken Radikalen für einen Antrag von Luxemburg und Liebknecht, der die Billigung der Deckungsvorlage durch die SPD-Reichtagsfraktion mißbilligte. Der Antrag wurde jedoch mit 336:140 Stimmen abgelehnt.

1913/14 lebte die Massenstreikdebatte wieder auf. Hier zeigte sich eine erstaunliche Frontenbildung. Nach Wahlrechtsverschlechterungen in Sachsen und Thüringen und nach Wahlniederlagen der SPD in süddeutschen Ländern, die ein Bündnis mit den Liberalen unmöglich machten, waren nunmehr auch die Revisionisten für die Durchführung von Massenstreiks zur Erreichung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Die Gewerkschaften und der rechte Flügel des Marxistischen

Zentrums lehnten dies mit der Begründung ab, daß dadurch die Legalität der Gewerkschaften und der Partei gefährdet würde.

Bei der Bewilligung der Kriegskredite im August 1914 ging die Mehrheit des Marxistischen Zentrums von dem Gedanken des Verteidigungskrieges gegen Russland aus und stimmte den Kriegskrediten nach einigem Zögern zu. Die Mehrheit der Revisionisten in der Reichtagsfraktion war von vornherein für die Zustimmung zu den Kriegskrediten, da sie durch diese "nationale Haltung" das Bürgertum von der Notwendigkeit der Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen überzeugen wollten. In der fraktionsinternen Abstimmung stimmten die Revisionisten und die Mehrheit des Marxistischen Zentrums für die Bewilligung der Kriegskredite (78 Abgeordnete), der linke Flügel des Zentrums und die Linken Radikalen dagegen (14 Abgeordnete).

Im folgenden werden die drei Flügel kurz charakterisiert. Die politischen Theorien der drei Flügel werden deshalb relativ ausführlich dargestellt, weil sie die Grundthemen der Theoriediskussion in der deutschen Sozialdemokratie widerspiegeln und auch als Paradigma für die gegenwärtige Diskussion in der SPD dienen können.

Die Revisionisten beherrschten seit den 90' er Jahren die süddeutschen Parteiorganisationen. In der preußischen Parteiorganisation waren sie in der Minderheit. In der Reichtagsfraktion waren sie erst seit den Wahlen im Jahre 1912 stärker vertreten. Ihr theoretisches Organ waren die 1897 gegründeten "Sozialistischen Monatshefte", die für die damalige Situation hohe Auflage von 4000 Stück hatte. Sie waren in den führenden Positionen der Gewerkschaften stark vertreten und dehnten ihren Einfluß in den Führungsgremien der SPD seit 1910 aus. In der innerparteilichen Auseinandersetzung betrieben die Revisionisten bereits früh eine aktive Fraktionierungsstrategie, da sie zunächst-zumindest auf den Parteitage- eine kleine Minderheit waren. Seit 1903 bestand ein Gesprächskreis unter der Leitung von Heine, Arons und Südekum. Vor allen Parteitage fanden seit 1903 "Sonderkonferenzen" statt, meist in Süddeutschland, auf denen das Absimmungsverhalten und die Vorgehensweise der Revisionisten abgesprochen wurde. /18/ Die Revisionisten kalkultierten im Gegensatz zu den Linken Radikalen vor 1914 die eventuelle Notwendigkeit der Parteispaltung ein. Der Führer der von den Revisionisten beherrschten badischen SPD Frank erklärte in einem Brief an von Vollmar 1912 zur bevorstehenden Auseinandersetzung mit dem Zentrum und den Linken Radikalen auf dem Parteitag in der Frage der abermaligen Zustimmung der badischen Landtagsfraktion zum Budget: "Wir Badener bleiben fest, es muß jetzt die Entscheidung fallen, selbst auf die Gefahr der Spaltung." 19 /Vor der fraktionsinternen Abstimmung über die Bewilligung der Kriegskredite war nach Auskunft des revisionistischen Abgeordneten Franz Schmitt entschlossen, falls die Fraktion diese Bewilligung mehrheitlich ablehnen sollte, sich der Fraktionsdisziplin im Reichstag nicht mehr zu beugen und notfalls auch eine Parteispaltung dafür in Kauf zu nehmen. /20/

Die politische Theorie des revisionistischen Parteiflügels kann im Rahmen dieser Arbeit nur in Thesenform dargestellt werden. Grundlage für diese Thesen sind die Schriften Eduard Bernsteins. Bernstein selbst verstand seine Theorie nicht als prinzipielle Ablehnung des Marxismus, sondern nur als Revision einzelner Elemente des Marxismus. Auf die Frage der Berechtigung der Kritik Bernsteins an der Theorie und Praxis der SPD und auf das Problem der Richtigkeit seiner Analyse der Situation in Deutschland kann hier nicht eingegangen werden. /21/

Die politische Theorie Bernsteins läßt sich thesenartig und damit notwendigerweise verkürzt so darstellen:

1. Die Annahme, daß der Kapitalismus in einer ökonomischen Krise, in der es dann zu einer politischen Revolution zur Machtübernahme der Arbeiterklasse kommt zusammenbrechen wird, ist falsch. Der Kapitalis-

hat die Krisenhaftigkeit seiner wirtschaftlichen Entwicklung weitestgehend überwunden. Bernstein bemerkt in seinem Hauptwerk "Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie" hierzu: "Es spricht somit eine große Wahrscheinlichkeit dafür, daß wir mit dem Fortschritt der wirtschaftlichen Entwicklung für gewöhnlich überhaupt nicht mehr mit Geschäftskrisen der bisherigen Art zu tun und alle Spekulationen auf solche als die Einleiter der großen gesellschaftlichen Umwälzung über Bord zu werfen haben werden." /22/ Die vom Marx prognostizierte Konzentration des Kapitals und die dadurch erfolgende zunehmende Polarisierung der Bevölkerung in die zwei Klassen der Lohnabhängigen und der Bourgeoisie ist nicht eingetreten. Im Gegenteil, die Zahl der Angehörigen der Mittelschichten nimmt stetig zu. /23/

2. Die Notwendigkeit des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaftsordnung erfolgt nicht zwangsläufig aus der ökonomischen Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft. Der Sozialismus ist nicht wissenschaftlich aus der Analyse des zunehmenden Widerspruchs zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen ableitbar, sondern ist nur aus ethischen Grundpostulaten heraus begründbar. Diese Grundpostulate wurden von den Revisionisten aus der Rezeption der neokantianischen "Marburger Schule" abgeleitet. /24/ Bernstein betrachtet die zwei Grundlagen der Marx'schen Theorie, die Werttheorie und die Dialektik, nicht als notwendige Grundlage einer sozialistischen Theorie und kritisiert sie teilweise. /25/

3. Es gibt keine feste Systemgrenze beim Übergang von einer kapitalistischen zu einer sozialistischen Gesellschaft. Der Übergang erfolgt fließend. Bernstein stimmt dem folgenden Zitat des Reichstagsabgeordneten Edmund Fischer voll zu: "Eine Grenze, wo die bürgerliche Gesellschaft aufhört und die sozialistische Gesellschaft beginnt, gibt es nicht. Wir leben in einer sogenannten bürgerlichen Gesellschaft, in der sich sozialistische Einrichtungen entwickeln. Wenn diese einmal eine gewisse Höhe erreicht oder das Übergewicht gewonnen haben, wird man sagen können: wir leben in einer sozialistischen Gesellschaft." /26/ Bernstein definiert die Kennzeichen einer sozialistischen Gesellschaft nicht mehr wie die Marxisten durch die Sozialisierung der Produktionsmittel und die Aufhebung der Klassen und gelangt dadurch zur Auffassung, daß im Rahmen der bestehenden Gesellschaft wesentliche Elemente des Sozialismus realisiert werden können: "Die stetige Erweiterung der gesellschaftlichen Pflichten, d.h. der Pflichten und korrespondierenden Rechte der Einzelnen gegen die Gesellschaft, und der Verpflichtung der Gesellschaft gegen die Einzelnen, die Ausdehnung des Aufsichtsrechts der in der Nation oder im Staat organisierten Gesellschaft über das Wirtschaftsleben, die Ausbildung der demokratischen Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz und die Erweiterung der Aufgaben dieser Verbände - alles das heißt für mich Entwicklung zum Sozialismus oder, wenn man will, stückweise vollzogene Verwirklichung des Sozialismus." /27/ Bernstein lehnt auch die Unterscheidung von bürgerlicher und proletarischer Demokratie und daher die Formel "Diktatur des Proletariats" ab. Er begreift Demokratie als Form des Willensbildungsprozesses in Form von freien allgemeinen und gleichen Wahlen, zu deren Definition man von den ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft abstrahieren muß. /28/

4. Der schrittweise Übergang zur sozialistischen Gesellschaftsordnung wird auf friedlichem Wege durch Reformen, die von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag allein oder mit Hilfe der liberalen Parteien durchgesetzt werden, erfolgen. Bernstein lehnt jede Spekulation auf eine Revolution der Arbeiterklasse ab. Er kritisiert das seiner Ansicht nach in der Marx'schen Theorie vorhandene revolutionäre Element, das auf die schöpferische Kraft der Revolution hoffe. /29/

5. Bei den bestehenden Kräfteverhältnissen können demokratische und

soziale Reformen im Reichstag nur durch ein Bündnis der Sozialdemokraten mit den Liberalen durchgesetzt werden. Bernstein sieht die Möglichkeit einer langfristigen Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Gruppen, die gemeinsame demokratische Überzeugungen zur Grundlage hat. Er betrachtet die Sozialdemokratie sogar als eigentliche Bewahrerin des liberalen Erbes: "Tatsächlich gibt es auch keinen liberalen Gedanken, der nicht auch zum Ideengehalt des Sozialismus gehört." /30/

6. Die Parlamentsarbeit darf jedoch nicht zum alleinigen Schwerpunkt der Arbeit der SPD werden. Außerparlamentarische Massenaktionen wie Streiks und Demonstrationen sind zur Durchsetzung von Zielen wie z.B. der Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen weiterhin erforderlich. /31/

7. Die Sozialdemokratische Partei ist von einem grundlegenden Widerspruch zwischen reformerischer Praxis und revolutionärer Theorie gekennzeichnet. Bernstein fordert seine Partei auf diesen Widerspruch durch eine reformerische Theorie zu überwinden: "Ihr Einfluß wird ein viel größerer sein, als er heute ist, wenn die Sozialdemokratie den Mut fände, sich von einer Phraseologie zu emanzipieren, die tatsächlich überlebt ist, und das scheinen zu wollen, was sie heute in Wirklichkeit ist, eine demokratisch-sozialistische Reformpartei." /32/

Das Marxistische Zentrum unter der Führung von Bebel und Kautsky kontrollierte die Parteiorganisation der Sozialdemokratie mit Ausnahme der süddeutschen Bezirke und stützte sich vor allem auf die SPD Preußens. Es stellte vor dem Ersten Weltkrieg die Mehrheit im Parteivorstand und in der Reichstagsfraktion. Es kontrollierte das theoretische Organ der Partei "Neue Zeit" und die Tageszeitung der Partei "Der Vorwärts". Innerhalb der Gewerkschaften war seine Position schwächer, da in ihnen bereits früh die "praktischen Revisionisten" dominierten. Das Marxistische Zentrum war von den drei Flügeln der Partei derjenige mit der größten Macht und dem größten Einfluß.

In der innerparteilichen Auseinandersetzung war sich das Zentrum bis 1912 mit den Linken Radikalen in der Ablehnung der Theorie Bernsteins und des Bestrebens der Revisionisten mit den Liberalen Bündnisse einzugehen vollkommen einig. Bebel und Kautsky sprachen sich wiederholt für Ausschlüsse von Revisionisten aus der Partei aus, vermieden aber fast immer die Einleitung von Parteiausschlußverfahren, da sie als deren Folge eine Parteispaltung durch die Revisionisten befürchteten. Bebel erklärte auf dem Magdeburger Parteitag 1910: "Aber ich denke, wir sind eine Partei von Sozialdemokraten und wenn Nationalliberale unter uns sind, dann müssen sie hinaus, sie können in der Partei nicht bleiben." /33/ Seit dem Beginn der zweiten Massenstreikdebatte änderte sich das innerparteiliche Feindbild, da das Zentrum im Gegensatz zu den Linken Radikalen Massenstreiks ablehnte und seit 1912 auch Bündnisse mit den Liberalen im Reichstag anstrebte. Kautsky war nunmehr der Meinung, "daß in der heutigen Zeit Exzesse nach links leichter möglich und gefährlicher sind als solche nach rechts." /34/

In der Frage des Massenstreiks und des Bündnisses mit den Liberalen zeichnete sich eine Teilung des Zentrums in zwei Gruppen ab. Der linke Flügel des Zentrums lehnte die Versuche mit den Liberalen Bündnisse einzugehen ab, war für die Durchführung von Massenstreiks zur Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts und stimmte 1914 in der fraktionsinternen Abstimmung gegen die Kriegskredite. Seine Führer waren der Parteivorsitzende Haase und der "Vorwärts"-Chefredakteur Ströbel. Seine lokalen Zentren waren Sachsen, Großberlin, Niederrhein, Hamburg und Bremen. Diese Gruppe bildete später den Kern der USPD.

/35/

Die politische Theorie des Marxistischen Zentrums richtete sich nach ihren eigenen Verständnis gleichermaßen gegen linke und rechte Abweichungen von der alten, bewährten Strategie und Programmatik der Partei. Kautsky verurteilte gleichermaßen die "staatsmännische Ungeduld" der Revisionisten und die "revolutionäre Ungeduld" der Radikalen Linken. /36/. In der politischen Praxis waren jedoch seit 1912 die Gemeinsamkeiten mit den Revisionisten größer als mit den Linken Radikalen. Groh charakterisiert die politische Konzeption des Zentrums treffend mit den drei Kategorien Praktizismus, Organisationspatriotismus und Elektionismus. /37/ Die politische Theorie des führenden Repräsentanten des Zentrums Karl Kautsky läßt sich so zusammenfassen (die Gliedungspunkte der Thesen sind analog zur Darstellung der Theorie Bernsteins zu betrachten):

1. Die kapitalistisch organisierte Wirtschaft kann das Auftreten von zyklischen Krisen nicht verhindern, da sie im Wesen des Kapitalismus ("Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise", Produktion ohne gesamtgesellschaftliche Planung) angelegt sind. Die Tendenz zur Konzentration des Kapitals nimmt ständig zu und vergrößert den Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital. Die Zahl der Mitglieder der selbständigen Mittelschichten wird im weiteren Verlauf der Entwicklung des Kapitalismus weiter abnehmen. /38/

2. Der Übergang zum Sozialismus wird notwendigerweise aus der immer stärker werdenden Polarisierung zwischen der zahlenmäßig immer kleiner werdenden Bourgeoisie und dem zahlenmäßig immer größer werdenden Proletariat, erfolgen. Die Notwendigkeit eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, ergibt sich also aus der wissenschaftlichen Analyse der zunehmenden Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft. Zu dieser wissenschaftlichen Analyse muß jedoch eine bewußte ethische Entscheidung kommen sich für die Errichtung einer neuen Gesellschaft einzusetzen, wobei diese Entscheidung wieder objektive Ursachen in der gesellschaftlichen Situation haben: "Die Konzentration des Kapitals stellt die historische Aufgabe: die Einführung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Sie produziert die Kräfte zur Lösung der Aufgabe, die Proletarier, und sie schafft die Mittel zur Lösung der Aufgabe, die gesellschaftliche Produktion, aber sie bringt nicht selbst die Lösung der Aufgabe. Diese kann nur aus dem Bewußtsein, dem Willen, dem Kampfe des Proletariats entspringen." /39/ Kautsky betrachtet die Dialektik und die Werttheorie als unverzichtbare Voraussetzungen des wissenschaftlichen Sozialismus. /40/

3. Es gibt keinen fließenden Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft wird durch die politische Macht der Arbeiterklasse und die Sozialisierung der Produktionsmittel definiert. Es setzt also einen Bruch mit der bestehenden Gesellschaft voraus. Eine wirkliche Demokratie erfordert eine Umgestaltung der Produktionsverhältnisse. Die Form der Herrschaft der Arbeiterklasse ist von der Stärke des Widerstandes des Bürgertums abhängig: "Ich will nicht darauf schwören, daß die Klassenherrschaft die Formen einer Klassendiktatur annehmen muß. Aber daß die demokratischen Formen bereits genügen, die Klassenherrschaft des Proletariats überflüssig zu machen, wird durch die bisherige Praxis und ihre weiteren Aussichten keineswegs bewiesen." /41/

4. Der Übergang zum Sozialismus kann sowohl auf friedlichem wie auf bewaffneten Wege erfolgen. Kautskys Prognosen sind in dieser Frage widersprüchlich. Sollte es jedoch zu einer Revolution kommen, kann sie von der Partei nicht geplant oder gesteuert werden, da sie wie ein Naturereignis hereinbrechen wird. In seinem 1909 erschienenen Buch "Der Weg zur Macht" schreibt Kautsky hierzu: "Die Sozialdemokratie ist eine revolutionäre, nicht aber eine Revolution machende Partei. Wir wissen, daß unsere Ziele nur durch eine Revolution erreicht werden können, wir wissen aber auch, daß es ebensowenig in unserer Macht steht, diese Revolution zu machen, als in der unserer

Gegner sie zu verhindern."/42/

5. In der Frage des Bündnisses mit den Liberalen änderte Kautsky seine Meinung. 1909 lehnt er es in seinem Buch "Der Weg zur Macht" noch entschieden ab. Aufgrund seiner Imperialismustheorie, die zum Ergebnis kommt, daß es in der Bourgeoisie einen antiimperialistischen Flügel (Handelskapital) und einen proimperialistischen Flügel (Schwerindustrie) gibt, sieht er im Reichstag die Möglichkeit mit dem antiimperialistischen Flügel der Bourgeoisie Bündnisse einzugehen./43/

6. Die Parlamentsarbeit allein reicht zur Durchsetzung der Forderungen der Arbeiterbewegung nicht aus. Die außerparlamentarischen Massenaktionen dürfen jedoch die Legalität der Organisationen der Arbeiterbewegung nicht aufs Spiel setzen. Massenstreiks sind erst dann sinnvoll, wenn der Übergang zum Sozialismus auf der Tagesordnung steht. Kautsky bezeichnet dies als "Niederwerfungsstrategie", die die entscheidende Konfrontation der beiden Klassen zur Grundlage hat. In der Phase, in der die Arbeiterklasse noch nicht in der Lage ist die Machtfrage zu stellen, muß die "Ermattungsstrategie" angewandt werden. Sie besteht in der schrittweisen Zurückdrängung des Einflusses des Bürgertums durch Wahlerfolge und parlamentarische Durchsetzung von Reformen./44/

7. Die Umwandlung der Sozialdemokratie in eine reformerische Volkspartei wird abgelehnt. Die Sozialdemokratie muß die Interessenvertreterin der Arbeiterklasse bleiben und darf das Eindringen kleinbürgerlicher Schichten in die Partei nicht zulassen, da diese notwendigerweise auf dem Boden des Privateigentums stehen. Kautsky hält am revolutionären Anspruch der Partei fest: "sie kann nicht eine Partei sein, die sich auf demokratisch-sozialistische Reformen beschränkt, sie muß eine Partei der sozialen Revolution werden."/45/

Die Radikale Linke setzte sich erstmals auf dem Mannheimer Parteitag vom Marxistischen Zentrum ab, als sie den Beschluß, vor dem Beginn des Massenstreiks, die Einwilligung der Gewerkschaften einzuholen ablehnte. Bis 1910 kämpfte sie zusammen mit dem Zentrum gegen die Revisionisten. Wegen der Ablehnung der Durchführung eines Massenstreiks durch das Zentrum intensivierte sich der Konflikt zwischen diesen beiden Flügeln immer mehr, der schließlich in der völligen Isolierung der Radikalen Linken durch ihre Ausschaltung aus den Spitzengremien und den Presseorganen der Partei gipfelte. Die regionalen Zentren der Radikalen Linken lagen in Gebieten mit einer radikalisierten Industriearbeiterschaft wie Berlin, Leipzig, Stuttgart und Bremen. Im Parteivorstand waren sie überhaupt nicht vertreten, sie stellten nur Mitglieder in der Parteikontrollkommission. Auf den Parteitagen stellte sie eine quantitate negligeeable dar, die nur durch Bündnisse mit dem linken Flügel des Marxistischen Zentrums Einfluß gewinnen konnte. Wie schwach die Verankerung der Radikalen Linken in der Partei war, zeigt die Tatsache, daß sich ihre führende Repräsentantin Rosa Luxemburg 1912 vergebens um ein Parteitagsmandat bewarb. Bis zur Verschärfung des Konfliktes mit dem Zentrum hatte sie Einfluß auf 7 Tageszeitungen, die 13% der gesamten Parteipresse umfaßte. In den Jahren 1912-1914 wurde sie vom Zentrum systematisch aus diesen Positionen verdrängt und kontrollierte 1914 nur noch eine Tageszeitung./46/

Bis 1910 stimmte die Radikale Linke in den wesentlichen Fragen mit dem Zentrum überein und hielt deshalb eine Fraktionierungspolitik für nicht notwendig. 1910 wurde in Baden, wo die Revisionisten die Mehrheit hatten, durch die Gründung von Karl Marx-Clubs die Linke zu sammeln. Auf eine Intervention des Parteivorstandes hin wurde dieser Versuch aber schnell wieder aufgegeben. 1910 wurde der Parteitag gemeinsam mit dem linken Flügel des Zentrums vorbereitet, ebenso 1913. Die ideologische und emotionale Bindung der Radikalen Linken war jedoch so stark, daß sie vor 1914 im Gegensatz zu den Revisionisten nie eine Spaltung der Partei erwogen.

Die führenden Theoretiker der Linken Radikalen waren Luxemburg, Mehring, Liebknecht und Pannekoek. Ich beziehe mich im folgenden nur auf die politische Theorie Luxemburgs. Die Gliederungspunkte sind analog zu den Thesen über die politischen Theorien Bernsteins und Kautskys aufgebaut: /46a/

1. Luxemburg geht aufgrund ihrer Imperialismustheorie von einem notwendigerweise erfolgenden ökonomischen Zusammenbruch des Kapitalismus aus. Sie nimmt eine ständige Verschärfung der ökonomischen Krisen an, die schließlich zu einer Revolution des Proletariats führen werden. Die Konzentration des Kapitals und die verschärfte Polarisierung in zwei Klassen ist eine unaufhaltbare Entwicklung. /47/

2. Sie begründet die Notwendigkeit des Übergangs zum Sozialismus aus einer Analyse der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus heraus, die sich auf folgende Faktoren stützt: "vor allem auf die wachsende Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft, die ihren Untergang zum unvermeidlichen Ergebnis macht, zweitens auf die fortschreitende Vergesellschaftung des Produktionsprozesses, die die positiven Ansätze der zukünftigen Ordnung schafft und drittens auf die wachsende Macht und Klassenerkenntnis des Proletariats, das den aktiven Faktor der kommenden Umwälzung bildet." /48/ Der Sozialismus ist kein abstraktes System von Werten, sondern ein notwendiges Produkt der gesellschaftlichen Entwicklung. Sie kritisiert an Bernstein, er müsse "zu einer außerhalb der ökonomischen Entwicklung liegenden, zu einer idealistischen Konstruktion Zuflucht nehmen, um den Sozialismus aus einer bestimmten geschichtlichen Phase der gesellschaftlichen Entwicklung in ein "abstraktes Prinzip" verwandeln." /49/

3. Zwischen Kapitalismus und Sozialismus gibt es keinen fließenden Übergang. Der Sozialismus ist nur durch die Sozialisierung der Produktionsmittel und die politische Machtergreifung der Arbeiterklasse realisierbar, setzt also eine Überwindung der bestehenden Produktionsverhältnisse und einen Bruch mit der kapitalistischen Entwicklungslogik voraus. /50/

4. Der Übergang zum Sozialismus ist nur durch eine Revolution möglich, da die Bourgeoisie einen friedlichen Übergang mit Waffengewalt verhindern würde. Diese Revolution hat eine Verschärfung der ökonomischen Krisen oder eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen den imperialistischen Großmächten zur Voraussetzung. Die Revolution ist eine spontane Aktion der Massen und daher von den Führungen der Partei und der Gewerkschaften kaum steuerbar oder planbar. /51/

5. Die parlamentarische Arbeit ist nur von sehr beschränktem Wert. Sie dient vor allem als Forum der Agitation der Arbeiterklasse und der Kritik des bürgerlichen Staates. Das bürgerliche Parlament dient nur zur Verschleierung der Interessen des Bürgertums. Der Schwerpunkt der Parteiarbeit muß auf der Organisierung von außerparlamentarischen Massenaktionen liegen. Das wirksamste Mittel, um Druck auf das Parlament auszuüben sind Massenstreiks, die schließlich zu einem Generalstreik und zur Revolution fortentwickelt werden müssen. /52/

6. Ein Bündnis der Sozialdemokratie mit den liberalen Parteien wird prinzipiell abgelehnt, da diese wegen des Klasseninteresses ihrer Anhänger auf dem Boden der bestehenden Eigentumsordnung stehen und die Niederhaltung des Proletariats weitgehend unterstützen: "Aus der Tatsache, daß der bürgerliche Liberalismus vor Schreck vor der aufstrebenden Arbeiterbewegung und ihren Endzielen seine Seele ausgehaucht hat, folgt nur, daß die sozialistische Arbeiterbewegung eben heute die einzige Stütze der Demokratie ist und sein kann und daß nicht die Schicksale der sozialistischen Bewegung an die bürgerliche Demokratie, sondern umgekehrt die Schicksale der demokratischen Entwicklung an die sozialistische Bewegung gebunden sind." /53/

7. Die Sozialdemokratie muß eine revolutionäre Arbeiterpartei bleiben und darf nicht zu einer reformerischen Volkspartei werden. Als revolutionäre Partei muß die SPD auch im Rahmen des Kapitalismus

realisierbare Reformen anstreben. Diese Reformen sind jedoch kein Selbstzweck, sondern nur Mittel zur Erreichung des sozialistischen Endzieles: "Für die Sozialdemokratie bildet der alltägliche Kampf um soziale Reformen, um die Besserung der Lage des arbeitenden Volkes noch auf dem Boden des Bestehenden, um die demokratischen Einrichtungen vielmehr den einzigen Weg, den proletarischen Klassenkampf zu leiten und auf das Endziel, auf die Ergreifung der politischen Macht und die Aufhebung des Lohnsystems hinzuwirken. Für die Sozialdemokratie besteht zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang, in dem ihr der Kampf um die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck ist." /54/ Die revolutionäre Partei hat in der Revolution keine Führungsrolle, da diese auf der Spontaneität der Massen beruht.

Kapitel 1.4.: Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung als Folge des Ersten Weltkrieges /55/

Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei billigte zunächst die Burgfriedenspolitik ihrer Partei und der Gewerkschaften gegenüber der Reichsregierung und den Unternehmerverbänden. Die linke Opposition innerhalb der Partei war weitgehend isoliert. Mit der Fortdauer des Krieges und der Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiter wuchs die innerparteiliche Opposition gegen die Burgfriedenspolitik. Im Dezember 1914 durchbrach Karl Liebknecht erstmals die bis dahin immer eingehaltene Fraktionsdisziplin und stimmte als einziger Abgeordneter gegen die Billigung weiterer Kriegskredite. Bei einer erneuten Abstimmung zu diesem Thema stimmte neben Liebknecht auch Rühle dagegen, 30 Fraktionsmitglieder entzogen sich der Abstimmung durch Fernbleiben. Im März 1915 findet unter der Leitung von Liebknecht und Luxemburg ein Treffen der Kriegsgegner in der Sozialdemokratischen Partei statt. Die Parteiführung ergriff immer härtere Maßnahmen gegen die Opponenten. Im Dezember 1916 wurden 20 Abgeordnete aus der Reichstagsfraktion ausgeschlossen, da sie wiederholt gegen weitere Kriegskredite gestimmt hatten. Diese Abgeordneten gründeten am 16.1.1917 die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft. Sie war der Kern der im April 1917 gegründeten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD). Diese Partei wurde inhaltlich nur durch die gemeinsame Gegnerschaft zur Burgfriedenspolitik und die Befürwortung eines sofortigen Friedensschlusses zusammengehalten. Sie umfaßte alle drei Fraktionen der Vorkriegssozialdemokratie. Zu ihr gehörten Revisionisten wie Bernstein und Eisner, Zentristen wie Kautsky und Haase und Linke Radikale wie Luxemburg und Liebknecht. /56/ Die Linken Radikalen erkannten nach der Zustimmung zu den Kriegskrediten die Notwendigkeit innerhalb der Sozialdemokratischen Partei eine organisierte Fraktion aufzubauen. Sie gründeten am 5.3.1915 die "Gruppe Internationale", aus der im Januar 1916 der Spartakusbund hervorging. Er arbeitete zunächst als organisierte Minderheit in der SPD mit, dann in der USPD und gründete am 31.12.1918 die KPD. Er repräsentierte nur eine winzige Minderheit in der Sozialdemokratie.

Innerhalb der SPD bildete sich ein rechter proimperialistischer Flügel heraus, der die annexionistische Kriegszielpolitik voll unterstützte und einen Siegfrieden anstrebte. Die führenden Repräsentanten dieses Flügels Parvus, Haenisch und Heilmann gaben seit 1915 die Zeitschrift "Die Glocke" heraus, in der sie ihre Ziele propagierten. Die Mehrheit der MSPD, wie sich die SPD nach der Abspaltung der USPD nannte, verfolgte unter der Führung von Ebert und Scheidemann die Politik eines Verständigungsfriedens und wollte durch eine Beteiligung an der Reichsregierung demokratische und soziale Reformen

durchsetzen. Als Bündnispartner in dieser Frage betrachtete sie die Liberalen und das Zentrum, mit denen sie im Reichstag eine Abstimmungskoalition einging. Die MSPD beteiligte sich im Oktober 1918 an der Reichsregierung des Kanzlers Max von Baden.

Die Novemberrevolution 1918 wurde weder von der MSPD noch von der USPD geplant oder initiiert, sondern brach spontan in einigen Großstädten aus. Beide Parteien wurden von der Revolution mehr oder weniger überrascht und versuchten sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Sie bildeten nach dem Sturz der Monarchie, den die MSPD zunächst ablehnte, die Regierung des Rates der Volksbeauftragten, in der beide Parteien paritätisch vertreten waren und die formal dem Zentralen Arbeiter- und Soldatenrat in Berlin unterstand.

Die MSPD und die Mehrheit der USPD waren für die baldige Errichtung einer parlamentarischen Republik, deren Verfassung von einer gewählten Nationalversammlung verabschiedet werden sollte. Diese beiden Gruppierungen unterschieden sich in dieser Frage nur darin, daß die MSPD zuerst Wahlen zur Nationalversammlung und erst dann die Veränderung der Wirtschaftsstruktur durch die Sozialisierung der Schlüsselindustrie anstrebte, während die Mehrheit der USPD die Umkehrung dieses Zeitplanes verlangte. Da sich die USPD in diesem Vorhaben nicht durchsetzen konnte, verließ sie den Rat der Volksbeauftragten.

Der linke Flügel der USPD unter der Führung von Ernst Däumig verfolgte das Konzept einer Räterepublik. Die Mehrheit des Zentralen Arbeiter- und Soldatenrates in Berlin folgte im Dezember 1918 den Vorschlägen der MSPD und stimmte der Abhaltung von Wahlen zur Nationalversammlung zu.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung erhielt die MSPD 38% der Stimmen, die USPD 7,6%, während die KPD gegen den Willen von Liebknecht und Luxemburg die Wahlen boykottierten. Die MSPD bildete mit dem Zentrum und der DDP die sogenannte Weimarer Koalition, in der sie ihre Forderungen zur Umgestaltung des Wirtschaftssystems nicht durchsetzen konnte. Die MSPD und die Gewerkschaften strebten nicht eine totale Umwälzung des gesellschaftlichen Systems an, sondern gingen mit der etablierten Machtelite einen Kompromiß ein. (Stinnes-Legien -Abkommen, Ebert-Gröner-Pakt). Ernst Fraenkel sieht die Besonderheit der Novemberrevolution darin, "daß die Träger der Bewegung nicht ihre Macht an die Stelle der gestürzten Macht zu setzen versuchten, sondern vielmehr mit den gestürzten Mächtigen eine Teilung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gewalt vorzunehmen beabsichtigten." /57/

Zu Beginn der Weimarer Republik war die deutsche Arbeiterbewegung in drei Parteien gespalten. In der MSPD waren die Mehrheit der Revisionisten und des rechten Flügels des Marxistischen Zentrums der Zeit vor 1914 vertreten. In der USPD bildeten Angehörige des rechten Flügels des Marxistischen Zentrums und der Revisionisten einen rechten Flügel (Ziel: Aufbau einer parlamentarischen Republik mit sozialistischer ökonomischer Grundlage), während ehemalige Angehörige des linken Flügels des Marxistischen Zentrums einen linken Flügel bildeten, der eine Räterepublik anstrebte. Der linke Flügel der USPD beschloß 1920 den Beitritt zur Kommunistischen Internationale und vereinigte sich mit der KPD. Sie wurde erst dadurch eine Massenpartei. Der rechte Flügel der USPD blieb zunächst eine eigenständige Partei, schloß sich aber 1922 der MSPD wieder an.

Kapitel 1.5.: Die SPD in der Weimarer Republik (unter besonderer Berücksichtigung des linken Flügels)

Der rechte Flügel der SPD der Weimarer Republik dominierte die entscheidenden Parteigremien (Parteivorstand, Parteitag) und die Reichstagsfraktion mit großer Mehrheit. Aufgrund der Schwerpunktsetzung dieser Arbeit kann die politische Theorie und Praxis dieses Flügels nur in Form von Stichworten und damit notwendigerweise cursorisch dargestellt werden /58/:

Das Ziel der Umgestaltung der ökonomischen Struktur durch die Sozialisierung der Schlüsselindustrien und durch die Einführung einer gesamtgesellschaftlichen Planung wird zwar weiterhin programmatisch angestrebt (Görlitzer Programm 1920, Heidelberger Programm 1925), kann aber im Rahmen der Koalition mit den "bürgerlichen" Parteien nicht realisiert werden. Das Festhalten an der weitgehend marxistisch inspirierten Programmatik gerät in einem Widerspruch zur Koalitionspolitik, die die Verwirklichung dieser Ziele unmöglich macht. Der Marxismus wird daher zunehmend zu einer Integrationsideologie für eine Politik, die durch Reformen die Situation der Arbeiterklasse im Rahmen des Kapitalismus verbessern will, was mit dem Eintreten der Weltwirtschaftskrise dann unmöglich wird.

Eine Bündnispolitik mit der USPD und später mit der KPD wird abgelehnt. Ein Bündnis mit der USPD scheitert 1919 an der Ablehnung der Räte Demokratie durch die MSPD. Ein Bündnis mit der KPD wird wegen deren Forderung nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats, die von der SPD als Minderheitendiktatur interpretiert wird, und deren bedingungsloser Unterstützung der nach Meinung der SPD undemokratischen Struktur der Sowjetunion abgelehnt. Während die KPD 1920-23 noch eine Einheitsfrontpolitik betrieben hatte, diffamierte sie die SPD als "Sozialfaschisten" und verhinderte dadurch jegliche Möglichkeit des Meinungswandels in der SPD. Die SPD wiederum bezeichnete die Kommunisten in der Endphase der Weimarer Republik als "rote Nazis" und "Kozis". Beide Parteien versuchten durch die "Herstellung der Aktionseinheit von unten" (KPD) bzw. durch eine "Sozialdemokratisierung der einfachen KPD-Anhänger" (SPD) Flügel aus der anderen Partei herauszubrechen. Wegen dieser Spaltung der Arbeiterbewegung in zwei sich erbittert bekämpfende Parteien erhielt die Programmatik der SPD eher den Charakter einer Glaubensformel als einer Handlungsanleitung.

In der ökonomischen Analyse des Kapitalismus entstehen in der Phase der Hochkonjunktur 1924-28 Illusionen über die Möglichkeit eines krisenfreien Kapitalismus, in dem durch die Konzentration des Kapitals die "Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise" überwunden ist. Hilferding entwickelt 1927 auf seiner Parteitage Rede in Kiel die Theorie des "Organisierten Kapitalismus". Die Weltwirtschaftskrise wird lange Zeit als nur vorübergehende Rezession aufgefaßt, zu deren Überwindung die SPD die Rolle "des Arztes am Krankenbett des Kapitalismus" spielen muß (Rede von Fritz Tarnow auf dem SPD-Parteitag 1931), um dann beim Eintreten des Wirtschaftsaufschwunges soziale und demokratische Reformen wieder durchsetzen zu können.

Die in der Zeit des Kaiserreiches vertretene Staatstheorie, die den Staat als Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie betrachtete, wird überwunden. Ein Teil verzichtet auf jegliche Staatstheorie und bekennt sich bedingungslos zum bestehenden Staat, so Friedrich Stampfer auf dem Görlitzer Parteitag 1921: "Staat und Sozialismus, Staat und Sozialdemokratie gehören zusammen." /59/, ein Teil betrachtet den Weimarer Staat als Klassenkompromiß zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie, in dem keine Klasse die andere politisch unterdrücken kann.

Die Durchsetzung von Reformen über das Parlament bildet den

Schwerpunkt der politischen Praxis. Außerparlamentarische Massenaktionen werden nur auf Druck der eigenen Parteibasis ergriffen. Dies hat zwei Gründe: Einmal würden diese Massenaktionen die "bürgerlichen" Koalitionspartner verschrecken, zum anderen wäre bei diesen eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten kaum zu vermeiden. Aufgrund des zu starken Vertrauens in die Bereitschaft der "bürgerlichen" Parteien und der gegenseitigen Verteufelung der beiden Arbeiterparteien ist der rechte Flügel der SPD nicht in der Lage die Gefährlichkeit des Faschismus rechtzeitig realistisch einzuschätzen. Dies zeigte sich vor allem bei der resignativen Reaktion der SPD auf die verfassungswidrige Absetzung der preußischen Regierung. Gegen Ende der Weimarer Republik bildete sich innerhalb des rechten Flügels eine "Junge Rechte" heraus. Sie setzte sich meist aus ehemaligen Mitgliedern des "Hofgeismarer Kreises" der Jungsozialisten zusammen, die in dieser Organisation bis 1925 die Mehrheit stellten (Schumacher, Mierendorff, Haubach, Leber). Ihre Theoriezeitschrift waren die "Neuen Blätter für den Sozialismus". Sie forderten die Aufhebung des Widerspruchs zwischen marxistischer Programmatik und reformerischer Praxis der SPD. Sie versuchten eine theoretische Begründung für das Bekenntnis zum Weimarer Staat, zur Politik der schrittweisen Reformen und zum Bündnis mit den "bürgerlichen" Parteien zu erarbeiten. Sie kritisierten den Parteivorstand wegen seiner Furcht vor Massenaktionen und seiner zu passiven Haltung gegenüber der faschistischen Gefahr. /60/

Während ein Teil der Parteirechten 1932/33 sich von den Mißerfolgen der Koalitionspolitik enttäuscht wieder verstärkt marxistischen Positionen zuwandte und dies in den Reichstagswahlprogrammen der SPD durchsetzen konnte (ein Vertreter dieser Richtung war der Vorsitzende der Reichstagsfraktion Breitscheid), versuchte ein anderer Teil 1933 durch eine Anpassung an die NS-Regierung die Legalität der Partei zu erhalten (Zustimmung zur Friedensresolution des Reichstages, Austritt aus der Sozialistischen Arbeiter Internationale, Teilnahme an den 1. Mai-Feiern 1933). Der führende Vertreter dieser Richtung war Paul Löbe.

In den Jahren 1917-1922 gab es in der MSPD keinen linken Flügel mehr, da fast alle Vertreter in die USPD bzw. KPD gegangen waren. Erst nach dem Anschluß der USPD an die MSPD auf dem Nürnberger Parteitag 1922 konstituierte sich in der SPD eine innerparteiliche Opposition. Ihre Struktur soll im folgenden skizziert werden: /61/

Die regionalen Zentren des linken Parteiflügels waren Sachsen, Thüringen, Großberlin, Breslau, Frankfurt, Niederrhein und Bremen, waren also identisch mit den Schwerpunkten der Linken Radikalen und des linken Flügels des Marxistischen Zentrums vor 1914. In den Gewerkschaften war sein Einfluß nur gering, mit Ausnahme der kleinen Angestelltengewerkschaft, in der der führende Repräsentant der Parteilinken Aufhäuser Vorsitzender war. Auf die Parteipresse der SPD hatte der linke Flügel nur dort Einfluß, wo er in der Partei die Mehrheit stellte, also vor allem in Sachsen und Thüringen.

Kristallisationskern der Parteilinken waren ihre Theoriezeitschriften, die zwar nur eine sehr geringe Auflage hatten, aber alle führenden Funktionäre dieses Flügels erreichten. Paul Levi gab seit 1922 die "Sozialistische Politik und Wirtschaft" heraus, die zunächst das einzige Diskussionsforum der Linken in der SPD bildete. Am 1.10.1927 wurde als zweite Zeitschrift von den Führern der Linken Rosenfeld, Seydewitz und Ströbel "Der Klassenkampf-Marxistische Blätter" gegründet. Ein Jahr später wurden diese beiden Zeitschriften unter dem Namen "Der Klassenkampf" vereinigt. Der linke Parteiflügel wird daher auch oft als "Klassenkampf-Gruppe" bezeichnet. Seitdem sich auf dem Jenaer Reichskongress der Jungsozialisten der marxistische

"Hannoveraner Kreis" gegen den bis dahin dominierenden reformistischen "Hofgeismarer Kreis" durchgesetzt hatte, kontrollierte die Linke auch die "Jungsozialistischen Blätter".

Dem linken Flügel gelang es nie einen Vertreter seiner Richtung in den Parteivorstand wählen zu lassen. Seine Kandidaten erhielten nur zwischen 54 und 143 Stimmen von 360 - 380 Parteitagsdelegierten. Wegen seiner Mehrheit in den Parteibezirken Sachsen und Thüringen war er jedoch im Parteiausschuß vertreten. Einen guten Überblick über die Stärke des linken Flügels in der Partei geben die Ergebnisse der Abstimmungen über die Anträge der Linken zur Verurteilung der Koalitionspolitik mit den "bürgerlichen" Parteien, wobei jedoch der wirkliche Einfluß des linken Flügels wegen des ex-officio Stimmrechts der Vorstandsmitglieder und vieler Reichstagsabgeordneter etwas höher gewesen sein dürfte: 1924 Berlin 105 dafür und 262 dagegen, 1925 Heidelberg 81:285, 1927 Kiel 83:255, 1929 Magdeburg 138:254 und 1931 Leipzig 62:324./62/. Von 1925 bis zur erzwungenen Auflösung der Arbeitsgemeinschaft stellten die Linken die Mehrheit der Jungsozialisten. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß diese nur etwa 5000 aktive Mitglieder hat

Die Zusammenarbeit der Linken beschränkte sich neben der Herausgabe der Theoriezeitschriften auf die gemeinsame Vorbereitung der Parteitage. Der Kern der Linken war die marxistische "Klassenkampf-Gruppe", die stark von den Positionen des Marxistischen Zentrums der SPD des Kaiserreiches beeinflußt war, aber auch Elemente des Austromarxismus Bauers und Adlers rezipiert hatte. Zur Linksoption in der SPD gehörten noch die beiden kleinen Gruppen des linksprotestantischen "Bundes religiöser Sozialisten" und der neokantianisch orientierte "Internationale Jugendbund" um den Philosophen Leonard Nelson, der allerdings bereits 1925 aus der Partei ausgeschlossen wurde. Das vereinigende Band dieser ideologisch heterogenen Linken war die gemeinsame Ablehnung der Koalitionspolitik mit den "bürgerlichen" Parteien./63/

Ich beschränke mich bei der Darstellung der politischen Theorie und Praxis des linken Flügels auf die "Klassenkampf-Gruppe". Die Reihenfolge der inhaltlichen Schwerpunkte ist analog zu der Darstellung der Position des rechten Flügels aufgebaut.

Der linke Flügel lehnte die Koalitionspolitik mit den "bürgerlichen" Parteien entschieden ab. Auf allen Parteitagen seit 1924 versuchte er vergeblich eine Beendigung dieser Politik durchzusetzen. Er war der Meinung, daß mit diesen Parteien keine Politik im Interesse der Arbeiterklasse durchzusetzen wäre und befürwortete eine Strategie der konsequenten Opposition im Reichstag. In der Reichtagsfraktion hielten sich die wenigen Mitglieder der Linken jedoch an die Fraktionsdisziplin und stimmten den Koalitionsregierungen zu. Im März 1931 stimmten in der Frage der Bewilligung des Baus von Panzerkreuzern erstmals 9 Abgeordnete anders ab als die Fraktionsmehrheit. Dies wurde auf dem Leipziger Parteitag mit großer Mehrheit verurteilt.

Die Alternative zur Koalitionspolitik sah die Linke anfangs in einem Bündnis der beiden Arbeiterparteien SPD und KPD. Sie bildete 1923 in den Ländern Sachsen und Thüringen Koalitionsregierungen mit der KPD, die zu dieser Zeit die Strategie der Einheitsfrontregierung betrieb. Diese beiden Regierungen wurden jedoch nach kurzer Zeit mit Billigung des Reichspräsidenten Ebert durch Reichwehrruppen abgesetzt. Differenzen zwischen der SPD-Linken und der KPD bestanden in zwei Fragen: Die SPD-Linke begrüßte zwar die russische Revolution 1917, verurteilte aber die Tendenzen zum immer weitergehenden Abbau demokratischer Rechte in der Sowjetunion. Die SPD-Linke forderte nicht den Aufbau einer Diktatur des Proletariats, sondern akzeptierte die parlamentarische Demokratie, die durch die Veränderung der Produktionsverhältnisse in Form der Vergesell-

schaftung der Schlüsselindustrien und des Bankwesens in eine sozialistische Demokratie umgewandelt werden könnte. Seit der Übernahme der Sozialfaschismustheorie durch die KPD, die die SPD-Linke dann als "linken Flügel der Sozialfaschisten" bezeichnete, der die Arbeiterklasse besonders geschickt täuschte, fehlte die Grundlage für ein Bündnis der beiden Parteien. Das Dilemma der politischen Strategie des linken Flügels der SPD bestand seit 1928 darin, daß er einerseits Bündnisse mit den "bürgerlichen" Parteien ablehnte, andererseits aber eine Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien wegen der ultralinken Theorie und Praxis der KPD (Sozialfaschismustheorie, Bildung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition) nicht realisierbar war. So blieb nur noch die Strategie der konsequenten Opposition im Reichstag übrig.

In der Analyse der ökonomischen Situation beging die Linke fast dieselben Fehler wie die Rechte. Sie leistete zum Beispiel auf dem Kieler Parteitag 1927 keinen Widerstand gegen die Theorie des organisierten Kapitalismus Hilferdings. Die Weltwirtschaftskrise unterschätzte sie anfangs ebenso wie die Parteirechte. Differenzen zwischen den beiden Flügeln entstanden erst, als die Krise länger als erwartet andauerte. Während die Rechte weiterhin auf einen ökonomischen Aufschwung hoffte, erlebten in Teilen der Linken ökonomische Zusammenbruchstheorien wieder eine Verbreitung. Die Mehrheit der Linken rechnete mit einem baldigen Kollaps des Kapitalismus.

In der Staatstheorie hielt die Parteilinke an marxistischen Positionen fest. Sie identifizierte sich nicht völlig mit dem bestehenden Staat, den sie wegen seiner kapitalistisch organisierten ökonomischen Basis weiterhin als bürgerlichen Staat betrachtete. Im Unterschied zum Kaiserreich sah sie im Weimarer Staat jedoch das Produkt eines Klassenkompromisses zwischen Arbeiterklasse und der Bourgeoisie. Wird die Arbeiterklasse so stark, daß sie diesen Kompromiß aufkündigen kann, wird aus diesem Staat eine sozialistische Demokratie bzw. wenn die Bourgeoisie bewaffneten Widerstand leisten sollte eine Diktatur des Proletariats. Gewinnt die Bourgeoisie das Übergewicht, errichtet sie eine autoritäre Herrschaftsform. /64/

Die Linke betonte die Notwendigkeit der Durchführung außerparlamentarischer Massenaktionen. Sie initiierte 1926 wesentlich das Volksbegehren für die Fürstenenteignung. Sie forderte 1928 die Einführung eines Volksbegehrens gegen den Bau von Panzerkreuzern, konnte sich aber damit in der SPD nicht durchsetzen.

In der Einschätzung der drohenden Gefahr des Faschismus war die Linke realistischer als die Rechte. Obwohl sie keine stringente Faschismustheorie entwickeln konnte und in der Beurteilung der Gefährlichkeit der NSDAP schwankte, erkannte sie seit Anfang 1932 die akute Gefahr der faschistischen Machtübernahme. Sie forderte vergeblich die Aktionseinheit der Organisationen der Arbeiterklasse und einen aktiven Widerstand gegen die NSDAP, vor allem der Teil der Linken, der 1931 die SPD verlassen hatte und die SDAP formiert hatte. /65/

Trotz der Ablehnung der Koalitionspolitik gab es in der Linken bis zur Regierung Brüning keinerlei Tendenzen die Partei zu verlassen. Dies veränderte sich mit der Tolerierungspolitik der Partei gegenüber der Regierung Brüning. Ein Teil der Linken war wegen dessen "arbeiterfeindlicher Politik" für einen bedingungslosen innerparteilichen Widerstand und war bereit dabei auch den Parteiausschluß hinzunehmen. Nach dem Parteiausschluß der beiden Führer der Linken Rosenfeld und Seydewitz am 4.10.1931 wegen Fraktionierungsversuchen - diese sah die Parteiführung in der Herausgabe einer Wochenzeitschrift und in einer Unterschriftensammlung innerhalb der Partei - verließ diese Gruppe die Partei und gründete die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). /66/. Der SAPD gelang es jedoch nicht eine Massenbasis zu gewinnen, sie erhielt bei den Reichstagswahlen nur zwischen 0,2 und 0,4% der Stimmen. Sie wurde zu einem Sammelbecken aller Kräfte, die die Politik der beiden Arbeiterparteien ablehnte

und umfaßte daher die unterschiedlichsten Strömungen (linke Sozialdemokraten, "rechte" Kommunisten aus der KPD, Trotzlisten, radikale Pazifisten und Syndikalisten), die sich in der Partei gegenseitig bekämpften.

Die Mehrheit der "Klassenkampf-Gruppe" blieb in der SPD und versuchte weiterhin ihre Positionen in der Partei durchzusetzen. Sie gab in der Zeit vom November 1931 bis zum Juni 1932 die Zeitschrift "Marxistische Tribüne" heraus und stützte sich vor allem auf die Parteibezirke Thüringen und Sachsen. Da viele Führer der Linken zur SDAP gegangen waren, war ihr Einfluß auf die Politik der SPD jedoch nur noch minimal.

Kapitel 1.6. Die Sozialdemokratie in der Zeit des NS-Regimes

In der Phase von 1933 bis 1945 lassen sich in der deutschen Sozialdemokratie drei Gruppierungen unterscheiden /67/:

1. Kleine Splitterparteien, die die SPD bereits in der Zeit der Weimarer Republik verlassen hatten wie die SAPD, die Gruppe "Neu Beginnen" und der "Internationale Sozialistische Kampfbund": Da sie in der Regel kleine Kaderorganisationen und sich auf den illegalen Kampf besser vorbereitet hatten als die SPD, konnten sie anfangs eine gut organisierte Widerstandsarbeit gegen das NS-Regime leisten. Ihr Ziel war der gemeinsame Widerstand der SPD, der KPD und der kleinen Linksparteien gegen den Faschismus, der in die Gründung einer einheitlichen Arbeiterpartei münden sollte. Sie kritisierten an der SPD der Weimarer Zeit ihre Überbetonung des Legalismus und des Parlamentarismus sowie ihre Bündnispolitik mit den "bürgerlichen Parteien, an der KPD die Vertretung der Sozialfaschismustheorie. Bis zum Hitler-Stalin-Pakt suchten sie gleichermaßen mit der SPD und der KPD Kontakt, danach orientierte sich der größere Teil dieser Gruppierung mehr an der SPD, in die er 1945 zurückkehrte.

2. Gruppen, die aus der Linksopposition in der SPD hervorgingen und die Partei nicht verlassen hatten: Sie kontrollierten nach 1933 den illegalen Parteiapparat der SPD in Sachsen und Thüringen und operierten unter dem Namen "Revolutionäre Sozialisten" weitgehend unabhängig von dem Exilvorstand der SPD. Sie befürworteten eine enge Zusammenarbeit mit der KPD und strebten langfristig eine Vereinigung der beiden Arbeiterparteien an. Ihre beiden Vertreter im Exilvorstand der SPD Aufhäuser und Böchel wurden 1935 aus dem Vorstand ausgeschlossen. Diese Gruppe befürwortete in ihrer Mehrheit 1946 die Gründung der SED.

3. Die Gruppe, die die Mehrheitsposition der SPD in der Weimarer Republik repräsentierte: Sie kontrollierte den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei im Exil (SOPADE). Sie übte im Prager Manifest 1934 Selbstkritik an der Haltung der MSPD 1918 (Kompromiß mit der Machtelite des Kaiserreiches) und an der Unterschätzung der Gefahr des Faschismus. Sie forderte darin zum "revolutionären Sturz" des NS-Regimes durch den gemeinsamen Kampf der Arbeiterbewegung auf /68/. Sie lehnte in ihrer Mehrheit jedoch Volksfrontbündnisse mit der KPD ab und schlug entsprechende Angebote der KPD aus. Ihr Konzept zum Sturz der Faschisten bestand in einer Zusammenarbeit mit demokratischen liberalen und konservativen Kräften des Bürgertums. Die in Deutschland illegal arbeitenden Vertreter der "Jungen Rechten" arbeiteten z.B. aktiv im "Kreisauer Kreis" mit (Leber, Haubach, Mierendorff). Im März 1941 gelang es dem Vorstand der SOPADE in London die "Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien"

zu gründen, an der auch die Landesgruppen der SAPD, des "Neu Beginnen" und des ISK mitwirkten. Diese Organisation wurde zur wichtigsten Exilgruppe der Sozialdemokratie. Sie entwarf für alle Bereiche Programme für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in Deutschland nach dem Sieg über den Faschismus und beeinflusste 1945/46 die Programmdiskussion der SPD in den Westzonen wesentlich mit /69/. Sie war der Überzeugung, daß die SPD die stärkste politische Kraft im neuen Deutschland sein würde und lehnte die Vereinigung mit der KPD ab.

Kapitel 1.7.: Der Wiederaufbau der SPD 1945-1949/70/

In der SPD der Westzonen gelang es 1945 dem Kreis um Kurt Schumacher schnell sich durchzusetzen, wobei er vom Exilvorstand der SOPADE in London unterstützt wurde. Auf der Konferenz der SPD der Westzonen am 5./6.10.1945 wurde Schumacher als Vorsitzender der SPD in diesem Gebiet anerkannt. Die politische Konzeption des Kreises um Schumacher, der die Meinung der großen Mehrheit der Mitglieder der Partei widerspiegelte, läßt sich mithilfe einer Analyse der Aufsätze und Reden Schumachers aus dieser Zeit so zusammenfassen:

Die SPD muß so stark werden, daß sie ohne Koalition mit den "bürgerlichen" Parteien oder der KPD die Richtlinien des Wiederaufbaues Deutschlands bestimmen kann. Um dies erreichen zu können ist eine Gewinnung breiter Wählerschichten aus dem Bereich des alten und neuen Mittelstands erforderlich. Schumacher erklärte auf einer programmatischen Rede in Kiel am 27.10.1945 dazu: "Der Sozialismus ist nicht mehr Angelegenheit der Arbeiterklasse in dem alten Sinn des Wortes. Er ist das Programm für Arbeiter, Bauern, Handwerker, Gewerbetreibende und geistige Berufe. Sie alle stehen in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu der eigentlichen Ausbeuterschicht." /71/.

Eine Koalition mit den "bürgerlichen" Parteien CDU/CSU und FDP ist nicht möglich, da sie sich durch die Haltung vieler ihrer jetzigen Repräsentanten 1933 diskreditiert haben und in weiten Teilen ihrer Führung eine Restauration des Kapitalismus anstreben. Ein Bündnis mit der KPD scheitert an der bedingungslosen Abhängigkeit dieser Partei von der Sowjetunion und der Rechtfertigung der undemokratischen Herrschaftsstruktur dieses Staates. Schumacher wirft den Führern der KPD vor, "daß sie russische Patrioten geworden, und im tiefsten Grund ihnen Deutschland und der Sozialismus sekundäre Angelegenheiten geworden sind." /72/.

Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft kann nur im Rahmen einer sozialistischen Wirtschaftsordnung erfolgen. Auf dem 1. Parteitag der SPD der Westzonen in Hannover 1946 verkündet Viktor Agartz die wirtschaftspolitische Programmatik der SPD, die in die auf dem Parteitag beschlossene "Kundgebung von Hannover" eingeht: Die sozialistische Wirtschaftsordnung soll verschiedene Formen der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und eine gesamtgesellschaftliche Planung zur Grundlage haben. Das Marktprinzip soll jedoch in bestimmten Sektoren weiterhin gelten. /73/. Schumacher fordert die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien vor allem auch deshalb, weil er der Großindustrie eine Unterstützung der Machtübernahme Hitlers vorwirft. Schumacher steht in der Tradition der idealistischen Staatstheorie Hegels, Fichtes und Lassalles und lehnt die marxistische Staatstheorie ab, wie seine Dissertation zeigt. Er lehnt daher auch jede Unterscheidung zwischen "bürgerlicher" und "sozialistischer" Demokratie ab. In der Kundgebung von Hannover heißt es ausdrücklich: "Es gibt nur eine Demokratie. Es gibt keine bürgerliche und keine proletarische

Demokratie ..."/74/.Schumacher hält aber an der marxistischen "ökonomischen Geschichtsauffassung" und an der Klassenkampftheorie weiterhin fest./75/.

Im Gegensatz zur Weimarer SPD sieht Schumacher in der marxistischen Gesellschaftsanalyse nicht mehr die einzige Motivation für die Begründung der Ziele des Sozialismus.Auf seiner Rede in Kiel 1945 erklärt er:"Es ist gleichgültig,ob jemand durch die Methoden marxistischer Wirtschaftsanalyse,ob er aus philosophischen oder ethischen Gründen oder ob er aus dem Geist der Bergpredigt Sozialdemokrat geworden ist.Jeder hat für die Behauptung seiner geistigen Persönlichkeit und für die Verkündung seiner Motive das gleiche Recht in der Partei."/76/.

Außerparlamentarische Aktionen wie Streiks und Demonstrationen werden zwar prinzipiell für notwendig gehalten,aber wegen der dabei unvermeidbaren Zusammenarbeit mit Kommunisten und aus Furcht vor Sanktionen der westlichen Alliierten nur sporadisch unternommen.Der Schwerpunkt der politischen Praxis liegt auf der Arbeit in den Parlamenten.

In der Außenpolitik wird eine Politik der Unabhängigkeit sowohl von den Westmächten wie von der Sowjetunion verfolgt.Der Widerstand der USA gegen eine sozialistische Umgestaltung der Wirtschaftsstruktur (Verbot der Sozialisierung in Hessen und in Nordrhein-Westfalen) wird unterschätzt.

Das Gegenkonzept zur Strategie Schumachers vertritt die Mehrheit des Zentrallausschusses der SPD in Berlin unter der Führung Grotewohls, der seit der Konferenz von Wennigsen 1945 die Vertretung der SPD für das Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone ist.Die Programmatik des Zentrallausschusses,die er in einem Aufruf am 15.6.1945 verkündet, unterscheidet sich in zwei Punkten wesentlich von der Schumachers: 1.Der Aufbau des Sozialismus wird nicht als unmittelbar bevorstehende "Tagesaufgabe",sondern als Fernziel betrachtet,dem erst die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Republik vorhergehen muß.2.Am Ziel der Gründung einer einheitlichen Arbeiterpartei durch die Vereinigung von SPD und KPD.wird festgehalten.Grundlage für diese Partei kann nur eine marxistische Theorie sein,die plurale Möglichkeit der Begründung der Ziele des Sozialismus wird abgelehnt./77/ Auf die Umstände der Vereinigung der SPD der Ostzone mit der KPD zur SED 1946,über die es in der Literatur sehr widersprüchliche Aussagen gibt,kann hier nicht eingegangen werden./78/.

Dieses vom Zentrallausschuß der SPD vertretene Ziel der engen Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien wurde 1945/46 auch in den Westzonen von Teilen der SPD vertreten.Es kam 1945 zu Arbeitsgemeinschaftsabkommen zwischen der SPD und der KPD in Hamburg,München und vielen anderen Städten.Bei der bekannten Abstimmung in Berlin 1946 stimmten zwar nur 2.731 für eine sofortige Vereinigung von SPD und KPD,19.952 dagegen,aber 14.146 stimmten für eine enge Zusammenarbeit der beiden Parteien,nur 5.707 dagegen.Nach einer Umfrage der Amerikanischen Militärverwaltung waren noch im März 1946 1/3 der SPD-Mitglieder in den Westzonen für eine Zusammenarbeit mit der KPD./79/. Diese Bereitschaft zur Kooperation mit der KPD schwand jedoch nach der Gründung der SED und mit dem Beginn des "Kalten Krieges" rapide, so daß der scharfe Abgrenzungskurs Schumachers von der KPD in der SPD auf keinerlei Widerstand mehr stieß.

Das Konzept Schumachers des Sozialismus als Tagesaufgabe mit der SPD als führenden Kraft scheiterte.Bei den ersten Bundestagswahlen 1949 erhielt die SPD nur 29,2% der Stimmen,nachdem sie in den vorhergehenden Landtagswahlen durchschnittlich 35% der Stimmen gewonnen hatte.Ihr war es nicht gelungen über ihre Stammwählerschaft, den Industriearbeitern,hinaus neue Wähler in der Mittelschicht zu

gewinnen. Der Hauptgrund für die Wahlniederlage der SPD dürfte der nach der Währungsreform beginnende wirtschaftliche Aufschwung gewesen sein, der von der Mehrheit der Wähler als Leistung der CDU/CSU und der FDP, die im Frankfurter Wirtschaftsrat die Mehrheit stellten, betrachtet wurde.

Kapitel 1.8.: Der Weg zum Godesberger Programm- Die Konzeption der "Parteireformer", der "Traditionalisten" und der Marxisten/79b/

Grundlage für die Differenzierung der SPD in den 50'er Jahren war die Diskussion über die Ursachen der Wahlniederlagen der Partei 1949 und 1953. Eine Gruppe forderte den Wandel der Programmatik der Partei, eine andere akzeptierte diese Intention nur widerwillig, bzw. leistete dagegen Widerstand, während eine dritte Gruppe an der traditionellen marxistisch orientierten Programmatik festhielt. Die politische Theorie und Praxis dieser drei Gruppierungen soll im folgenden stichwortartig dargestellt werden:

1. Die "Parteireformer":

Diese Gruppierung setzt sich aus drei Strömungen zusammen: Vertreter einer Konzeption des "ethischen Sozialismus", die die Notwendigkeit einer sozialistischen Gesellschaftsordnung aus dem Kant'schen kategorischen Imperativ ableiteten (C. Schmid, Eichler, Weisser), Wirtschaftspolitikern, die die Theorie der "sozialistischen Marktwirtschaft" vertraten (Deist, Schiller) und "pragmatisch" orientierte Kommunalpolitiker, die den Namen "Bürgermeisterflügel" erhielten (Kaisen, Reuter, Brauer). Ihre politische Grundkonzeption läßt sich so skizzieren: Die SPD muß aus einer Arbeiterpartei zu einer Volkspartei werden, die das Gemeinwohl anstrebt und nicht nur die Interessen einer bestimmten Klasse oder Schicht vertritt. Dazu ist eine Änderung der Parteiorganisation und der Öffentlichkeitsarbeit erforderlich, die zum Ziel hat, vor allem Vertreter der Mittelschichten als Wähler und Parteimitglieder zu gewinnen. Die Partei muß sich an das bestehende Bewußtsein breiter Teile der Mittelschichten und der katholischen Bevölkerung anpassen, um ihr Wählerpotential vergrößern zu können./79c/

Die Ziele des demokratischen Sozialismus sind aus den von Schumacher genannten drei Motiven heraus begründbar. Die "Parteireformer" stützen sich dabei vorwiegend auf eine Begründung der Ziele in der Tradition des Neokantianismus, wie sie in der Weimarer Republik durch den "Internationalen Sozialistischen Kampfbund" und den "Internationalen Jugendbund" vertreten wurde, aus dem Eichler und Weisser herkamen. Die Notwendigkeit des Aufbaus einer neuen Gesellschaftsordnung wird nicht mehr vorwiegend aus der Analyse der Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft abgeleitet, sondern mit dem Bestreben die drei Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität immer vollständiger zu realisieren begründet. Die SPD hat nicht die Aufgabe die materiellen Interessen einer bestimmten Bevölkerungsschicht zu vertreten, sondern die Grundwerte, die von Mitgliedern aller Bevölkerungsschichten gleichermaßen vertreten werden können, durchzusetzen. Es gibt kein konkretes Endziel des demokratischen Sozialismus, da die Verwirklichung der drei Grundwerte eine ständige, nie völlig abgeschlossene Aufgabe ist./79d/

Der Staat wird in der Tradition Hegels und Lassalles nicht als Instrument der Herrschaft einer Klasse aufgefaßt, sondern als Rechtsorganisation, die das Gemeinwohl verwirklichen soll. Die Marx'sche Klassenanalyse wird als überholt betrachtet, da in der pluralistischen Gesellschaft verschiedene Interessengruppen miteinander konkurrieren, deren Konflikte nicht allein aus dem Privateigentum an den Produktionsmitteln resultieren.

Der Staat muß seine Funktion als Sozialstaat ausbauen. Sozialismus ist nicht mehr mit der Sozialisierung der Produktionsmittel gleichzusetzen. Die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien ist keine unabdingbar erforderliche Voraussetzung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung. Sie ist nur im Ausnahmefall möglich, falls in bestimmten Sektoren das Marktprinzip außer Kraft getreten ist. In der angestrebten " gemischten Wirtschaftsordnung " existiert ein Nebeneinander von Entscheidungen der Privatfirmen, Genossenschaften und Staatsbetrieben und von staatlichen Maßnahmen zur Konjunktursteuerung. Die in ihren wesentlichen Grundsätzen akzeptierte soziale Marktwirtschaft wird als weitgehend krisenfreie Wirtschaftsordnung betrachtet, in der auf der Basis des ständigen wirtschaftlichen Wachstums der Lebensstandard der Arbeitnehmer kontinuierlich steigt. Die soziale Ungerechtigkeit muß durch eine Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, die undemokratische Unternehmensverfassung durch die paritätische Mitbestimmung und die Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes überwunden werden. Die Devise der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik lautet: " Soviel Markt wie möglich, soviel Planung wie nötig " ./80/.

Der Schwerpunkt der Arbeit der SPD muß im parlamentarischen Bereich liegen. Außerparlamentarische Massenaktionen verschrecken Wähler aus den Mittelschichten und bergen die Gefahr in sich, das sich Kommunisten daran beteiligen.

Da die SPD die Grundlagen der Gesellschaftsordnung und der Außenpolitik akzeptieren soll ist die Zusammenarbeit mit der CDU/CSU und der FDP möglich und erstrebenswert.

Die " Parteireformer " stellten in der SPD zunächst nur eine Minderheitenposition dar. Wegen der überragenden Position Schumachers konnte sie anfangs ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen und die Befürwortung der Politik der Westintegration nicht durchsetzen. Auf dem Parteitag 1950 in Hamburg scheiterte ein Vorstoß des " Bürgermeisterflügels " den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat zu billigen. Vertreter dieser Position wie Brandt und Kaisen wurden nicht in den Parteivorstand gewählt. Auf dem Parteitag 1954 in Berlin konnten die " Parteireformer " eine Befürwortung der Wiederbewaffnung nicht durchsetzen. Erler und Brandt fielen bei der Wahl des Parteivorstandes durch. Die beiden grundlegenden inhaltlichen Programme der SPD, das Dortmunder Aktionsprogramm 1952 und das Berliner Aktionsprogramm 1954 wurden jedoch bereits maßgeblich von dieser Gruppierung beeinflusst. Willi Eichler leitete die Redaktionskommissionen und hielt die Grundsatzreferate auf diesen beiden Parteitagen. Vorderungen wie Vergesellschaftung und Planung tauchten in diesen beiden Programmen nur noch Vage auf und das Ziel des demokratischen Sozialismus wurde durch die drei Grundwerte definiert. Der ständige Wirtschaftsaufschwung und die Wahlniederlagen der SPD 1953 und 1957 stärkten die Positionen der " Parteireformer ". Sie formulierten die Hauptresolution des Münchner Parteitages 1956 und bestimmten die Arbeit der Parteikommission, die ein neues Parteiprogramm erarbeiten sollte und den ersten Entwurf auf dem Parteitag 1958 in Stuttgart vorlegte. Das 1959 gegen nur 16 Stimmen verabschiedete Godesberger Programm spiegelt in großen Teilen die oben dargestellte politische Theorie dieser Gruppierung wieder. /81/.

2. Die " Traditionalisten " /82/

Diese Gruppierung leistete kaum eine eigenständige theoretische Arbeit. Sie unterstützte zunächst voll die politische Strategie Schumachers, paßte sich Ende der 50 er Jahre zum Teil weitgehend den " Parteireformern " an, zum Teil hielt sie an der Konzeption Schumachers fest. Repräsentanten dieser Strömung waren der Parteivorsitzende Ollenhauer, die hauptamtlichen Parteivorstandsmitglieder Heine und Gotthelf und die Vorsitzenden der Parteibeiräte Hessen- Süd und Berlin Birkelbach und Neumann. Inhaltliche Differenzen mit den " Parteireformern " gab es in folgenden Punkten:

Die Politik der Westintegration wird als Gefährdung der Wiedervereinigung betrachtet und erst spät widerwillig akzeptiert, während die

" Parteireformer " diese von Adenauer betriebene Politik bereits früh unterstützten. Die Wiederbewaffnung wird zunächst ebenfalls abgelehnt.

Ein Teil der Traditionalisten hält bis Mitte der 50' er Jahre an der Forderung der Sozialisierung der Schlüsselindustrien fest und übernimmt erst kurz vor dem Godesberger Parteitag die wirtschaftspolitische Konzeption der " Parteireformer ". Ein anderer Teil sieht in der Vergesellschaftung weiterhin die Grundlage einer sozialistischen Wirtschaftsordnung. Ein Antrag des Bezirks Hessen- Süd auf dem Godesberger Parteitag, der dies als Muß- Bestimmung im Parteiprogramm verankern will, erhält mit 99 Ja- Stimmen nur die Zustimmung eines Drittels der Delegierten.

Eine Koalition mit der CDU/CSU auf Bundesebene wird mehrheitlich abgelehnt, weil diese Parteien durch die Westintegration die Wiedervereinigung gefährden und in ihrer Wirtschaftspolitik die Arbeitnehmer benachteiligen.

Die Konzeption der Volkspartei wird zwar nicht prinzipiell abgelehnt, aber die SPD wird weiterhin als Interessenvertretung vor allem der Arbeitnehmer aufgefaßt.

Die Reform der Organisationsstruktur der Partei, die auf dem Stuttgarter Parteitag beschlossen wird, wird erst unter dem Schock der Wahlniederlage 1957 akzeptiert, ebenso die Übernahme der Wahlkampfmethoden der CDU/CSU.

Die Traditionalisten lehnen eine Anpassung an die Programmatik der CDU/CSU ab. Franz Neumann warnt auf einer Rede vor dem Landesparteitag der Berliner SPD 1958: " Wir können nicht mit der CDU um die Gunst des Wählers auf der Plattform der CDU kämpfen ". Er bemerkt an die Adresse des in Berlin von Brandt geführten rechten Parteiflügels:

" Wer die sozialistischen Grundsätze ablehnt, sollte nicht auf halben Wege stehen bleiben . Er sollte dann auch aus dem Namen der deutschen Sozialisten das Störende heraus nehmen, er sollte aus der Sozialdemokratischen Partei die soziale und demokratische Partei machen, die nur ein schlechter Aufguß der CDU sein kann."/83/

Die Traditionalisten, die auf ihrer Position beharrten und die " Parteireformer " lieferten sich auf den Parteitagen manchmal erbitterte Kämpfe. Auf dem Berliner Landesparteitag 1954 unterlag der Vertreter der " Parteireformer " Brandt dem Vertreter der Traditionalisten Neumann bei der Kandidatur um die Funktion des Landesvorsitzenden mit 143: 145 Stimmen. Auf dem Landesparteitag 1958 kehrten sich die Mehrheitsverhältnisse um und Brandt wurde Landesvorsitzender. Im Laufe der 50- er Jahre veränderten sich die Mehrheitsverhältnisse auf den Bundesparteitagen. Während 1950 und 1954 die Kandidaturen der " Parteireformer " Brandt und Erler für den Parteivorstand noch gescheitert waren, stellten sie seit dem Godesberger Parteitag im Parteivorstand die Mehrheit. Die beiden Vertreter der Traditionalisten im Parteivorstand Heine und Gotthelf wurden 1958 in Stuttgart nicht mehr in den Parteivorstand gewählt.

Auf dem Godesberger Parteitag 1959 stimmte ein Teil der Traditionalisten gegen alle Teile des Programms (16 Delegierte), ein Teil votierte nur gegen den wirtschaftspolitischen Teil (42 Delegierte) bzw. gegen den wehrpolitischen Teil des Programms (23 Delegierte) und ein Teil befürwortete alle Pasagen des Programms, da er es in seiner Ganzheit als fairen Kompromiß zwischen den " Parteireformern " und den Traditionalisten interpretierte./84/

3. Eine Gruppierung betrachtete sich selbst als streng marxistisch und lehnte deshalb die Bestrebungen der " Parteireformer " entschieden ab. Sie rekrutierte sich aus intellektuellen wie Abendroth und von Oertzen, Parteifunktionären wie dem " Vorwärts "- Chefredakteur und Gewerkschaftsfunktionären wie Agartz, Rück und Seeger. Diese Gruppierung hatte in keinem Parteibezirk die Mehrheit und war im Parteivorstand nicht vertreten./85/

Sie war nicht in der Lage eine einheitliche Politik zu betreiben, da sie selbst in mehrere Richtungen gespalten war/86/:

Eine Gruppierung, zu der Abendroth, Agartz und Gleissberg gehörten, strebte die Umwandlung der SPD in eine konsequent klassenkampf-orientierte Partei an und bezog sich dabei auf das Erfurter und Heidelberger Programm, sowie auf das Prager Manifest. Sie strebte die völlige Überwindung des Kapitalismus an und lehnte jegliche Zusammenarbeit der SPD mit "bürgerlichen" Parteien ab.

Eine Gruppe, deren führende Repräsentanten Brenner und von Oertzen waren, erkannte zwar die Notwendigkeit einer Reform der Organisationsstruktur und der Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms an, hielt aber im Gegensatz zu den "Parteireformern" an der Forderung nach der Sozialisierung der Schlüsselindustrie als *conditio sine qua non* einer sozialistischen Wirtschaftsordnung fest und kritisierte die weitgehende programatische Anpassung an die CDU/CSU.

Ein kleiner Kreis befürwortete auch nach dem Beginn des "Kalten Krieges" die Zusammenarbeit mit der KPD und verfolgte weiterhin das Fernziel eine einheitliche Arbeiterpartei zu gründen. Er gründete 1949 die "Sozialdemokratische Aktion", deren Führer bereits 1950 ausgeschlossen wurden und spielte bis zum Verbot dieser Organisation 1956 keine Rolle mehr.

Eine syndikalistisch orientierte Strömung arbeitete nur deshalb in der SPD, die sie für keine sozialistische Partei hielt, weil sie der Meinung war daß die SPD die einzige demokratische Partei darstellte, die den weiteren Ausbau der "autoritären Kanzlerdemokratie" Adenauers stoppen könnte. Vertreter dieser Richtung waren Gerlach und Lamm. Den inhaltlichen Grundkonsens der marxistischen Linken in der SPD faßte Fritz Lamm 1958 zusammen: "Im großen und ganzen werden als Linke bezeichnet jene Genossen, die auch in unserer modernen Gesellschaft unverminderte Klassengegensätze erkennen, die eine radikale Politik zur Umwandlung der kapitalistischen in eine sozialistische Demokratie fordern, die die internationale Klassenpolitik der nationalen Volkspolitik vorziehen, die gegen den kriegsfördernden, platten Antibolschewismus auftreten, obwohl sie sich von der kommunistischen Ideologie und Praxis deutlich abgrenzen, die breite Arbeitnehmerschichten in Bewegung setzen wollen unter der Führung einer sozialistischen Partei, die auf der Basis eines klaren Grundsatzbekenntnisses und mittels eines eindeutigen Aktionsprogramms zur Macht kommen will."/87/

Da es unmöglich ist die inhomogenen politischen Theorien der verschiedenen Richtungen der marxistischen Linken in der SPD darzustellen, greife ich stellvertretend den von Wolfgang Abendroth formulierten Gegenentwurf zum Godesberger Programm mit dem Titel "Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie" heraus./88/. In dem Analyseteil beschreibt Abendroth den Konzentrationsprozess in der Industrie und im Banksektor, die weiterhin existierende Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Wirtschaft und die zunehmende Abhängigkeit des Staates von den Interessen des Großkapitals. Im Strategieteil wird die politische Machtergreifung der Arbeiterklasse als Ziel formuliert, die neben der Parlamentsarbeit die außerparlamentarische Massenmobilisierung zur Voraussetzung hat. Als Grundlagen einer sozialistischen Wirtschaftsordnung ^{werden} die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und der Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer, sowie die Einführung einer gesamtgesellschaftlichen Planung genannt. Die SPD wird als Vertreterin der Klasseninteressen der Lohnabhängigen bezeichnet.

Als Kristallisationskern der marxistischen Linken in der SPD erwies sich eine Reihe von kleinen Zeitschriften, die allerdings wegen ihrer geringen Auflage nur eine kleine Minderheit der SPD-Mitglieder erreichten. Die wichtigsten dieser Zeitschriften waren: 1950- 1959 "Der Funke" (Hrg.: Lamm), 1954- 1966 die "So Po" (Hrg.: Abendroth und von Oertzen), 1956-61 die "Wiso-Korrespondenz" (Hrg.: Agartz) und 1955-69 die "Andere Zeitung" (Hrg.: Gleissberg)./89/ Die Linke leistete in den "Marxistischen Arbeitskreisen" innerhalb der Partei politische Schulungsarbeit.

Die marxistische Linke erkannte erst spät die Notwendigkeit ihre Politik zu koordinieren. 1958 fand erstmals ein Lesertreffen der beiden Zeitungen "Der Funke" und der "So Po" statt, an dem 145 Teilnehmer aus 36 Städten teilnahmen, die eine "Entschließung der Tagung linker Sozialdemokraten in Frankfurt/Main" verabschiedeten. Dieses Treffen war jedoch das erste und letzte dieser Art. Die Ursache dafür dürfte die negative historische Erfahrung der Spaltung der SPD 1917 und der Gründung der SAPD 1931 sowie die Angst vor Repressionen der Parteiführung gewesen sein. Ein einheitliches Vorgehen der Linken auf den Parteitagen der SPD wurde durch ihre Inhomogenität unmöglich gemacht. Von Oertzen kritisiert das Fehlen eines gemeinsamen Vorgehens der Linken auf dem Godesberger Parteitag 1959 und nennt als Begründung dafür: "Zeitmangel, Resignation, taktische Bedenklichkeiten und nicht zuletzt eine ernste sachliche Meinungsverschiedenheit - z.B. in der Wehrfrage und in der Mitbestimmung - in den Reihen der Opponenten selbst waren die Ursache." /90/. Die mangelnde Zusammenarbeit der Parteilinken zeigte sich unter anderem darin das die beiden Gegenentwürfe zum Godesberger Programm mehr oder weniger auf der Privatinitiative von Abendroth und von Oertzen beruhten.

Die schnelle und relativ reibungslose Durchsetzung der programatischen Positionen der "Parteireformer" hat mehrere Ursachen, von denen nur die wichtigsten in Thesenform dargestellt werden können:

1. Der ständige Wirtschaftsaufschwung ließ die Marxsche Thesentheorie als überholt erscheinen. Die Mehrheit der Mitglieder und der Wähler der SPD erlebte eine kontinuierliche Verbesserung ihrer sozialen Lage und akzeptierte in zunehmenden Maße das System der "Sozialen Marktwirtschaft".
2. Im politischen Klima des Kalten Krieges standen marxistische Positionen in der SPD automatisch unter dem Kommunismusverdacht. Von Oertzen schrieb 1954, das "... ber dem Haupt eines jeden Linken das Damoklesschwert der Verdächtigung als Kommunist ..." schwebte./91/.
3. Die Linke unterschätzte die Stärke der "Parteireformer", die wegen der überragenden Stellung Schumachers anfangs scheinbar eine kleine Minderheit darstellten.
4. Sie schreckte vor einer aktiven Fraktionierungsarbeit aus den oben bereits genannten Gründen zurück.

Kapitel 1.9.: Die Schwäche der Linken in der SPD nach der Verabschiedung des Godesberger Programms /92/.

Nach dem Godesberger Parteitag verließ ein Teil der marxistischen Linken freiwillig die Partei, da sie glaubten ihre Positionen in der SPD nicht mehr vertreten zu können. Zu dieser Gruppe gehörten der Bundestagsabgeordnete Behrisch, der Vorsitzende der Jugendorganisation "Die Falken" Knorr und die Professoren Flechtheim, Haug und Gottschalch. Ein anderer Teil wurde 1960/61 wegen der Mitgliedschaft im SDS bzw. im SDS - Förderkreis aus der Partei ausgeschlossen (u.a. die Professoren Abendroth, Seifert und Heydorn). Versuche neue Organisationen wie die "Deutsche Friedens Union" (Behrisch und Knorr), die "Vereinigung Unabhängiger Sozialisten" (Gleissberg) und den "Sozialistischen Bund" (Abendroth) als Kristallisationskern für eine linkssozialistische Partei aufzubauen scheiterten an der geringen Resonanz dieser Gruppierungen.

Die in der SPD verbliebenen Linken stellten sich auf den Boden des Godesberger Programms und versuchten es im Sinne ihrer politischen Theorie zu interpretieren. Das beste Beispiel für diese Strategie stellt der Artikel von Oertzens "Wegmarke Godesberg" aus dem Jahr 1959 dar./93/. Die Parteilinke, die sich vor allem aus den konsequenten "Traditionalisten" der 50' er Jahre rekrutierte, war besonders in den Parteibezirken Hessen- Süd, Schleswig- Holstein und Berlin stark vertreten. Sie konzentrierte sich in den 60' er Jahren auf die Durchsetzung einer neuen Außenpolitik mit dem Ziel einer Beendigung des Kalten Krieges durch Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und der DDR, sowie auf den Kampf gegen die verschiedenen Entwürfe der Notstandsgesetze. Wirtschaftspolitische Fragen standen wegen der wirtschaftlichen Prosperität bis zur Krise 1966 nicht mehr im Mittelpunkt der Diskussion der Linken. Auf den Parteitagen 1960 in Hannover, 1962 in Köln, 1964 in Karlsruhe und 1966 in Dortmund war die Linke unter den Delegierten kaum noch vertreten und stellte auch im Parteivorstand nur eine unbedeutende Minderheit dar. So stimmten z.B. auf dem Parteitag 1966 nur 20 Delegierte gegen Notstandsgesetze, 12 enthielten sich.

Bis zum Ende der 60' er Jahre dominierte in der SPD die Richtung, die das Godesberger Programm durchgesetzt hatte ganz eindeutig. Seit der Rede Wehners im Bundestag 1960, in der die Westintegration durch die SPD voll akzeptiert wurde, bestanden kaum noch tiefgreifende Unterschiede zur Politik der CDU/CSU- geführten Bundesregierung. Ab 1961 wurde die Bildung einer Koalitionsregierung mit der CDU/CSU auf Bundesebene von der Mehrheit der Parteiführung befürwortet. Durch den Abschluß der Großen Koalition sah diese Gruppe ihre Politik der schrittweisen Machtbeteiligung der SPD bestätigt.

Kapitel 1.10.: Das Wiedererstarken des linken Parteiflügels nach 1966 und dessen innere Differenzierung

Der Beitritt der SPD zur Großen Koalition war aber gleichzeitig der Beginn der Stärkung des linken Parteiflügels. Auf einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission am 28.11.1966 billigten 73 die Große Koalition, 19 lehnten sie ab. Die Bundestagsfraktion billigte die Große Koalition am 30.11.1966 mit 126 gegen 53 Stimmen bei 8 Enthaltungen./94/. Auf dem Nürnberger Parteitag 1968 stimmten nur 173 Delegierte der Bildung der Großen Koalition zu während 129 sie ablehnten. Allerdings gelang es auf diesem Parteitag nur 2 von 6 Kandidaten der Linken in den Parteivorstand gewählt zu werden. Gegen die Notstandsgesetze stimmten 1968 im Bundestag 54 SPD Abgeordnete (u.a. Arendt, Dröscher, Matthöfer), die damit einer Empfehlung des DGB folgten./95/

Der wichtigste Faktor für die Stärkung des linken Parteiflügels war jedoch die Linkswendung der Jungsozialisten. Die Jusos waren mit Ausnahme der Bezirke Hessen- Süd und Schleswig- Holstein bis Mitte der 60' er Jahre eine vollkommen parteikonforme Jugendorganisation, die das Godesberger Programm ohne Einschränkung akzeptierte. 1969 eroberte auf dem Münchner Bundeskongreß der Jusos der linke Flügel eine klare Mehrheit. Die Hauptresolution des Juso- Bundeskongresses mit dem Titel "Zustand und Aufgabe der SPD" kritisierte scharf die Anpassung der Mutterpartei an die CDU/CSU und postulierte die Umwandlung der SPD

in eine konsequent sozialistische Partei, die^{die} Jusos durch das Konzept der "Doppelstrategie" erreichen wollten. Die Ursachen für die Linkswendung der Jusos war vor allem die Entstehung der APÖ, die wiederum aus dem Protest gegen die Große Koalition, die Notstandsgesetze, den Vietnamkrieg und die Ordinarienuniversität heraus entstanden war. Im weiteren Verlauf meiner Ausführungen verzichte ich auf eine detaillierte Schilderung der Entwicklung der Flügelbildung in den 70' er Jahren, da dies ein Thema des dritten Teils meiner Arbeit ist. Auf dem Parteitag 1970 gab es erstmals eine Kampfkandidatur der Linken gegen einen Vertreter der Rechten um den stellvertretenden Parteivorstand. Der damalige stellvertretende Juso- Vorsitzende Gansel kandidierte gegen Helmut Schmidt, erhielt aber nur 56 Stimmen. Anfang der 70' er Jahre gelang es der Linken in verschiedenen Bezirken wie Baden-Württemberg und Südbayern und in wichtigen Unterbezirken wie München und Köln die Mehrheit zu erringen. Der Hannoveraner Parteitag 1973 stellte den Höhepunkt des innerparteilichen Einflusses der Linken dar. Der erste Entwurf eines Langzeitprogramms, das vom Saarbrückener Parteitag 1970 gefordert worden war, wurde 1973 nicht verabschiedet, da er den Vorstellungen der Linken in weiten Teilen nicht entsprach. Eine Reihe von Vertretern der Parteilinken wurde erstmals in den Parteivorstand gewählt (z.B. von Oertzen, Ristock, Roth), während Vertreter der " Harten Linie " der Rechten wie Franke und Renger nicht wiedergewählt wurden.

Der Einfluß der Jungsozialisten, die anfangs der 70' er Jahre noch den Kern der Parteilinken gebildet hatten, ging im Verlauf der weiteren Entwicklung immer weiter zurück. Der Grund dafür liegt neben den heftigen Fraktionskämpfen der 3 Fraktionen der Jungsozialisten in dem verstärkten Druck der Parteiführung, der 1975 zur Verabschiedung der restriktiven " Grundsätze für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD " führte und auch vor dem Parteiausschluß ganzer Juso- Bezirksvorstände (Nordniedersachsen, Franken) und des 1977 gewählten Juso- Bundesvorsitzenden Benneter nicht zurückschreckte./95a/ Die Mehrheit der Parteilinken tolerierte die Politik der Bundesregierung mit der Begründung dadurch eine Alleinregierung der CDU/CSU bzw. eine Koalition aus CDU/CSU und FDP verhindern zu wollen. Sie stimmte trotz vorher geäußelter Bedenken und anders lautender Beschlüsse der Jungsozialisten und verschiedener SPD- Untergliederungen dem Orientierungsrahmen '85 auf dem Mannheimer Parteitag 1975 geschlossen zu, den sie als fairen Kompromiß zwischen Vorstellungen der Linken und Rechten betrachtete. Nur die Anti- Revisionisten und die " Stamokap- Gruppe " innerhalb der Jungsozialisten lehnten den Orientierungsrahmen '85 entschieden ab./96/

Auf dem Parteitag 1977 in Hamburg gelang es der Linken zwar ihre seit 1973 erungenen Positionen im Parteivorstand zu halten, mußte aber in der Frage der Kernenergie einen Kompromiß eingehen und unterlag in der Abstimmung über einen Antrag des Bezirks Schleswig- Holstein, der die Berufsverbote kritisierte, knapp. In wirtschaftspolitischen Fragen war sie nicht in der Lage eine klare Alternative zur Politik der Bundesregierung zu entwickeln. Seit 1977 zeichnet sich eine Differenzierung der Parteilinken in zwei Gruppierungen ab. Ein Teil, der durch Namen wie Roth und Voigt repräsentiert wird, akzeptiert die Politik der Bundesregierung trotz einzelner Bedenken, um die Mehrheit der sozialliberalen Koalition zu bewahren, während ein anderer Teil, der durch einige Bundestagsabgeordnete (Hansen, Coppik) und die seit 1977 bei den Jungsozialisten bestehende " neue Mehrheit " aus Antirevisionisten und der " Stamokap- Gruppe " gebildet wird, die Politik der Bundesregierung in der Frage der Einschränkung demokratischer Freiheitsrechte entschieden ablehnt.

Auf die Differenzierung des rechten Parteiflügels, die zur Gründung der " Fritz Erler- Gesellschaft " und der " Sozialen Demokratischen Union " und auf lokaler Ebene in München, Krefeld und Lübeck zu massiven Parteiaustritten führte, kann wegen der Schwerpunktsetzung meiner Arbeit nicht eingegangen werden.

Kapitel 2:

Darstellung und Kritik von Typologien der Flügel in der SPD

Kapitel 2.1.: Darstellung von Typologien der Flügel in der SPD

Im zweiten Teil meiner Arbeit werden Versuche der Typologisierung der in der SPD z.Z. vorhandenen Flügel zunächst dargestellt und anschließend auf ihre Aussagefähigkeit und auf ihre Stichhaltigkeit untersucht.

Diese Typologien sind natürlich von den weltanschaulichen Positionen der Autoren stark beeinflusst. Die Kriterien für die Einteilung der SPD in verschiedene Flügel beruhen auf der jeweiligen politischen Theorie der Autoren. Es lassen sich dabei im großen und ganzen drei Gruppen von Typologien der Flügel in der SPD unterscheiden:

1. Typologien sozialdemokratischer Autoren, die selbst einem dieser Flügel angehören
2. Typologien marxistisch- leninistischer Autoren
3. Typologien konservativer und liberaler Autoren

Kapitel 2.1.1.: Darstellung der Typologien sozialdemokratischer Autoren

Zum rechten bzw. " gemäßigten " Flügel der SPD zählen die Autoren der 1975 erschienenen Broschüre " Godesberg und die Gegenwart " Vogel, Buschfort und Ruhnau./1/

Sie unterscheiden in der SPD drei Flügel:

Ein Flügel, zu dem sie sich selbst rechnen, steht voll auf dem Boden des Godesberger Programms und hat es initiiert. Die inhaltlichen Grundpositionen dieses Flügels werden folgendermaßen dargestellt /2/: Die Bundesrepublik ist keine kapitalistische Gesellschaft im traditionellen Sinne mehr. Durch die Übergabe der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel von den Kapitaleignern an angestellte Manager, die Mitbestimmung in den Betrieben und den Einfluß der Gewerkschaften und der SPD auf die Wirtschaftspolitik nimmt der Einfluß der Arbeitnehmer auf die Gestaltung der Wirtschaftsordnung immer mehr zu. Die SPD muß sich voll zum bestehenden Staat bekennen und ihn verteidigen, da er von ihr entscheidend mitgeprägt worden ist und sie sich " in ihrem Staat wirklich zuhause " fühlt./3/ Das Ziel des demokratischen Sozialismus besteht in der Verwirklichung der drei Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Die Gesellschaft ist nicht mehr durch einen Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital gekennzeichnet, sondern durch einen Pluralismus von Interessen und Schichten. Die grundsätzlich akzeptierte soziale Marktwirtschaft muß durch Vermögensbildung und paritätische Mitbestimmung ausgebaut werden. Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung soll den Konjunkturverlauf steuern. Die Vergesellschaftung von Unternehmungen ist nur in Ausnahmefällen denkbar.

Ein Flügel lehnte das Godesberger Programm zwar 1959 ab, vertritt es aber seitdem loyal und betrachtet es " als akzeptable Ausgangsbasis auch für ein aus marxistischer Analyse abgeleitetes realitätsbezogenes Handeln " ./4/. Obwohl die Autoren keine Namen nennen, ist der Hauptrepräsentant dieses Flügels wohl in Peter von Oertzen zu sehen, der bereits 1959 das Godesberger Programm als Grundlage akzeptierte. Die inhaltlichen Positionen dieses Flügels werden nicht näher erläutert. Ein weiterer Flügel, zu dem pauschal die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten gerechnet wird, verfolgt die Taktik " einzelne Sätze (z.B. " Der demokratische Sozialismus erstrebt darum eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung ") aus dem Text- und Sinnzusammenhang " zu reißen, um so " eine Scheinbefürwortung des Programms mehr schlecht als recht zu konstruieren." /5/.

Diesem Flügel wird also vorgeworfen in Wahrheit das Godesberger Programm abzulehnen. Die inhaltlichen Positionen dieses Flügels werden so skizziert: Es gibt weiterhin einen Klassengegensatz. Der Sozialismus ist keine schrittweise Verbesserung der bestehenden Gesellschaftsordnung, sondern erfordert eine vollständige Überwindung der bestehenden Ordnung. Hierzu ist eine Vollsozialisierung aller Produktionsmittel und eine Zentralverwaltungswirtschaft notwendig. Der Staat der Bundesrepublik wird als durch und durch kapitalistisch betrachtet, der nur als "formale Demokratie" bezeichnet werden kann. Die Möglichkeit der pluralen Begründung der Ziele des demokratischen Sozialismus wird nicht anerkannt, da ein Monopolanspruch für die marxistische Begründung erhoben wird. Das Konzept der "Doppelstrategie" dient in erster Linie dem Kampf gegen sozialdemokratische Mandatsträger./6/. Die so dargestellte politische Theorie dieses Flügels wird von Vogel et. al. als Rückfall in die "achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts" bewertet./7/. Die marxistische Kapitalismustheorie wird für die Analyse der heutigen Realität in der Bundesrepublik als völlig untauglich betrachtet, da durch die zunehmenden Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer und durch die ständige Verbesserung der sozialen Lage sich der Charakter der Gesellschaftsordnung völlig verändert hat.

Alexander Schwan unterscheidet in seinem Buch "Sozialdemokratie und Marxismus" in der SPD zwei Flügel, die zwar in sich sehr nuanciert sind, aber deren Gegensatz man durch eine einzige Grundfrage pointiert aufzeigen kann: "Soll die SPD zu einer marxistisch orientierten, klassenkämpferischen, das System der sozialen Marktwirtschaft und der repräsentativen Demokratie zu transformieren und damit letztlich zu überwinden trachtenden "Arbeiterpartei" werden (und sich somit teilweise auf ihre längst überholte Tradition zurückwenden) oder soll sie die demokratische und soziale, d.h. linke Volkspartei bleiben und weiterhin sein, der es um die gesellschaftliche Fundierung und Entwicklung der bestehenden freiheitlich- rechtsstaatlichen Demokratie und solchermaßen um Systemverbesserung durch eine langfristige Reformpolitik geht ?"/8/.

Die politische Theorie der Vertreter der Konzeption der Volkspartei charakterisiert Schwan ähnlich wie Vogel et. al./9/: Die soziale Marktwirtschaft muß durch eine verstärkte Mitbestimmung und durch die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand sozialer und demokratischer gestaltet werden. Das Ziel des demokratischen Sozialismus ist durch die drei Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität definiert und stellt eine ethische Verpflichtung für Mitglieder aller Schichten dar. Die SPD muß sich ohne Einschränkung zur bestehenden Staats- Gesellschaftsordnung bekennen.

Die inhaltliche Konzeption der Vertreter der Strategie der Arbeiterpartei beschreibt Schwan vor allem durch seine Interpretation der Beschlüsse des Juso- Bundeskongresses 1971 und 1974 /10/: Die Gesellschaft der Bundesrepublik ist weiterhin vom Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital gekennzeichnet, der Staat wird völlig von Kapitalinteressen beherrscht. Ziel ist die Sozialisierung aller Produktionsmittel und die Ersetzung der parlamentarisch- repräsentativen Demokratie durch den Aufbau einer Rätediktatur mit Hilfe einer revolutionären Avantgarde- Partei. Einzelne Vertreter dieses Flügels wie von Oertzen und Steffen lehnen zwar die Errichtung der Diktatur des Proletariats ab, stimmen aber der Umwandlung der SPD in eine klassenkämpferische Arbeiterpartei zu.

Die bisher ausführlichste Typologie der Flügel in der SPD aus der Sicht eines Vertreters des "gemäßigten" Flügels entwirft Hans Krementahl in seinem Buch "Nur die Volkspartei ist mehrheitsfähig" /11/. Er geht davon aus, daß es in der SPD seit ihrer Gründung immer einen linken und einen rechten Flügel gibt.

Er unterteilt die gegenwärtige SPD in fünf Gruppierungen, die er folgendermaßen kennzeichnet: Die gemäßigten Sozialdemokraten befürworten das Godesberger Programm ohne jede Einschränkung. Ihre politische Theorie stützt sich auf folgende Elemente /12/: Das Ziel des demokratischen Sozialismus wird in der Tradition des ethischen Sozialismus durch Grundwerte begründet. Jede Form des "wissenschaftlichen Sozialismus" wird abgelehnt, da im Rahmen der Auffassung des kritischen Rationalismus jeglicher Absolutheitsanspruch einer Weltanschauung oder einer Wissenschaftstheorie bestritten wird. Die Staatstheorie geht von einem Pluralismus der organisierten Interessen aus. Dieser Konkurrenzkampf führt durch die Vermittlung des Staates zur Herstellung eines "Gemeinwohls a posteriori". Der Staat hat in seiner Funktion als Sozialstaat mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Er ist nicht das Instrument der Herrschaft einer Klasse, sondern die Rechtsgemeinschaft aller Bürger. Auf die staatliche Politik in der Bundesrepublik haben die Interessenvertretungen der Arbeitnehmer entscheidenden Einfluß. Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik ist nicht mehr rein kapitalistisch, sondern ist eine "gemischte Wirtschaftsordnung". Ziel der SPD ist es eine Demokratisierung der Wirtschaftsordnung zu erreichen und durch die staatliche Wirtschaftspolitik, die die Einzelfallentscheidung bei den Unternehmungen beläßt, soll der Konjunkturverlauf und die Investitionen besser gesteuert werden. Eine Vergesellschaftung von Unternehmungen ist nur in eng begrenzten Ausnahmefällen als letztes Mittel möglich. Der demokratische Sozialismus hat kein konkretes Endziel, da die Verwirklichung der drei Grundwerte eine ständige Aufgabe darstellt. Die SPD ist eine Volkspartei, in der alle Schichten der Bevölkerung repräsentiert sind und die nicht nur die Interessen einer bestimmten Schicht vertritt.

Kremendahl gelangt zur Schlußfolgerung: Die gemäßigten Sozialdemokraten vertreten die Mehrheitsposition in der SPD. Ihre Politik wird durch die Wahlerfolge der SPD seit Verabschiedung des Godesberger Programms bestätigt. Sie müssen sich gegen ein "Zurück in die Marx-Orthodoxie" wehren und in der Theoriediskussion in die Offensive gehen./13/

Die Parteilinke gliedert Kremendahl in vier Gruppierungen. Er begründet dies so: "Mit dem Aufkommen der Neuen Linken in der Partei wurde immer deutlicher, daß der linke Flügel keinen einheitlichen Block mehr bildet. Vielfache innere Differenzierung und Gruppenbildung läßt ein eher verwirrendes Bild für den außenstehenden Beobachter, oft sogar für erfahrene Sozialdemokraten entstehen."/14/

Die "alte" Linke wird durch Namen wie von Oertzen, Ristock und Matthöfer und durch die inhaltlichen Positionen der Parteibezirke Hessen-Süd und Schleswig-Holstein vertreten. Sie stand zwar ursprünglich dem Godesberger Programm skeptisch gegenüber, akzeptiert dieses inzwischen jedoch voll und interpretiert es "in zulässiger Auslegung für ihre Zwecke (Eintreten für Vergesellschaftungen, Skepsis gegen die Große Koalition, Eintreten für deutliche Abgrenzung zu "bürgerlichen" Parteien, Festhalten an einer marxistischen Begründung sozialdemokratischen Wollens usw.)"/15/. Sie grenzt sich deutlich von der "jungen" Linken ab, der sie "Ungeduld, Dogmatismus, elitäre Sprache und zu wenig innere Verbindung mit der Partei" vorwirft/16/. Sie bekennt sich uneingeschränkt zum Grundgesetz und zur schrittweisen Reformpolitik.

Die "junge" Linke ist in drei Fraktionen gespalten:/17/

Die "Bundesvorstands-Linie" der Jungsozialisten, die bis 1977 die Mehrheit dieser Organisationen bildete, und sich selbst als "Reformsozialisten" bezeichnet wird durch Personen wie Roth, Strasser und Wieczorek-Zeul vertreten. Sie betont die untrennbare Einheit von Demokratie und Sozialismus und fordert die Beibehaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in einer sozialistisch umgestalteten Bundesrepublik. Sie lehnt die orthodox-marxistische Staatstheorie ab,

wie ein von ihr auf dem Juso- Bundeskongreß vorgelegter Antrag beweist, in dem es heißt: " Erst recht nicht ist der Staat seinen wie immer begriffenen " Wesen " nach durch und durch kapitalistisch. Vielmehr kommen in der Staatstätigkeit widerstreitende Kräfte zum Ausdruck."/18/ Sie bekennt sich ausdrücklich zur parlamentarischen Demokratie. Kremendahl bezeichnet ihre Position als " linksreformistisch ", die den Boden des Godesberger Programms nicht verläßt./19/ Die Vertreter der Stamokap- Theorie, die sich selbst als " Juso-Linke " bezeichnen gehen von der in den 60' er Jahren in der DDR entwickelten Theorie aus, daß der Staat das Instrument der Monopol-bourgeoisie ist. Er kann nur durch ein breites Bündnis der Arbeiter-klasse mit den nicht - monopolistischen Zwischenschichten umge-wandelt werden. Sie strebt die Veränderung der SPD in eine rein marxistische Partei an und lehnt die plurale Begründung der Ziele des demokratischen Sozialismus ab. Sie ist bereit auch mit Kommu-nisten zusammenzuarbeiten. Sozialismus wird auf die Sozialisierung aller Produktionsmittel reduziert. Das Godesberger Programm wird von dieser Gruppierung nur aus taktischen Gründen anerkannt. Die " Antirevisionisten " betrachten den Staat in der Bundesrepublik als " ideellen Gesamtkapitalisten " und vertreten eine ökonomische Zusammenbruchstheorie. Sie halten in einer ökonomischen Krise einen revolutionären Übergang zum Sozialismus für möglich. Sie lehnen die ihrer Meinung nach reformistische Politik der Mehrheit der SPD ab./20/

Kremendahl kommt zum Ergebnis, daß der linke Flügel der SPD sehr un-einheitlich ist: " Allenfalls taktische Absprachen und der Gruppen-konflikt mit den - ebenfalls nicht homogenen - Gemäßigten lassen den Eindruck eines einheitlichen linken Flügels entstehen."/21/. Er unter-scheidet innerhalb der Parteilinken zwei Teile: ein Teil (" alte " Linke und " Reformsozialisten ") steht auf der Grundlage des Godes-berger Programms, während der andere Teil (" Stamokap- Gruppe " und " Antirevisionisten ") in wichtigen Teilen das Parteiprogramm nicht anerkennt. Kremendahl plädiert daher für den Parteiausschluß dieser beiden Richtungen innerhalb der Jungsozialisten, falls sie auch nach einer intensiven Theoriediskussion an ihren Positionen festhal-ten./22/

Joachim Steffen, einer der Führer der " alten " Linken sieht in seinem Buch " Strukturelle Revolution " in der SPD zwei normative Grundströ-mungen vereint. Er unterscheidet zwischen einer Richtung, die die Struktur und Prozeß-logik des bestehenden Gesellschaftssystems be-wahren will und einer Richtung, die beides verändern will, da sie die Gesellschaftsordnung für inhuman hält: " Der eine (Flügel - E.W.) versteht Politik als Handeln mit bestimmten Zielen innerhalb des Vorhandenen und Gegebenen. Der andere versteht Politik als Ver-änderung des Gegebenen und Vorhandenen nach bestimmten Zielen. "/23/ Jede dieser beiden Grundströmungen zerfällt wieder in zwei Unter-gruppen./24/. Die " Syst embewahrer " gliedern sich in eine Gruppe, die die Probleme des gegenwärtigen Gesellschaftssystems^s völlig ne-giert und von einem unerschütterlichen Fortschrittsoptimismus be-herrscht wird und in eine Gruppe, die zwar Probleme erkennt, aber sie alle im Rahmen der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschafts-ordnung für lösbar hält. Ein Teil der " Syst emveränderer " will die Gesellschaftsordnung nur in bestimmten Teilbereichen (v.a. in der Wirtschaft) schrittweise verändern, ein anderer Teil lehnt das Gesellschaftssyst em^s als Ganzes ab und fordert dessen Ersetzung durch eine völlig neuartige Gesellschaft.

Der führende Theoretiker der " Antirevisionisten " Wolfgang Krumbein teilt die SPD in zwei Hauptströmungen ein:/25/

Der dominierende sozialliberale Flügel hält eine konsequente Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung für möglich, identifiziert sich völlig mit dem Staat und lehnt daher eine Umgestaltung der Wirtschaftsordnung, die das Privateigentum an den Produktionsmitteln in Frage stellt, ab. Er konzentriert sich allein auf die parlamentarische Arbeit und ist gegen außerparlamentarische Aktionen.

Der reformistische Flügel geht von der Existenz eines Klassengegensatzes aus und vertritt das Ziel einer sozialistischen Wirtschaftsordnung. Er ist jedoch zu stark auf die Parlamentsarbeit fixiert. Zu diesem Flügel rechnet Krumbein auch die " Bundesvorstands-Linie " der Jungsozialisten: " Sie ist heute Bestandteil der reformistischen Parteilinken und steht im offenen Gegensatz zu marxistischen Positionen."/26/ Er kritisiert an der politischen Theorie der "Reformsozialisten" das Aufgeben der marxistischen Staatstheorie, die Unterschätzung der politischen Machtfrage beim Übergang zum Sozialismus, die Illusionen über die Möglichkeit einer an Arbeitnehmerinteressen orientierten Investitionslenkung im Rahmen des Kapitalismus und die illusionäre Strategie die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel schrittweise unter Umgehung der Enteignung einschränken zu können./27/

Bei einer Veränderung der Situation - z.B.durch eine ökonomische Krise- hält Krumbein eine weitere Differenzierung der SPD für möglich. Ein Teil des sozialliberalen Flügels kann " sozialreaktionär " werden und sogar Repressionsmaßnahmen gegen die Arbeitnehmer ergreifen. Ein Teil des reformistischen Flügels kann Illusionen über den " bürgerlichen " Staat und den Parlamentarismus verlieren und " revolutionär - marxistisch " werden.

Als Kern des im Aufbau befindlichen marxistischen Flügels in der SPD sieht Krumbein die zum Zeitpunkt des Erscheinens seines Aufsatzes noch in einer Minderheitenposition innerhalb des Juso - Bundesverbandes befindenden " Antirevisionisten " und die " Stamokap-Gruppe " an. Er kritisiert an der " Stamokap- Gruppe " ihre Illusionen über die Möglichkeiten der Nutzung des " bürgerlichen Staatsapparates " beim Übergang zum Sozialismus und über die Chance die SPD in eine konsequent sozialistische Partei umgestalten zu können./28/ Krumbein erkennt abschließend, daß die Doppelstruktur der SPD (Sozialliberale und Reformisten) bisher kaum durch Marxisten modifiziert wurde: " im Vergleich mit den marxistischen Gruppen in den SPen (Sozialdemokratischen Parteien- E.W.) anderer Länder, sind die marxistischen Kräfte in der SPD quantitativ außerordentlich schwach vertreten."/29/

Die Vertreter der " Juso- Linken ", wie sich die Vertreter der Stamokaptheorie in der SPD selbst bezeichnen, gehen von der Existenz dreier Flügel in der SPD aus./30/

Heinz - Gerd Hofschien/ Erich Ott/ Hans Karl Rupp geben in ihrem Buch " SPD im Widerspruch " die bisher detaillierteste Darstellung der Flügel in der SPD aus der Sicht dieser Gruppierung. Sie unterscheiden die drei Hauptströmungen der " Integrationisten ", " Reformisten " und " Marxisten "/31/, zwischen denen die Übergänge jedoch fließend sind: " diese (drei Hauptströmungen - E.W.) sind jedoch nicht trennscharf voneinander abgrenzbar, da sie nicht als ausgeprägte Flügel auftreten, jeweils nicht einheitlich ausgerichtet sind und sich die Übergänge in Bewegung befinden."/32/

Die " Integrationisten ", die auch als " rechter Flügel " bezeichnet werden, repräsentieren die " absolut dominierenden und die politische Linie der Partei bestimmenden Kräfte " und " werden auch heute noch

von einer Mehrheit der SPD- Mitgliedschaft unterstützt."/33/ Sie stellen die Mehrheit im Parteivorstand und in der Bundestagsfraktion der SPD. Ihre inhaltliche Position wird so zusammengefaßt: Sie leugnen die Existenz eines Grundwiderspruches zwischen Lohnarbeit und Kapital und gehen daher vom Konzept der Sozialpartnerschaft aus. Der Staat wird als " klassenneutraler " Vertreter des Gemeinwohls betrachtet. Außerparlamentarische Aktionen werden abgelehnt. Die Zusammenarbeit mit " bürgerlichen " Parteien wird befürwortet, während Bündnisse mit " Kräften links von der SPD " prinzipiell abgelehnt werden.

Die " Reformisten " sind in sich sehr inhomogen. Ihre Positionen bewegen sich nach Ansicht von Hofschien/Ott/Rupp " von partiell integrationistischen bis hin zu teilweise marxistischen Inhalten."/34/ Vertreter dieser Richtung sind die Mitglieder der " Bundesvorstandslinie " der Jungsozialisten, " alte " Linke im Parteivorstand wie von Oertzen, Steffen und Ristock und die Mehrheiten in den Bezirken Hessen- Süd und Schleswig- Holstein. Sie sind im Diskussionszirkel des " Frankfurter Kreises " auf Bundesebene lose organisiert und stellen eine Minderheit der Bundestagsabgeordneten, die sich im " Leverkusener Kreis " trifft. Die Darstellung der inhaltlichen Position der " Reformisten " ist weitgehend identisch mit der Krumbeins. Sie wird hier daher nicht eigens erläutert./35/

Die " Marxisten " sind in der SPD eine kleine Minderheit : "sowohl von der geringen quantitativen Stärke als auch von der Nichtexistenz einer ausgeprägten marxistischen Gruppe in der SPD her läßt sich der Einfluß marxistischer Positionen als derzeit relativ unbedeutend charakterisieren."/36/ Sie werden vor allem durch die " Juso- Linke " gebildet. Sie sind der Auffassung, daß der Übergang zum Sozialismus nicht durch eine Aneinanderreihung von Reformen erreicht werden kann- " wenngleich Reformen als Verbesserung der Situation und Bedingungen eine wichtige Funktion haben-, sondern letztlich nur durch die grundlegende Umgestaltung der Verhältnisse (auch des Staates) durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten, also den auch zahlenmäßig weit- aus überwiegende Teil der Bevölkerung."/37/ Unbedingt erforderliche Mittel dieser Umgestaltung sind die Überführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum und die Einführung einer demokratischen Planung. Zur Erreichung des Fernziels, der Überwindung des Profitprinzips, ist die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Verknüpfung des außerparlamentarischen Kampfes mit der parlamentarischen Arbeit erforderlich.

Auf die Versuche die Existenz von Flügeln in der SPD mit Hilfe einer marxistischen Ableitung des Bewußtseins der Repräsentanten dieser Flügel aus deren sozioökonomischer Lage zu erklären, kann ich wegen des Erkenntnisinteresses meiner Arbeit, das sich nur auf die Deskription und nicht auf die Erklärung der Ursachen der Entstehung der Flügel richtet, nicht eingehen./38/

Kapitel:2.1.2. Darstellung der Typologien marxistisch- leninistischer Autoren

Die verbreitetste Typologie der Flügel in der SPD aus der Sicht marxistisch- leninistischer Autoren stammt von Georg Fülberth/ Jürgen Harrer./39/ Sie betrachten die Sozialdemokratischen Parteien als reformistisch und charakterisieren deren Wesen folgendermaßen: " Als Reformismus sozialdemokratischer Prägung können wir eine Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung definieren, die entweder die Interessen der abhängig Arbeitenden mit der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems verbinden will, oder die durch die von der

bürgerlichen Gesellschaft und ihrem Staat vorgegebenen politischen und ökonomischen Bedingungen bei der Wahl ihrer politischen Mittel verabsolutiert." /40/

Innerhalb des sozialdemokratischen Reformismus gibt es zwei Hauptströmungen. Die erste wird als "sozialliberal-integrativer Reformismus" bezeichnet. Für sie ist die "ungehinderte systemimmanente Rentabilität der kapitalistischen Wirtschaft zugleich eine Voraussetzung für eine kontinuierliche Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die durch Reformen am kapitalistischen System, welche das Privateigentum an den Produktionsmitteln aber nicht grundsätzlich in Frage stellen, erreicht werden soll." /41/ Sie vertritt das Konzept der Gleichberechtigung von Lohnarbeit und Kapital, das durch die paritätische Mitbestimmung und die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand erst voll realisiert werden kann. Sie unterscheidet sich von linksliberalen Parteien und von Arbeitnehmerflügeln christdemokratischer Parteien nur noch dadurch, daß sie die Vergesellschaftung von Unternehmungen nicht völlig ausschließt. Sie lehnt außerparlamentarische Bestrebungen ab und konzentriert sich ausschließlich auf die Durchsetzung von Reformen über das Parlament. Diese Strömung ist vor allem im Kreis der Partei- und Staatsfunktionäre verbreitet, spiegelt aber auch das Bewußtsein von Teilen der Arbeiterklasse wider.

Die zweite Hauptströmung wird als "sozialistischer Reformismus" bezeichnet. Sie hält grundsätzlich am Ziel einer Überwindung des Kapitalismus fest, beschränkt sich jedoch in ihrer Strategie auf die Mittel des bürgerlichen Staates und Parlaments und unterschätzt die Notwendigkeit außerparlamentarischer Aktionsformen. Sie bewahrt Teilelemente des Marxismus wie z.B. die Theorie des Klassenkampfes. Nach Ansicht der beiden Autoren kann diese Richtung nicht als marxistisch bezeichnet werden, da sie den "bürgerlichen" Parlamentarismus verabsolutiert, den Klassencharakter des "bürgerlichen" Staates nur unzureichend erkennt, die Lenin'sche Parteitheorie ablehnt und ein negatives Verhältnis zum "realen Sozialismus" hat. /42/

Teile dieser Richtung des "sozialistischen Reformismus" können sich auf einen Linkssozialismus hin orientieren, der die Notwendigkeit des außerparlamentarischen Kampfes anerkennt, aber die Lenin'sche Parteitheorie und die Staaten des "realen Sozialismus" weiterhin entschieden kritisiert.

Die beiden Formen des Reformismus innerhalb der Sozialdemokratie sind nicht scharf voneinander trennbar, da es fließende Übergänge zwischen ihnen gibt, was dazu führt, daß viele Mitglieder der SPD in ihrem politischen Bewußtsein Elemente der beiden Arten des Reformismus miteinander verbinden. Fülberth/Harrer sehen in der SPD spätestens seit 1912 diese Doppelstruktur der beiden Spielarten des Reformismus angelegt. Diese Doppelstruktur gilt auch für die SPD der 70'er Jahre, da es in ihr keinen marxistischen Flügel gibt.

Diese Einteilung der SPD in zwei Hauptströmungen wird auch von einer Reihe von sozialdemokratischen Autoren wie z.B. von Brauns et. al., See und Hofschien/Ott/Rupp weitgehend übernommen, allerdings dadurch modifiziert, daß es daneben auch noch einen marxistischen Flügel gibt.

/43/

Hans Jörg Sandkühler grenzt sich von zwei Einschätzungen der SPD ab: "erstens das Mißverständnis die SPD sei schlechthin eine Agentur der Monopole; zweitens die moralisierende Beurteilung nicht-monopolistischer Strömungen in der SPD, die antikapitalistischen Sozialdemokraten subjektivistisch und idealistisch persönliche Charakterfestigkeit anrechnet." /44/. Er trennt in der SPD die "prokapitalistische" von der

"antikapitalistischen Klassenlinie". Die "prokapitalistische Klassenlinie" dominiert innerhalb der Partei und verfolgt eine Politik der Sozialpartnerschaft. Sie nimmt im Staatsapparat daher bewußt oder unbewußt die Rolle des "ideellen Gesamtkapitalisten" wahr. Er ist im Gegensatz zu Fülberth/Harrer der Meinung, daß es in der SPD marxistische Strömungen gibt." /45/ Sie bilden den Kern der antikapitalistischen Klassenlinie, den Sandkühler v.a. in der sogenannten "Juso-Linken" sieht.

Rainer Eckert vertritt ebenfalls die These der Existenz zweier "Klassenlinien" in der SPD: "Wir sehen also in der SPD zwei prinzipiell entgegengesetzte Klassenlinien, die ihrerseits in einer Fülle von unterschiedlichen Varianten auftreten, zwischen denen die Übergänge z.T. fließend sind." /46/

Die "prokapitalistische Klassenlinie" tritt mit allen Mitteln für die Aufrechterhaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung ein und ist in ihrer Politik nach Ansicht Eckerts "ausschließlich an den Interessen des Monopolkapitals orientiert." /47/. Ihr werden von Eckert auch prominente Vertreter der Parteilinken wie Strasser, von Oertzen und Steffen zugeschlagen, die zwar in der politischen Theorie gewisse Differenzen mit Parteirechten haben, aber in ihrer politischen Praxis "in allen entscheidenden politischen Fragen auf die Positionen der rechtssozialdemokratischen Führung übergegangen sind." /48/.

Die politische Theorie dieser von Eckert als "linke Variante der Rechtssozialdemokratie" bezeichneten Gruppierung skizziert er so /49/: Sie geht nicht konsequent von der Marx'schen Politischen Ökonomie aus und gelangt daher zur Annahme der Konvergenz ökonomischer Krisen in kapitalistischen und sozialistischen Staaten. Sie hat die Grundlagen der marxistischen Staatstheorie weitgehend verlassen und verkennt deshalb den Klassencharakter des "bürgerlichen" Staates. Sie will in ihrer politischen Strategie die Enteignung des Großkapitals durch eine schrittweise Einschränkung der Verfügungsgewalt ersetzen und so das Stellen der politischen Machtfrage vermeiden. Sie lehnt prinzipiell die Aktionseinheit mit der DKP ab, da sie stark antikomunistisch ausgerichtet ist.

Neben diesen "beiden Varianten der Rechtssozialdemokratie" gibt es noch die fortschrittliche "antikapitalistische Klassenlinie". Ihr Zentrum ist die "Juso-Linke". Sie strebt konsequent die Überwindung des Kapitalismus an und will die Macht des Großkapitals durch eine Intensivierung der Klassenauseinandersetzungen brechen. Sie lehnt eine Zusammenarbeit der SPD mit "bürgerlichen" Parteien ab und schließt eine Zusammenarbeit mit Kommunisten nicht prinzipiell aus. Eckert bezeichnet sie als "konsequente SPD-Linken", "die ansatzweise marxistische Positionen vertritt." /50/

Auf die Darstellung der Flügel in der SPD durch marxistisch-leninistische Autoren in den sozialistischen Staaten kann im Rahmen dieser Arbeit nicht eingegangen werden. /51/.

Kapitel 2.1.3.: Darstellung der Typologien liberaler und konservativer Autoren

Alle liberalen und konservativen Autoren gehen von einer dichotomischen Einteilung der SPD in einen rechten und einen linken Flügel aus, die sich feindlich gegenüberstehen. Auf die Darstellung der internen Differenzierung, v.a. des linken Flügels, wird verzichtet.

Helmut Schelsky sieht in seinem Aufsatz "Mehr Demokratie oder mehr Freiheit" die SPD durch ihren innerhalb der Partei ausgetragenen scharfen Widerspruch zwischen dem "gemäßigten und marxistisch-orthodoxen Sozialismus" gespalten./52/.

Die "gemäßigten Sozialisten" haben viele liberale Ideen übernommen und treten für die Aufrechterhaltung der Gewaltenteilung ein. Sie betrachten die SPD als "pragmatische Reformpartei", die die Grundlagen der politischen und wirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik anerkennt und sie nur ausbauen will.

Die "orthodox-marxistischen Sozialisten" sind für eine "zentralistische Gewaltenkumulierung" und vertreten wegen ihrer Strategie der Demokratisierung der Gesellschaft nach Ansicht Schelskys "demokratisierend-totalitäre Tendenzen". Ihr Ziel ist es die SPD in eine marxistische Klassenkampfpartei zu verwandeln.

Dem Parteivorsitzenden Brandt wirft Schelsky vor den Versuch zwischen den beiden Flügeln vermitteln zu wollen vor und damit die unüberwindlichen Gegensätze zu verwischen. Dieser Versuch ist aber langfristig zum Scheitern verurteilt, da es unmöglich ist "Bebel, Liebknecht, Bernstein und Lassalle in sich zu vereinigen."/53/

Emil-Peter Müller erkennt als Grundlage der Spaltung der SPD in zwei Flügel den Gegensatz zwischen "ziel-orientierten Theoretikern" und "weg-orientierten Pragmatikern": "Dem Gegensatz zwischen ziel- und weg-orientierten Sozialdemokraten entspricht der Gegensatz zwischen programm- und praxisbezogenen Parteimitgliedern. Endzielvorstellungen werden vornehmlich von jenen vertreten, die eine "sozialistische Transformation" innerhalb der sozialdemokratischen Partei verfolgen. Sie beziehen sich naturgemäß stärker auf Programmaussagen als die pragmatisch orientierten Sozialdemokraten, die sich eher nach Sachzwängen richten."/54/. Die SPD ist bereits seit dem Beginn der Revisionismusdebatte von diesem Widerspruch geprägt. Müller kommt zur interessanten Einschätzung der Kontinuität der Grundtopoi der Theoriediskussion in der SPD: "Der Revisionismus muß in der SPD offensichtlich immer wieder neu überwunden werden."/55/

Jost Küpper führt in seinem Buch "Die SPD und der Orientierungsrahmen 85" die Existenz zweier Flügel in der SPD auf zwei unterschiedliche "normative Grundströmungen" zurück. Für die eine Grundströmung ist "die gegenwärtige Gesellschaftsordnung trotz ihres kapitalistischen Charakters systemimmanent reformierbar", für die andere ist "nur durch eine grundlegende Veränderung der dominanten Struktur des Kapitalismus Reformpolitik möglich."/56/. Im Gegensatz zu den anderen liberalen und konservativen Autoren kommt Küpper auf Grundlage seiner Analyse der Diskussion um den Orientierungsrahmen 85 zu dem Schluß, daß sich diese beiden Grundströmungen in der SPD nicht antagonistisch gegenüberstehen, sondern durchaus in der Lage sind miteinander inhaltliche Kompromisse zu finden.

Wilhelm Hennis unterteilt die SPD in seinem Buch "Organisierter Sozialismus" ebenfalls in zwei Flügel: "In der SPD war der Pragmatismus der Volkspartei, in der Beteiligung an der Regierungsmacht vor der Reinheit der Lehre rangiert, nie Allgemeingut geworden. Neben den "bloßen" Pragmatikern bzw. "Sozialdemokraten" blieben auch in der Parteiführung immer die "demokratischen Sozialisten" repräsentiert."/57/. Die "Sozialdemokraten" sind pragmatisch auf "Ornungspolitische" Maßnahmen orientiert, die die bestehende Gesellschaftsordnung nicht überwinden wollen, vertreten das Konzept einer an Wahlerfolgen orientierten Volkspartei und verzichten bewußt auf die Formulierung eines Endzieles des demokratischen Sozialismus.

Die "demokratischen Sozialisten", für deren typischen Repräsentanten Hennis von Oertzen hält, sind "zielpolitisch" auf die Überwindung des Kapitalismus ausgerichtet und ordnen ihre politische Alltagspraxis diesem Endziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung unter. Für sie ist der demokratische Staat nur ein Instrument zur Durchsetzung ihrer sozialistischen Ziele, dem sie keinen eigenständigen Wert zuerkennen./58/

Kurt Biedenkopf sieht in der SPD nach dem Hannoveraner Parteitag 1973 zwei sich antagonistisch gegenüberstehende Flügel am Werk, die nur noch die gemeinsame Sorge um den Machterhalt zusammenhält: "Unter dem Namen Sozialdemokratische Partei Deutschlands agieren in der Bundesrepublik Deutschland heute zwei im Programm und Prinzip verschiedene politische Gruppen: eine sozialistische und eine marxistische ..."/59/. Zwischen diesen beiden Gruppen bestehen in einer Vielzahl von politischen Grundsatzfragen unüberbrückbare Gegensätze. Der Parteivorsitzende Brandt hat die Funktion diese durch Formelkompromisse scheinbar zu überwinden.

Zu den "Sozialisten" rechnet Biedenkopf beispielsweise Helmut Schmidt. Sie begründen die Ziele des demokratischen Sozialismus aus den im Godesberger Programm genannten drei Motiven heraus, lehnen die These vom Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital ab und fordern die schrittweise Veränderung der bestehenden Gesellschaftsordnung mit dem Programm eines "Dritten Weges" zwischen sozialer Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft.

Die "Marxisten", zu denen Biedenkopf von Oertzen, Ehmke und R. Arndt zählt, erheben einen Monopolanspruch für die marxistische Begründung der Ziele des demokratischen Sozialismus. Sie erstreben einen vollständigen Bruch mit dem bestehenden Gesellschaftssystem durch eine Systemüberwindung an, gehen dabei von einer Klassenkampfstrategie aus und zielen auf eine Verstaatlichung der gesamten Wirtschaft, die gewollt oder ungewollt, nur zu einer Zentralverwaltungswirtschaft nach dem Muster der Staaten Osteuropas führen kann./60/

Biedenkopf gelangt zur folgenden pointierten Schlußfolgerung: "Organisatorisch ist die Regierungspartei eine Einheit: Politisch ist sie nach Hannover eine Volksfrontkoalition."/61/

Kapitel 2.2.: Kritik der vorhandenen Typologien der Flügel in der SPD

Nach dieser kommentarlosen Darstellung der Versuche eine Typologie der Flügel in der SPD zu entwickeln möchte ich eine persönliche Bewertung dieser Ansätze unternehmen. Meine Kritik folgt hierbei der Reihenfolge der Darstellung.

Kapitel 2.2.1.: Kritik der Typologien sozialdemokratischer Autoren

Die beiden Darstellungen Vogels et. al. und Schwans beschreiben die inhaltlichen Positionen des "gemäßigten; bzw. des "rechten" Parteiflügels, dem sie sich selbst zurechnen, ausführlich und präzise, während sie die politische Konzeption ihres innerparteilichen Gegners - des "linken" Flügel - , dessen interne Differenziertheit sie weitgehend vernachlässigen, zum Teil recht oberflächlich und in polemischer Absicht verzerrt schildern. Diese teilweise fehlerhafte Analyse der politischen Theorie der Parteilinken beruht auch auf einer mangelnden Kenntnis des Standes der Theoriediskussion in dieser Gruppierung.

Vogel et. al. unterstellen den Jungsozialisten, zwischen deren drei Fraktionen sie nicht unterscheiden, die Forderung nach sofortiger Sozialisierung aller Produktionsmittel. Im Kapitel 3 meiner Arbeit werde ich nachweisen, daß die "Reformsozialisten" nur die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien bzw. die schrittweise Einschränkung der Verfügungsgewalt der Privateigentümer in diesen Industriezweigen anstreben und in einem Großteil der Wirtschaft am Privateigentum an den Produktionsmitteln nichts auszusetzen haben. Die "Stamokap-Gruppe" fordert ebenfalls nur die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und hält an der Forderung der Sozialisierung aller Produktionsmittel nur in der Beschreibung des Endzieles einer sozialistischen Gesellschaft fest.

Die Behauptung die Jungsozialisten strebten die Errichtung einer Zentralverwaltungswirtschaft nach dem Vorbild der osteuropäischen Staaten an wird nicht belegt und ist, wie ich in Kapitel 3 zeigen werde, völlig unzutreffend.

Den Jungsozialisten wird vorgeworfen, daß sie das politische System der Bundesrepublik nur als "formale Demokratie" betrachten und da es ihnen v.a. um die Umgestaltung des ökonomischen Systems gehe sie auch mit undemokratischen Kräften gegen Parteigenossen kämpften: "Wo Sozialdemokraten oder andere Demokraten "objektiv" auf der Seite des Systems stehen, müssen sie aufgrund dieser Denkweise bekämpft werden, während umgekehrt Nicht-Sozialdemokraten und sogar Gegner der Demokratie, sofern sie nur gegen das "System" arbeiten, mindestens zeitweilig und punktuell als Bündnispartner in Frage kommen." /62/. Vogel et. al. unterschlagen hierbei, daß alle Strömungen der Jungsozialisten in den demokratischen Grundrechten die Basis auch einer sozialistischen Gesellschaft sehen, sie daher die sozialistischen Staaten kritisieren und sich gerade in der Demokratieauffassung von der DKP abgrenzen.

Schwan negiert die unterschiedlichen Ansätze der Staatstheorie innerhalb der Jungsozialisten und unterstellt ihnen deshalb die These, daß der Staat "im Solde des "ideellen Gesamtkapitalisten", also des Kapitals schlechthin, tätig ist." /63/. Er wirft den Jungsozialisten fälschlicherweise vor die Verstaatlichung aller Produktionsmittel und die Errichtung einer zentralen Planwirtschaft anzustreben.

Seine These, daß bei den Jungsozialisten die parlamentarisch-repräsentative Demokratie "zur Disposition und damit auf dem Spiele steht" /64/, belegt er nur mit einem Zitat des 1974 aus der SPD ausgetretenen Helmut Korte: "Dieser neue Staat der Arbeiterklasse kann nicht die alte parlamentarische Struktur der bürgerlichen Demokratie haben." Er erwähnt ebenso wie Vogel et. al. nicht die zahlreichen Bekenntnisse der Jungsozialisten zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Räte-demokratische Modelle, die übrigens nach Meinung von Oertzens unter bestimmten Voraussetzungen mit dem Grundgesetz vereinbar sind /65/, werden außerdem nur von Teilen der kleinsten Joso-Gruppierung, der "Antirevisionisten" vertreten.

Wie mangelhaft die Kenntnis der Theoriediskussion innerhalb der Jungsozialisten bei Schwan ist, beweist u.a. folgender Punkt. Er wirft ausgerechnet Helmut Korte, dem ehemaligen führenden Vertreter der "Antirevisionisten", die aufgrund ihres "basisdemokratischen" Ansatzes den "realen Sozialismus" und die Lenin'sche Parteitheorie heftig kritisieren, vor, die Diktatur des Proletariats mithilfe einer zentralistisch organisierten Avantgardepartei erreichen zu wollen. /66/.

Kremendahl bemüht sich im Gegensatz zu Vogel et. al. und Schwan um eine differenzierte Darstellung der Parteilinken.

Er gibt eine sehr ausführliche und alle wesentlichen Elemente enthaltende Beschreibung der politischen Theorie des "gemäßigten Parteiflügels", dem er sich selbst zurechnet. Er verzichtet leider auf eine detaillierte Analyse der politischen Konzeption der "alten" Linken. Während er die Position der "Bundesvorstands-Linie" bzw. der "Reformsozialisten" im wesentlichen richtig -wenn auch etwas verkürzt-

schildert, unterlaufen ihm bei der Darstellung der politischen Theorien der beiden anderen Juso-Strömungen gravierende Fehler. So wirft er beispielsweise der "Stamokap-Gruppe" vor, "die kommunistische Stamokap-Theorie, die in den sechziger Jahren in der DDR entwickelt wurde", übernommen zu haben. Er vergißt dabei, daß die Grundthese dieser Theorie, die Tendenz zur Konzentration des Kapitals und der Abhängigkeit politischer Macht von ökonomischer Macht, Bestandteil des Erfurter und des Heidelberger Programms, sowie von Teilen des Godesberger Programms und des Orientierungsrahmens 85 ist /67/, und die Theorie der kommunistischen Parteien über die Vermittlung der Lenin'schen Rezeption des Werkes des führenden sozialdemokratischen Theoretikers Rudolf Hilferding "Das Finanzkapital" erreichte. Er unterstellt in Unkenntnis der eigenen sozialdemokratischen Theoriegeschichte, "daß eine ihrem Ursprung nach leninistische Theorie in die SPD eingeführt werden soll." /68/. Kremendahl übersieht außerdem, daß die "Stamokap-Gruppe" die in der DDR entwickelte Version der Stamokaptheorie wegen der These des Primats der Politik über die Wirtschaft bzw. der völligen Verschmelzung der Macht des Staates mit der der Wirtschaft kritisiert und sich auf die Theorie der Kapitalüberakkumulation- und -entwertung des französischen Ökonomen Boccara stützt. /69/. Die "Stamokap-Gruppe" vertritt auch nicht, wie Kremendahl meint, die Theorie, daß der Staat ein "bloßes Instrument der Monopolbourgeoisie" ist. Die Kritik dieser Gruppe an der DKP wird von ihm nur unzureichend dargestellt.

Den "Antirevisionisten" unterstellt Kremendahl ohne Belegstelle eine ökonomische Zusammenbruchstheorie, die davon ausgeht, daß die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise "mit Notwendigkeit zu einer krisenhaften Zuspitzung des Kapitalismus" führen, "die seinen Zusammenbruch möglich und notwendig macht." /70/. Meines Wissens wird diese Theorie von keiner Juso-Strömung vertreten. Bezeichnend für die, trotz der im Vergleich zu Vogel et.al. und Schwan differenzierten Darstellung der Positionen der Parteilinken, noch vorhandene Oberflächlichkeit der Typologie Kremendahls ist, daß er seine Ausführungen über die politische Theorie der "Antirevisionisten" auf ein einziges Papier des Juso-Unterbezirks Göttingen aus dem Jahr 1974 stützt.

Die Analyse Steffens, der von den beiden Grundströmungen der "Systembewahrer" und der "Systemveränderer" ausgeht, ist zwar als idealtypische Konstruktion brauchbar, aber sie erkennt die Heterogenität der Strömungen in der SPD. Denn zwischen derjenigen Strömung, die das bestehende kapitalistische Wirtschaftssystem bedingungslos befürwortet und es mit allen Mitteln verteidigt, und derjenigen, die es durch ein völlig anderes Wirtschaftssystem, in dem es kein Privateigentum an Produktionsmitteln mehr geben soll, ersetzen will, gibt es ein breites Spektrum von Positionen, die nicht unter diese beiden "Extremtypen" zu subsumieren sind.

Krumbein schildert die politische Theorie des "sozialliberalen" Flügels -wenn auch stark verkürzt- im wesentlichen richtig, beschreibt aber die Konzeption der "Reformisten" nur unzureichend durch die Überbetonung der parlamentarischen Arbeit. Die Unterscheidung zwischen "Reformisten" und "Marxisten" beruht nur auf nur angedeuteten Differenzen in der Staatstheorie, in der Frage des Überschreitens der "Systemgrenze" zwischen Kapitalismus und Sozialismus und der Möglichkeiten der schrittweisen Einschränkung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Die politische Theorie der "Antirevisionisten" und der "Stamokap-Gruppe" wird nur sehr pauschal in drei Themenbereichen geschildert. Die Notwendigkeit der Trennung der Parteilinken in "Reformisten" und "Marxisten" wird also nicht hinreichend begründet.

Die Typologie von Hofschien/Ott/Rupp stellt die Theorie der "Integrationisten", also des "rechten" Parteiflügels, im wesentlichen richtig dar. Bei ihrer Unterscheidung zwischen "Reformisten" und "Marxisten" tritt dasselbe Problem auf wie bei Krumbein. Die inhaltlichen Differenzen zwischen den beiden Gruppierungen werden nur in Stichworten angedeutet, nicht detailliert ausgeführt und auch nicht durch Zitate belegt. Die Typologie ist anscheinend nur für Spezialisten der Theorie-diskussion der Jungsozialisten gedacht, die diese Differenzen sowieso schon kennen müßten.

Bei der Analyse der politischen Theorie der "gemäßigten" Sozialdemokraten durch Hofschien/Ott/Rupp und Krumbein fällt auf, daß fast ausschließlich deren Bewertung des Wirtschaftssystems und des Staates behandelt wird, während andere Elemente wie z.B. die Grundwertekonzeption und die Demokratietheorie vernachlässigt werden.

Kapitel 2.2.2. : Kritik der Typologien marxistisch-leninistischer Autoren

Die Grundlage der Typologien der Flügel in der SPD durch marxistisch-leninistische Autoren bildet ihre Annahme, daß sich Marxisten in der Kommunistischen Partei organisieren und nicht in der reformistischen Sozialdemokratischen Partei. Bei Fülberth/Harrer folgt aus ihrer Gleichsetzung von Marxismus und Marxismus-Leninismus von vornherein, daß in der SPD kein marxistischer Flügel vorhanden sein kann. Sie definieren implizit als Kennzeichen des Marxismus: Vorrang des außerparlamentarischen Kampfes vor der parlamentarischen Arbeit, Anerkennung der führenden Rolle der Kommunistischen Partei, Befürwortung der Lenin'schen Parteitheorie und positive Beurteilung des "realen Sozialismus". Sie schließen also qua Definition des Marxismus im Sinne des Marxismus-Leninismus aus, daß in Sozialdemokratischen Parteien neben den beiden Arten des "Reformismus" marxistische Flügel vorhanden sein können. Die Schilderung der politischen Theorie des "sozialliberal-integrativen Reformismus" weist dieselben Mängel auf wie Arbeiten von Hofschien/Ott/Rupp und Krumbein. Die Heterogenität der pauschal zum "sozialistischen Reformismus" gerechneten Parteilinken wird nicht genügend erfaßt.

Sandkühler vermeidet diese Identifizierung von Marxismus und Marxismus-Leninismus und erkennt deshalb die Existenz marxistischer Strömungen in der SPD, die er allerdings für unbedeutend hält, da sie "freilich erheblich schwächer sind als die noch schwachen Kräfte der DKP sind." /71/ Sandkühler läßt in seinem Aufsatz völlig offen, ob die "Reformisten" zur "prokapitalistischen" oder zur "antikapitalistischen Klassenlinie" in der SPD gehören.

Eckerts Einteilung der SPD in zwei Klassenlinien, die sich antagonistisch gegenüberstehen, führt zu dem Widerspruch, daß es zwischen beiden fließende Übergänge gibt und zur absurden Konstruktion, daß viele SPD-Mitglieder zwei Klassenlinien in ihrem Bewußtsein vereinen. Eckert erklärt es als durchaus möglich, "daß ein und derselbe SPD-Genosse in zwei verschiedenen Fragen sich zu zwei unterschiedlichen Strömungen in der Partei schlägt." /72/. Die Konstruktion einer bewußt "prokapitalistischen Klassenlinie" führt zu dem bei Eckert ungelösten Problem, daß die Politik dieser Richtung zwar "ausschließlich an den Interessen des Großkapitals orientiert" ist und sich "direkt gegen alle Arbeiter und Angestellten, gegen die gesamte arbeitende Bevölkerung" richtet, aber dennoch der dominierende Flügel der SPD ist, der "heute über den breitesten Anhang unter den in der Parteiarbeit aktiven Mit-

Mitgliedern verfügt."/73/.Die politische Theorie der "prokapitalistischen Klassenlinie" wird nur sehr oberflächlich und zum Teil polemisch dargestellt.

Die Strömung, die Fülberth/Harrer als "sozialistischen Reformismus" bezeichnen, entfällt bei Eckert völlig. Vertreter der Parteilinken wie Strasser und von Oertzen werden nur als "linke Variante der Rechtssozialdemokratie" abqualifiziert. Eckert gelangt zur absurden Manipulationstheorie, daß diese ihre prokapitalistische Praxis bewußt durch eine zum Teil marxistische Terminologie verschleiern wollen. Er "erklärt" diese Haltung der Parteilinken aus deren kleinbürgerlichen Herkunft.

Die Konstruktion der beiden antagonistischen Klassenlinien in der SPD gerät in unlösbar Widersprüche, da damit nicht erklärt werden kann weshalb SPD-Mitglieder gleichzeitig anikapitalistische und prokapitalistische Positionen vertreten können und weshalb die prokapitalistische Klassenlinie, die angeblich nur die Interessen des Großkapitals vertritt, von der Mehrheit der Mitglieder unterstützt wird. Eine Scheinerklärung wird dafür meist durch die Theorie der Manipulation der eigentlich antikapitalistischen SPD-Basis durch ihre Parteiführung und die Massenmedien gefunden, die das Bewußtsein der SPD-Mitglieder ganz unmarxistisch aus dem ideologischen Überbau und nicht aus ihrem materiellen Lebensprozeß ableitet./74/. Die Gegenüberstellung einer bewußt total prokapitalistischen und einer bewußt antikapitalistischen Klassenlinie erfaßt nur "Extremtypen" der SPD-Strömungen.

Kapitel 2.2.3.: Kritik der Typologien liberaler und konservativer Autoren

Denselben Fehler wie die meisten marxistisch-leninistischen Autoren begehen interessanterweise auch viele liberale und konservative Autoren, die die SPD als Koalition zweier antagonistischer Gruppen betrachten. Sie verzichten völlig auf eine differenzierte Darstellung der Parteilinken, deren Theorie sie pauschal für marxistisch halten.

Schelsky stellt den "gemäßigten Sozialisten" die "marxistischen Sozialisten" gegenüber, zu denen er die gesamte Parteilinke rechnet. Die die Gewaltenteilung und die repräsentative Demokratie befürwortenden "gemäßigten Sozialisten" konfrontiert er ohne Angabe von Belegstellen für seine Meinung mit den die Gewaltenteilung ablehnenden und eine Gewaltenzentralisierung anstrebenden "marxistischen Sozialisten."

Hennis sieht die Situation der SPD durch die Polarisierung in zwei Flügel gekennzeichnet. Er sieht in der SPD "einen Richtungsstreit zwischen "Rechten" und "Linken", "Machern" und "Propheten", "Sozialdemokraten" und "demokratischen Sozialisten"."/75/. Er beschreibt die politische Theorie der "demokratischen Sozialisten" nur in den seiner Ansicht nach wesentlichsten Elementen, ihrer "instrumentalistischen Staatstheorie" und in ihrer Fixiertheit auf ihr sozialistisches Endziel.

Müllers Unterscheidung zwischen dem theoriebewußten, auf das Endziel fixierten "linken" Parteiflügel und dem eher pragmatischen, auf die konkrete Alltagsarbeit bezogenen "rechten" Parteiflügel ist zwar eine stark vereinfachende Überzeichnung, hat aber einen richtigen Kern. Durch sie allein können jedoch die Differenzen zwischen den beiden Parteiflügeln nicht hinreichend dargestellt werden.

Biedenkopf betrachtet die SPD gar als Volksfrontkoalition aus gemäßigten Sozialdemokraten und aus marxistischen Sozialisten, zu denen er die gesamte Parteilinke rechnet. Er stellt "eine unüberbrückbare Kluft zwischen beiden Gruppen" /76/ fest, die durch keinen inhaltlichen Grundkonsens mehr -außer dem Streben nach Machterhalt -verbunden sind.

Biedenkopf gewinnt diese Aufspaltung der SPD nur durch eine bewußte Überzeichnung der Differenzen zwischen den beiden Parteiflügeln, die den durchaus vorhandenen Grundkonsens verkennen muß. Diese 1973 entworfene Typologie ist zur Erklärung der politischen Praxis der SPD völlig ungeeignet. Wie will Biedenkopf erklären, daß die beiden Flügel, die kein Grundkonsens mehr verbindet, 1975 als Kompromiß zwischen ihren inhaltlichen Positionen bei nur einer Gegenstimme den "Orientierungsrahmen 85" verabschiedeten? Allein aus dem Streben nach Machterhalt ist dies wohl nicht zu erklären.

Kapitel 2.2.4. : Abschließende Bewertung der Typologien

Bemerkenswert ist, daß die so verschiedene politische Positionen vertretenden von mir dargestellten Autoren sich in der Schilderung der politischen Theorie des "gemäßigten" bzw. "rechten" Parteiflügels -natürlich bei z.T. entgegengesetzter Bewertung dieser Theorie- kaum unterscheiden. Fast alle verzichten darauf innerhalb dieses Flügels noch Untergruppen zu bilden. Nur Eckert unterscheidet zwischen zwei Varianten dieser Richtung. Biedenkopf und Schelsky schreiben Brandt eine vermittelnde Position zwischen dem "linken" und dem "rechten" Flügel zu.

Der umstrittene Punkt bildet die Einschätzung des linken Parteiflügels. Ist er ein weitgehend monolithischer Block, der von marxistischen (Schwan, Biedenkopf, Hennig, Schelsky) oder sozialistisch-reformistischen (Fülberth/Harrer) ^{Positionen} ausgehend dem rechten Flügel gegenübersteht, zerfällt er in zwei Untergruppen (Reformisten und Marxisten bei Hofschien/Ott/Rupp und Krumbein; "Godesberg-akzeptierende und Godesberg-ablehnende" Linke bei Vogel et. al.) oder gar in vier Untergruppen ("alte" Linke; "junge" Linke, die sich in die drei Juso-Frak-tionen der "Reformsozialisten", der "Stamokap-Gruppe" und der "Anti-revisionisten" gliedert bei Kremendahl)?

Allen Typologien ist gemeinsam, daß sie sich nicht um eine Gesamtdarstellung der politischen Theorien aller Flügel bemühen, sondern schwerpunktartig einzelne Elemente der Theorien oder aber nur einen Flügel beschreiben. Nur Kremendahl beschreibt mit Ausnahme der "alten" Linken die Theorien aller Strömungen relativ ausführlich, wobei der Schwerpunkt seiner Arbeit allerdings auf der Analyse des "gemäßigten" Parteiflügels liegt. Hofschien/Ott/Rupp geben zwar einen Überblick über die wichtigsten Komponenten der Theorien aller Strömungen, der aber nur Stichworte enthält und auf Belege weitgehend verzichtet.

Kapitel 3 :

Typologie der Flügel in der SPD auf der Grundlage einer InhaltsanalyseKapitel 3.1. : Einleitung: Begründung der Einteilung in drei Flügel, Erkenntnisinteresse und methodisches Vorgehen

Die Parteienforschung hat eine kaum noch überschaubare Reihe von Typologien der Formen politischer Parteien hervorgebracht. Die Untersuchungen von Flügeln innerhalb der Parteien und die Versuche ausführliche Typologien dieser Flügel zu entwerfen besitzen bisher jedoch Seltenheitswert. Stammer/Weingart kritisieren, daß es in der Parteiensoziologie an Analysen von "Prozessen der internen Gruppenbildung, d.h. der Herausbildung ideologisch und interessenmäßig abgestimmter "Richtungen", Flügel und Cliques" weitgehend mangelt./1/.

Der Pionier auf diesem Gebiet in der Politikwissenschaft der Bundesrepublik Joachim Raschke entwickelt in seinem Buch "Organisierter Konflikt in westeuropäischen Parteien" eine Typologie der Flügel in konservativen, liberalen, christdemokratischen, kommunistischen, linkssozialistischen und sozialdemokratischen Parteien. Er untergliedert alle Parteien idealtypisch in zwei Flügel. Für die Analyse der sozialdemokratischen Parteien übernimmt er weitgehend die Typologie von Fülberth/Harrer./2/.

In der Anfangsphase meiner Arbeit ging ich von der Existenz von fünf Flügeln in der SPD aus: "rechter Flügel" (Vogel, Schmidt, Ehrenberg), "Mitte" (Brandt, Glotz), "alte Linke" (von Oertzen, Steffen), "Reformsozialisten" (Strasser, ehemalige "Bundesvorstandslinie" der Jungsozialisten) und "orthodoxe" Marxisten ("Stamokap-Gruppe" und "Antirevisionisten"). Im Verlauf der Durchführung der Inhaltsanalyse zeigte sich jedoch, daß durch die Einteilung der SPD in fünf Gruppierungen die größere Genauigkeit nur durch die Überzeichnung der Gegensätze vor allem zwischen der "alten Linken" und den "Reformsozialisten" erreicht werden könnte. Die Unterschiede zwischen der "Mitte" und dem "rechten Flügel" erwiesen sich -zumindest unter Zugrundelegung meines Kategorienschemas- als minimal. Ich gelangte daher als Ergebnis meiner Inhaltsanalyse zur Unterscheidung von drei Flügeln in der SPD. Für diese These spricht neben der Betrachtung der politischen Praxis der drei Gruppen, die als ein Indiz für Gemeinsamkeiten in der politischen Theorie gewertet werden kann, und der Analyse der Theoriediskussion in der SPD auch noch eine eher "pragmatische" Überlegung. Helga Grebing schreibt über die Grundproblematik der Bildung von Typologien: "Die Problematik von Typologisierung besteht bekanntlich darin, daß diese, treibt man das Moment der Differenzierung zu weit, sich auflösen, oder, bewertet man das Moment der Generalisierung zu stark, mit ihrem operationellen Nutzen zugleich auch ihren Sinn verlieren."/3/. Ich entschied mich für die Generalisierung und hoffe durch die Darstellung der Positionen jeweils mehrerer Repräsentanten eines Flügels der Differenziertheit der Strömungen in der SPD gerecht werden zu können und der Gefahr einer zu starken Generalisierung damit zu entgehen.

Meine Hypothese der Existenz von drei Flügeln in der SPD bedarf einer näheren Begründung:

Die Kategorie eines "rechten" bzw. "gemäßigten" Parteiflügels ist bei allen von mir dargestellten Typologien der Flügel der SPD unumstritten und scheint deshalb unproblematisch zu sein. Mit Ausnahme der Typologie Eckerts verzichten alle auf eine Untergliederung die-

Partei­flügels in Teilgruppen. Die These Schelskys und Biedenkopfs, daß Brandt zwischen einem linken und einem rechten Partei­flügel steht und die Selbsteinschätzung von Glotz, daß er in der Mitte der SPD zwischen den beiden Flügeln steht /4/, kann ich als Ergebnis meiner Inhaltsanalyse nicht teilen. Ich zeige im Teil 3.2. meiner Arbeit, daß sich die politischen Theorien der von mir ausgewählten führenden Vertreter des "gemäßigten" Partei­flügels Brandt, Schmidt, Vogel, Ehrenberg und Glotz nur unerheblich unterscheiden. Der Grundkonsens dieses Flügels ist sehr groß. Ich übernehme zur Bezeichnung dieser Gruppierung den Terminus Kremendahls "gemäßigte Sozialdemokraten", der dem Selbstverständnis dieser Gruppe entspricht und im Gegensatz zum Begriff "Integrationisten" bei Hofschen/Ott/Rupp keine Wertung enthält. Der Begriff "gemäßigte Sozialdemokraten" wird im folgenden mit der Abkürzung GS bezeichnet. Es erübrigt sich fast zu erwähnen, daß dieser Flügel im Parteivorstand der SPD, auf den Bundesparteitagen und in der Bundestagsfraktion ("Kanalarbeiter") die Mehrheit stellt.

Die Entscheidung "alte" Linke wie von Oertzen und Steffen mit der Gruppe der "Reformsozialisten" innerhalb der Jusos zum Flügel der "reformistischen Sozialdemokraten" zusammenzufassen, beruht erstens auf der Analyse der politischen Praxis dieser beiden Richtungen. Beide arbeiten im "Frankfurter Kreis", dem Koordinierungszentrum der SPD-Linken seit Anfang der 70'er Jahre zusammen. Beide stimmten 1975 trotz vorher zum Teil geäußelter Bedenken dem "Orientierungsrahmen" zu und versuchten das Vordringen der Koalition aus "Stamokap-Gruppe" und "Antirevisionisten" im Juso-Bundesverband zu stoppen. Beide geben seit 1976 die Theoriezeitschrift "forum d8" heraus und arbeiten in der "Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus" eng zusammen. /5/. Aus dieser engen Kooperation folgt, daß die inhaltlichen Positionen der "alten Linken" und der "Reformsozialisten" starke Gemeinsamkeiten aufweisen müssen. Diese These wird durch den Vergleich der politischen Theorie des "Cheftheoretikers" der "Reformsozialisten" Strasser mit der von Steffen und von Oertzen im Teil 3.3. meiner Arbeit zu verifizieren versucht. Die vom mir gewählte Bezeichnung "reformistische Sozialdemokraten" entspricht dem Selbstbild der Gruppe. von Oertzen bemerkt hierzu: "Die SPD ist und kann nur sein eine reformistische Partei. Jeder Versuch diesen Charakter zu verändern, müßte zur Spaltung führen, wovon ich mir nichts verspreche. Die innerparteiliche Kritik muß daher darauf zielen, den reformistischen Charakter (im ursprünglichen Sinne des Begriffs) wiederherzustellen und darauf zu verzichten, die Partei in eine "antirevisionistisch-revolutionäre" oder auch nur in eine "zentristische" Organisation verwandeln zu wollen... Wer den Reformismus ablehnt, oder nur mit halbem Herzen bejaht, muß seine Zweifel außerhalb der SPD oder zumindest auf rein theoretischer Ebene artikulieren." /6/ Die Definition des "sozialistischen Reformismus" durch Fülberth/Harrer trifft weitgehend auf die politische Theorie dieses Flügels zu. Dieser Flügel stellt im Parteivorstand und in der Bundestagsfraktion eine starke Minderheit. Bis 1977 vertrat er auch die Mehrheitsposition der Jungsozialisten. Diese inzwischen in die Minderheit geratene Juso-Fraktion trifft sich im "Malenter Kreis" und gibt die Zeitschrift "Sozialistische Praxis" heraus.

Die Notwendigkeit die Parteilinke in zwei Gruppen aufzuteilen, ergibt sich neben der unterschiedlichen Praxis aus grundlegenden theoretischen Differenzen, die sogar dazu führen, daß große Teile der "reformistischen Sozialdemokraten" den Parteiausschluß bzw. ein Funktionsverbot für Teile der sich selbst als marxistische Gruppierung in der SPD verstehenden Jungsozialisten fordern (vgl. hierzu Teil 3.3.3.6. meiner Arbeit). Die seit dem Hamburger Bundeskongreß 1977 "neue Mehrheit der Jungsozialisten, bestehend aus der "Stamokap-Gruppe" und den "Antirevisionisten, versteht sich selbst als im Aufbau befindlicher

marxistischer Flügel in der SPD und stützt sich im Gegensatz zu den "Reformsozialisten" ausschließlich auf marxistische Theorien. Sie wird deshalb von mir unter der Bezeichnung "marxistische Sozialdemokraten" zusammengefaßt. Mit diesem Terminus soll nicht impliziert werden, daß nur dieser Flügel marxistische Ansätze vertritt, sondern soll diese ausschließliche Verwendung der marxistischen Theorie, was diese Gruppe von den "reformistischen Sozialdemokraten" gravierend unterscheidet, ausgedrückt werden.

Die beiden Strömungen der "marxistischen Sozialdemokraten", die "Antirevisionisten" und die "Stamokap-Gruppe", arbeiten seit Jahren innerhalb des Juso-Bundesverbandes zusammen. In der Frage der Parteitheorie auf dem Juso-Bundeskongreß 1974 in München, der Reform- und Staatstheorie auf dem Bundeskongreß in Wiesbaden 1975 und der Ablehnung des "Orientierungsrahmens 85" zeigten sich wesentliche inhaltliche Gemeinsamkeiten dieser beiden Strömungen. Auf inhaltliche Differenzen in der Frage der Einschätzung der Veränderbarkeit der SPD in eine "konsequent sozialistische" Partei, in der Monopoltheorie, in der Einschätzung des "realen Sozialismus" und in einer Reihe von weiteren Themen kann hier nicht eingegangen werden, da das Erkenntnisinteresse nicht auf eine Typologie der Juso-Flügel gerichtet ist. /7/.

Aus arbeitsökonomischen Gründen habe ich in der Inhaltsanalyse nur die politische Theorie der "Stamokap-Gruppe" untersucht. Der Grund dafür liegt in der Heterogenität der "Antirevisionisten". Die Bezeichnung "Antirevisionisten", die ursprünglich nur für eine Gruppe im Juso-Bezirk Hannover galt, ist inzwischen zu einer Sammelbezeichnung für alle Jungsozialisten geworden, die sich weder der "Stamokap-Gruppe" noch den "Reformsozialisten" zurechnen. Diese Gruppe trifft sich im "Göttinger Kreis" und gibt die Zeitschrift "Sozialist" heraus. Ihre politische Theorie beziehen die einzelnen Richtungen innerhalb der Antirevisionisten neben der Marx'schen Politischen Ökonomie aus der Theorie von Rosa Luxemburg, Karl Korsch, der Einheitsfrontpolitik der KPD in den Jahren 1920-23, der Rezeption rätedemokratischer Modelle und von Elementen des "Eurokommunismus" sowie aus Theoriediskussion in den Zeitschriften "Prokla" und "Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus". /8/.

Die "Stamokap-Gruppe" ist in ihrer politischen Theorie bedeutend homogener. In ihr gibt es zwar Differenzen in der Monopoltheorie, in der Staatstheorie und in der Einschätzung des "realen Sozialismus" und der Zusammenarbeit mit Kommunisten, ein Grundkonsens in der politischen Theorie ist jedoch vorhanden. Sie trifft sich im "Hannoveraner Kreis" und gab ihre theoretischen Publikationen bis 1975 im Hamburger "sdw-Verlag" und seitdem im Berliner "dvk-Verlag" heraus. Ihre Hochburgen sind die Juso-Landesverbände Berlin und Hamburg. /8a/

Die kleine Gruppe der "marxistischen Sozialdemokraten" spielt in den führenden Gremien der Partei keine Rolle und hat nur in wenigen Parteibezirken Einfluß (z.B. Ostwestfalen-Lippe, Hannover). Sie repräsentiert seit 1977 die Mehrheit der Jungsozialisten.

Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit richtet sich auf eine systematische Darstellung der in der SPD vorhandenen politischen Theorien, die zur Erklärung der Differenzierung der SPD in mehrere Strömungen beiträgt. Der Begriff "politische Theorie" wird hier sehr weit gefaßt. Er impliziert neben der Analyse des politischen Systems im engeren Sinn auch die Analyse des Gesellschaftssystems unter besonderer Berücksichtigung des ökonomischen Systems und eine politische Zielvorstellung und eine Strategie zur Erreichung dieses Ziels. Ziel dieses Teiles der Arbeit ist eine vergleichende deskriptiv-klassifikatorische Analyse der politischen Theorien der drei Flügel. Es wird nicht versucht die Existenz der Flügel aus dem Bewußtsein der SPD-Mitglieder, das wiederum auf ihrer sozioökonomischen Lage beruht, "abzuleiten", wie es mehrere marxistisch orientierte Autoren versuchen. /9/.

Die Arbeit erhebt auch keinen ideologiekritischen oder wertenden Anspruch. Die Adäquatheit der politischen Theorien zur Analyse der gesellschaftlichen Realität der Bundesrepublik wird von mir nicht bewertet. Soweit dies in der Sozialwissenschaft bei der Verschränkung des Subjekts des Forschungsprozesses mit seinem Objekt, der Gesellschaft, überhaupt möglich ist, versuche ich die einzelnen politischen Theorien nur immanent darzustellen und persönliche Wertungen auszuschalten.

Typologien haben in erster Linie eine heuristische und ordnende Funktion. Sie können die Differenziertheit eines komplexen Gebietes, in diesem Fall der Theoriediskussion in der SPD, durchschaubarer machen, sie aber nicht genetisch erklären. Gerhard Lehmbruch bemerkt hierzu: "Klassifikatorische und ordnende Typologien führen zu Generalisierungen im Sinne einer deskriptiven Theorie; sie können einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur Erklärung empirischer Sachverhalte darstellen, aber nicht mehr." /10/

Die Analyse der politischen Praxis der drei Flügel, die natürlich nicht immer bruchlos aus deren politischer Theorie erklärt werden kann, geht in dieser Arbeit nur bei der Aufstellung der Hypothese der Existenz von drei Flügeln in der SPD ein. Die Validität dieser Hypothese muß sich in dem Vergleich der politischen Theorien erweisen.

Vor der Darstellung der Ergebnisse der Inhaltsanalyse sind einige Bemerkungen zum methodischen Vorgehen erforderlich.

Ich unternehme den Versuch einer qualitativen Inhaltsanalyse von Büchern und Aufsätzen der führenden Repräsentanten der Flügel. Im Gegensatz zur quantitativen Inhaltsanalyse wird nicht in erster Linie die Häufigkeit des Auftretens bestimmter Termini und Topoi, sondern der inhaltliche Kontext, in dem sie sich befinden, und auch die Form, wie Begriffe bewertet werden (z.B. der Gebrauch des Wortes "Kapitalismus"), sowie das Nicht-Verwenden von Begriffen, das Ritsert als "Latenz" bezeichnet, untersucht. /11/

Der Untersuchungszeitraum beschränkt sich auf die Jahre 1969-1977. In diesem Zeitraum ereignete sich, durch die Linkswendung der Jusos 1969 und durch die Diskussion über ein Langzeitprogramm 1970-75 ausgelöst, ein Wiederaufleben der Theoriedebatte in der SPD, die teilweise Themen der Revisionismusdebatten erneut behandelte wie z.B. Rolle des Staates und der Reformstrategie, Volkspartei oder Klassenpartei etc. /12/ Bei der Darstellung der politischen Theorien der drei Flügel wird versucht jeweils deren aktuellsten Stand widerzugeben, auf Veränderungen der Theorien im Untersuchungszeitraum kann nur in Ausnahmefällen eingegangen werden.

Den Untersuchungsgegenstand bilden Bücher der von mir ausgewählten Vertreter der drei Flügel und Aufsätze in der Theoriezeitschrift der SPD "Neue Gesellschaft". Als Vertreter wurden von mir ausgewählt: Gemäßigte Sozialdemokraten: Willy Brandt, Helmut Schmidt, Hans-Jochen Vogel, Herbert Ehrenberg, Peter Glotz; Reformistische Sozialdemokraten: Peter von Oertzen, Joachim Steffen, Johano Strasser; Marxistische Sozialdemokraten: Detlev Albers, Kurt Neumann, Kurt Wand. Auf eine systematische Analyse von Zeitungsartikeln (v.a. in der Wochenzeitung der SPD "Vorwärts"), Reden auf Parteitage und Juso-Bundeskongressen und von Anträgen an diese beiden Gremien mußte aus arbeitsökonomischen Gründen verzichtet werden. Dies ist jedoch kein grundlegendes Manko, da die Reden und Anträge oft aus taktischen Gründen unter dem Aspekt der Mehrheitsgewinnung bzw. der Integration der Organisation auf die pointierte Darstellung der eigenen Position verzichten und die Unterschiede zu anderen Richtungen verwischen. Da die führenden Repräsentanten der marxistischen Sozialdemokraten nicht so "publikationsfreudig" sind, mußte bei der Inhaltsanalyse der politischen Theorie dieses

Flügels ausnahmsweise auch auf das Strategiepapier des Juso-Landesverbandes Hamburg und auf Anträge des Juso-Landesverbandes Berlin zu Juso-Bundeskongressen zurückgegriffen werden.

Das Hauptproblem einer jeden Inhaltsanalyse bildet die Aufstellung der Grundkategorien, die ein Raster für die systematische Analyse der Texte darstellen sollen. Auf Grundlage der Kenntnis der Theoriediskussion in der SPD ist dies jedoch im Fall dieser Inhaltsanalyse relativ einfach. Mein Überblick über die historische Entwicklung der Flügelbildung in der deutschen Sozialdemokratie hat gezeigt, daß die Hauptthemen der Theoriediskussion seit dem Revisionismusstreit sich kaum verändert haben. Kernpunkte sind und waren die Einschätzung des Staates, die "ethische" oder "wissenschaftliche" Begründung der Ziele des Sozialismus, die Funktion von Reformen, die Rolle des Parlamentarismus, die Bedeutung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, die Aufgabe der Partei und die Wahl von Bündnispartnern.

Die politische Theorie einer Partei bzw. eines Flügels in einer Partei beruht im Idealfall auf drei Elementen: 1. Analyse der bestehenden Gesellschaft; 2. Zielkonzeption; 3. Strategie zur Durchsetzung dieser Zielkonzeption.

Für die Analyse der politischen Theorien der Flügel in der SPD ergeben sich daher folgende Grundkategorien. Zur Verdeutlichung, welche Themenkreise und Termini unter die einzelnen Grundkategorien zu subsumieren sind, werden jeweils in Klammern Begriffe aufgeführt, die in der aktuellen Theoriediskussion in der SPD von Bedeutung sind.

1. Analyse der bestehenden Gesellschaft

1.1. Analyse des politischen Systems, v.a. des Staates (Rechtsstaat, Sozialstaat, Staat als Vertreter des Gemeinwohls, Staat als "ideeller Gesamtkapitalist" etc.)

1.2. Analyse des ökonomischen Systems (Soziale Marktwirtschaft, Gelenkte Marktwirtschaft, Gemischte Wirtschaft, Spätkapitalismus, Staatsmonopolistischer Kapitalismus)

2. Beschreibung der Ziele des demokratischen Sozialismus

2.1. Ziele im gesamtgesellschaftlichen und im politischen Bereich (Realisierung von Grundwerten, Demokratisierung von Staat und Gesellschaft, sozialistische Demokratie, Einheit von Demokratie und Sozialismus)

2.2. Ziele im ökonomischen Bereich (verbesserte soziale Marktwirtschaft, Verbindung von Plan- und Marktwirtschaft)

2.3. Begründung der Ziele (durch Grundwerte, Demokratietheorie, Menschenbild, Widersprüche des Kapitalismus)

2.4. Abgrenzung zu Zielen anderer Parteien (durch Demokratietheorie, Grundwertekonzeption, Klasseninteresse)

3. Strategie zur Durchsetzung der Ziele

3.1. Reformstrategie (Politik der schrittweisen Reformen, Reformismus, antikapitalistische Reformen)

3.2. Verbindung der Arbeit im Parlament mit der Arbeit außerhalb des Parlaments (Vertrauensarbeit, Doppelstrategie)

3.3. Rolle der Partei (Volkspartei, Klassenpartei, Godesberger Programm)

3.4. Bündnispartner (Gewerkschaften, andere Parteien)

3.5. Gegner des demokratischen Sozialismus (Extremisten, Reformfeinde, Großkapital)

3.6. Innerparteiliche Gegner

In den folgenden 3 Abschnitten werden die politischen Theorien der drei Flügel unter Verwendung dieses Kategorienschemas nacheinander dargestellt. Im Kapitel 3.5. werden sie in ihrem Kern noch einmal dargestellt und zum Vergleich einander in jeder Kategorie gegenübergestellt.

Kapitel 3.2. : Die politische Theorie der gemäßigten Sozialdemokraten

Kapitel 3.2.1. : Analyse der bestehenden Gesellschaft

Kapitel 3.2.1.1.: Analyse des politischen Systems

Den Kern jeder Analyse des politischen Systems bildet die Staatstheorie, wobei hierfür sowohl die Einschätzung des bestehenden Staates ebenso von Bedeutung ist wie die prinzipielle Bewertung des Wesens und der Aufgaben des Staates.

Willy Brandt definiert die Funktion des Staates folgendermaßen: "Der moderne demokratische Staat ist für uns die organisierte Rechtsgemeinschaft des Volkes mit dem Auftrag für Sicherheit, Freiheit und Gerechtigkeit zu sorgen." /1/. Er stellt sich bewußt in die Tradition der Staatstheorien Lassalles und Schumachers /2/.

Die gemäßigten Sozialdemokraten (im folgenden mit GS abgekürzt) gehen alle davon aus, daß der demokratische Staat der Vertreter des Gemeinwohls sein muß und nicht der Interessen bestimmter Gruppen. Brandt fordert, daß der Staat mehr sein muß als "die Summe von Gruppen und ihren Interessen" und das Gemeinwohl anstreben muß, das er nur vage mit dem Terminus "die Interessen der Allgemeinheit" umschreibt. /3/. Die zwei wichtigsten Aufgaben des Staates sieht er im "gesellschaftlichen Interessenausgleich" und in der Befriedigung der "Bedürfnisse der Allgemeinheit". /4/. Diese Schiedsrichterrolle im Spiel der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte kann der Staat nur spielen, wenn er nicht zu stark von bestimmten Schlüsselgruppen beeinflusst und damit in seiner Handlungsfähigkeit eingeschränkt wird. Die Aufgabe der Sozialdemokraten ist daher: "Wir haben unseren demokratischen Staat davor zu bewahren, daß er ohnmächtig wird unter dem Diktat derartiger Gruppen." /5/. Brandt läßt völlig offen welche Gruppen er damit meint.

Die GS lehnen wegen ihrer Auffassung, daß der bestehende Staat in der Bundesrepublik das Gemeinwohl vertritt, die marxistische Staatstheorie ab. Sie halten die Unterscheidung zwischen einer "bürgerlichen" und einer "sozialistischen" Demokratie für völlig verfehlt. Brandt beruft sich hierbei auf einen Ausspruch Schumachers: "Die Demokratie ist der Staat und der Staat, der in Europa leben kann, ist die Demokratie, und jede andere Form lehnen wir ab." /6/. Demokratie wird also nach der Definition Schumpeters als Form der politischen Willensbildung durch Mehrheitsentscheidungen aufgefaßt, wobei die "ökonomische Basis" der Gesellschaft nicht in die Definition eingeht. Die Form der Demokratie ist nicht an eine bestimmte Wirtschaftsordnung gebunden.

Die GS identifizieren sich ohne jede Einschränkung mit der bestehenden politischen Ordnung der Bundesrepublik. Brandt drückt dies mit der Formel "Der Staat sind wir alle" aus und erklärt: "Zu diesem Staat, den sie mit geschaffen haben, stehen die deutschen Sozialdemokraten ohne Wenn und Aber." /7/. Er ist stolz darauf, daß sich die SPD in ihrer langen Geschichte "trotz aller Bedrückungen... niemals in eine Entfremdung vom recht verstandenen Gemeinwesen drängen ließ." /8/ Vogel u.a. sehen dies allerdings etwas anders und kritisieren die mangelnde Identifikation der SPD mit dem Staat der Weimarer Republik. Sie betonen, daß das distanzierte Verhältnis der SPD zum Staat der Vergangenheit angehört und erklären: "Zum ersten Mal in der Geschichte fühlt sich die SPD in ihrem Staat wirklich zu Hause." /8/.

Vogel u.a. betrachten den Staat nicht als abstraktes Wesen, das feststehende Eigenschaften aufweist, sondern sehen den Charakter des Staates als von den politischen Kräften beeinflussbar und deshalb als variabel an. Sie entwickeln eine eher "instrumentalistische" Staatstheorie,

die sie zur folgenden Schlußfolgerung kommen läßt:"... denn letzten Endes ist der Staat das, was die politischen Kräfte, also auch die SPD, aus ihm machen." /9/.

Die GS vertreten die Sozialstaatstheorie, die sich von konservativen Staatsauffassungen vor allem dadurch unterscheidet, daß sie eine strenge Trennung von Staat und Gesellschaft für überholt hält und dem Staat die Aufgabe zuweist soziale Ungleichheiten, die im ökonomischen Bereich entstehen, zu vermindern: "Als Rechts-, Sozial- und Kulturstaat werden dem Staat Aufgaben zugewiesen, die ihn als nicht-autoritären Staat weit über konservative und herkömmliche liberale Staatsauffassungen hinausführen. Nach sozialdemokratischer Auffassung soll der mit allen erforderlichen Machtmitteln ausgestattete Staat als Instrument zum Schutz der Schwachen das Faustrecht nun auch im wirtschaftlichen und sozialen Bereich überwinden. Der Staat darf keine Beute mächtiger Interessengruppen werden." /10/.

Vogel sieht die Entwicklung der Staatsdiskussion in der deutschen Sozialdemokratie von einem strikten Gegensatz zwischen der Konzeption von Marx und Lassalle beherrscht: "Marxscher Materialismus und Lassalle-anischer Idealismus, die Staatsverneinung des Kommunistischen Manifests und die Staatsbejahung des "Arbeiterprogramms" stehen sich fortan gegenüber." /11/. Durch die Verabschiedung des Godesberger Programms ist nach seiner Ansicht die Frage ob der Staat ein Klassenstaat oder ein Bewahrer des Gemeinwohls ist endgültig entschieden worden: "Es (das Godesberger Programm-E.W.) sieht den Staat als Organisation des ganzen Volkes, nicht als Herrschaftsinstrument einer Klasse... Damit ist die Lehre von der Klassenstruktur des Staates und die Lehre von seinem bloß instrumentellen Charakter endgültig aufgegeben und überwunden." /12/.

Vogel bekennt sich - die Nachbarschaft zu konservativen Autoren nicht scheuend - zum "starken Staat". Er betrachtet den Staat als unabhängiges Steuerungszentrum der Gesellschaft und vertritt die Forderung nach einem "starken und stabilen Staat", der in der Lage ist die Mächtigen zu bändigen, die Schwachen zu schützen und sich illegaler Gewaltanwendung ebenso zu erwehren weiß wie sublimeren Formen seiner Auszehrung." /13/.

Die Staatskonzeption der GS stützt sich neben der Rechts- und Sozialstaatstheorie auch auf die Pluralismustheorie, die einer ihrer geistigen Väter Ernst Fraenkel ja selbst als "Staatstheorie des Reformismus" bezeichnet hat. Die GS lehnen die These vom Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital ab und gehen von einer Vielzahl von Interessengegensätzen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen aus. Schmidt fordert ausdrücklich die Bewahrung der "bestehenden" pluralistischen Gesellschaft." /14/. Brandt und Vogel sehen die Aufgabe des Staates, wie bereits dargestellt, in der pluralistischen Gesellschaft vor allem in der Herstellung eines Interessenausgleichs zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen, was wiederum zur Voraussetzung hat, daß der Staat nicht der Spielball von Interessengruppen ist. Auf weitere Elemente der Analyse des politischen Systems durch die GS wie z.B. die Bewertung anderer Parteien und der Verbände gehe ich im Kapitel 3.2.3. ein.

Kapitel 3.2.1.2. : Analyse des ökonomischen Systems

Alle GS sind sich einig, daß das System der sozialen Marktwirtschaft sich in der Bundesrepublik glänzend bewährt hat. Als Hauptvorteil dieser Wirtschaftsordnung betrachten sie die ständige Verbesserung des Lebensstandards der Arbeitnehmer in den letzten 30 Jahren. Brandt stellt deshalb fest, daß für die SPD "der marktwirtschaftliche Mechanismus nicht zur Disposition steht." /15/. Er bezeichnet die SPD ausdrücklich als "investitionsfreundliche Partei" /16/, die die positive Rolle des dynamischen Unternehmers, wie Schumpeter ihn beschrieben

hat, anerkennt /17/. In einer Rede vor dem "Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels" bekräftigt er, daß seine Partei fest auf dem Boden der marktwirtschaftlichen Ordnung steht, "in der das Prinzip der Freiheit der Marktteilnehmer mit der Notwendigkeit des sozialen Ausgleichs verbunden ist. Unsere auf freier unternehmerischer Initiative und Wettbewerb beruhende Marktwirtschaft hat sich bewährt." /18/. Er fordert den Ausbau der Sozialpflichtigkeit des Eigentums, da er dadurch die Stabilität der Demokratie, die er mit der Stabilität der sozialen Marktwirtschaft eng verbunden sieht, verbessern will: "Die marktwirtschaftliche Ordnung und das Privateigentum müssen in ihrer von der Verfassung bebotenen Sozialbindung gefestigt werden - dies ist zugleich die beste Gewähr für die Sicherung der demokratischen Ordnung vor systemsprengenden Tendenzen." Auch Schmidt, Vogel und Ehrenberg /19/ fordern die Erhaltung der sozialen Marktwirtschaft und die gute Zusammenarbeit zwischen der sozialliberalen Bundesregierung und den Unternehmern. /20/.

Die von der SPD im wesentlichen initiierte Reformpolitik dient nach der Meinung Brandts nur der Verbesserung der sozialen Marktwirtschaft, nicht ihrer Überwindung. Er bemerkt hierzu: "Aber wir haben erkannt, daß Reformen zugleich die Voraussetzung sind für die Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft." /21/.

Bei der Analyse der sozialen Beziehungen zwischen den Unternehmern und den Arbeitnehmern vertreten die GS das Konzept der vertrauensvollen Zusammenarbeit im Rahmen der Sozialpartnerschaft. Alle lehnen die Klassenkampftheorie als überholt ab. Brandt hält die Theorie des Grundwiderspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital für ungeeignet die pluralistische Gesellschaft der Bundesrepublik zu analysieren: "Die Situation einer Gesellschaft ist geprägt durch viele Elemente, nicht nur durch den Eigentumstitel, sondern zunehmend auch durch die Verfügungsgewalt und Betriebsverfassung, übrigens auch durch Verfügungsgewalt über gesellschaftliches Forschungspotential, durch das Verhältnis von ökonomischer und politischer Macht, nicht zuletzt durch die Art, in der Bildung und Ausbildung organisiert sind." /22/.

Schmidt hält den Klassenkampf in der Bundesrepublik für überwunden, da es keine Klassen mehr gibt: "Sicherlich gibt es nach wie vor Privilegien für Gruppen wie für einzelne Menschen, aber es gibt, jedenfalls in unserem Land keine Klassen." /23/. Brandt und Glotz erkennen noch Reste der alten Klassenstruktur in der ungerechten Vermögensverteilung und der mangelnden Chancengleichheit im Bildungswesen. Vogel u.a. lehnen jede Form von Klassenkampfstrategie ab und erklären ihre scharfe Absage "an das Zwei-Klassen-Schema der orthodoxen Kapitalismuskritik." /24/. Die GS gehen nicht von einem antagonistischen Gegensatz zwischen "der kleinen Minderheit der Kapitalisten und der großen Mehrheit der Lohnabhängigen" aus, sondern von einem Schichtungsmodell, indem sich drei Schichten unterscheiden lassen (Ober-, Mittel- und Unterschicht). Vogel u.a. betrachten es als großes historisches Verdienst der SPD das Bild des Klassenfeindes überwunden zu haben und somit einen wichtigen "Beitrag zur Überwindung des Freund-Feind-Denkens in Politik und Gesellschaft" geleistet zu haben. /25/.

Die GS halten neben der Klassenkampftheorie auch die gesamte Marx'sche Kapitalismusanalyse für obsolet, da diese nur die Frühphase des Kapitalismus hinreichend beschreibt. Schmidt drückt diese These prägnant aus: "Außerdem muß man ja wohl auf einem Aug blind sein, wenn man die heutigen Umstände in Deutschland mit den gesellschaftlichen Umständen und Produktionsverhältnissen vergleicht, mit denen sich Marx oder Engels oder Lassalle Mitte des vorigen Jahrhunderts beschäftigt haben." /26/. Ehrenberg hält die Bezeichnung "Kapitalismus" für ungeeignet die Struktur der sozialen Marktwirtschaft zu erfassen. Er sieht im Eigentumsrecht an Produktionsmitteln nur noch ein sekundäres Problem, da die reale Verfügungsgewalt in den Händen

der Manager bzw. der "Technostruktur" im Sinne der Definition von Galbraith liegt. Als weitere Gründe für die Überholtheit dieses Begriffes nennt er: "Der Stand der Arbeits- und Sozialgesetzgebung, gemeinwirtschaftliche Unternehmen und der Einfluß öffentlich-rechtlicher Betriebsformen, die Kraft der Gewerkschaften bei voller Tarifautonomie und die weit über die liberale Nachtwächterrolle hinausgehende Datensetzung durch die staatliche Wirtschafts-, Sozial-, Finanz- und Strukturpolitik verbieten bei objektiver Analyse die Bundesrepublik als einen spätkapitalistischen Staat zu bezeichnen." /27/. Er relativiert dies allerdings etwas durch die Bemerkung, "daß eine Vielzahl rudimentärer Bestandteile einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung vorhanden sind..." /28/. Vogel u.a. lehnen den Ausdruck Kapitalismus zur Beschreibung der ökonomischen Ordnung aus denselben Argumenten ("Herrschaft der Manager", Sozialstaatstheorie, Einfluß der Gewerkschaften) prinzipiell ab. /29/.

Die GS verwenden zur Analyse des ökonomischen Systems neben den Begriff der sozialen Marktwirtschaft auch den Terminus "gemischte Wirtschaft" (mixed economy). In dieser "gemischten Wirtschaft" wird das Marktprinzip nicht angetastet, aber durch staatliche Wirtschaftspolitik wird versucht den Konjunkturverlauf zu regulieren. Ehrenberg sieht in dieser Wirtschaftsordnung den erfolgreichen Versuch einen "dritten Weg" zwischen dem laissez-faire Kapitalismus und der Zentralverwaltungswirtschaft einzuschlagen, der die Fehler dieser beiden Formen vermeidet: "Aus den negativen Erfahrungen mit den beiden Extrempositionen (laissez-faire Kapitalismus und ZVW -E.W.) sind die zahlreichen Versuche in den skandinavischen Staaten und der Bundesrepublik zu erklären, wo (mit einigem Erfolg) versucht wird, in einer gemischten Wirtschaftsordnung mit entsprechender Pflege des Marktes und gesamtwirtschaftlicher Datenvorgabe das "Beste aus beiden Welten" zu vereinen." /30/.

Die GS sind der Überzeugung, daß durch eine richtige staatliche Wirtschaftspolitik ökonomische Krisen vermeidbar sind. Glotz betrachtet in seinem 1975 erschienen Buch "Der Weg der Sozialdemokratie" die Marx'sche Krisentheorie als widerlegt an, danicht mehr Überproduktionskrisen zu erwarten sind, sondern genau das Gegenteil, nämlich eine "Nachfrageinflation". Er sieht eine Situation voraus, in der "die Nachfrage langfristig die Produktion übersteigt, weil die Produktion wegen langfristiger Knappheit an Arbeitskräften und Boden etc. nicht gesteigert werden kann." /31/. Ehrenberg ist der Meinung, daß die Ursache der Weltwirtschaftskrise 1974/75 nicht primär ökonomisch bedingt ist, sondern auf Fehlern der Politiker beruht: "Nun ist nicht mit Sicherheit auszuschließen, daß die Menschheit auf dem Marsch in eine weltweite Depression ist -der menschlichen Dummheit (zumal der politischen) sind bekanntlich keine Grenzen gesetzt, doch es ist nicht der Ökonomie anzulasten, wenn es so kommt." /32/. Der Einfluß der staatlichen Wirtschaftspolitik ist also bereits so groß, daß Krisen nicht mehr auf ökonomische Gesetzmäßigkeiten zurückführbar sind, sondern auf ein Versagen der Politiker.

Trotz ihrer Befürwortung der sozialen Marktwirtschaft, stehen die GS ihr nicht kritiklos gegenüber. Sie bemängeln vier grundlegende Fehler:

1. Die zum Teil undemokratische Entscheidungsstruktur in den Unternehmen: Die Einschränkung der vollen paritätischen Mitbestimmung nur auf den Montanbereich beläßt die letztendliche Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel weiterhin bei den Kapitaleignern oder ihren Managern. Dies steht im Gegensatz zur vollen Verwirklichung der Sozialpartnerschaft und widerspricht der notwendigen "Gleichberechtigung von Arbeitnehmern und Anteilseignern". /33/.

2. Die ungerechte Vermögensverteilung: Vogel u.a. kritisieren die ungerechte Vermögensverteilung zwischen Selbständigen und Arbeitnehmern, die eine Belastung für die Arbeitswelt und für die ganze Gesellschaft

darstellt./34/.

3. Die starke Konzentrationstendenz, die zu einer "Vermachtung der Märkte" führt: Brandt fordert eine Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe und eine Verbesserung des Kartellrechts und betont, "daß Machtmißbrauch und marktbeherrschende Konzentration gerade im Interesse einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung bekämpft werden müssen."/35/. Er stellt fest, daß der Marktmechanismus zum Teil bereits durch die "Planung der Konzernbürokratie", v.a. der Multinationalen Konzerne, außer Kraft gesetzt ist./36/

4. Die Orientierung auf nur "quantitatives Wachstum": Vogel bemängelt die bisherige Art der Wachstumspolitik, die nur die Steigerung des Bruttosozialprodukts im Auge hat: "Wir lenken unsere Kräfte auf Gebiete, die Zuwachs und reale Rendite versprechen und entziehen sie den öffentlichen, v.a. den kommunalen Investitionen und Dienstleistungen, von denen die Qualität unseres Lebens in Wahrheit abhängt."/37/

Kapitel 3.2.2. : Beschreibung der Ziele des demokratischen Sozialismus

Kapitel 3.2.2.1.: Ziele im gesamtgesellschaftlichen und im politischen Bereich

Alle vom mir untersuchten GS stimmen darin überein, daß es kein feststehendes Endziel einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft gibt. Der demokratische Sozialismus ist nicht auf ein bestimmtes Endziel fixiert, sondern betrachtet die Durchsetzung der Ziele als ständigen, nie abgeschloßen Prozeß. Brandt erkennt als Ergebnis der sozialdemokratischen Theoriediskussion die Einsicht, "daß demokratischer Sozialismus kein statisches Endziel sein kann, sondern als Entwicklung zu begreifen ist."/38/. Der Prozeß der Demokratisierung der Gesellschaft und der Durchsetzung der drei Grundwerte des demokratischen Sozialismus Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität "ist nie am Ende des Weges."/39/. Ziel der SPD ist nicht mehr die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft, deren Realisierung Brandt für unmöglich erachtet: "Der bewußte Verzicht auf eine monokausale Theorie oder Weltanschauung, die Einsicht, daß demokratischer Sozialismus kein "Zustand" ist - weder in der Definition des Augenblicks noch in der Fixierung vermeintlicher Endziele - sondern vielmehr ein sich oft widersprüchlich vollziehender Prozeß, bewahrt uns davor, uns an die Illusion einer konfliktlosen Entwicklung zu verlieren."/40/. Schmidt stellt die These auf, "daß kein Programm, das von Menschen gemacht wird, die wirklich konkret umgehen und nicht nur von ihr träumen Endziele setzen kann."/41/.

Trotz dieser Absage an alle Vorstellungen eines Endzieles der gesellschaftlichen Entwicklung erwirft Brandt in seinem Buch "Über den Tag hinaus - Eine Zwischenbilanz" unter der Überschrift "Keine Angst vor 1984" das Idealbild einer anzustrebenden Gesellschaft. Da es die Zielvorstellungen der GS umfassend wiedergibt, wird es hier ausführlich zitiert:

"Keine Angst vor 1984" heißt für mich, daß ich eine Gesellschaft wachsen sehen möchte, in der: die Bürger von morgen ihrer Freiheit sicher sind und diese Freiheit zu mehr verstehen; ihr Wohlstand nicht bedroht, sondern durch planvolles Handeln vor den Gefahren der Willkür weitgehend geschützt ist; die Wohlfahrt auch durch die Unterscheidung zwischen notwendigem und schädlichem Wachstum auf lange Frist gesichert ist; dem privaten Wohlstand ein angemessener öffentlicher

Wohlstand entspricht: gute Schulen, Gesundheitsfürsorge, Transportmittel, Altersversorgung; ... durch Mitwirkung und Mitbestimmung die Anonymität von Staats- und Wirtschaftsmacht überwunden wird; die Arbeit eine neue geistige und materielle Qualität gewinnt; die Furcht um den Arbeitsplatz sich positiv ins Recht auf Arbeit gewandelt hat und die Arbeit so als sinnvolles Element des Daseins empfunden wird; das Problem der "Entfremdung" durch Mitbestimmung, Qualität und Sinngebung der Arbeit im Rahmen des Möglichen abgebaut ist; ... sich damit durch die Erweiterung der Demokratie eine Expansion der Freiheit vollzieht; ..."/42/.

Auch Vogel beschreibt seine Zielprojektion: "Sozialdemokraten wollen eine Gesellschaft, die dem Menschen ein Mehr an Selbstbestimmung, Chancengleichheit und persönlichem Glück gibt, und die Leistungsanstrengungen der Tüchtigen gerechter belohnt - eine Gesellschaft, die nach der Qualität des Lebens fragt und danach ihre Anstrengungen und den Anteil der Gemeinschaft am Bruttosozialprodukt bemißt - eine Gesellschaft, in der eine Politik für Menschen nicht Phrasendrescherei, sondern reale Reformen bedeutet und konkretes Programm mit Augenmaß und Nüchternheit."/43/.

Diese angestrebte Gesellschaft hat die fortlaufende Demokratisierung von Staat und Gesellschaft zur unabdingbaren Voraussetzung. Demokratie ist ein umfassendes Prinzip, das in allen Lebensbereichen gelten muß. Brandt fordert: "Demokratie soll, wenn nicht schematisch, so doch funktional für alle wesentlichen Bereiche des Lebens gelten."/44/.

Die Demokratie darf also nicht allein auf den staatlichen Bereich reduziert werden. Brandt betrachtet es als Ziel der Demokratisierung "durch Teilung von Befugnissen, durch Gewaltenteilung, neue Freiheitsräume (zu E.W.) öffnen, vor allem für die Bürger, die bisher wenig Chancen hatten, ihre Freiheit zu nutzen."/45/. Brandt hält eine schematische Übertragung der politischen Willensbildungs- und Entscheidungsformen auf andere Teilsysteme der Gesellschaft nicht für realisierbar: "Der Demokratisierungsprozeß in allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen, die "Expansion der Demokratie in die Gesellschaft" ... ist nicht mit dem Trugschluß gleichzusetzen, die Wirkungsformen der Demokratie im staatlichen Bereich sollten oder könnten schematisch auf das wirtschaftliche oder universitäre Leben übertragen werden."/46/. Er wendet sich explizit gegen "die simple Mehrheitsentscheidung ohne Rücksicht auf Sachverstand, Funktion und differenzierte Verantwortung."/47/. Aufgabe der SPD ist es "die umfassende politische, wirtschaftliche und soziale Demokratie" schrittweise auszubauen./47/.

Schmidts Angabe der Ziele der SPD fällt, da er "politische Utopien" ablehnt, sehr knapp aus. Er nennt sozialen Ausgleich, soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit./48/.

Vogel u.a. bekennen sich ebenfalls zur Strategie der Demokratisierung aller Lebensbereiche. Auch sie sehen Grenzen der Möglichkeit diese Forderung zu verwirklichen: "Demokratisierung ist freilich kein Universalrezept für alle Entscheidungen, weder im staatlichen noch im gesellschaftlichen Bereich: Wo es nicht um Interessen- und Wertgegensätze, sondern um Zweckmäßigkeitsfragen bei der Verfolgung gegebener Ziele geht, läßt sich die auf Sachkenntnis gegründete individuelle Verantwortung wohl durch Konsultation ergänzen, aber nicht durch Entscheidung ersetzen!"/49/.

Glötz übernimmt Fritz Vilmar's Konzept der "Vielfrontenstrategie der Demokratisierung", da die "Einfrontstrategie" gegen das "Kapital" der Komplexität der Widersprüche in einer pluralistischen Gesellschaft nicht gerecht wird./50/.

Auf das zweite Hauptziel sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik in der Sichtweise der GS, die Durchsetzung der drei Grundwerte, gehe ich im Kapitel 3.2.2.3. ein.

Kapitel 3.2.2.2. : Ziele im ökonomischen Bereich

Die GS haben kein feststehendes Endziel einer demokratisch-sozialistischen Wirtschaftsordnung. Sie betrachten es als ständige Aufgabe sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik die soziale Marktwirtschaft durch Reformen sozialer und demokratischer zu gestalten und auf diesem Weg deren noch vorhandenen Mängel schrittweise zu beheben.

Brandt schildert das Programm einer verbesserten sozialen Marktwirtschaft so: "Marktwirtschaft muß begleitet sein von ernstgenommener Sozialbindung, strikter staatlicher Datensetzung und konsequenter Wettbewerbspolitik. Sie schafft wichtige Voraussetzungen für mehr Chancengleichheit, menschengerechtere Lebens- und Arbeitsbedingungen, mehr Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft, Vervollkommen der sozialen Sicherung und eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung." /51/. In diesen beiden Sätzen sind alle grundlegenden Ziele der GS im ökonomischen Bereich zusammengefaßt. Ehrenberg komprimiert seine Zielvorstellung in einen Satz: "Es geht um marktwirtschaftliche Ordnungen mit strenger Sozialbindung, strikter staatlicher Datensetzung und rigoroser Wettbewerbspolitik." /52/.

Die vier Hauptziele sollen im folgenden kurz dargestellt werden:

1. Demokratisierung der Wirtschaft: Brandt sieht in der Einführung der paritätischen Mitbestimmung die "Substanz des Demokratisierungsprozesses unserer Gesellschaft." /53/. Die Sozialpartnerschaft ist erst dann voll verwirklicht, wenn die Gleichrangigkeit von Arbeit und Kapital hergestellt ist. Eine wichtige Folge der Einführung der paritätischen Mitbestimmung wird nach seiner Ansicht die Steigerung der Produktivität sein, sie liegt also auch im Interesse der Unternehmer: "Der Ausbau der Mitbestimmung wird insgesamt die Tendenz zu leistungsfähigen Unternehmen stärken, weil die Arbeitnehmer mindestens das gleiche Interesse an kluger Betriebsführung und Investitionen haben wie die Anteilseigner: Mitbestimmung ist sozial und produktiv zugleich. Das oft unerfreuliche Klima im Betrieb zwischen "Oben" und "Unten" wird sich ändern. Die Kapitalseite wird nicht mehr das letzte Wort haben. Die Verständigung wird durchweg im Interesse des wirtschaftlichen und technischen Fortschritts erfolgen." /54/. Brandt hält also eine weitestgehende Interessenshomogenität zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern für erreichbar. Vogel u.a. sind ebenfalls der Auffassung, daß die Einführung der paritätischen Mitbestimmung weder die Produktivität senken noch die Entscheidungsfähigkeit behindern wird, sondern im Gegenteil das Wirtschaftswachstum und die soziale und politische Stabilität steigern wird. /55/.

Die GS befürworten die paritätische Mitbestimmung auch deswegen, weil sie die entscheidende Alternative zur Sozialisierung darstellt: "Die interne Machtkontrolle und die Vermenschlichung des Arbeitsverhältnisses leistet eine vernünftige Mitbestimmung ohne die Nachteile einer Sozialisierung." /56/. Ehrenberg betrachtet die Demokratisierung der Wirtschaft als Mittel zur Verteidigung der sozialen Marktwirtschaft gegen ihre Feinde: "Wer es gut meint mit der marktwirtschaftlichen, aber sozial gebundenen Wirtschaftsordnung und die Erhaltung dieses leistungsfähigen Systems wünscht, der muß auf baldige Einführung der paritätischen Mitbestimmung für alle Großunternehmen drängen." /57/.

2. Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand: Brandt erkennt in der Verbreiterung der Vermögensstruktur die Voraussetzung dafür, "daß unsere Wirtschaftsordnung glaubwürdig bleiben soll." /58/. Ehrenberg weist der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand die Aufgabe zu, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Stabilität der Bundesrepublik zu erhöhen. /59/.

3. Eindämmung des Konzentrationsprozesses: Die GS erkennen, daß die Bildung von Oligopolen und Monopolen die Grundlagen der freien Marktwirtschaft und damit auch ihre Legitimation gefährdet. Brandt wirft den CDU/CSU-geführten Bundesregierungen vor das Marktprinzip

zwar rethorisch vertreten zu haben, aber in Wirklichkeit zu wenig gegen die Vermachtung der Märkte unternommen zu haben: "Tatsächlich gab es wenig Wettbewerb und zu viele Privilegien." /59b/ Er glaubt, daß durch das von der sozialliberalen Bundesregierung verabschiedete neue Kartellgesetz der Konzentrationsprozeß weitgehend aufgehalten werden kann.

4. Qualitatives Wachstum durch indirekte Investitionslenkung: Die GS stimmen überein, daß in einer "gemischten Wirtschaft" neben dem Selbststeuerungsprozeß des Marktes auch bewußte ökonomische Interventionen des Staates in den Wirtschaftsprozess vor allem in Form der "antizyklischen Konjunkturpolitik" mithilfe des Keynes'schen Instrumentariums notwendig sind. Brandt beschreibt die Funktion der indirekten Investitionslenkung durch den Staat: "Es geht damit hier nicht noch einmal ein Mißverständnis aufkommt - nicht etwa darum, den Marktmechanismus durch einen zentralen Plan abzulösen, sondern darum die sehr sensibel reagierende Wirtschaft in ihrem Investitionsverhalten und damit indirekt in Menge und Qualität ihrer Produktion zu beeinflussen." Er spricht sich dafür aus, daß die einzelnen Investitionen aber letztendlich von den Unternehmungen selbst beschlossen werden und lehnt die "Detailkontrolle" von Investitionen ab. /60/. Schmidt hat für Modelle der staatlichen Investitionslenkung nicht viel übrig: "Das ist so eine moderne Spielwiese für Jungsozialisten: Investitionslenkung, Investitionsplanung." /61/.

Vogel u.a. sehen die Hauptaufgabe der Globalsteuerung durch den Staat in der Kompensation der Mängel des Marktmechanismus. Die investitionsfreiheit der Unternehmer darf durch die staatliche Wirtschaftspolitik jedoch nicht beeinträchtigt werden: "Die Politik setzt Daten, nach denen sich die Unternehmer im eigenen Interesse richten und in deren Rahmen sie sich frei entscheiden." Sie bezeichnen diese Wirtschaftsordnung deshalb auch als "gesteuerte Marktwirtschaft." /62/.

Ehrenberg lehnt eine direkte staatliche Investitionslenkung in Form von Investitionsgeboten und -verboten ab, weil die Bedürfnisse der Konsumenten nicht zentral planbar sind und bei Fehlplanungen dann keine flexible Umstellung mehr möglich ist. Er faßt sein Konzept der indirekten Investitionslenkung prägnant zusammen: "In einem solchen System werden die Mittel für die Investitionen der gewerblichen Wirtschaft weder zugeteilt noch genehmigt, ihre Beschaffung unterliegt wie die Investitionen selbst der unternehmerischen Entscheidung. Der Staat dagegen setzt die Rahmenbedingungen der Produktion, und er setzt sie um so enger, je konkreter er bestimmte Ziele ansteuert." /63/.

Alle GS sind der Meinung, daß in der Bundesrepublik eine Vergesellschaftung von Unternehmungen auf absehbare Zeit nicht erforderlich sein wird. Die Möglichkeit von Sozialisierungsmaßnahmen wird zwar nicht prinzipiell ausgeschlossen, aber nur "als letztes Mittel, dann, wenn andere Mittel nicht greifen" aufgefaßt. /64/. Vergesellschaftung von Produktionsmitteln wird meist unter Verweis auf die sozialistischen Staaten mit Verstaatlichung gleichgesetzt und als für die Situation in der Bundesrepublik ungeeignetes Mittel abgelehnt.

Brandt beruft sich in dieser Frage auf das Godesberger Programm, in dem die Gleichsetzung von Sozialismus und Sozialisierung aufgegeben wurde, und begründet seine Ablehnung der Forderung nach Sozialisierung der Schlüsselindustrien ausführlich: "Die Erfahrung hat inzwischen gezeigt, daß die Verwirklichung der Freiheit für den einzelnen nur bedingt mit dem Problem der Besitztitel verbunden ist. Sie hat auch gezeigt, daß es eine enge Verbindung zwischen ökonomisch-kollektiven und politisch-autoritären Strukturen geben kann. Umgekehrt wurde in mehr als einem Staat ein hohes Maß an politischer, rechtlicher und auch sozialer Freiheit ohne prinzipielle Veränderung des Eigentums an Produktionsmitteln erreicht. Es gibt offensichtlich keinen Automatismus, der durch "Sozialisierung" oder "Verstaatlichung" den Menschen mehr Freiheit bringt." /65/. Die SPD lehnt daher die Sozialisierung ab, die zu "zwangswirtschaftlichen Verirrungen" führt und nur

eine "Flucht in bürokratische Planung" ist./66/.Er betont,daß auch eine SPD-Alleinregierung auf "das,was man polemisch sozialistische Experimente nennt" verzichten würde./67/.

Für die GS ist also die Sozialisierung der Produktionsmittel keine unerläßlich notwendige Forderung und Voraussetzung einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaftsordnung mehr.Glotz bezeichnet diese Forderung als "ökonomische Verengung des Sozialismus" und bemerkt: "Die sogenannte Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die de facto auch heute noch allemal eine Verstaatlichung wäre, ist nicht der entscheidende Hebel, der eine sozialistische Gesellschaft schafft."/68/. Die von den GS genannten Nachteile einer Wirtschaftsordnung, in der die Produktionsmittel verstaatlicht sind, lassen sich in vier Punkten zusammenfassen: 1. die undemokratische Struktur der kommunistischen Staateⁿ, die auf der Vereinigung und Zentralisierung von politischer und ökonomischer Macht beruht; 2. die notwendigerweise eintretende Bürokratisierung; 3. die Inflexibilität der zentralen Planungsorgane; 4. die Einschränkung der Gewerkschaftsfreiheit./69/. Glotz hält eine zentrale Planwirtschaft gar nicht realisierbar: "Denn für eine zentrale Planung der verschiedenen Wirtschaftsprozesse -so würden die Reformisten argumentieren- reichen die Informationen nicht aus."/70/.

Kapitel 3.2.2.3. : Begründung der Ziele

Die GS lehnen eine monokausale Begründung der Ziele des demokratischen Sozialismus an. Sie berufen sich dabei in der Regel auf folgende Stelle des Godesberger Programms: "Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist..." /71/.

Brandt erkennt in Anlehnung an ein Zitat Schumachers drei Antriebskräfte für die Begründung der drei Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität: den Geist der Bergpredigt, den Kant'schen kategorischen Imperativ und die Marx'sche ökonomische Analyse./72/. Brandt hebt die Pluralität der Begründung der Werte des demokratischen Sozialismus^{hervor} und lehnt folglich eine einheitliche sozialdemokratische Ideologie bzw. Weltanschauung ab. Das Godesberger Programm bedeutet "eine Absage an jeden Dogmatismus." /73/.

Die plurale Begründung der Grundwerte wird auch von Schmidt, Glotz und Vogel anerkannt. Vogel u.a. wenden sich dagegen, daß eine der drei Quellen des demokratischen Sozialismus einen Absolutheitsanspruch erhebt: Diese Begründung schließt zwar einen sich in die Grundentscheidungen von 1959 einordnenden demokratischen Marxismus als eine unter vielen Möglichkeiten sozialistischer Motivation ein, jedoch jeden Absolutheitsanspruch aus." /74/.

Brandt sieht in der Trias der Grundwerte "kein geschlossenes System der Welt- und Lebensbetrachtung, keine Ideologie und Ersatzreligion" und auch keine "letzten Weisheiten", sondern "die Maximen verantwortlichen Handelns." /75/.

Die GS lehnen die allein aus der Analyse der Widersprüche einer Gesellschaft erfolgende Form der Begründung des Sozialismus ab. Sie erteilen jeder Spielart des "wissenschaftlichen Sozialismus" eine scharfe Absage. (vgl. hierzu Kapitel 3.2.3.6.). Schmidt ist zwar der Ansicht, daß eine wissenschaftliche Analyse der Gesellschaft erforderlich ist, die aber letztlich wiederum von den ethischen Normen her interpretiert und bewertet wird: "Die Überzeugungen des demokratischen Sozialismus fließen nicht aus einer einzigen Theorie; sie fließen aus eigener Erfahrung mit der Wirklichkeit, aus deren Interpretation, letztlich aber aus sittlichem Urteil über das, was -innerhalb des Möglichen- sein soll." /76/.

Die Begründung der Grundwerte des demokratischen Sozialismus ist also das Ergebnis einer individuellen Wertentscheidung. Für Brandt

ist die Programmatik des demokratischen Sozialismus im Grunde nichts anderes als "eine Summe gemeinsamer grundsätzlicher Überzeugungen." Die GS stehen eindeutig in der Tradition des ethischen Sozialismus, der seinen irdischen Höhepunkt durch die Renaissance des Kantianismus im Rahmen der Revisionismusdebatte erlebte und später durch den Einfluß der Neokantianer Eichler und Weisser den Inhalt des Godesberger Programms maßgeblich bestimmte./78/.

Die Konzeption der drei mit beliebigen Inhalten füllbaren Grundwerte muß ständig konkretisiert werden. Stellvertretend für die Versuche der Konkretisierung der Grundwerte durch GS wird hier der Brandts dargestellt. Freiheit bedeutet die "Achtung vor der Würde des Menschen und seiner Eigenverantwortung". Sie erfordert die Möglichkeit der freien Entfaltung der Persönlichkeit und der bewußten Teilnahme an der Gestaltung der Gesellschaft. Sie setzt eine Gleichheit der Lebenschancen und den Abbau von Privilegien voraus. Gerechtigkeit ist mit Chancengleichheit identisch. Sie verlangt aber keine materielle Gleichheit: "Der Grundwert der Gerechtigkeit zielt nicht auf Gleichmacherei, aber auf Gleichheit, wo immer sie verwirklicht werden kann: auf das erreichbare Maß an Gleichheit der Lebenschancen." Solidarität interpretiert Brandt in zwei Variationen, einmal in der Tradition der Arbeiterbewegung als "die Waffe der Schwachen im Kampf für Gerechtigkeit", ein andermal als "Gemeinschaftsdenken", das alle Staatsbürger in der Sorge um das Gemeinwohl verbinden soll./79/.

Schmidt bemüht sich nicht um eine nähere Definition der Grundwerte, präzisiert aber seinen Freiheitsbegriff. Er lehnt einen individualistischen, absoluten Freiheitsbegriff ab, indem er erklärt: Es geht immer um das richtige Gleichgewicht zwischen Freiheit und Bindung./80/.

Vogel u.a. lehnen eine materielle Gleichheit entschieden ab: "Nicht absolute Gleichheit bei der Zuteilung materieller Güter kann das Ziel sein, aber Ungleichheiten müssen der rationalen Auseinandersetzung um ihre Rechtfertigung durch Leistung und ständigem Legitimationszwang ausgesetzt werden."/81/

Kapitel 3.2.2.4. : Abgrenzung zu Zielen anderer Parteien

Seit dem Berliner Programm 1971 und der Mannheimer Grundsatzerklärung 1975 stützt sich die CDU auf dieselben drei Grundwerte wie die SPD in ihrem Godesberger Programm. Die GS geraten dadurch in Schwierigkeiten sich allein mithilfe einer Interpretation der Grundwerte von der CDU abzugrenzen./82/. Brandt bemerkt zwar, daß die CDU dieselben Grundwerte für sich reklamiert, verzichtet aber darauf die Unterschiede der Grundwertekonzeptionen der beiden Parteien näher zu erklären. Er kritisiert die Mannheimer Grundsatzerklärung der CDU als "ein (en) Teil des Versuchs, unser Vokabular zu besetzen, und es in schön klingende Leerformeln zu verwandeln."/83/. Inhaltlich wirft er der CDU vor die Freiheit in altliberaler Weise lediglich als individuelles Abwehrrecht gegenüber dem Staat und nicht auch als soziales Teilhaberecht zu begreifen und das Prinzip der Demokratie nur auf den staatlichen Bereich zu beziehen. Der Freiheitsbegriff der CDU richtet sich seiner Ansicht nach nicht auf die Gleichheit der Lebenschancen und ist deshalb immer in Gefahr nur ein bloßer Privilegienschutz zu sein./84/. Vogel u.a. werfen der CDU/CSU vor neuen Problemen wiederum Umweltschutz nicht gewachsen zu sein, unternehmen aber nicht den Versuch sich durch die Grundwertekonzeption von ihr abzugrenzen.

In ihrem Buch "Deutschland '76" verzichten Schmidt und Brandt auf eine klare inhaltliche Abgrenzung von der FDP. Sie erklären die Unterschiede zwischen den beiden Parteien aus ihrer verschiedenartigen historischen Entwicklung, aus der unterschiedlichen sozialstrukturellen Zusammensetzung der Parteimitglieder und der Wähler

und aus den Differenzen in der Einschätzung der Gewerkschaften./85/. Brandt unternimmt in seinem Buch "Über den Tag hinaus-Eine Zwischenbilanz" den Versuch die grundlegenden inhaltlichen Gemeinsamkeiten zwischen Liberalen und Sozialdemokraten, die er mit dem Begriff der "neuen Mitte" bezeichnet, darzustellen. Den Kern der Zusammenarbeit zwischen beiden bildet der Wille alle Lebensbereiche zu demokratisieren./86/. Die Unterschiede zwischen den Zielen des demokratischen Sozialismus und des sozialen Liberalismus-ob um die sozialliberale Koalition zu stärken oder weil sie nur noch minimal sind, sei hier dahingestellt-werden nur sehr vage beschrieben.

Die Abgrenzung zu den Zielen des Sozialismus marxistisch-leninistischer Prägung folgt aus dem Demokratieverständnis der GS. Brandt kritisiert den "bürokratischen Zentralismus" und den "freiheitsfeindlichen Staatssozialismus" der kommunistischen Staaten./87/. In den kommunistischen Staaten herrschen diktatorische Regimes: "Wir haben erfahren, daß in kommunistischen Ländern die Beseitigung privater Wirtschaftsmacht nicht zur Befreiung der Arbeitenden geführt hat, sondern im wesentlichen geführt hat zu einer ungeheuren Zusammenballung von Macht in den Händen einer unkontrollierten Bürokratie; geführt hat zu einer neuen Form von Diktatur."/88/. Er verwendet zur Definition des Herrschaftssystems der kommunistischen Staaten auch den Begriff "kommunistischer Staatskapitalismus."/89/. Aus dieser klaren Verurteilung des "realen Sozialismus" ergibt sich automatisch die scharfe Abgrenzung der GS zur DKP.

Kapitel 3.2.3. : Strategie zur Durchsetzung der Ziele

Kapitel 3.2.3.1.: Reformstrategie

Die GS streben eine Politik der Reformen an, die die Qualität der bestehenden Gesellschaft schrittweise verbessert. Brandt verwendet zur Beschreibung dieser Strategie den Ausdruck "langer Marsch der Reformen"./90/. Die Reformpolitik der SPD hat nicht die Funktion die Gesellschaft völlig umzugestalten und eine grundlegend andere Gesellschaftsform aufzubauen. Schmidt definiert die Aufgabe der sozialdemokratischen Reformpolitik so: "Natürlich kommt es darauf an, schrittweise das System zu verändern, indem man es verbessert, aber es nicht umzustürzen oder es in einem großen Akt durch ein völlig anderes zu ersetzen."/91/. Er lehnt die Strategie der marxistischen Sozialdemokraten die bestehende Gesellschaft durch die grundlegende "Reform" der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie in eine neue zu transformieren entschieden ab! Offenbar soll mit dem (zur Tautologie führenden) Adjektiv "systemverändernd" eine solche Reform gekennzeichnet werden, von der unterstellt oder erhofft wird, sie wird die betreffende Gesellschaft in einem einzigen Schritt in einem oder mehreren ihrer Grundzüge verändern. Ich halte dergleichen weder für wünschenswert, weil die Risiken des Fehlschlags und der negativen Auswirkungen für Millionen von Menschen dabei nicht kalkuliert und nicht limitiert werden können. Noch halte ich eine solche, in einem Schritt den Grund verändernde Reform in einem demokratischen Verfassungsstaat für möglich; in unserem Staat stünden dem zum Teil die Grundrechte und die Staatsziel-Postulate des Grundgesetzes entgegen, vor allem aber dessen Verfahrensregeln für Verfassungs- und Gesetzgebung."/92/.

Die Reformen dienen auch der Verbesserung und der Bewahrung der bestehenden Wirtschaftsordnung. Sie sind nach Auffassung Brandts die

"Voraussetzung für die Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft."/93/ Der enge Zusammenhang zwischen der Reform- und der Wirtschaftspolitik wird von den GS genau erkannt. Grundlage ihrer Konzeption der Reformpolitik ist ein ökonomisches Wachstum, das einen Großteil der Reformen erst finanzierbar macht. In Zeiten der ökonomischen Krise gerät auch die Reformpolitik in die Krise, da die finanziellen Mittel für einen Teil der angestrebten Reformen fehlen. Brandt muß 1976 wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage eine gewisse Krise der Reformpolitik eingestehen, hofft aber sich durch einen baldigen Wirtschaftsaufschwung schnell überwinden zu können: "Das Reformtempo ist unter dem Druck der ökonomischen Verhältnisse langsamer, der Handlungsspielraum enger geworden;.... Reformpolitik und moderne Wirtschaftspolitik ergänzen sich gegenseitig. Konsequente Fortsetzung der Reformpolitik ist von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht zu trennen, diese bedürfen ihrerseits reformerischer Impulse. Von der wirtschaftlichen Entwicklung sind die meisten Reformen, auch die an deren Verwirklichung viele hohe Erwartungen geknüpft sind, mitbetroffen"/94/. Schmidt verspricht 1976 eine Intensivierung der Reformpolitik, sobald die wirtschaftlichen Schwierigkeiten behoben sind: "Wenn die wirtschaftliche und die finanzwirtschaftliche Konsolidierung, um die es gegenwärtig geht ... wenn die aktuellen Sorgen behoben sein werden, dann werden in der vollen Breite die im Programm festgelegten und von den Parlamentsfraktionen und der Bundesregierung angesteuerten Reformabsichten auch konkret wiederaufgenommen und verwirklicht."/95/. Vogel u.a. sehen ebenfalls den untrennbaren Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Prosperität und Reformpolitik, lehnen aber eine Politik des Wirtschaftswachstums um jeden Preis ab: "Wirtschaftliches Wachstum ist unabdingbare Voraussetzung und nicht verzichtbares Instrument, aber nicht alleiniges, also unumschränktes Ziel wirtschaftspolitischen und politischen Willens und Wirkens. Es hat dienende Funktionen gegenüber Zielen, wie sie im Grundgesetz der Bundesrepublik und im Godesberger Programm formuliert worden sind."/96/. Die GS sehen also die Grundvoraussetzung der Reformpolitik in einer weitgehend krisenfreien wirtschaftlichen Entwicklung, die durch die ökonomischen Steuerungsmaßnahmen des Staates erreicht werden soll. Reformpolitik ist langfristig nur auf der Basis ständigen Wirtschaftswachstums realisierbar. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Reformpolitik sind bei den GS unumstritten. Sie umfassen den Ausbau der Mitbestimmung in den Unternehmen, die Humanisierung der Arbeitswelt, die Steuer- und Bodenreform, die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, die Verbesserung des Umweltschutzes und die Reform des Bildungswesens./97/. Als theoretische Grundlagen ihrer Reformkonzeption betrachten die GS die Strategievorstellungen der Revisionisten um die Jahrhundertwende (Bernstein, von Vollmar) und das Konzept des "piecemeal social engineering" ("Stückwerk-Konzept der Reformen) Karl Poppers. Schmidt, der die Strategie, die "die große Reform, den einzig-großen Wurf" anstrebt, verurteilt, beruft sich dabei auf Bernstein und Popper./98/. Vogel verwendet zur Darstellung seiner Reformkonzeption ein Zitat aus einer der berühmten "El Dorado-Reden von Vollmars: "Wie die natürlichen Verhältnisse nicht in ruckweisen, plötzlich und unvermittelt einander folgenden Umwälzungen sich entwickeln, so lösen die gesellschaftlichen Ordnungen einander nicht als abgeschlossene und unvermittelte Einheiten ab. Es gibt auch hier so wenig ein künstliches Machen als ein plötzliches Abreißen und Wiederbeginnen, sondern das Alte wächst allmählich, viel zu langsam für den hochfliegenden Sinn, aber sicher in das Neue hinein."/99/. Glotz befaßt sich in seinem Buch "Der Weg der Sozialdemokratie" sehr ausführlich mit der Theorie der Reformpolitik. Er begründet die Politik der schrittweisen Reformen mit der pragmatisch orientierten "Güterabwägung der Reformisten", die aus einem Kosten-Nutzen Kalkül besteht: "Und die Frage

an den reformistischen Politiker kann nicht lauten, ob er die Ausbeutungstatbestände, die man in den "Überflußgesellschaften" des Westens täglich besichtigen kann, verurteilt; denn das ist der Fall. Die Frage an den reformistischen Politiker muß lauten, ob er eine Problemlösung kennt, die diese Ausbeutungstatbestände beseitigt, ohne andere schlimmere Ausbeutungstatbestände zu schaffen; ob er nach eingehender Kalkulation begründet darlegen kann, daß der Weg zu diesen Problemlösungen weniger Leid und Unmenschlichkeit produziert, also geringere soziale Kosten verursacht als das heutige "System", "die Normalität". /100/. Unter Hinweis auf die historische Entwicklung der kommunistischen Staaten und dem Scheitern des chilenischen Experiments 1973 kommt er zu dem Ergebnis, daß die Veränderung der Gesellschaft in der Bundesrepublik nicht durch einen einzigen großen Sprung anzustreben ist, weil dieser nur zu einem autoritären oder faschistischen Regime führen würde. Er betrachtet die Reformstrategie der SPD, die er mit positiver Akzentsetzung als Reformismus bezeichnet, als die Alternative zu den Positionen der Konservativen und der Kommunisten. Reformismus ist für Glotz eine "Sozialtechnik" im Sinne Poppers, die die allmähliche Verbesserung der Gesellschaft erreichen will: "Der Kritische Rationalismus ist also, wenn man so will, eine Theorie des Reformismus; Popper sprach ja direkt von "Stückwerk-Technologie" - das ist die theoretische Variante der "kleinen Schritte, die in der Rhetorik sozialdemokratischer Reformpolitik ständig vorkommen." /101/.

Kapitel 3.2.3.2. : Verbindung der Arbeit im Parlament mit der Arbeit außerhalb des Parlaments

Die Frage der Verbindung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit ist ein ständiger Bestandteil der sozialdemokratischen Strategiediskussion. Nach der Verabschiedung des Godesberger Programms beschränkte sich die SPD fast ausschließlich auf die parlamentarische Arbeit. Erst durch die Entstehung der APO, die Entwicklung des Konzepts der Doppelstrategie und die Bildung von Bürgerinitiativen sahen sich die GS wieder veranlaßt den Wert von außerparlamentarischen Aktivitäten zu diskutieren. Sie lassen dabei keinen Zweifel daran, daß diese Aktivitäten die Entscheidungsgewalt der Parlamente nicht beeinträchtigen dürfen. Brandt betont, daß die SPD fest "auf dem Boden der repräsentativen parlamentarischen Demokratie" steht. /102/. Vogel kritisiert Räte-Modelle als "falsch verstandene Demokratisierungsmodelle", die nur auf die Entmachtung des Parlaments zugunsten einer nicht näher definierten Reihe von "pressure-groups neuer Art" hinauslaufen würde. /103/. Die GS begrüßen außerparlamentarische Aktivitäten von Parteimitgliedern, wenn sie sich nicht gegen sozialdemokratische Mandatsträger in den Parlamenten richten, nicht nur die Interessen von Sondergruppen vertreten und die demokratischen Spielregeln einhalten. /104/. Sie betrachte diese Aktionsform als "Vertrauensarbeit" für die Propagierung der Ziele der SPD und der sozialliberalen Bundesregierung. Sie grenzen sich deutlich von einem Konzept der "Doppelstrategie" ab, das auch Konflikte mit sozialdemokratischen Mandatsträgern mit einkalkuliert. Vogel interpretiert den Abschnitt "Vertrauensarbeit" im Orientierungsrahmen 85 so: "Hier wird eine Doppelstrategie, die den Konflikt zwischen der Basis der Partei und den Mandatsträgern zum Prinzip erhebt, eindeutig abgelehnt... Bejaht wird hingegen eine Vertrauensarbeit, die innerhalb der Bevölkerung beständig für die Politik der Partei wirbt umgekehrt die Probleme und Bedürfnisse der Bevölkerung ebenso ermittelt und in die Diskussion und Willensbildung der Partei einführt." /105/.

Glötz sieht in den Bürgerinitiativen vor allem nützliche "Frühwarnsysteme" für die Verwaltung und das Parlament, die dadurch rechtzeitig auf Probleme und Konflikte hingewiesen werden. Die Mitarbeit von Sozialdemokraten in Bürgerinitiativen dient seiner Meinung nach auch dem Zweck, das Aufkommen "revolutionärer und populistischer Gruppierungen" zu verhindern./106/

Der Schwerpunkt der politischen Arbeit der GS liegt eindeutig auf der Durchsetzung von Reformen durch die parlamentarischen Gremien. Die außerparlamentarische Arbeit dient in erster Linie der Propagierung der Ziele der Partei und darf die für die Entscheidungen letztlich zuständigen Parlamentarier nicht unter Druck setzen. Aus diesem Grund lehnte Brandt 1972 die "Mobilisierung der Straße" als Mittel im Kampf gegen das von der CDU/CSU eingebrachte konstruktive Mißtrauensvotum ausdrücklich ab.

Kapitel 3.2.3.3. : Die Rolle der Partei

Die GS gehen in ihrer Parteitheorie vom Konzept der Volkspartei aus. Die SPD darf nicht nur die Interessen einer bestimmten Schicht bzw. Klasse vertreten, sondern muß durch ihre Programmatik und Politik einen möglichst großen Teil der Bevölkerung aus allen sozialen Gruppen ansprechen, um in den Wahlen erfolgreich abzuschneiden. Als Alternative zur Volkspartei betrachten sie die Klassenpartei. Brandt beschreibt das Wesen der Volkspartei so: "Als Volkspartei sucht der demokratische Sozialismus seine Identität mit der Mehrheit des Volkes. Die SPD läßt sich von niemandem in die Klassenkampfvorstellungen des vorigen Jahrhunderts zurückdrängen, die der heutigen Zeit nicht mehr entsprechen. Ohne die Mitte gibt es in der Demokratie keine Mehrheit."/107/. Die SPD muß als Volkspartei nicht nur möglichst viele Wähler erreichen, sondern auch in die Partei "möglichst viele Gruppen, Kräfte aber auch "Einzelgänger"" zu integrieren versuchen./108/. Die Volkspartei hat die Aufgabe, das Gemeinwohl aller Bürger anzustreben. Brandt macht dies deutlich: "Als die historische Partei der deutschen Arbeiter, Angestellten, Beamten und der geistig schaffenden ist und bleibt die SPD eine Partei, der es nicht um die engstirnigen Interessen einer Gruppe geht, sondern um die menschliche Gestaltung der Gesellschaft insgesamt. Deshalb auch die Unterstreichung und Bestätigung: wenn sich die SPD als die Partei der breiten arbeitenden Schichten versteht, so sind darin die Selbständigen im Handel, im Handwerk, in der Industrie und den freien Berufen ausdrücklich eingeschlossen."/109/.

Die GS anerkennen jedoch, daß die Volkspartei SPD aus der Arbeiterbewegung entstanden ist und weiterhin, trotz ihres Wandels zur Volkspartei, in deren programmatischen Tradition steht. Brandt ordnet daher das Godesberger Programm so in die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung ein: "Nein - das Godesberger Programm trennt uns ganz und gar nicht von den großen Zielen jener deutschen Arbeiterbewegung, aus der Sozialdemokratie und Gewerkschaften gleichermaßen hervorgegangen sind. Im Gegenteil: Es formuliert diese gemäß dem überkommenen und übernommenen Auftrag."/110/.

Brandt sieht keinen Widerspruch zwischen dem Begriff der Volkspartei und der Arbeitnehmerpartei, indem er nach dem Vorbild Bernsteins Volk und Arbeitnehmer weitgehend gleichsetzt. Er charakterisiert die SPD als Volkspartei, "bei der die Belange der Arbeitnehmer - die doch das "Volk" weitgehend ausmachen, gut aufgehoben sind"./111/. Auch Schmidt sieht sich veranlaßt, das Konzept der Volkspartei mit dem der Arbeitnehmerpartei zu verbinden: "Die SPD ist von ihrem eigenen Selbstverständnis her weitgehend eine Arbeitnehmerpartei, sie wird auch im parlamentarisch-politischen Raum so verstanden." Er verweist

mit der Bemerkung, "daß eine SPD-geführte Regierung nie gegen die Arbeitnehmer regieren könne", auf die Tatsache, daß die SPD wegen der sozialstrukturellen Zusammensetzung ihrer Wähler und Mitglieder vorwiegend die Interessen der Arbeitnehmer vertreten muß und nicht ein abstraktes Gemeinwohl, wie Brandt es vorschwebt. /111/

Da die Volkspartei möglichst viele Wähler und Mitglieder aus allen sozialen Gruppen gewinnen muß, darf ihre Programmatik nicht auf einer einheitlichen Weltanschauung oder Ideologie beruhen. Brandt erklärt die SPD zu einer Gesinnungsgemeinschaft von Menschen, die gemeinsame ethische Positionen, die pluralistisch begründet werden können, vertreten: "Es gehört zur Grundkonzeption des (Godesberger -E.W.) Programms, daß eine politische Partei nicht als Religionersatz betrachtet werden soll; daß keiner glauben darf, sie solle und könne Weltanschauung verordnen; daß andererseits die Sozialdemokratische Partei aber auch nicht als bloßer Zusammenschluß zur Regelung von Tagesgeschäften gesehen werden darf. Gerade dann, wenn sie sich abgrenzt gegen Vorstellungen vom Kirchenersatz oder vom Weltanschauungsbund bleibt die Sozialdemokratische Partei eine Willensgemeinschaft und eine Ideengemeinschaft, die sich orientiert an ethischen Grundwerten, an Vorstellungen davon, wie die Menschen in ihren engeren Lebensbereichen, im Staat und in der Welt würdig miteinander leben können." /112/.

Die politische Richtung der SPD wird von den GS nur in relativ vagen Schlagworten definiert. Die SPD ist "eine Partei der linken Mitte", "die Partei der Freiheit", "die Partei der Reformen" und "die Arbeitnehmerpartei". /113/.

Die GS sehen die Hauptaufgabe der Partei zur Zeit vor allem in der weitestgehenden Unterstützung der Politik der Bundesregierung. Konflikte zwischen der Partei oder auch nur Teilen der Partei mit den Zielen der sozialliberalen Bundesregierung müssen so weit wie nur irgendwie möglich verhindert werden. Brandt fordert die Parteimitglieder auf Kompromisse zwischen SPD und FDP in der Bundesregierung offensiv als Leistungen darzustellen und nicht als "notwendiges Übel." /114/.

In der Frage, ob die Ziele des demokratischen Sozialismus besser in einer SPD-Alleinregierung oder in einer SPD/FDP-Koalition realisierbar sind, vertreten GS unterschiedliche Positionen. Brandt antwortet auf eine Frage: "Aber ich sage Ihnen ganz offen: Eine Alleinregierung strebe ich nicht an." /115/. Schmidt hingegen hält am Fernziel einer SPD-Alleinregierung fest. /116/.

Alle GS betrachten das Godesberger Programm, das sie ohne jeden Vorbehalt akzeptieren, als Wendepunkt in der Geschichte der SPD. Bis 1959 hat es ihrer Ansicht nach einen Widerspruch zwischen der radikalen Programmatik und der gemäßigten, reformerischen Praxis gegeben. Schmidt drückt diesen Sachverhalt mit der Metapher aus, in der SPD sei es üblich gewesen "mit Kautsky zu theoretisieren, mit Bernstein zu handeln". /117/. Er betrachtet das Godesberger Programm als nachträgliche Durchsetzung der Theorie Bernsteins in der SPD, nachdem die Praxis schon immer seiner Strategie folgte: "Man hat ihn (Bernstein -E.W.) als Revisionisten gebrandmarkt. Tatsache ist, daß die SPD in dem, was sie wirklich getan hat, viel mehr Bernstein gefolgt ist, als etwa denjenigen, die sich auf die grundsätzliche Auseinandersetzung beschränken wollten." /118/. Vogel nennt die Kernpunkte des Godesberger Programms in der Sicht der GS: 1. Anerkennung der Pluralität der Begründungen der Grundwerte; 2. Demokratischer Sozialismus ist eine ständige Aufgabe, kein Endziel; 3. Aufhebung der Gleichsetzung von Sozialismus und Sozialisierung; 4. Aufgabe der Theorie des Klassenkampfes; 5. Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft; 6. Absage an die Theorie des Klassenstaates. /119/.

Aus der Konzeption der Volkspartei ergibt sich zwingenderweise die Folgerung, daß alle Gruppen der Bevölkerung zu den Zielgruppen der SPD gehören. Brandt rechnet zu den Zielgruppen der SPD gleichermaßen

Arbeiter, Angestellte, Beamte und Selbständige. Er erkennt keinen Grund, "weshalb sich irgendwelche Gruppen aus der SPD ausgeschlossen fühlen sollten." /120/. Vogel betont ausdrücklich, daß die SPD auch die Unternehmer als Zielgruppe ihrer Politik betrachtet: "Sozialdemokraten und Unternehmer in der Bundesrepublik stehen durchaus nicht in einem unversöhnlichen, antagonistischen Gegensatz zueinander, sondern in einem Verhältnis des Gesprächs, des Meinungsaustausches, der sachlichen Kooperation." /120/.

Die bei den Wahlen anzusprechende Zielgruppe ist nach Meinung der GS die "Mitte". Schmidt versteht darunter die Wechselwähler, die sowohl die SPD oder FDP wie die CDU/CSU wählen können. Er fordert die SPD deshalb auf sich so darzustellen, daß sie Wähler, die bei den letzten Wahlen noch Parteien rechts von der SPD gewählt haben, zu sich herüberziehen kann. /121/. Glotz sieht das potentielle Wählerreservoir der SPD auch nur rechts von ihr: "Angesichts der gegebenen sozialen Konstellation in der Bundesrepublik muß die Sozialdemokratie, wenn sie eine Modernisierung bei allmählichem sozialem Wandel durchführen will, statt auf eine "Volksfront" (mit wem auch?) auf eine Spaltung der Konservativen hinarbeiten." /122/. Brandt faßt die Zielgruppenkonzeption der SPD in den Wahlkämpfen präzise zusammen: "Ohne die Mitte gibt es in der Demokratie keine Mehrheit. Wer die Mitte preisgibt, verliert seine Regierungsfähigkeit." /123/.

Kapitel 3.2.3.4. : Bündnispartner

Die Gewerkschaften bilden den entscheidenden Partner für die Durchsetzung der Ziele des demokratischen Sozialismus. Brandt weist auf die gemeinsame Herkunft der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften aus der Arbeiterbewegung hin und befürwortet eine Art von "Arbeitsteilung" zwischen den beiden Organisationen; die Gewerkschaften sollen in den Betrieben soziale Verbesserungen durchsetzen, die SPD soll diese, soweit möglich, gesetzlich absichern und eine Demokratisierung der Wirtschaft durchsetzen. Er geht von einem inhaltlichen Grundkonsens zwischen beiden Organisationen aus: "Ich kenne keine Frage der gesellschaftlichen Ordnung, über die wir uns mit den Gewerkschaften grundsätzlich entzweien könnten." /124/.

Die GS sehen in den Gewerkschaften keine Klassenkampforganisationen, sondern Sozialpartner der Unternehmer. Brandt lobt die Verdienste der Gewerkschaften in der Entwicklung der Bundesrepublik, die sie sich wegen ihres entscheidenden Beitrages zum Erhalt des sozialen Friedens und der Ausschaltung demokratiefeindlicher Kräfte in ihren eigenen Reihen erworben haben. Schmidt stimmt ihm in dieser Frage zu: "Das soziale Klima in der Bundesrepublik wäre ohne die ökonomisch wie politisch hervorragende Verantwortung der Gewerkschaften wesentlich anders und schlechter, als wir es heute kennen." /125/. Er hält die Gewerkschaften sogar für eine Organisation, die nicht nur die Interessen ihrer Mitglieder vertritt, sondern auch um das Gemeinwohl sorgt: "Ich muß hier sagen, ich habe ein ganz großes Vertrauen in die kontinuierliche Fähigkeit der Gewerkschaften in unserem Lande, dem gerecht zu werden, was ihre Verantwortung für das Gemeinwohl ihnen auferlegt." /126/. Brandt betrachtet die Zusammenarbeit der Sozialdemokraten, "die ja auch nicht ohne Kontakt mit der Wirtschaft sind", mit den Gewerkschaften als Gewähr für die Erhaltung des sozialen Friedens in der Bundesrepublik. /127/.

Der Bündnispartner im parlamentarischen Bereich ist die FDP. Brandt prägt zur Darstellung der Koalition zwischen SPD und FDP die Formel der "neuen Mitte", die er auch als "Bündnis für Fortschritt und Er-

Erneuerung" bezeichnet./128/.Er bedauert,daß diese Koalition nicht bereits zu der Zeit Bebel's und Naumann's zustandekam.Er hält das Bündnis zwischen demokratischem Sozialismus und sozialem Liberalismus für kein kurzfristiges taktisches Bündnis,sondern sieht eine "historische Aufgabe der Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Liberalen im letzten Drittel dieses Jahrhunderts."/129/.Er erwartet von dieser Zusammenarbeit die Erfüllung zweier Aufgaben: 1.Die Bewahrung des sozialen Friedens:Dies ist auf der Grundlage einer gewissen Arbeitsteilung zwischen den beiden Parteien relativ leicht zu garantieren.Die FDP hat gute Kontakte zu den Arbeitgebern,die SPD zu den Gewerkschaften.2.Der Erhalt und der Ausbau der Freiheitsrechte durch eine Demokratisierung der Gesellschaft./130/.

Die GS lehnen eine Koalition mit der CDU/CSU nicht prinzipiell ab, da sie von einem Grundkonsens zwischen den drei großen Parteien,der "Gemeinsamkeit der Demokraten",ausgehen.Schmidt erkennt zur Zeit viel mehr Gemeinsamkeiten der SPD mit der FDP als mit der CDU/CSU, schließt aber die Bildung einer Großen Koalition oder einer Allparteienregierung im Falle eines "nationalen Notstandes" nicht aus./131/. Brandt hält die Zusammenarbeit mit Mitgliedern der CDU,die sich auf Positionen der evangelischen Sozialethik und der katholischen Soziallehre stütze,für relativ problemlos,während er die Kooperation mit "deutschnationalen" Kräften in der CDU/CSU für kaum möglich erachtet./132/.

Kapitel 3.2.3.5. :Gegner des demokratischen Sozialismus

Die GS sehen in Links- und Rechtsradikalen gleichermaßen die Hauptgegner des demokratischen Sozialismus.Sie verbleiben dabei im Rahmen der Totalitarismustheorie,die Kommunismus und Faschismus gleichsetzt./133/.Brandt erklärt,daß nicht nur die SPD die Kommunisten und die Faschisten als Hauptgegner betrachtet,sondern daß dies auch umgekehrt der Fall ist:"Extremisten von ganz rechts und ganz links waren und sind sich in einem Punkt immer einig,in ihrer gemeinsamen Gegnerschaft zur Sozialdemokratie."/134/.Brandt und Schmidt lehnen wegenger freiheits- und demokratiefeindlichen Tendenzen der DKP jede Variante einer "Volksfrontstrategie"/135/.Die Aufgabe der Sozialdemokratie in der westeuropäischen Arbeiterbewegung besteht deshalb nicht zuletzt darin den Einfluß der Kommunisten gering zu halten:"Überall dort,wo es eine starke Sozialdemokratie gibt,schrumpft der Raum für eine große und einflußreiche Kommunistische Partei."/136/.Die GS waren die Initiatoren des Parteiratsbeschlusses aus dem Jahr 1970,der die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten untersagt.

Ein weiterer Gegner des demokratischen sind die Konservativen und die Rektionäre.Im Gegensatz zu den Extremisten besteht aber zu den Konservativen kein antagonistischer Widerspruch,da sie die Demokratie nicht in Frage stellen.Brandt kritisiert die CDU/CSU in drei Punkten,die den Kern des Unterschiedes zwischen SPD und CDU/CSU bilden:1.Die CDU/CSU besitzt einen verengten Freiheitsbegriff,der die Gleichheit der Lebenschancen ablehnt und dem Schutz von Privilegien dient.Er zitiert hierbei aus dem Orientierungsrahmen 85:"Es ist der Irrtum des Konservatismus zwischen Reichen und Armen,Mächtigen und Machtlosen könne es wirkliche Solidarität geben,und man könne die rechtlich-politische Freiheit für alle bewahren,wenn man die ökonomische,soziale und kulturelle Freiheit einer Minderheit vorbehält."/137/.2.Die Konservativen sind den neuen Problemen nicht gewachsen und nicht in der Lage eine Reformpolitik durchzuführen.

3. Sie lehnen wegen ihres verengten Demokratiebegriffs eine Demokratisierung aller Lebensbereiche ab.

Neben der CDU/CSU sieht Brandt auch noch Interessenvertreter der Wirtschaft als Gegner des demokratischen Sozialismus und der Reformpolitik: "Dem Reformwillen, der von der durch die Wähler verliehenen politischen Macht ausgeht, steht häufig überkommene und neugebildete wirtschaftliche Macht entgegen. Es bleibt zweifellos die Frage, wie sich der Druck wirtschaftlicher Sonderinteressen auf politische Entscheidungen zurückdrängen läßt, damit das Aktionsfeld für gesellschaftliche Veränderungen schrittweise erweitert werden kann. Dies ist ein zentrales Problem, und es ist gut, wenn viele darüber nachdenken. Denn wir haben es noch keineswegs gelöst und es gibt dafür kein Patentrezept." /138/ Als entscheidendes Hindernis für die Durchsetzung von Reformen nennt er den "massiven Widerstand von Bevorrechtigten und ihrer Hilfstruppen." /139/. Er weigert sich aber energisch dagegen diese Gegner der Reformpolitik beim Namen zu nennen: "Ich halte nicht viel davon, Gruppen zu nennen. Ich habe schon gesagt, daß der Widerstand dort besonders deutlich wird, wo Privilegien wirklich gefährdet werden... Aber es hat wenig Sinn hier Hausnummern zu nennen." /140/.

Ehrenberg sieht die soziale Marktwirtschaft von dem Angriff zweier ungleicher Gegner bedroht, die diese Wirtschaftsform ablehnen und sie überwinden wollen. Er bezeichnet sie als "Marxisten" und als "laissez-faire Marktwirtschaftler" bzw. "Paläoliberaler". Sie haben ein Ziel gemeinsam, die Abschaffung der sozialen Marktwirtschaft: "So unterschiedlich diese Zielvorstellungen auch erscheinen, gemeinsam ist ihnen als Grundvoraussetzung die radikale Änderung der gegenwärtigen marktwirtschaftlichen, sozial gebundenen Wirtschaftsordnung und, auch wenn ihre Vertreter es nie zugeben werden, daß bei beiden der angestrebten Änderungen die Mehrheit der Bevölkerung sehr viele Nachteile und wenig oder gar keine Vorteile zu erwarten hätte." /141/.

Kapitel 3.2.3.6. : Innerparteiliche Gegner

Voraussetzung der möglichst effektiven Durchsetzung der Ziele des demokratischen Sozialismus ist auch die Existenz eines Grundkonsenses innerhalb der Partei, der die Handlungseinheit der Partei garantiert.

Die GS sehen die Einheit der Partei vor allem durch marxistische Strömungen gefährdet. Schmidt betrachtet unter gewissen Voraussetzungen auch das Vertreten marxistischer Positionen in der SPD als legitim: "Soweit Marxisten sich diesem Rahmen und nach 1949 auch dem Geist und dem Buchstaben unseres Grundgesetzes anpaßten, waren ihre Positionen in der SPD immer legitim". /142/. Er ist zwar gegen Massenausschlüsse von Jungsozialisten, kritisiert aber 1976, daß die Parteiführung bei einigen zu langmütig gewesen ist. Er wirft den Jungsozialisten vor von "jungen, radikalen Akademikern" beherrscht zu werden, die sich wegen ihres langen Studiums weit von der gesellschaftlichen Realität entfernt haben und an jeder These von Marx festhalten. /143/.

Die ausführlichste Kritik der Positionen der Jungsozialisten aus der Sicht der GS liefern Vogel u.a. in ihrem Buch "Godesberg und die Gegenwart". Die Hauptkritikpunkte an der Strategie und Theorie der Jusos sind: 1. Das Ziel der Systemüberwindung als völliger Bruch mit der bestehenden Gesellschaft; 2. Das Festhalten an der Klassenkampftheorie; 3. Das Ziel der Vollsozialisierung und der Zentralverwaltungswirtschaft; 4. Die Theorie des Klassenstaates; 5. Die Ablehnung der

"formalen Demokratie";6.Das Vertreten eines Monopolanspruches für marxistische Positionen bei den Jusos und in der SPD;7.Verwendung der "Doppelstrategie" als Konfliktstrategie gegen sozialdemokratische Mandatsträger./144/.

Während die GS früher pauschal die Jungsozialisten angriffen, konzentrieren sie zur Zeit ihre Angriffe auf die "Stamokap-Gruppe". Vogel fordert den Parteiausschluß dieser Gruppe, da sie nicht auf dem Boden des Godesberger Programms steht: "Der SKT (Stamokap-Theorie -E.W.) und den Stamokap-Positionen muß deshalb in der Partei entschieden entgegengetreten werden. Wo ihre Anhänger diese Theorie in praktische Politik umsetzen, muß die Partei im Interesse der Erhaltung ihrer Glaubwürdigkeit auch vom Mittel des Ausschlußes Gebrauch machen."/145/. Er wirft den Anhängern der Stamokap-Theorie vor die Diktatur des Proletariats nicht auszuschließen, den Lenin'schen demokratischen Zentralismus als Parteitheorie zu vertreten, Bündnisse mit Kommunisten nicht prinzipiell abzulehnen, den demokratischen Staat als Klassenstaat zu diffamieren, die Pluralität der Begründungen der Ziele des demokratischen Sozialismus nicht anzuerkennen und die Klassenkampfstrategie zu vertreten./146/.

Im Gegensatz zu Vogel u.a. hält Glotz nicht nur Parteiausschlüsse auf dem linken Rand der SPD für notwendig, sondern auch auf dem rechten Rand: "Ich meine, daß sie (die SPD -E.W.) in der Tat -will sie als "Volkspartei" weiter existieren- das soziale und politische Spektrum der Mitgliedschaft verkleinern muß. Die heute gegebene Spannweite ist zu groß; die Randgruppen paralysieren in ihrem erbarmungslosen Kampf die Gesamtpartei. Dabei wird es notwendig sein, das Spektrum an beiden Rändern zu kappen."/147/. Er kritisiert vor allem dogmatische "wissenschaftliche Sozialisten" in der Partei, die

am Historischen Materialismus und an der Diktatur des Proletariats festhalten und verlangt ihren Parteiausschluß: "Parteiausschlüsse sind dabei sinnvoll gegenüber denjenigen Gruppen, die die Sozialdemokratie als eine Art "Wirts-Tier" benützen wollen, weil sie nur über sie -und die Gewerkschaften- an die Arbeiterschaft herankommen. Eingefleischten "wissenschaftlichen Sozialisten", für die Sozialismus identisch ist mit der Überwindung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und die lediglich aus strategischen Gründen in einer heute angeblich "prokapitalistischen" SPD mitarbeiten, muß klargemacht werden, daß sie in der SPD fehl am Platz sind."/148/. Brandt ist ebenfalls für den Parteiausschluß von einzelnen Parteimitgliedern. Er zählt zu dieser Gruppe Anhänger von Gewalt, Gegner der repräsentativen Demokratie und Anhänger von Bündnissen mit Kommunisten./149/. Er ist gegen die Bildung organisierter Fraktionen in der SPD und verlangt deshalb: "Es darf keine Parteien in der Partei geben..."/150/. Im Gegensatz zu Vogel und Glotz nennt er jedoch keine Gruppe, die nicht auf dem Boden des Godesberger Programms steht, beim Namen.

Kapitel 3.3. : Die politische Theorie der reformistischen Sozialdemokraten

Kapitel 3.3.1.: Analyse der bestehenden Gesellschaft

Kapitel 3.3.1.1. : Analyse des politischen Systems

Die reformistischen Sozialdemokraten (im folgenden mit RS abgekürzt) verwenden zur Analyse der Rolle des Staates in der Bundesrepublik zum Teil Termini der marxistischen Staatstheorie, stützen sich aber nicht ausschließlich auf diese und halten sie zur Beschreibung der Funktion des demokratischen Staates nur noch für bedingt geeignet. Sie lehnen sowohl die idealistische Staatstheorie in der Tradition Hegels und Lassalles wie marxistische Ansätze, die den Staat als "ideellen Gesamtkapitalisten" oder als "Instrument der herrschenden Klasse" betrachten, ab.

von Oertzen übernimmt vollständig die Analyse des kapitalistischen Staates durch Habermas, die dieser in seinem Buch "Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus" liefert. Der Staat ist demnach weder "ideeller Gesamtkapitalist" noch ein "Instrument des Monopolkapitals". Der Staat ist zwar in seiner ökonomischen Funktion in den Prozeß der Kapitalverwertung einbezogen und ermöglicht ihn zum Teil (z.B. durch die Infrastrukturpolitik) erst. Aber der Staat ist nicht das Instrument der Herrschaft einer Klasse, sondern das Produkt eines Klassenkompromisses zwischen Lohnarbeit und Kapital, der solange wirksam ist wie beide Seiten die demokratischen Spielregeln respektieren und die andere nicht gewaltsam zu unterdrücken versuchen. Der Staat besitzt deshalb eine relative Autonomie auch von den Interessen des Kapitals und kann von den Lohnabhängigen in ihrem Interesse benutzt werden. Das staatliche Handeln ist von zwei Faktoren restringiert: 1. Es darf den Akkumulationsprozeß des Kapitals nicht empfindlich stören, da in diesem Fall die Unternehmer mit Investitionsstreiks und Kapitalexpert reagieren würden. 2. Er darf aber auch die Interessen der Lohnabhängigen nicht vernachlässigen, da er sonst seine Legitimation in dieser Gruppe verlieren würde und diese den Klassenkompromiß aufkündigen würde. /1/. von Oertzen steht also in der Tradition der Staatstheorie Hermann Hellers.

Wegen der demokratischen Struktur des Staates in der Bundesrepublik identifiziert sich von Oertzen völlig mit ihm, trotz der negativen Bewertung der Abhängigkeit des Staates vom Kapitalverwertungsprozeß. Dies wird aus folgendem Zitat deutlich: "Und wenn wir einmal unseren Blick über die Grenze der Bundesrepublik hinausreichen lassen, dann wird es außer einigen wenigen kleineren Ländern, die im Schatten der Weltpolitik stehen, keinen großen Staat geben, in dem nicht nur die Verfassung, sondern in dem die Verfassungswirklichkeit demokratischer wäre als in der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben also Grund stolz zu sein auf die Existenz dieser unserer Verfassung, dieses unseres Staates ..."/2/.

Steffen geht davon aus, daß der kapitalistische Staat zwar den Kapitalverwertungsprozeß vermittelt, dieser ihn aber nicht inhaltlich bestimmen kann, da die ökonomischen Grundentscheidungen nicht vom Staat getroffen werden: "Einerseits ist der Kapitalismus nicht mehr in der Lage, die Voraussetzung seiner Entfaltung und deren Konsequenzen selbst und allein zu bestimmen.

Andererseits ist er nicht in der Lage, über die politische Vermittlung des Kapitalverwertungsprozesses die Voraussetzungen und die Konsequenzen des Entfaltungsprozesses zu bestimmen. Die private inhaltliche Bestimmung (des Kapitalverwertungsprozesses - E. W.) schiebt den Staat vor Konsequenzen, die er weder ursächlich bestimmen noch in ihren Folgen verantworten kann." /3/ Er versteht den Staat im Gegensatz zu den gemäßigten Sozialdemokraten nicht als Steuerungszentrum der Gesellschaft, sondern als "Objekt der Selbstbewegung und Selbstverwertung des Kapitals." /4/

Der kapitalistische Staat ist für Steffen nicht das Produkt eines Klassenkompromisses wie bei von Oertzen, sondern dient in erster Linie den Interessen des Kapitals. Er beschreibt die Funktion des kapitalistischen Staates folgendermaßen: "Sozialisierung der Infrastrukturinvestitionen, des Risikos und der Verluste bei Privatisierung der Gewinne." /5/ Steffen hält den Staat der Bundesrepublik für viel demokratischer als die sozialistischen Staaten, da in ihm die Arbeiter wegen seiner demokratischen Struktur mehr Chancen haben ihre Interessen durchzusetzen: "Die grundsätzliche Überlegung des Ausbalancierens der politischen Kräfte, der politischen Machtverteilung durch Wahlen und Veränderung der sozialen Wirklichkeit mittels der politischen Macht mit Hilfe der tatsächlichen Freiheit der Meinung, der Versammlung und der Organisation verspricht tendentiell den tatsächlich Beherrschten einen weitaus größeren Raum der gesellschaftlich ökonomischen Veränderungen als jedes andere praktizierte politische System." /6/ Steffen ist der Meinung, daß es keinen einheitlichen Willen des Kapitals gibt, nennt diese Auffassung metaphysisch und nimmt an, daß die Unternehmer nicht gemeinsam in die Politik eingreifen, "solange ihr Streben nach Profitmaximierung und Marktmacht nicht grundsätzlich negiert wird" /7/ Er grenzt sich von zwei Staatstheorien ab, die in der SPD auch vertreten werden. Der Staat ist für ihn weder in der Tradition Hegels die absolute Idee, noch ein Instrument der Kapitalisten bzw. der ideelle Gesamtkapitalist. Für ihn ist der Staat kein Wesen an sich, sondern er will ihn "instrumental und funktional verstanden und gewertet" wissen. /8/

Strasser kritisiert ebenfalls die beiden anderen in der SPD vertretenen Staatstheorien. Er begreift den Staat "nicht einfach als Instrument des Kapitals oder der Monopole" und lehnt den Staatsidealismus, wie er von Lassalle und Schumacher vertreten wurde, ab. /9/ Er sieht den Staat als wesentlich von Kapitalinteressen bestimmt: "Der Staat der BRD ist insofern kapitalistischer Staat, als er auf Grund der bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die sich in ihm reflektieren, eine eindeutige strukturelle Begünstigung von Kapitalinteressen sichert." /10/ Er lehnt jedoch die These, daß der Staat prinzipiell ideeller Gesamtkapitalist ist, ab, da er der Auffassung ist, daß staatlichen Handeln immer Ausdruck der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ist, die wiederum durch die Dialektik von Lohnarbeit und Kapital bestimmt werden. Für ihn ist der Staat deshalb "Bestandteil und Ausdruck dieser Gesellschaft mit ihren Klassenspannungen", also in seiner Struktur ambivalent und nicht vollständig von Kapitalinteressen bestimmt. /11/ Er sieht deshalb keine Systemgrenze zwischen einem "kapitalistischen" und einem "sozialistischen" Staat. Er unterscheidet sich dadurch von der Staatstheorie der "Juso-Linken", der er vorwirft, den Staat metaphysisch "als der gesellschaftlichen Dialektik enthoben" anzusehen. /12/ Das Handeln des Staates ist also kontingent, d. h. sowohl von Interessen der Unternehmer wie der Arbeitnehmer beeinflussbar und nicht notwendigerweise den Interessen des Kapitals untergeordnet, da es eine Widerspiegelung des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Klassen darstellt. Diese Staatstheorie bestimmt auch den Antrag des damaligen Juso-Bundesvorstandes zum Thema "Reform und Staat" auf dem Münchener Bundeskongress der Jungsozialisten 1974: "Seine (des Staates - E.W.) relative Autonomie gegenüber Kapitalinteressen kann zudem unter den Bedingungen eines demokratisch verfaßten Staates gegen Kapitalinteressen gewendet werden. Auf der Ebene des Staates spiegeln sich also die gesellschaftlichen Machtverhältnisse." /13/ Die wichtigste Funktion des kapitalistischen Staates sieht Strasser in der "Sicherung und Aufrechterhaltung möglichst günstiger Bedingungen der Kapitalverwertungen." /14/

Der Staat befindet sich in der Bundesrepublik zur Zeit in einer Legitimationskrise, da er viele Ansprüche der Bürger aufgrund der ökonomischen Krise nicht mehr befriedigen kann. Ähnlich wie bei von Oertzen und Steffen ist bei Strasser in der Staatstheorie ein Dualismus vorhanden. Die ökonomische Funktion des Staates wird wegen der vorrangigen Förderung des Kapitalverwertungsprozesses negativ bewertet, die politische Funktion wird wegen seiner demokratischen Struktur und wegen der Möglichkeit der Einflußnahme der SPD und der Gewerkschaften auf sein Handeln positiv bewertet. Er bekennt sich deshalb uneingeschränkt zur "Verteidigung des bestehenden demokratischen Staates."/15/ Strasser hält in seinem zusammen mit Löwenthal und Koschnick verfaßtem "Anti-Stamokap Artikel" die marxistische Staatstheorie nur für die Analyse des frühkapitalistischen Staates geeignet und für die Analyse des gegenwärtigen demokratischen Staates nur noch bedingt brauchbar: "Hier wird grundsätzlich die Tatsache ignoriert, daß Marx und Engels, die Zeitgenossen der wilhelminischen Monarchie ohne parlamentarische Verantwortung, ohne Frauenstimmrecht und mit Dreiklassenwahlrecht in Preußen, den modernen demokratischen Staat des allgemeinen Wahlrechts nicht in seiner vollen Entwicklung gekannt haben. Vielmehr hat die sozialdemokratische Arbeiterbewegung erst seither diesen Staat in jahrzehnte langem, von bitteren Rückschlägen unterbrochenem Ringen erkämpft."/16/

Kapitel 3.3.1.2.: Analyse des ökonomischen Systems

Die reformistischen Sozialdemokraten gehen nicht von der Theorie der sozialen Marktwirtschaft bzw. der "gemischten Wirtschaft" aus. Sie betrachten die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik weiterhin als kapitalistisch.

Von Oertzen sieht die Arbeitnehmer in der kapitalistischen Wirtschaft grundsätzlich benachteiligt, da sie ihre Lohnforderungen immer dem Konjunkturverlauf anpassen müssen: "Wie auch immer die Konjunkturentwicklung verläuft, es gibt nur eine soziale Gruppe, die die Zeche zu zahlen hat, das ist die Arbeitnehmerschaft. Entweder wir haben eine Rezession, dann kann die Arbeitnehmerschaft aufgrund Ihrer Machtlosigkeit in dieser Situation ihre wirtschaftliche Lage nicht verbessern; haben wir eine Konjunktur, dann wird sie von allen und zwar von ihren Gegnern wie ihren Freunden daran erinnert, daß sie nun um der Konjunktur willen Zurückhaltung üben müsse und unter gar keinen Umständen dazu beitragen dürfe, die Konjunktur wieder zu überhitzen."/17/ Von Oertzen erkennt das grundlegende Dilemma sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik im Rahmen des Kapitalismus darin, daß der Kapitalverwertungsprozeß zwar von den Unternehmern durch die Investitionen bestimmt wird, daß die Wähler aber den Staat für die Folgen dieser von ihm kaum beeinflussbaren Unternehmerentscheidungen verantwortlich machen und die Legitimation der Regierung in Phasen der ökonomischen Krise in Frage stellen: "Jede Regierung wird von den Wählern für die Sicherheit der Arbeitsplätze, für ein gleichmäßiges Wirtschaftswachstum und für die Stabilität der Preise verantwortlich gemacht, ohne auf diejenigen Entscheidungen wirksamen Einfluß zu haben, die den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung in letzter Instanz bestimmen: nämlich auf Ausmaß und Richtung der privaten Investitionen."/18/ Er beschränkt sich nicht auf eine Kritik des kapitalistischen Wirtschaftssystems, sondern lobt auch dessen soziale Leistungen: "Die SPD erkennt an, daß das gegenwärtige, auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln und der freien Marktkonkurrenz beruhende sogenannte "kapitalistische" Wirtschaftssystem immer noch zu großen Leistungen fähig ist, auf welche die Menschen unseres Volkes weder verzichten wollen, noch verzichten können."/19/ Aufgrund dieser Leistungen will er das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht grundsätzlich abschaffen: "Nur dort, wo das kapitalistische Wirtschaftssystem nachweisbar und offensichtlich den Bedürfnissen der Gesellschaft gegenüber versagt, sind Eingriffe und

Strukturveränderungen geboten."/20/

Steffen hält an der Theorie, daß sich im Kapitalismus zwei Klassen gegenüber stehen fest, wenngleich die Arbeiterklasse in sich sehr differenziert ist. Ähnlich wie von Oertzen konstatiert Steffen die Machtlosigkeit staatlicher Wirtschaftspolitik, da deren Instrumente nicht ausreichen: "Wir haben weder die Technik entwickelt, den "Markt" so zu beeinflussen, daß er in erster Linie produziert, was wir wollen, noch haben wir Macht und Technik zur vorwegnehmenden Auflösung berechenbarer Krisen entwickelt."/21/ Er glaubt allerdings, daß durch die Staatseingriffe schwere ökonomische Krisen vermeidbar sind: "Die politische Vermittlung des Kapitalverwertungsprozesses macht sozio-ökonomische Systemkrisen zunächst unwahrscheinlich."/22/ Bei der Analyse des Wirtschaftssystems geht Steffen nach seinen eigenen Worten von Marx aus. /23/ In gewissem Widerspruch zu dieser Aussage steht seine Auffassung, daß Marx nicht die Bewegungsgesetze des Kapitalismus an sich analysiert hat, sondern nur den Kapitalismus seiner Zeit: "Ich glaube - exakt kann man es nicht beweisen, da wir keinen entsprechenden Maßstab für den Umschlag von Quantität in Qualität haben -, daß ein modernes kapitalistisches System qualitativ etwas anderes darstellt, als jenes, daß durch Marx analysiert wird."/24/ Er begründet diese Hypothese mit folgenden Merkmalen des Spätkapitalismus, die Marx nicht antizipieren konnte: 1. die Entwicklung zum Wohlfahrtsstaat; 2. die Doppelrolle des Arbeiters als unterdrückter Produzent im Produktionsbereich und als Konsument und freier Staatsbürger im Reproduktionsbereich; 3. die Inhomogenität der Arbeiterklasse, die bereits zu Verteilungskämpfen innerhalb dieser Klasse führt./25/ Er kritisiert am Kapitalismus, daß der ökonomische Prozeß nicht bewußt gesteuert werden kann, da der Produktionsprozeß nicht gesamtgesellschaftlich geplant werden kann. Er ist der Meinung, daß der Kapitalismus wegen der Umweltzerstörung und der Begrenztheit der Rohstoffreserven an die Grenzen seines Wachstums gelangt ist. Er bemängelt weiterhin die ungerechte Vermögensverteilung und die wachsende Konzentration des Kapitals, die zur Bildung von multinationalen Konzernen führt und die Ohnmacht des Nationalstaates zur Folge hat. /26/

Strasser charakterisiert die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik nicht mit dem Begriff "soziale Marktwirtschaft", sondern mit dem Terminus "unsoziale Marktwirtschaft". Er sieht die Wirtschaftsordnung weiterhin durch das Profitmotiv bestimmt. Er kritisiert, daß der freie Markt zum Teil aufgehoben worden ist und das freie Spiel von Angebot und Nachfrage in vielen Sektoren der Wirtschaft nur noch in den Ideologien einiger Wirtschaftswissenschaftler stattfindet. Er betrachtet die ökonomische Konzentrationstendenz wegen der dadurch entstehenden Machtzusammenballung bei wenigen Großkonzernen als eine Gefahr für die Demokratie: "Mit fortschreitender Expansion wächst die ungeheure Ansammlung von Besitz und wirtschaftlicher Macht in wenigen Händen, wächst die schicksalhafte Kommandogewalt in den Chefetagen der großen Konzerne. Hier liegt nach wie vor die größte Bedrohung der Demokratie."/27/ Er kritisiert ebenfalls den zu geringen Einfluß der staatlichen Wirtschaftspolitik auf die ökonomische Entwicklung und bedauert, "daß man fortwährend gezwungen ist auf Datensetzung von privaten Kapitaleinheiten zu reagieren, und nicht die Machtmittel hat, um eben all jene Rahmendaten zu setzen, die notwendig gesetzt werden müssen, damit der Gesamtprozeß vernünftig und im Sinne der Mehrheit gesteuert werden kann."/28/ Er ist ebenso wie Steffen der Auffassung, daß die Grenzen des Wachstums erreicht sind. Er hält das Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit für kaum lösbar.

Kapitel 3.3.2.: Beschreibung der Ziele des demokratischen Sozialismus

Kapitel 3.3.2.1.: Ziele im gesamtgesellschaftlichen und im politischen Bereich

Das Hauptziel der sozialdemokratischen Politik muß nach Ansicht der reformistischen Sozialdemokraten im ständigen Ausbau der Demokratie in Staat und Gesellschaft bestehen. Von Oertzen definiert dieses Ziel so: "Sozialismus ist nur als umfassende Selbstorganisation, Selbstverwaltung und Selbstregierung der Gesellschaft möglich. Sozialismus ist vollendete Demokratie..."^b/28/ Von Oertzens Demokratieverständnis impliziert, daß die politische Mitbestimmung der Bürger allein durch Wahlen nicht ausreicht. Er fordert eine umfassende Partizipation nicht nur im engeren politischen Bereich, sondern auch in der Wirtschaft, im Bereich der Bildung und in allen übrigen Sektoren der Gesellschaft. Er bekennt sich einerseits zur Idee einer klassenlosen und weitgehend herrschaftsfreien Gesellschaft, betont aber andererseits, daß der Sozialismus keine Heilslehre ist: "Der Sozialismus verspricht daher auch weder das Paradies auf Erden noch die Lösung aller menschlichen Probleme. Er bleibt, wie das Godesberger Programm sagt, eine dauernde Aufgabe."/29/

Steffens Modell einer sozialistischen Gesellschaft deckt sich weitgehend mit dem von Oertzens. Er postuliert eine zunehmende "Transparenz und Demokratisierung der grundlegenden Entscheidungen über Produktion und Reproduktion."/30/ Er definiert das Endziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung folgendermaßen: "Das sozialistische Ziel ist eine Gesellschaft der real Freien und Gleichen, die in Brüderlichkeit verbunden sind. Dieser Sozialismus ist egalitär und individualistisch."/31/ Er fordert eine demokratische Entscheidung über die Investitionen, die Forschung, die Nutzung der Natur und die Informationen. Dies setzt eine Mitbestimmung der Bürger in allen Fragen der Steuerung gesellschaftlicher Prozesse voraus. Steffen konkretisiert allerdings nicht, in welchen Organisationsformen diese Partizipation stattfinden soll./32/

Strasser übernimmt weitgehend die Zieldefinition Steffens: "Die konkrete Utopie einer Gesellschaft, in der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit die Beziehungen der Menschen untereinander prägen, hat in allem sich anbahnenden Wandel der Überzeugungen nach wie vor Gültigkeit als Richtschnur für das Denken und Handeln der demokratischen Sozialisten."/33/ Er gesteht ein, daß diese Aussage für die Darstellung des Ziels einer sozialistischen Gesellschaft zu abstrakt ist. Er erklärt deshalb: "Die Erarbeitung einer attraktiven Alternative zu der bestehenden Gesellschaftsordnung wird alle Kräfte und alle politische Phantasie der Jungsozialisten und der SPD in Anspruch nehmen."/34/ Er betrachtet die Demokratisierung aller Lebensbereiche als einziges Gegenmittel zur zunehmenden Bürokratisierung und Technokratisierung. Er stellt einen Katalog von Maßnahmen auf, der auf die Schaffung von mehr Demokratie in den Betrieben, in der Ausbildung, im öffentlichen Dienst und in den übrigen Bereichen der Gesellschaft zielt./35/ Er erkennt jedoch Grenzen der Möglichkeit die Gesellschaft zu demokratisieren: "Sicherlich ist es im schlechten Sinn utopisch zu meinen, unter veränderten Bedingungen könnten jedermann oder auch nur eine aktive Minderheit der Bürger in allen Detailfragen von politischer Relevanz beschlagen sein. Aber man kann den demokratischen Prozeß in einer Gesellschaft so organisieren, daß die Grundsatzentscheidungen hinter den Detailfragen für jedermann deutlich werden..."/36/ Für Strasser gibt es kein Endziel der Demokratisierung und damit auch kein Endziel des Sozialismus: "Demokratie ist niemals ein fertiges Werk, das man nur in seiner jeweils erreichten Form zu erhalten hat." /37/

Die RS stimmen darin überein, daß eine sozialistische Gesellschaftsordnung den Kerngehalt des Grundgesetzes, die Grundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, bewahren muß. Strasser erklärt "Pluralismus, Freiheit der politischen Betätigung, die Möglichkeit organisierter Opposition usw. als unerläßliche konstruktive Elemente jeder demokratischen und damit auch der demokratisch sozialistischen Gesellschaft" /38/ Er fordert die Erhaltung des Pluralismus in einer sozialistischen Gesellschaft "im Sinne eines "dialogischen und dialektischen Pluralismus", der in herrschaftsfreier Diskussion durch These und Antithese Erkenntnisfortschritte anstrebt." /39/ Er bezeichnet sein Ziel als "demokratischen, humanen und pluralistischen Sozialismus." /40/

Die RS sehen das Ziel des demokratischen Sozialismus im Gegensatz zu orthodoxen Marxisten nicht in einem Absterben des Staates, sondern in einer Verbesserung des Staates. Strasser bemerkt hierzu: "Weder spontane Selbstregulierung der Gesellschaft noch ein Absterben des Staates, sondern dessen Demokratisierung auf der Basis und im Zuge einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist das Ziel des Sozialismus." /41/ Er begründet diese These damit, daß nur durch die staatliche Steuerung der Entwicklung der Produktivkräfte ein qualitatives Wachstum möglich ist und die Komplexität der gesellschaftlichen Willensbildungsprozesse eine staatliche Struktur erforderlich macht. /42/ Steffen lehnt die Forderung nach dem Absterben des Staates ohne Begründung ab: "Ich glaube nicht an das "Absterben des Staates". Ich glaube an die Möglichkeit seiner qualitativen Verbesserung (Demokratisierung) und die qualitative Veränderung der durch ihn verfolgten Ziele." /43/ Im sozialistischen Staat muß das Primat der Politik über die Ökonomie hergestellt werden. Strasser beschreibt das Modell eines angestrebten sozialistischen Staates: "Ein wirklich starker Staat ... ist der durchdemokratisierte Staat, der zentralen demokratischen Rahmenplanung mit relativer Autonomie kleinerer Einheiten und Möglichkeiten der Selbstorganisation verbindet, der die Verplanung der menschlichen Existenz ebenso verhindert wie die Auslieferung der Menschen an die unkontrollierten Folgen ihren eigenen planlosen Tuns." /44/ Strasser wendet sich gegen eine Zerschlagung des bestehenden Staates, er strebt vielmehr die schrittweise qualitative Verbesserung des bestehenden Staates an: "In der Bundesrepublik geht es nicht um die Zerschlagung des Staates als Vorbedingung für den sozialistischen Aufbau, sondern um die Nutzung des Staates für eine Politik struktureller Veränderungen, die auch eine weitere Demokratisierung des Staates selbst umfassen." /45/

Kapitel 3.3.2.2.: Ziele im ökonomischen Bereich

Die RS streben einen "dritten Weg" zwischen sozialer Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft an. Diese Wirtschaftsordnung könnte man als "sozialistische Marktwirtschaft" bezeichnen. Von Oertzen lehnt die orthodox-marxistische Definition der sozialistischen Wirtschaftsordnung durch die drei Begriffe Vergesellschaftung aller Produktionsmittel, Planwirtschaft und Abschaffung der Klassen ab: "Die SPD versteht unter "demokratischem Sozialismus" jedoch nicht den konsequenten Sozialismus der Marxschen Tradition, der durch Vergesellschaftung aller Produktionsmittel, demokratische Planwirtschaft und Arbeiterselbstverwaltung gekennzeichnet wird, und der die herrschafts- und klassenlose Gesellschaft zum Ziel hat., Das Grundsatzprogramm der SPD erstrebt vielmehr durch eine Verbindung von Planung und Wettbewerb, durch öffentliche Kontrolle wirtschaftlicher Macht (ggf. auch mit dem Mittel der Vergesellschaftung), durch Mitbestimmung der Arbeitnehmer sowie durch eine planmäßige Sozial- und Bildungspolitik eine vielgestaltige, freiheitliche soziale Demokratie." /46/ Im Unterschied zu orthodoxen Marxisten betrachtet

von Oertzen die Sozialisierung der Schlüsselindustrien nicht als unabdingbar notwendiger Voraussetzung des Aufbaus einer sozialistischen Wirtschaftsordnung. Er will auch im Gegensatz zu diesen weitgehend am Prinzip der Marktwirtschaft festhalten: "Der Gedanke an eine allgemeine, umfassende, zentral geplante und zentral gelenkte Wirtschaft ist fallen gelassen worden. Godesberger Programm und Düsseldorfer Programm stehen beide auf dem Boden der Auffassung, daß die Regelung der Investitionen zwar nicht vollständig, aber sehr weitgehend, durch den Marktmechanismus, durch die Konkurrenz, gesellschaftlich unkontrollierte, selbstständiger Wirtschaftssubjekte miteinander geregelt werden müsse." /47/

Er geht auf Grund dieser Prämissen davon aus, daß es in der Wirtschaftsordnung des demokratischen Sozialismus weiterhin eine privilegierte Schicht von Unternehmern geben wird, deren Vorrechte nur eingeschränkt, aber nicht beseitigt werden können: "Hingegen bleibt die Klasse der durch ihre Eigentumstitel gesellschaftlich bevorrechteten, mit höheren Einkommen ausgestatteten Mitglieder der Gesellschaft nach der Vorstellung des Godesberger und des Düsseldorfer Programms erhalten." /48/ Als Einschränkung der Privilegien der Unternehmer betrachtet er die Einführung der paritätischen Mitbestimmung, die Bildungsreform, den Ausbau des Sozialstaates und eine soziale Bodenreform erfordert einen Ausbau der Instrumente des Staates zur Investitionslenkung, die zusammen mit der Einführung einer wirklich paritätischen Mitbestimmung das Problem der Kontrolle wirtschaftlicher Macht wenigstens zum Teil lösen sollen. Er hält eine Diskussion über die Vergesellschaftung in der Bundesrepublik zur Zeit für fruchtlos: "Wenn wir einsehen müssen, daß es völlig unmöglich ist, in wenigen Jahren den Marktmechanismus durch irgendwie geartete Planungsmechanismen radikal zu ersetzen und sämtliches Privateigentum an Produktionsmitteln zu enteignen und ihre Leitungs- und Verteilungsfunktion durch öffentlich Beauftragte wahrzunehmen, warum sollten wir uns also im Augenblick darüber Gedanken machen?" /49/ Von Oertzen hofft durch den Ausbau der Lenkungsmittel des Staates in Zukunft ökonomische Krisen vermeiden zu können. /50/ Im Gegensatz zu den gemäßigten Sozialdemokraten lehnt er die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ab, da sie nur eine "Kleinkapitalistenmentalität" stärken und die Arbeitnehmer von wichtigeren Interessen ablenken würde. /51/

Steffen ist ebenfalls für die Aufrechterhaltung des Marktmechanismus in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung. Sein Ziel ist die politische Steuerung des Kapitalverwertungsprozesses, also ein Primat der Politik über die Ökonomie: "Das ist nur möglich, wenn die politische Vermittlung des Kapitalverwertungsprozesses durch die politische Beherrschung der Kapitalverwertungsprozesse unter gesellschaftlicher Kontrolle abgelöst wird. Die Notwendigkeit, das Machtverhältnis zwischen Staat/Gesellschaft und Unternehmertätigkeit umzukehren, ergibt sich aus den Konsequenzen der bisherigen Technik der Regelung über den Staat zu Lasten der Gesellschaft." /52/ Ebenso wie von Oertzen betrachtet Steffen die Sozialisierung der Produktionsmittel nicht als *conditio sine qua non* einer sozialistischen Wirtschaftsordnung. Er begründet es folgendermaßen: "Einmal ist die Verstaatlichung oder Enteignung ein Mittel unter anderen. Es ist bei der gegebenen Effizienz (besser: der nicht gegebenen) des Staatsapparates sogar dubios. Ferner dürfte in den meisten Fällen die nach der Verfassung vorgeschriebene Entschädigung kaum aufzubringen sein oder fast unlösbare Verteilungsprobleme u. ä. neu erzeugen." /53/ Er verweist außerdem auf die abschreckenden Beispiele der sozialistischen Staaten, die durch die Verstaatlichung das Problem der Entfremdung nicht gelöst haben. Anstelle einer Sozialisierung hält er den Ausbau der staatlichen Investitionslenkung erforderlich. Er fordert ohne jede weitere Konkretion: "Investitionslenkung und Investitionskontrolle über den Staat unter gesellschaftlich - demokratischer Kontrolle nach Art, Umfang, Ort und Zeitpunkt der Investitionen!"

Er schließt die Sozialisierung von Unternehmen, falls die direkte Investitionslenkung nicht ausreicht, jedoch in zwei Fällen als letztes Mittel nicht aus:"1. Im Kampf um den Erhalt des nationalen Selbstbestimmungsrechts gegenüber den Multinationalen Konzernen und 2. zur Sicherstellung der Rohstoff- und Energieversorgung eines Landes."/55/

Er lehnt die paritätische Mitbestimmung, falls sie als Endziel einer sozialistischen Wirtschaftsordnung betrachtet wird, ab, da sie die reale Machtverteilung zwischen Lohnarbeit und Kapital nicht grundlegend ändert./56/

Strasser entwirft in seinem Buch "Die Zukunft der Demokratie" das Modell einer demokratisch-sozialistischen Wirtschaftsordnung. Sie ist durch zwei Grundelemente gekennzeichnet: "aktive zentrale demokratische Schwerpunktplanung und -lenkung und Vergesellschaftung der strukturbestimmenden Bereiche der Wirtschaft."/57/ Er begründet die Notwendigkeit der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien mit der Demokratiegefährdenden Machtkonzentration der Großkonzerne und mit dem Ziel die ökonomische Entwicklung vor auszuplanen, um Krisen zu vermeiden und dadurch auch qualitatives Wachstum erreichen zu können. Für ihn ist die Vergesellschaftung "kein Wert an sich, sondern ein Mittel um bestimmte Zwecke zu erreichen"/58/ Er lehnt eine zentrale Planwirtschaft ab, da sie "zwangsläufig ineffektiv ist und undemokratische Tendenzen auslöst"/59/ Er hält Markt und Plan für miteinander vereinbar. Die zentrale Rahmenplanung soll durch den staatlichen Einfluß auf die vergesellschafteten Industriezweige und durch Investitionsgebote erfolgen, die dezentrale Feinsteuerung soll weiterhin durch den Marktmechanismus erfolgen: "Es wäre ein Irrtum zu meinen, daß eine sozialistischen Wirtschaftsorganisation mit Markt völlig unvereinbar ist. Aktive zentrale Rahmenplanung und Vergesellschaftung der strukturbestimmenden Großunternehmen schaffen Bedingungen, unter denen der Marktkauf seine nützliche Steuerungsfunktion reduziert wird und seine destruktive Dynamik verliert."/60/ In den Aufsichtsgremien der vergesellschafteten Unternehmen sollen vier Gruppen vertreten sein: Vertreter der Belegschaften und ihrer Gewerkschaften, Vertreter des Staates, Vertreter der Verbraucher und gegebenenfalls Vertreter der Wissenschaft. In den weiterhin in Privatbesitz verbleibenden Mittel- und Kleinbetrieben ist eine Verstärkung der Gewerbeaufsicht und der Ausbau der Mitbestimmung notwendig. /61/

Im Gegensatz zu den "Juso-Linken" setzt Strasser Sozialisierung nicht mit Enteignung gleich. Er hält die "abstrakte Übertragung von Eigentumstiteln" für unwichtig. Für ihn ist die Demokratisierung der Verfügungsgewalt das entscheidende./62/ Der Eigentumstitel bleibt zwar im Besitz der Unternehmen, aber ihre Verfügungsgewalt wird immer stärker eingeschränkt: "Ich habe nichts dagegen, eine schleichende Enteignung durchzuführen... Wenn man nämlich die Rechte, die aus dem Eigentum kommen, Schritt für Schritt abbaut, ist das nichts anderes als eine Enteignung. Ob dann noch formal der Eigentumstitel übertragen wird oder nicht, spielt keine Rolle. Wenn man mit dem Eigentum nichts anderes machen kann als das, was demokratisch festgelegt wird, ist der Titel meinetwegen geschenkt."/63/

Kapitel 3.3.2.3. : Begründung der Ziele

Die RS begründen die Notwendigkeit der Veränderung der Gesellschaft in Richtung einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft mit mehreren Argumenten, die alle aus der Gegenüberstellung von sittlichen Werten mit der gesellschaftlichen Realität in der Bundesrepublik gewonnen werden:

1. Kritik an der kapitalistischen Wirtschaftsordnung:
Sie weist nach Ansicht der RS folgende Mängel auf: Entfremdung der Menschen; Auftreten ökonomischer Krisen; Unmöglichkeit der Steuerung der Produktivkraftentwicklung und damit auch der Herstellung eines

qualitativen Wachstums; undemokratische Entscheidungsstrukturen, die den Unternehmern letztlich das Entscheidungsrecht allein überlassen; Produktion nach dem Profitprinzip, nicht nach den wahren Bedürfnissen; ungerechte Vermögensverteilung etc. (Vgl. hierzu ausführlicher Kapitel 3.3.1.2.)

2. Kritik der Beschränkung der Demokratie auf den politischen Bereich: diese Beschränkung verstößt gegen die Norm der RS eine möglichst weitgehende Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen durchzusetzen (Vgl. hierzu Kapitel 3.3.2.1.)

3. Kritik an der noch ungenügenden Realisierung der drei Grundwerte des demokratischen Sozialismus Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität: Alle von mir untersuchten Autoren bemühen sich diese zunächst abstrakten Grundwerte zu konkretisieren:

von Oertzen betont die Gleichrangigkeit der drei Grundwerte. Diese Auffassung unterscheidet die SPD seiner Meinung nach vor allem von den anderen Parteien. Die Gleichheit in Form der Gleichheit der Lebenschancen ist kein eigenständiger Grundwert: "Sie (die Gleichheit -E.W.) ist nur insoweit gerechtfertigt und notwendig als sie zur Verwirklichung von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im Leben der Menschen beiträgt." Er unterscheidet deshalb ausdrücklich Gleichheit der Lebenschancen von Gleichförmigkeit der Menschen und antwortet damit auf die Kritik von Konservativen: "Insofern zielen auch die sozialdemokratischen Forderungen nach gesellschaftlicher Gleichheit nicht auf Gleichförmigkeit, sondern auf gleiche Chancen für die unendlich verschiedenen Einzelnen." /64/ Er interpretiert den Begriff der Solidarität nicht wie Brandt als Wert der Arbeiterbewegung im Kampf um mehr demokratische und soziale Rechte, sondern als Norm, die alle Bürger, egal aus welcher Schicht bzw. Klasse sie kommen, auf das Gemeinwohl orientiert. Er definiert Solidarität als "Geist solidarischer Verpflichtung", dem es "um den gerechten Ausgleich der Einzelinteressen" gehen muß. /65/. Die drei Grundwerte sind als normatives Regulativ zu betrachten, da sie nie in ihrer Idealform realisiert werden können, was von Oertzen auf folgendes zurückführt: "Der Mensch ist verwundbar und wird es bleiben, er ist Irrtümern und Fehlern unterworfen, er muß arbeiten, sich organisieren und sich daher sozialen Bindungen unterwerfen. Absolute Freiheit ist ebenso utopisch wie ungetrübtes Glück oder restlose menschliche Vollkommenheit." /66/.

Steffen definiert die Grundwerte durch Minimaldefinitionen. Freiheit bedeutet wenigstens "im Entscheidungsablauf zwischen annehmbaren Alternativen wählen zu können." Solidarität bedeutet wenigstens, "daß die Menschen gemeinsam Lasten, gestuft nach Gerechtigkeit, tragen." Solidarität ist bei Steffen nicht wie bei von Oertzen das Streben nach dem Gemeinwohl, sondern Mitleid mit den Benachteiligten, was Brandt mit "compassion" bezeichnet: "Solidarität bedeutet: Entscheidung für Freiheit und Gerechtigkeit in Freiheit, die die Durchsetzung der eigenen Interessen und der eigenen Entwicklung an Hilfe und Unterstützung für die Schwachen, Bedrängten und Rechtlosen bindet." Gerechtigkeit definiert er als "gesellschaftliche Haftung für alle gesellschaftlichen Einrichtungen, die Voraussetzung und Bestandteil der individuellen Entfaltung und Existenzsicherung für sich selbst und in anderen Gesellschaften sind." Seine Interpretation der Gleichheit zielt anscheinend mehr auf materielle Gleichheit als die von Oertzens. Er fordert die "Egalisierung der konkreten Existenzbedingungen." Dies verlangt den Abbau von Privilegien, der Herrschaft von Eliten und des übertriebenen Konkurrenzverhaltens. /67/

Strasser betrachtet die drei Grundwerte ebenfalls als gleichrangig. Freiheit ist nicht allein auf individueller Ebene erreichbar, sondern erfordert auf gesellschaftlicher Ebene die Gewährleistung sozialer Sicherheit und die Überwindung von Not und Abhängigkeit. Ein Streben nach mehr materieller Gleichheit ist die Voraussetzung von Freiheit und Individualität. Solidarität hat die Verminderung der sozialen Ungleichheiten zum Ziel. /68/

4. Entwurf eines Menschenbildes, nach dem die Gesellschaft konstruiert sein soll:

Steffen rekurriert hierbei auf das Menschenbild, das Marx in seinen Frühwerken entwickelt hat. Er betrachtet "den Menschen als gesellschaftliches Wesen, auf Freiheit angelegt, das sich in Selbstbestimmung verwirklicht." /69/ Steffen übernimmt zur Konkretisierung seines Menschenbildes die Interpretation des Menschenbildes des "frühen" Marx durch M. Markovic, demzufolge die Menschen - bei sonst gleichen Bedingungen - "mehr zur Freiheit als zur Sklaverei; mehr zur schöpferischen Tätigkeit als zur Vernichtung, Passivität und Routine; Sorge um allgemeine gesellschaftliche Bedürfnisse" und zur Rationalität und zur Friedensliebe neigen. /70/. Der Mensch strebt also von Natur aus nach "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Bewußtheit, Schöpferkraft, Rationalität." /71/. Strasser hält das Menschenbild des jungen Marx ebenfalls für eine entscheidende Grundlage der Begründung der Ziele des demokratischen Sozialismus, denn: "Nirgends wird die radikalhumanistische Wurzel des Sozialismus deutlicher als in den Marxschen Frühschriften. Ausgehend von der These, daß "der Mensch das höchste Wesen für den Menschen" ist, formuliert Marx als den kategorischen Imperativ aller sozialistischen Politik, "alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist." /72/ Der demokratische Sozialismus darf daher nicht die jetzige Realität des menschlichen Wesens zur Norm erheben. Sein Maßstab darf nicht der Mensch sein, wie er ist, sondern wie er sein könnte: "Sein Maßstab ist der Mensch in dem was er sein kann." /73/ Das im Menschen angelegte Potential muß durch eine Demokratisierung aller Lebensbereiche und einem Abbau der materiellen Ungleichheit aktualisiert werden.

5. Kritik am "realen Sozialismus":

Das Modell einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft wird von den RS ausdrücklich auch aus der Kritik an den sozialistischen Staaten heraus begründet. Strasser sieht die Konzeption des demokratischen Sozialismus "nicht zuletzt gerade aus der kritischen Auseinandersetzung mit dem "realen Sozialismus" hervorgegangen" und betrachtet sie als "eine aus der geschichtlichen Erfahrung mit der Realität der sozialistischen Staaten entwickelte Alternative." /74/

Die RS begründen die Ziele des Sozialismus weitgehend mit der Verwirklichung ethischer Postulate. Sie stehen in der Tradition des "ethischen Sozialismus", berufen sich dabei im Gegensatz zu den gemäßigten Sozialdemokraten nicht auf Kant, sondern auf die Frühschriften von Marx. Der "wissenschaftliche Sozialismus", der die Notwendigkeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus nur aus der Analyse der Gesetzmäßigkeiten der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus ableitet, wird scharf kritisiert.

Strasser grenzt sich durch seine Befürwortung des "ethischen Sozialismus" entschieden von den Positionen der "Juso-Linken" ("Stamokap-Gruppe" und "Antirevisionisten") ab: "Da gibt es die "wissenschaftlichen Sozialisten, die sich selbst und anderen vormachen, daß eine objektive und wissenschaftliche Analyse der Gesellschaft allein schon die politische Handlungsanleitung liefere... Ihnen gegenüber muß betont werden, daß ein Sozialismus, der auf demokratischen Wege, das heißt auf der Basis einer zielbewußten Mehrheit, grundlegende Veränderungen der Gesellschaft anstrebt, notwendig insofern ein "ethischer Sozialismus" sein muß, als er seine Ziele wertmäßig begründet." /75/. Strasser hält für die Entwicklung einer sozialistischen Programmatik neben der wissenschaftlichen Arbeit gleichermaßen Emotionen für notwendig: "Mitleid mit den Mühseligen und Beladenen, Entrüstung über Unrecht, Mut gegenüber den Mächtigen und Abscheu vor Kriecherei und Prinzipienlosigkeit sind nicht minderwertig gegenüber analytischem Scharfblick, strategischem Verständnis und taktischem Geschick." /76/. Er wendet sich in einem Artikel mit dem programmatischen Titel "Plädoyer für ein Überdenken der sozialis-

tischen Zielvorstellung" gegen die Fixiertheit der orthodoxen Marxisten auf die Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse. Er kritisiert ihr "ausbeuterisches Verhältnis zur Natur", das technokratische Verständnis der Entwicklung der Produktivkräfte, das Festhalten an "sozialen Großorganisationen" und die Unterschätzung der Gefahr des Bürokratismus. Er fordert daher die "Teilrevision gängiger sozialistischer und marxistischer Auffassungen." /77/

Steffen lehnt den "wissenschaftlichen Sozialismus" ebenfalls ab. Seiner Meinung nach sind Wissenschaft und Werturteile nicht voneinander trennbar, es gibt daher keine wirklich objektive Wissenschaft. Politik ist keine Wissenschaft, sondern ein Handeln, daß auf Werten beruht. "Deshalb stehen Analyse, Theorie, Strategie und Taktik in Zusammenhang mit Werten." /78/. Er wirft der "Stamokap-Gruppe" daher vor die ethische Begründung des Sozialismus durch eine "wissenschaftliche" ersetzen zu wollen. /79/

Kapitel 3.3.2.4. : Abgrenzung zu Zielen anderer Parteien

Ebenso wie die gemäßigten Sozialdemokraten sehen sich die reformistischen Sozialdemokraten veranlaßt ihre Ziele von denen der Konservativen und der Kommunisten abzugrenzen. Sie konzentrieren sich dabei allerdings auf die Auseinandersetzung mit den Kommunisten, wahrscheinlich v.a. deshalb, weil sie wegen ihrer partiellen Berufung auf die Marxsche Theorie von Konservativen unter Kommunismusverdacht gestellt werden.

Die RS kritisieren die sozialistischen Staaten scharf und lehnen sie als Modell eines Sozialismus ab. von Oertzen spricht den Staaten des "realen Sozialismus" jeglichen sozialistischen Charakter ab. Er bezeichnet sie daher als "nachkapitalistische Gesellschaftsformationen" und "verschiedene Formen des bürokratischen, autoritären und diktatorischen "Sozialismus" ("Kommunismus")." /80/ Für ihn handelt es sich bei diesen Staaten nicht um sozialistische Staaten, die nur gewisse Deformationen aufweisen, sondern um Länder, die nicht als sozialistisch bezeichnet werden können: "Ein undemokratischer "Sozialismus" ist nicht etwa ein Sozialismus mit kleinen Fehlern, sondern hat das sozialistische Ziel in seinem wesentlichen Inhalt überhaupt verfehlt." /81/ Er erkennt daher die Hauptdifferenz zwischen demokratischen Sozialisten und Kommunisten nicht in der Bewertung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, sondern der Demokratie. /82/

Steffen spricht diesen Staaten ebenfalls die Qualität "sozialistisch" ab und bezeichnet sie deshalb als "selbsternannte sozialistische Staaten". /83/. Er nimmt an, daß sie von einer Klasse von Bürokraten beherrscht werden, die die Arbeiter vom politischen Einfluß ausschließen. Er verwendet zur Definition der Herrschaftsform die Begriffe "staatsmonopolistisch-kapitalistisch", "staatsmonopolistischer Sozialismus" und "Kapitalismus in Rot." /84/. Er vertritt eine Form von Konvergenztheorie. Dies wird aus folgender Einschätzung der DDR deutlich: "Was da drüben praktiziert wird, ist doch nicht mehr als Kapitalismus unter Hammer und Sichel minus Privateigentum an Produktionsmitteln und minus politischer Demokratie für die überwältigende Mehrheit des Volkes." /85/ Er betrachtet sowohl die Bundesrepublik wie die DDR als von Eliten beherrscht: "Damit schrumpft der tatsächliche Unterschied zwischen "kapitalistischen" und "sozialistischen" Staaten praktisch auf Null. In beiden Systemen bestimmen nicht die Menschen, sondern die Eliten über das "Kapital"." /86/.

Auch Strasser kritisiert die sozialistischen Staaten v.a. wegen des Fehlens einer politischen Demokratie: "Denn es gibt Staaten, die sich sozialistisch nennen und sich als sozialistische begreifen, in denen die geforderte Einheit von Sozialismus und Demokratie nicht verwirklicht ist." /87/ Er wirft diesen Staaten außerdem vor den "Wachstumsfe-

tischismus" der kapitalistischen Staaten nur zu imitieren./88/
 Die RS lehnen die Diktatur des Proletariats ab und halten die Lenin-
 sche Parteitheorie für unvereinbar mit demokratischen Grundsätzen./89/
 Die Abgrenzung zu den Positionen der Kommunisten wird also v.a. mit
 einem anderen Demokratieverständnis begründet.

Die Abgrenzung zu den Zielen der Konservativen ergibt sich in erster
 Linie aus der unterschiedlichen Bewertung der Wirtschaftsordnung der
 Bundesrepublik. Daneben spielen auch die Grundwertekonzeption und die
 Demokratietheorie eine Rolle.

Steffen wirft den Konservativen vor nur ihre Privilegien bewahren zu
 wollen./90/Strasser kritisiert ähnlich wie Brandt die Grundwertetheo-
 rie der CDU, der er unterstellt dadurch nur die Wähler täuschen zu wol-
 len, indem sie Begriffe "besetzt", die bisher eine Domäne der SPD waren.
 Er bemängelt die Ablehnung der Demokratisierung der Gesellschaft durch
 die CDU/CSU und verurteilt ihren individualistischen Freiheitsbegriff,
 der die gesellschaftlichen Grundlagen der Freiheit nicht berücksichtigt
 und deshalb Privilegien und Ungleichheiten verteidigt. Strasser setzt
 sich auch mit der These Schelskys "Mehr Demokratie oder mehr Freiheit"
 kritisch auseinander: "Der von konservativen Ideologen ausgespielte
 Gegensatz zwischen Freiheit der Einzelnen und mehr Demokratie löst sich
 auf, wenn man erkennt; daß die Freiheit des Einzelnen und die Entfaltung
 der individuellen Persönlichkeit nur im gesellschaftlich vermittelten
 Austausch mit anderen verwirklicht wird, daß die Freiheit und Entfal-
 tungsmöglichkeit möglichst vieler anderer nicht eigentlich die Beschrän-
 kung, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit darstellt." /91/

In den von mir untersuchten Texten befindet sich keine ausdrückliche
 Abgrenzung zu Zielen der FDP. Die Hauptdifferenz zur FDP ist jedoch
 offensichtlich die völlig unterschiedliche Beurteilung des kapitalis-
 tischen Wirtschaftssystems.

Kapitel 3.3.3. : Strategie zur Durchsetzung der Ziele

Kapitel 3.3.3.1.: Reformstrategie :

Die RS bekennen sich zu einer schrittweisen Veränderung der Qualität
 der bestehenden Gesellschaft durch eine konsequente Reformpolitik.
 von Oertzen begründet dies damit: "Die Verfügungsgewalt über die Pro-
 duktionsmittel (die bisher das Kapital innehat) und der "bürgerliche"
 Staatsapparat können nur schrittweise erobert und demokratisiert wer-
 den." /92/ Eine "revolutionäre" Umgestaltung der Bundesrepublik hält
 er wegen des Fehlens einer "revolutionären Untertanenmasse" für un-
 möglich und würde-falls sie entgegen allen Erwartungen doch versucht
 würde-nur in eine stalinistische oder faschistische Diktatur münden.
 Er befürwortet deshalb eine "reformistische Politik." /93/
 Steffen sieht ebenfalls nicht die Möglichkeit die Gesellschaft der
 Bundesrepublik in einem Schritt grundlegend zu verändern: "Wenn mir
 jemand demonstrieren könnte, wie "Kapitalismus" im Hau-Ruck Verfahren
 unter den heutigen Bedingungen abzuschaffen wäre, ohne es gegen die
 kurz- und mittelfristigen Interessen jener tun zu müssen, um deren
 konkretes Leben es dabei geht, so hätte ich nichts dagegen. Im Gegen-
 teil. Aber ich kenne weder aus der Geschichte noch heute in der Theo-
 rie ein praktikierbares Modell." /94/. Er plädiert daher für die
 schrittweise Umgestaltung des bestehenden Gesellschaftssystems

durch eine "gesellschaftlich-ökonomische Veränderung innerhalb des demokratisch-parlamentarischen rechtsstaatlichen politischen Systems." /95/

Auch Strasser strebt eine friedliche, schrittweise Veränderung des kapitalistischen Gesellschaftssystems durch Reformen an, schließt aber dabei - ähnlich wie Steffen - nicht die Möglichkeit eines massiven Widerstandes der Privilegierten aus: "Eine solche Politik stellt den demokratischen Sozialismus jenseits der falschen Alternative von Reform oder Revolution. Der demokratische Sozialismus will alle zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung zu schaffen. Ob dieser Weg der friedlichen Entwicklung zum Sozialismus gelingt, hängt davon ab, ob die Gegner der Politik der Gesellschaftsveränderung die Demokratie auch dann respektieren, wenn sie daran geht, ihre bürgerlichen Schranken zu überschreiten." /96/

von Oertzen sieht in einer Politik sozialistischer Strukturreformen, deren Kennzeichen er in der Verbindung von fünf Elementen definiert (langfristige sozialistische Perspektive, demokratisch-sozialistische Grundsätze, Erhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, ökonomische Planung und Lenkung zur Vermeidung von Krisen, "Doppelstrategie"), ein geeignetes Mittel, um ein "beziehungsloses Nebeneinander von Sonntagstheorie und Alltagspraxis" zu vermeiden. Die Reformen sind also ein Mittel, um eine Veränderung der Gesellschaft durch eine Praxis, die sich auf den Boden der bestehenden Gesellschaft stellt, zu bewirken. /97/ Steffen sieht die Funktion der Reformen in einer langfristigen Veränderung der Gesellschaft. Er wendet sich ausdrücklich gegen die Übernahme der Popperschen Reformkonzeption, da er die "Hoffnung, daß eine Addition von reformerischen Quantitäten einen qualitativen Umschlag bringen wird" für unbegründet hält. Die Zielrichtung der Reformen muß auf eine Überwindung der bestehenden Gesellschaft gerichtet sein. Diesen Typ verkörpert jeder Versuch einer Reform, "der die Grenzen des 'Systems' erprobt und möglichst einen Schritt darüber hinausgeht." /98/ Als Beispiele für diese Strategie nennt er die Pläne zur Investitionslenkung und -planung. /99/

Als grundlegendes Ziel der Reformpolitik betrachtet Strasser "die Vorherrschaft des Profits (zu -E.W.) brechen und soziale und ökologische Vernunft an ihre Stelle (zu -E.W.) setzen." /100/ Ähnlich wie Brandt ("langer Marsch der Reformen") plädiert er für eine langsame, aber kontinuierliche Reformstrategie: "Natürlich ist dies ein langwieriger und mühsamer Prozeß, aber um die mühsame Gewinnung von Mehrheiten für das sozialistische Ziel führt kein Weg umhin, wenn der Sozialismus nicht wiederum zur Diktatur einer Elite führen soll." Er ist im Gegensatz zu Steffen offenbar der Auffassung, daß durch eine Aneinanderreihung von Reformen sich die Qualität der Gesellschaft mit der Zeit grundlegend verändert. Er glaubt an die Möglichkeit eines fließenden Übergangs zwischen der bestehenden Gesellschaft und der angestrebten Zukunftsgesellschaft. Er beruft sich hierbei auf ein Zitat von Günter Brakelmann: "Reformen im System bewirken in ihrem konsequenten Ausbau die schließliche Reform des Systems. In diesem Verständnis allein kann sozialistisch motivierte Tagesarbeit Arbeit für die Zukunft sein." /101/ Dieser Glaube an die Möglichkeit eines bruchlosen Übergangs zwischen der bestehenden Gesellschaft und der des demokratischen Sozialismus bildet auch die Basis für folgenden Satz aus dem Positionspapier des damaligen Juso-Bundesvorstandes, das er auf dem Wiesbadener Bundeskongreß 1975 vorlegte: "Mit den Mitteln der Reform sollen entscheidende Machtverlagerungen zugunsten der arbeitenden Bevölkerung durchgesetzt werden, die im Ergebnis eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus konstituieren." /102/

Die RS erkennen eine Ambivalenz der Reformen. Reformen können sowohl die Kampfbereitschaft und das Anspruchsniveau der Arbeitnehmer fördern, wie auch zur Verstärkung der Bindung der Arbeitnehmer an das existierende Wirtschaftssystem beitragen. Die Vermögensbildung in

Arbeitnehmerhand z.B. kann die Arbeitnehmer von wichtigeren Zielen wie der Einführung der paritätischen Mitbestimmung ablenken. Die paritätische Mitbestimmung kann entweder als Endziel der Herstellung einer wirklichen Sozialpartnerschaft oder nur als Zwischenschritt auf dem Weg zur Überwindung des Kapitalismus verstanden werden. Reformen können also nach Meinung der RS sowohl "systemstabilisierend" wie "systemverändernd" sein./103/

Die RS sehen das grundlegende Dilemma sozialdemokratischer Reformpolitik im Rahmen eines kapitalistischen Wirtschaftssystems in der völligen Abhängigkeit vom Konjunkturverlauf. von Oertzen schildert dies so: "Jedenfalls stehen wir vor der Schwierigkeit, daß Reformen, innere Reformen Geld kosten, daß wir in der Rezession das Geld nicht haben, und wenn wir in der Hochkonjunktur das Geld dann mit vollen Händen ausgeben, dann laufen wir Gefahr, unsere Konjunkturpolitik durcheinander zu bringen."/104/ Strasser konstatiert 1977 eine Krise der Reformpolitik, die ihre Ursache in der wirtschaftlichen Krise hat. Er fordert seine Partei auf, Abschied vom der Illusion zu nehmen, daß ein kontinuierlicher Wirtschaftsaufschwung automatisch die finanziellen Mittel für die Reformpolitik liefert. Er verlangt in dieser Situation die Durchführung von Reformen, die wenig Geld kosten, wie z.B. mehr materielle Gleichheit innerhalb der Arbeitnehmer durch eine "solidarische Lohnpolitik", Arbeitszeitverkürzungen - auch ohne vollen Lohnausgleich - und die Erweiterung der Mitbestimmung in der Wirtschaft./105/ Er wendet sich dagegen ständiges Wirtschaftswachstum zur Prämisse sozialdemokratischer Reformpolitik zu machen, da dies in Zeiten der ökonomischen Krise nur dazu führen kann, daß die Reformpolitik "zu einem Programm bloßer globaler Wirtschaftsförderung" verkümmert./106/

Kapitel 3.3.3.2. : Verbindung der Arbeit im Parlament mit der Arbeit außerhalb des Parlaments

von Oertzen und Strasser -Steffen behandelt dieses Thema in den von mir untersuchten Texten nicht - betonen die Notwendigkeit der Verbindung von parlamentarischer Arbeit mit außerparlamentarischer Arbeit. von Oertzen begreift die Doppelstrategie als traditionelle Aktionsform der Arbeiterbewegung und verweist als Beispiel dafür auf den Widerstand gegen den Kapp-Putsch und die "Anti-Atomtod Bewegung"./107/ Er definiert die Doppelstrategie als Kombination der Arbeit in den Institutionen (Parlamente) mit der Arbeit an der Basis (z.B. Bürgerinitiativen): "Nur wenn Sozialisten innerhalb und außerhalb von Partei und Parlament, von Regierung und Verwaltung, arbeiten, wenn sie die Reformen nicht nur von oben durch gesetzliche Veränderung, sondern auch von unten - an der "Basis" - durch Mobilisierung der Bevölkerung verankern, kann die Gesellschaft wirkungsvoll und dauerhaft demokratisiert werden."/108/ Unter Basisaktivitäten versteht er die demokratische Partizipation von Bürgern am Entscheidungs- und Willensbildungsprozeß nicht nur im staatlichen Bereich, sondern auch im Bereich der Wirtschaft und des Bildungswesens sowie in anderen Sektoren der Gesellschaft. Er kritisiert, daß diese Basisarbeit bisher weitgehend nur in der Theorie existiert, bzw. oft, falls sie praktiziert wird, nur als "verbales "linkes" Aushängeschild für traditionelle Gremienarbeit" dient./109/ Ähnlich wie die gemäßigten Sozialdemokraten bemängelt er an der Doppelstrategie der Jungsozialisten, daß sie häufig nur als Druckmittel gegen sozialdemokratische Mandatsträger verwendet wird und die Zusammenarbeit mit Kommunisten nicht immer vermieden wird. Wie aus seiner Kritik an der Doppelstrategie der Jusos hervorgeht ("Die

außerparlamentarische Arbeit von Sozialdemokraten als sinnvolle Ergänzung, ja als Stärkung der Arbeit der Partei selbst einsichtig zu machen, gelingt nur gelegentlich."/110/), betrachtet er die Arbeit im außerparlamentarischen Bereich vorwiegend als Werbeaktion für die Ziele der SPD.

Strasser definiert die Doppelstrategie in Anlehnung an die Beschlüsse mehrerer Juso-Bundeskongresse: "Sie geht davon aus, daß wirkliche Veränderungen in den Machtverhältnissen zugunsten von mehr Möglichkeiten der Selbstbestimmung für die arbeitende Bevölkerung nur durch den Druck einer organisierten Gegenmacht der Lohnabhängigen durchsetzbar sind. Im Zusammenspiel von Basismobilisierung und direkter Aktion auf der einen und Arbeit in den Institutionen auf der anderen Seite sollen strukturelle Reformen durchgesetzt werden..."/111/ Die Doppelstrategie dient also dem Aufstellen und der Durchsetzung von Forderungen, eine Aktivierung der Bevölkerung. Strassers Definition der Doppelstrategie hat sich in den letzten Jahren verändert. Während er 1975 noch die leichwertigkeit der Arbeit in den Institutionen mit der Arbeit an der Basis feststellt ("das entscheidende ist, das beide Seiten der Doppelstrategie als gleichwertig und notwendig zusammengehörig begriffen werden. Weder eine einseitige Betonung der Arbeit in den Institutionen noch eine ausschließliche Konzentration auf Basisarbeit und direkte Aktionen ist unter den konkreten Bedingungen der Bundesrepublik ein sinnvoller Weg zur Veränderung der Gesellschaft."/112/), liegt für ihn 1976 der Schwerpunkt der sozialdemokratischen Politik eindeutig auf der parlamentarischen Ebene, Die Basisaktivitäten haben nur noch eine ergänzende Funktion. Er verlangt, "daß die Partei neben und unterstützend zu den parlamentarischen und institutionellen außerinstitutionellen Aktionsformen entwickelt."/113/ Während die Jungsozialisten die Doppelstrategie anfänglich auch als Mittel zum Druck auf sozialdemokratische Mandatsträger auszuüben betrachtete, will Strasser nunmehr diese Konflikte vermeiden. Er versteht die Basisaktivitäten im Sinne des Orientierungsrahmens 85 als Vertrauensarbeit für die SPD. Er betrachtet sie ähnlich wie Glotz als eine Art von "Frühwarnsystem" für die Partei: "Dazu ist es notwendig, daß die Arbeit von Initiativgruppen, die Betriebsarbeit usw. mehr als bisher zum Thema auf Parteiversammlungen aller Ebenen werden, so daß Interessengegensätze frühzeitig erkannt, Mißverständnisse vermieden und klärende Entscheidungen der zuständigen Parteigremien herbeigeführt werden können."/114/

Kapitel 3.3.3.3.: Rolle der Partei

Die RS sind sich in der Einschätzung der Rolle in der SPD bei der Umgestaltung der Bundesrepublik in eine demokratisch-sozialistische Gesellschaft weitgehend einig.

Von Oertzen betrachtet die SPD als " einheitliche, breite, mehrheitsfähige demokratisch-sozialistische Reformpartei" bzw. als " gemäßigte linke Volkspartei demokratischer und sozialer Reformen"./115/ Er bekennt sich ohne Einschränkung zum Konzept der Volkspartei: "Weder das Modell der alten, traditionellen Sozialdemokratie, die weitgehend eine - mehr bürokratisch als demokratisch organisierte - Berufspartei der Arbeiterklasse war, noch das Modell der revolutionären Kaderpartei Leninschen Typus sind für sie (die SPD - E.W.) annehmbar."/116/

Strasser hält das Konzept der Volkspartei im Ansatz für richtig, weil die Rückkehr zu einer "Klassenpartei alten Stils" unmöglich ist, da die ursprüngliche Annahme das Proletariat werde im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung eine ständig wachsende Mehrheit der Bevölkerung darstellen, falsch ist. Er kritisiert allerdings am Konzept der Volkspartei, daß es dazu führen kann, daß die sozialliberale Regierung die Programmatik der

Partei bestimmt: "Der entscheidende Fehler am Konzept der Volkspartei liegt aber darin, daß das "Volk" hier als amorphe Wählermasse oder als Summe von Interessengruppen verstanden wird, die es durch psychologische Beeinflussung oder handfeste Gratifikationen zu gewinnen gilt, um so die Erlangung und Erhaltung der politischen Macht zu ermöglichen. Dieses Konzept führt zwangsläufig dazu, daß es einen einigermaßen stimmigen und hinlänglich eindeutigen Wählerauftrag gar nicht geben kann und somit die Einordnung der Einzel- und Gruppeninteressen in einen konzeptionellen Zusammenhang der Exekutive überlassen bleibt." /117/

Die RS halten den Ausbau der innerparteilichen Demokratie für notwendig. Dies dürfte damit zusammenhängen, daß sie innerhalb der Partei eine Minderheit sind. Bei den gemäßigten Sozialdemokraten taucht diese Forderung nicht auf. Strasser plädiert dafür, daß innerhalb der SPD Gruppenbildung erlaubt sein muß. Steffen sieht die innerparteiliche Demokratie in Gefahr, wenn wegen der ökonomischen Krise die Kritik an der Politik der Bundesregierung zunimmt: "Es bleibt dann das Ziel, daß "wir" weiter regieren und "wir" die nächsten Wahlen gewinnen. Damit ist gleichzeitig ein Demokratieverbot verbunden, da "Geschlossenheit" nach außen als oberstes Erfolgsprinzip gilt." /118/ Er erkennt also ebenfalls die Gefahr, daß die Partei zu einem Hilfsmittel der Regierung wird.

Steffen kritisiert das weitgehende Fehlen einer Parteitheorie in der SPD. Für ihn ist die Partei kein Selbstzweck, sondern ein Instrument zur Emanzipation der Arbeitnehmer. Dies setzt voraus, daß sie "zur Clearing-Stelle der Impulse, Ideen und Wünsche und Erfahrungen aus Massen, Partei und ihren Gliederungen und Repräsentanten und befreundeten Organisationen, sowie der Macher und Denker aus dem Staatsapparat" wird. /119/ Er lehnt die Leninsche Parteitheorie wegen ihrer undemokratischen Implikationen ab und weist einen Avantgarde-Anspruch der SPD zurück. Für ihn ist die SPD nur eine "politische Hilfsorganisation der Arbeiterbewegung". /120/ Strasser stimmt ihm in diesen beiden Punkten voll zu und fordert die SPD auf die "Magd der Arbeiterklasse" zu sein. /121/

Die RS akzeptieren das Godesberger Programm ohne Einschränkungen. Von Oertzen lehnte 1959 das Godesberger Programm nicht deshalb ab, "weil es nicht streng sozialistisch oder gar revolutionär gewesen sei", sondern weil es "seine eigenen reformerischen Absichten nicht klar und konsequent genug zum Ausdruck gebracht habe." /122/. Er akzeptiert jedoch die fünf Grundentscheidungen von Godesberg: 1. Abschied vom radikalen Denken der Möglichkeit eines totalen Bruchs mit dem Kapitalismus; 2. Wandeln von der Klassenpartei; 3. Verzicht auf Antiklerikalismus; 4. Abschied vom Antimilitarismus; 5. Absage an Sozialisierung und Planwirtschaft. /123/ Er akzeptiert das nach seiner eingetragene Aussage "entschieden nicht marxistische Godesberger Programm". /124/ Strasser bekennt sich ebenfalls voll zum Inhalt des Parteiprogramms und fordert die "Stamokap-Gruppe" auf in der SPD keine Funktionen mehr zu übernehmen, da sie nicht auf dem Boden des Godesberger Programms steht. /125/

Von Oertzen sieht im Godesberger Programm den Widerspruch zwischen radikaler Theorie und reformistischer Praxis der SPD endgültig aufgehoben. Er teilt in dieser Frage die Meinung der gemäßigten Sozialdemokraten. In Anlehnung an ein Zitat Bernsteins bemerkt er, daß die SPD nach Godesberg "nun auch in ihren Worten wurde, was sie ihren Taten nach schon lange gewesen war: eine demokratische und soziale Reformpartei." /126/ Strasser erkennt hingegen die Gefahr, daß der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis nach der Verabschiedung des Orientierungsrahmens '85 eine Wiedergeburt erlebt, was zu einer schweren Vertrauens- und Identitätskrise der Partei führen könnte: "In der Theorie hält sie eine grundlegende strukturelle Veränderung unserer Wirtschaft für erforderlich, in der Praxis ist sie beteiligt an einer Wirtschaftspolitik, die die verfehlten Strukturen eher verfestigt als beseitigt." /127/

Wegen ihrer weitgehenden Akzeptierung des Konzepts der Volkspartei unterscheidet sich die Definition der Zielgruppen der sozialdemokratischen Reformpolitik nicht von derjenigen der gemäßigten Sozialdemokraten. Als Zielgruppen werden neben den Arbeitnehmern auch Selbstständige und Unternehmer genannt. Steffen sieht auch Großunternehmer als Zielgruppe an, da es "schon immer Kapitalisten und Millionäre gegeben hat, die sich aus humaner Ideologie auf die Seite der sozialistischen Radikalen gestellt haben."/128/

Kapitel 3.3.3.4.: Bündnispartner

Als wichtigsten Bündnispartner zur Durchsetzung der Ziele des demokratischen Sozialismus werden die Gewerkschaften betrachtet.

Steffen definiert die Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit der SPD als "praktisches und emotionales Bündnis mit der sozialen Reformpartei."/129/ Er befürchtet allerdings, daß dieses Bündnis in einer ökonomischen Krise auseinanderbrechen kann, falls die Wirtschaftspolitik der Sozialliberalen Bundesregierung die sozialen Interessen der Arbeitnehmer nicht mehr hinreichend berücksichtigt. Strasser sieht in den Gewerkschaften einen autonomen Faktor: "Gewerkschaften sind nicht der Erfüllungsgehilfe der Regierungspolitik und dürfen es nicht sein."/130/ Er kritisiert, daß sich die Gewerkschaften sich bisher zu stark auf die Durchsetzung von Reformen durch den Staat verlassen haben. Die Ziele des demokratischen Sozialismus können nur durch eine enge Zusammenarbeit zwischen SPD und Gewerkschaften erreicht werden. /131/

Strasser sieht die Hauptantriebskraft des sozialen Fortschritts -- ähnlich wie von Oertzen - in einer breiten sozialen Reformbewegung, die er so charakterisiert: "Die soziale Reformbewegung hatte ihren Motor in den linken Flügeln von SPD und FDP, in den aktiven Gewerkschaftern, einer kleinen, aber aktiven Gruppe kritischer Publizisten und nicht zuletzt in der charismatischen Gestalt Willi Brands."/132/ Sein Ziel ist die Bildung einer breiten gesellschaftlichen Koalition, die aus folgenden Partnern besteht: Sozialdemokraten, Gewerkschafter, linke Liberale, fortschrittliche Christen, "Wertkonservative" im Sinne Epplers, die Frauenbewegung, Teile der Publizistik und der Schüler- und Studentenbewegung. Diese "breite Koalition der sozialen und ökologischen Vernunft" kann weder "eine ideologische Einheitsfront noch ein Ad-hoc Bündnis sein, das auf der kurzfristigen partiellen Übereinstimmung von Interessen beruht."/133/ Diese Koalition muß daher einen Grundkonsens über die weitere Entwicklung der Produktivkräfte und der Demokratie entwickeln. Die SPD soll dabei eine führende Rolle spielen. Strasser macht keine genaueren Angaben über die organisatorischen Formen der Zusammenarbeit dieses Bündnisses, Strasser übt an der FDP wegen ihrer Ablehnung der vollen paritätischen Mitbestimmung und ihrer unternehmerfreundlichen Politik scharfe Kritik. Für ihn besteht aber zur sozialliberalen Koalition keine akzeptable Alternative, obwohl er erkennt, daß die FDP das Bündnis mit der SPD "viel weniger unter programmatischen als unter Machtpragmatischen Gesichtspunkten betrachtet."/134/

Kapitel 3.3.3.5. : Gegner des demokratischen Sozialismus

Die beiden Hauptgegner des demokratischen Sozialismus sind auf der einen Seite die Reaktionäre und die Faschisten, auf der anderen Seite die Kommunisten.

Steffen entwickelt eine Art von Konvergenztheorie über die Identität von Revolutionären und Reaktionären: "Beide sind letztlich aus einem Harmoniebedürfnis zu erklären. Die konservative Haltung tendiert zu faschistischen

Lösungen. Die revolutionäre Haltung tendiert zu einem autoritären oder gar totalitären Sozialismus." /135/ Auf der Grundlage der Totalitarismustheorie stehend nennt er Faschisten und Kommunisten als Hauptfeinde der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik: "Die Arbeiterbewegung steht heute politisch auf dem Fundament der parlamentarischen Demokratie und des Rechtsstaates, um das sie die ersten fünf Jahrzehnte ihres Bestehens leidenschaftlich und opferwillig gekämpft hat. Wir werden dieses Fundament der politischen Freiheit verteidigen und auszubauen trachten gegen alle autoritären Kräfte, ob sie sich faschistisch oder kommunistisch nennen. Ob sie sich braun oder rot anstreichen." /136/

Als entscheidenden, da mächtigsten Gegner, betrachtet er die ökonomische Machtelite, deren Interesse sich auf die "Verteidigung aller bestehenden realen Machtpositionen, die auf Eigentum und Verfügungsgewalt beruhen" beschränkt. Er bezeichnet diese Gruppe als Vertreter der Denkrichtung des "reaktionär-konservativen Industrialismus", der das bestehende Wirtschaftssystem zum besten aller möglichen erklärt und jede strukturelle Änderung energisch bekämpft. /137/ Sie stützt sich auf eine Theorie der Notwendigkeit der Elitenherrschaft und auf eine Leistungsideologie. Er sieht die Gefahr, daß diese Gruppe eine Art von "Techno-Faschismus" installieren könnte. /138/ Die Haltung der konservativen Parteien erklärt er folgendermaßen: "Die Konservativen sind mit ihrer politischen Existenz an dieses System gebunden. Sie verteidigen es und seine unmenschliche Fehlermechanik, weil sie damit ihre jetzige Existenz verteidigen." /139/ von Oertzen teilt die Meinung Steffens voll. Er sieht ebenfalls die Gefahr, daß reaktionäre Kräfte eines Tages die Demokratie in Frage stellen könnten und betrachtet die Kommunisten als "Todfeinde der Demokratie". /140/

Strasser betrachtet die DKP ebenfalls als einen wichtigen Gegner, da sie den "autoritären Sozialismus" anstrebt und den "realen Sozialismus" verteidigt. /141/ Er bemüht sich um eine differenzierte Darstellung der Gegner des demokratischen Sozialismus, die rechts von der SPD stehen. Er erwähnt v.a. den rechten Flügel der FDP und der CDU/CSU: "Zweifellos sind die skrupellosesten Verherrlicher des "technischen Fortschritts auf Kosten der Menschen und der natürlichen Umwelt in der CDU/CSU und auf dem rechten Flügel der FDP zu Hause." /142/ Ihre Strategie besteht darin die SPD oder Teile der SPD als verfassungsfeindlich hinzustellen und langfristig auf "autoritär-repressive Formen der Krisenbewältigung" hinzuarbeiten. /143/ Sie sind gegen eine weitere Demokratisierung der Gesellschaft und gegen eine Stärkung der Rolle der Gewerkschaften. Die materielle Grundlage ihrer Politik erklärt er ähnlich wie Steffen. Sie führen ihren "Kampf um die Erhaltung und (den-E.W.) Ausbau gesellschaftlicher Privilegien und Machtpositionen". /144/ Die Reformpolitik der SPD muß daher zwangsweise auf den Widerstand der Privilegierten stoßen: "Keine noch so ausgefeilte Strategie der Reformen kann verhindern, daß die Privilegierten sich einer an mehr Gleichheit und Demokratie orientierten Politik widersetzen und daß das Großkapital seine ganze Macht aufbietet, um eine grundlegende Änderung der Wirtschaftsordnung im Interesse der Mehrheit zu verhindern." /145/

Kapitel 3.3.3.6. : Innerparteiliche Gegner

Die RS führen nicht nur außerhalb der Partei, sondern auch innerhalb der Partei einen Zweifrontenkampf und zwar gegen Parteimitglieder am linken und rechten Rand der SPD.

von Oertzen glaubt, daß sich sowohl im linken wie im rechten Flügel der Partei Personen befinden, die in der verkehrten Partei sind. Er fordert diese dazu auf die SPD freiwillig zu verlassen: "...wer wirklich meint, daß die eine oder andere Gruppe außerhalb der sozialdemokratischen Partei ihm bei gründlicher Prüfung seiner politischen Auffassung näher

steht, als seine eigene Partei, der soll anständig den Trennungsstrich ziehen und dort hingehen, wo seine politische Heimat ist."/146/Diese Heimat kann die CDU/CSU, die FDP, die DKP oder maoistische Gruppen sein. Er befürwortet in Einzelfällen auch Parteiausschlußverfahren gegen diejenigen, "die den gegenwärtigen Charakter und die jeweilige Strategie der Partei andauernd und immer aufs neue in Frage stellen."/147/In seinen 1973 erschienenen "Thesen zur Strategie und Taktik des demokratischen Sozialismus" verteidigte er die Jungsozialisten, ohne sie in Untergruppen einzuteilen, pauschal gegen den Vorwurf nicht auf den Boden des Godesberger Programms zu stehen. Er begründete seine These damit, daß sie den Marxismus-Leninismus ebenso ablehnen wie den Maoismus und den Anarcho-Syndikalismus und nicht einen gewaltsamen Übergang zum Sozialismus anstreben./148/Er wirft ihnen aber vor zum Teil dogmatisch und praxisfremd zu sein und die Doppelstrategie zum Kampf gegen sozialdemokratische Mandatsträger zu benutzen./149/In der jüngsten Diskussion um die "Stamokap-Gruppe" innerhalb der Jungsozialisten wendet er sich gegen Massenausschlüsse der Mitglieder dieser Strömung. Obwohl er die Stamokap-Theorie für inhaltlich falsch hält, betrachtet er sie als mit dem Godesberger Programm vereinbar: "Ohne die nicht zwingend notwendige Konsequenz der proletarischen Diktatur kann die "Stamokap-Theorie" ohne weiteres zur Begründung einer entschiedenen demokratisch-sozialistischen Reformpolitik benutzt werden. Sie ist ohne Zweifel mit den Grundwerten und Grundforderungen unseres Programms vereinbar."/150/Er plädiert nur in Einzelfällen für den Ausschluß der Anhänger dieser Theorie, falls sie entgegen dem Parteiratsbeschluß aus dem Jahr 1970 ständig mit der DKP zusammenarbeiten. Er fordert dazu auf den Schwerpunkt auf die inhaltliche Auseinandersetzung zu legen, nicht auf die administrative. Steffen wirft dem rechten Flügel der SPD vor keine vorausschauende, sondern nur eine reaktive Politik zu betreiben, "die nur im Nachhinein ordnen, was das sozioökonomische System des Spätkapitalismus auf dem Weg seiner irrationalen Entwicklung hinterläßt" besteht./151/Auf seine heftige Kritik an der Politik der Bundesregierung und der Mehrheit der Partei, die diese unterstützt, und seine Androhung die Partei zu verlassen im Jahr 1977 kann ich hier leider nicht eingehen. Als Hautgegner auf dem linken Flügel der SPD betrachtet er die "Stamokap-Gruppe", an deren politischer Theorie er folgendes kritisiert: 1. Die Notwendigkeit des Zieles des demokratischen Sozialismus wird nicht aus ethischen Motiven oder aus einem Menschenbild heraus begründet, sondern mit der Methode des "wissenschaftlichen Sozialismus"; 2. Die Möglichkeit eines friedlichen parlamentarischen Übergangs zum Sozialismus wird geleugnet; 3. Die Stamokap-Theorie ist eher zur Analyse des Faschismus oder der "COMECON-Modelle" geeignet als zur Analyse der Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik; 4. Sie überschätzt die Steuerungsfähigkeit des Staates./152/Er wirft ihr außerdem vor sich nicht ausreichend von den sozialistischen Staaten, der Diktatur des Proletariats und der Leninschen Parteitheorie zu distanzieren und fordert im Gegensatz zu von Oertzen ihren Parteiausschluß: "Und im Gegensatz zu Peter von Oertzen halte ich die Stamokap-Theorie in der Konsequenz für nicht sozialdemokratisch."/153/Strasser wirft dem rechten Parteiflügel vor die soziale Marktwirtschaft uneingeschränkt zu befürworten und dem Drängen der CDU/CSU nach der Einschränkung demokratischer Freiheitsrechte nachzugeben. Sein Hauptvorwurf an diesen ist, "daß immer wieder Sozialdemokraten vom rechten Flügel der Partei dem politischen Gegner die Stichworte zur Diffamierung von Jungsozialisten und linken Sozialdemokraten" liefern, "indem sie gewissermaßen als Kronzeugen für die These von der kommunistischen Unterwanderung fungierten."/154/Den Gegner auf dem linken Flügel der Partei sieht er in der "Juso-Linken", die er als Mitglieder "der mehr an Moskau orientierten und ... der antirevisionistischen Strömung" bezeichnet./155/Ihre inhaltlichen Positionen charakterisiert er dadurch, daß sie "mehr zu Engels, Bebel, Lenin, seltener zu Luxemburg und Kautsky" tendieren./156/Er kritisiert an der "Juso-Linken": Sie kann kein

konkretes Modell einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft anbieten und diffamiert die politische Ordnung der Bundesrepublik als nur "formale Demokratie". Sie hält dogmatisch am Marxismus fest und vernachlässigt deshalb das Problem der Grundwerte, ökologische Fragen und das Bürokratieproblem./157/Sie vertritt einen Seminarmarxismus, der keinerlei Bezug zur gesellschaftlichen Praxis mehr hat: "Für sie ist Sozialismus ein lupenreines System wissenschaftlicher Analysen und strategischer Entwürfe, "wissenschaftlicher Sozialismus" im Sinne einer Wissenschaft, die nicht als Teil der gesellschaftlichen Praxis begriffen wird." Dies führt zu einem "praxisfernen Dogmatismus"./158/ Innerhalb der "Juso-Linken" ist die "Stamokap-Gruppe" der Hauptgegner. Strasser kritisierte die politische Theorie dieser Gruppe bereits 1973 in seinem Aufsatz "Zur Theorie und Praxis der Stamokap-Gruppe bei den Jungsozialisten". Die wichtigsten Punkte seiner Kritik sind: 1. Der Staat wird "zum bloßen Instrument der Monopole versimpelt". 2. Die Sozialisierung der Produktionsmittel wird nicht mit einer Demokratisierung gleichgesetzt. 3. Ihr Ziel ist ein "weitgehend autoritärer und bürokratischer Sozialismus". 4. Sie fordert die Errichtung der Diktatur des Proletariats. 5. Sie akzeptiert völlig kritiklos eine DKP-Theorie. 6. Sie befürwortet eine Zusammenarbeit mit der DKP./159/ In seinem zusammen mit Koschnick und Löwenthal verfassten Aufsatz "Meinungsfreiheit, Grundsatzklarheit, Handlungseinheit" wiederholt Strasser diese Vorwürfe. Er bezeichnet die Anhänger der Stamokap-Theorie als bewußte und unbewußte "Träger kommunistischen Gedankenguts und Einflusses in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands."/160/ Die drei Autoren gelangen zur Schlußfolgerung: "Wir halten sie (die führenden Vertreter der Stamokap-Theorie -E.W.) deshalb für ungeeignet, Funktionen in der und Mandate für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wahrzunehmen."/161/

Kapitel 3.4. : Die politische Theorie der marxistischen Sozialdemokraten/1/

Kapitel 3.4.1. : Analyse der bestehenden Gesellschaft

Kapitel 3.4.1.1. : Analyse des politischen Systems

Die marxistischen Sozialdemokraten (im folgenden mit MS abgekürzt) halten bei der Analyse des politischen Systems der Bundesrepublik an der traditionellen marxistischen Staatstheorie fest. In einem Thesenpapier "Zur Position der marxistischen Linken in der SPD", das von Albers und Neumann mitverfasst wurde, wird die Engelsche Definition des kapitalistischen Staates übernommen: "Der bürgerliche Staat ist "ideeller Gesamtkapitalist", da in ihm die Gesamtinteressen der verschiedenen Kapitalien zum Ausdruck kommen; er ist nur "ideeller Gesamtkapitalist", da es ein reales Gesamtinteresse der Kapitalien von vornherein (a priori) nicht gibt. Dieses muß vielmehr im Nachhinein auf der Grundlage der Konkurrenz zwischen den Einzelkapitalien vom Staat als "einer besonderen Existenz neben und außer der bürgerlichen Gesellschaft" (Marx MEW 3, 62) wahrgenommen werden." /2/ Der Staat wird nicht als "klassenneutraler" Vertreter des Gemeinwohls verstanden, sondern als Garant der Aufrechterhaltung des Kapitalverhältnisses, da seine Hauptfunktion im Schutz des Privateigentums an den Produktionsmitteln besteht. Im Antrag des Juso-Landesverbandes Berlin "Reform und Staat" zum Wiesbadener Bundeskongreß 1975 heißt es hierzu: "Daher kann der Staat als Produkt der kapitalistischen Gesellschaft keine neutrale, über den Klassen stehende Einrichtung sein. Er muß vielmehr die Grundlage der kapitalistischen Warenproduktion, nämlich das Privateigentum an den Produktionsmitteln und damit gleichzeitig das Eigentum des Lohnabhängigen an seiner Ware Arbeitskraft sowie das Recht des Kapitals auf Aneignung des im Produktionsprozeß hergestellten Arbeitsergebnisses und damit gleichzeitig das Recht des Arbeiters auf den Lohn schützen." /3/ Solange der Staat die Grundlagen der Produktionsweise, die durch das Profitprinzip reguliert wird, nicht überwindet (durch Sozialisierung der Großindustrie), behält er nach Ansicht der MS seinen kapitalistischen Charakter - "unabhängig davon, welche Partei auch immer über die Mehrheit im Parlament verfügt und mit welchen Absichten sie antritt." /4/ Auch die Beteiligung der SPD an der Bundesregierung ändert also nach der Auffassung der MS nichts am kapitalistischen Wesen des Staates. Die MS gehen davon aus, daß sich im Vergleich zum Frühkapitalismus die ökonomische Bedeutung des Staates vergrößert hat. Der kapitalistische Produktionsprozeß ist "ohne massive ökonomische Interventionen des Staates ... nicht mehr denkbar." /5/ Diese mit dem Begriff "Staatsinterventionismus" gekennzeichnete Entwicklung führt zu einer Zunahme der Staatsfunktionen in vier Bereichen: 1. Verfolgung einer nach Möglichkeit antizyklischen Haushalts-, Währungs- und Kreditpolitik; 2. Übernahme der Kosten für die Voraussetzungen (z.B. "Infrastruktur") und die Folgen (z.B. Umweltschutz) der Produktion durch den Staat; 3. Staatliche Subventionierung der Produktion und Kapitalakkumulation (z.B. Finanzierung der Forschung, Steuererleichterungen); 4. Übernahme von für das Kapital unrentablen Betrieben in Staatseigentum. Diese Maßnahmen des Staates kommen v.a. den Großkonzernen zugute. /6/ Die MS sehen im Staat nicht, wie ihnen häufig vorgeworfen wird, ein

willenloses Werkzeug des Kapitals oder der Monopole. Die Politik des Staates wird als bis zu einer bestimmten Grenze als von den politischen Kräfteverhältnissen beeinflussbar aufgefasst. Im bereits zitierten Antrag des Juso-Landesverbandes Berlin heißt es: "... die konkrete Politik des kapitalistischen Staates ist nicht durch die ökonomischen Verhältnisse fest bestimmt, sondern ist Ausdruck zahlreicher, einander widerstrebender Kräfte und von den konkreten Machtverhältnissen abhängig." /7/ Das Hamburger Strategiepapier aus dem Jahr 1971 beschreibt die Möglichkeit der Einflußnahme auf die Politik des Staates folgendermaßen: "Die konkrete Politik eines hochentwickelten kapitalistischen Staates ist also Ausdruck zahlreicher sich widerstrebender Kräfte und folglich nicht einseitig determiniert, sondern auch unter den gegenwärtigen Bedingungen innerhalb eines gewissen Bereiches abhängig von den jeweiligen politischen Machtkonstellationen. Diese Tatsache kann von der arbeitenden Bevölkerung und ihren Organisationen bei Entwicklung konsequenter Massenbewegungen zur Er kämpfung von Verbesserungen ihrer sozialen Lebensbedingungen noch innerhalb des kapitalistischen Systems genutzt werden." /8/ Die marxistischen Sozialdemokraten halten also im Gegensatz zu den Vorwürfen ihrer inner- und außerparteilichen Gegner Reformforderungen auch über den bestehenden Staat durchsetzbar. Der kapitalistische Staat kann jedoch nach ihrer Ansicht keine Forderungen erfüllen, die seine Grundlage, das Kapitalverhältnis, in Frage stellen. Die MS stützen sich bei dieser Argumentation auf die These der "Systemgrenze" der Berliner Politologen Blanke/Jürgens/Kastendiek. /9/ Im Antrag "Reform und Staat" wird dies so präzisiert: "Staatliches Handeln findet dort seine Grenzen, wo es zur Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise führen müßte, wo es die Grundlage der bestehenden Gesellschaft antasten müßte. Der Staat kann das Kapitalverhältnis, das System der gesellschaftlichen Produktion und privaten Aneignung, nicht in Frage stellen oder antasten, ohne sich selbst als besondere Einheit neben und außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft mit eigenen Interessen aufzuheben. Hierin besteht die Systemgrenze des Staates." /10/

Die MS sind der Ansicht, daß aufgrund der ökonomischen Macht der Großkonzerne (Monopole), die sich in politische Macht umsetzt, die politische Demokratie in der Gefahr ist eingeschränkt oder gar aufgehoben zu werden. Das Hamburger Strategiepapier bemerkt hierzu: "Zur Aufrechterhaltung ihrer Monopolprofite ... unternehmen die großen Konzerne und ihre politischen Vertreter und Verbündeten ständig Angriffe auf demokratische Rechte und Institutionen der arbeitenden Bevölkerung, da diese für die Durchsetzung ihrer Interessen hinderlich sind und bei konsequenter Ausnutzung durch die arbeitende Bevölkerung zu einer Gefahr für die Herrschaft des Finanzkapitals werden könnten." /11/ Im Entwurf eines Aktionsprogramms für die Jungsozialisten des Landesverbandes Berlin werden drei Gründe für den nach Ansicht der MS zunehmenden Abbau demokratischer Rechte in der Bundesrepublik genannt: 1. Das Erstarken systemkritischer Kräfte seit Ende der sechziger Jahre; 2. der Abbau des äußeren Feindbildes auf Grundlage der Entspannungspolitik; 3. die zunehmende Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Die Funktion dieser Politik betrachten sie folgendermaßen: "Ziel dieser Restauration ist es letztlich das äußere durch das innere Feindbild zu ersetzen, systemkritische Kräfte außerhalb der gesellschaftlichen Toleranz und damit an den Rand der Illegalität zu bringen und ein Klima des Duckmäsertums zu erzeugen. So sollen sozialistische Alternativen zur bestehenden Wirtschaftsordnung im Keim erstickt und der Bestand überkommener Herrschaft auf autoritäre Weise gesichert werden." /12/ Die West-Berliner Jusos fordern daher unter anderem die Aufhebung des Radikalenerlasses und des § 88a, sowie die Ablehnung der mündlichen Verteidigerüberwachung und des Entwurfs eines einheitlichen Länderpolizeigesetzes.

Die MS erkennen trotz dieser Kritik am Abbau demokratischer Rechte jedoch den entscheidenden Unterschied zwischen einem autoritär und einem demokratisch organisierten kapitalistischen Staat: "Durch die Garantie politischer Mitwirkungsrechte, vor allem das allgemeine Wahlrecht, die Freiheit der politischen Parteien und die Koalitionsfreiheit, ermöglicht die politische Demokratie, die Beeinflussung und Kontrolle staatlichen Handelns durch die Lohnabhängigen....Deshalb treten die Jungsozialisten für die Erhaltung der Verfassung und die Ausweitung demokratischer Rechte ein."/13/

Kapitel 3.4.1.2.: Analyse des ökonomischen Systems

Bei der Analyse des ökonomischen Systems der Bundesrepublik stützen sich die MS zum Teil auf die Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus, vor allem in der Version des französischen Ökonomen Boccara und auf die Analysen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses, die Marx im dritten Band des Kapitals liefert.

Den Kern der ökonomischen Entwicklung sehen die MS in der zunehmenden Tendenz zur Konzentration und Zentralisation des Kapitals, die notwendigerweise aus der Konkurrenz der Einzelkapitale entspringt. Die Grundstruktur des Wirtschaftssystems wird im Hamburger Strategiepapier so geschildert: "Die Konzentration und Zentralisation eines stets wachsenden Teils der gesellschaftlichen Produktion und des Kapitals bei wenigen Großkonzernen, die Kontinuität einer überdurchschnittlichen Profitrate als bestimmender Zweck jeder weiteren Produktion und Kapitalakkumulation, sowie die Fähigkeit, durch umfassende ökonomische und außerökonomische Macht diese Profitrate zu sichern, kennzeichnen das Wesen des monopolistischen Kapitalismus."/14/ Der Monopolbegriff unterscheidet sich von dem der "bürgerlichen Nationalökonomie" dadurch, daß Monopol nicht durch das Auftreten nur eines Anbieters bzw. Nachfragers auf dem Markt definiert wird, sondern durch die Existenz einer Profitrate, die ständig über dem gesellschaftlichen Durchschnitt liegt: "Die einzelnen Konzerne müssen daher als Monopole bezeichnet werden, selbst wenn sie nicht als einzige Anbieter oder Nachfrager auf dem Markt auftreten, wobei entscheidend für die Bestimmung des Monopols nicht allein die Marktsituation, sondern die Gesamtheit der ökonomischen und außerökonomischen Bedingungen ist, die es einem Konzern aufgrund des bei ihm konzentrierten und zentralisierten Kapitals erlauben, seine Profite langfristig über den Durchschnitt zu halten und damit die Wirkungen der Konkurrenz auf den Profit einzuschränken."/15/ Die Konkurrenz zwischen den Großkonzernen und auf der Ebene des Weltmarktes wird durch diese Tendenz zur Monopolisierung jedoch nicht aufgehoben. Die Monopole haben im Vergleich zu anderen Unternehmen Vorteile in der Produktion, in der Beschaffung der Rohstoffe und der Finanzen, im Absatz der Waren etc. und verdrängen deshalb immer mehr Klein- und Mittelbetriebe oder halten sie in ihrer Abhängigkeit als Zuliefererbetriebe. Aufgrund ihrer ökonomischen Macht bestimmen die Monopole auch weitgehend die staatliche Politik, da die Existenz des kapitalistischen Staates auf der Förderung und Aufrechterhaltung der Kapitalakkumulation beruht und von ihr abhängig ist. Neumann definiert diese Verflechtung zwischen politischer und ökonomischer Macht folgendermaßen: "Durch die gesetzmäßig vollziehenden Konzentrationsprozesse haben sich in den kapitalistischen Ländern strukturbestimmende Großkonzerne (Monopole) herausgebildet. Diesen Monopolen gelingt es aufgrund ihrer wirtschaftlichen Potenz weitgehend, sich der allgemeinen Konkurrenz zu entziehen. Und infolge ihrer gesamtwirtschaft

lichen Bedeutung haben sie zunehmend politische Qualität erlangt.

Sie beeinflussen immer mehr staatliches Handeln. Im Godesberger Programm heißt es dazu, daß die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik gewinnen, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar sei."/16/

Die MS gehen davon aus, daß sich trotz der grundlegenden Verbesserung der sozialen Lage und der zum Teil vorhandenen Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmer nichts am Wesen des Kapitalismus geändert hat. Der Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital besteht weiterhin. In einem Thesenpapier "Zur Position der Juso-Linken" befindet sich folgende Analyse der Grundstruktur der kapitalistischen Wirtschaftsordnung: "Kapitalistische Gesellschaften sind gekennzeichnet durch den Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital. Die Produktionsmittel befinden sich in den Händen der Kapitalisten; die eigentlichen Produzenten sind gezwungen, ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen. Die von den Lohnabhängigen im Zusammenwirken, also gesellschaftlich produzierten Produkte eignet sich der Kapitalist aufgrund seines privaten Eigentums an den Produktionsmitteln an. Er erhält damit zugleich den geschaffenen Mehrwert, das heißt er eignet sich fremde unbezahlte Arbeit an (= Ausbeutung)."/17/ Die MS nehmen an, daß die Zahl der Lohnabhängigen - jedoch bei zunehmender innerer Differenzierung - immer mehr zunimmt und die Zahl der Selbstständigen immer weiter sinkt. Sie sehen also die Prognose von Marx bestätigt, daß die Polarisierung in Besitzer und Nicht-Besitzer von Produktionsmitteln zunimmt./18/

Die MS sind der Auffassung, daß die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft notwendigerweise immer wieder ökonomische Krisen hervorbringt.

Sie stützen sich dabei auf die Marx'sche Krisentheorie, die von einer periodisch auftretenden Überakkumulationskrise des Kapitals ausgeht, die die Funktion hat überschüssiges Kapital zu entwerten (z.B. durch den Bankrott von Klein- und Mittelbetrieben) und dadurch die Profitrate des Gesamtkapitals zu erhöhen./19/ Sie lehnen also die These der gemäßigten Sozialdemokraten ^{der} vorwiegend politisch bedingten Ursachen der Krise ab. Die staatliche Wirtschaftspolitik kann nach ihrer Meinung ökonomische Krisen nicht verhindern, sondern nur deren Auswirkungen lindern. Eine krisenfreie wirtschaftliche Entwicklung halten sie erst in einem sozialistischen Wirtschaftssystem für möglich.

Auf die Kritik des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch die MS gehe ich im Kapitel 4.4.2.3. ausführlicher ein.

Kapitel 3.4.2.: Beschreibung der Ziele des demokratischen Sozialismus

Kapitel 3.4.2.1.: Ziele im gesamtgesellschaftlichen und politischen Bereich

Die MS streben eine völlige Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in eine sozialistische an. Dies erfordert einen grundlegenden Bruch mit der bestehenden Struktur der Gesellschaft. Es gibt also keinen fließenden Übergang zwischen beiden Gesellschaftsordnungen. Die "Systemgrenze" muß durch politische und ökonomische Maßnahmen überschritten werden, die die Produktion nach dem Profitprinzip und der Aneignung des Mehrwerts durch die Kapitalisten in den entscheidenden Sektoren der Wirtschaft aufheben. Im Hanburger Strategiepapier und im Thesenpapier "Zur Position der marxistischen Linken in der SPD" wird das Überschreiten der Systemgrenze durch zwei Merkmale definiert: 1. die Arbeiterklasse und deren Organisationen müssen die politische Macht übernehmen. 2. Die ökonomische Macht der Großkonzerne muß durch drei Maßnahmen überwunden werden: 1. Sozialisierung der Schlüsselindustrien; 2. Einführung einer gesamtgesellschaftlichen demokratischen Planung; 3. Ausbau der demokratischen Mitbe-

stimmungsrechte der arbeitenden Bevölkerung in den Betrieben. /20/ Die Struktur der anzustrebenden sozialistischen Gesellschaft und des sozialistischen Staates wird nur vage beschrieben, da die MS in der Tradition der Marx'schen Ablehnung des utopischen Sozialismus stehend das Entwerfen von konkreten Zukunftsmodellen ablehnen. Im Antrag "Reform und Staat" wird das Ziel der sozialistischen Gesellschaftsordnung nur mit dem Satz definiert: "Diese Überwindung des Kapitalismus erstrebt die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der Herrschaft des Kapitals sowie den Aufbau sozialistischer Produktions- und Lebensverhältnisse unter fortschreitender Demokratisierung aller Lebensbereiche." /21/ Das Hamburger Strategiepapier beschreibt das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft folgendermaßen: "Da die sozialistische Demokratie in der Bundesrepublik nur durch eine ständig größer werdende und aktivere Teilnahme aller Teile der arbeitenden Bevölkerung an der Planung, Leitung und Kontrolle der Gesellschaft auf allen Gebieten und auf allen Ebenen erreicht werden kann - d.h. durch das aktive Eintreten der Mehrheit der Bevölkerung - wird der Sozialismus für die BRD eine beispiellose Entfaltung der Demokratie und damit das Gegenteil des totalitären Staates darstellen." /22/ Albers präzisiert in seinem Aufsatz "SPD und Marxismus" die Struktur des angestrebten sozialistischen Staates. Er betont, daß die MS nie einen Zweifel daran gelassen haben, "den Kampf für den Sozialismus im Rahmen und auf dem Boden der geltenden Verfassung zu organisieren, das heißt unter bewußter Anerkennung und Verteidigung der Spielregeln einer parlamentarischen Demokratie, des Parteienpluralismus, der Gewerkschaftsautonomie, der politischen und gesellschaftlichen Grundrechte, usw.", zu führen. Er bezeichnet diese Grundelemente der Verfassung als konstitutive Bestandteile eines sozialistischen Staates: "Entsprechendes hat für die inneren gesellschaftlichen Verhältnisse in einem künftigen sozialistischen Staat in der Bundesrepublik zu gelten." /23/ Die Formel der Diktatur des Proletariats wird von Wand/Albers/Neumann zur Kennzeichnung des sozialistischen Staates abgelehnt, da die eigentliche Bedeutung dieser Marx'schen Definition - die Herrschaft der Mehrheit der Bevölkerung (Arbeiterklasse) über die Minderheit (Bourgeoisie) - und die Auffassung von Marx, daß der Inhalt jeden Staates, also auch der Staatsform der Demokratie, die Herrschaft einer Klasse über eine andere ist, weitgehend unbekannt ist. Außerdem ist dieser Begriff wegen des Stalinismus diskreditiert. /24/ Die MS halten im Gegensatz zu den RS am Ziel der Richtung einer klassenlosen Gesellschaft und des Absterbens des Staates fest. Im Entwurf des Aktionsprogramms des Landesverbandes Berlin heißt es zur Funktion der Sozialisierung der Produktionsmittel, die nur als Mittel zur Demokratisierung aufgefaßt wird: "Vergesellschaftung in diesem Sinne hat also nicht die Ersetzung der kapitalistischen Despotie durch eine staatlich verordnete Kasernenhofwirtschaft zum Ziel, sondern soll durch Ausweitung der demokratischen Entscheidungsstruktur zugleich zum allmählichen Absterben des Staates als Apparat zur Niederhaltung sozialer Gruppen und der auf Zwang beruhenden Regeln gesellschaftlichen Zusammenlebens führen." /25/

Kapitel 3.4.2.2. : Ziele im ökonomischen Bereich

Die MS haben im Rahmen der Diskussion um den Orientierungsrahmen 85 ihre Vorstellungen über die Struktur einer sozialistischen Wirtschaftsordnung präzisiert. Während im Hamburger Strategiepapier aus dem Jahr 1971 die organisatorische Umsetzung der drei Ziele Sozialisierung der Schlüsselindustrie, demokratische Planung und Ausbau der Mitbestimmung nicht konkretisiert wird, wird gerade dies in einem Antrag des SPD-Kreisverbandes Eimsbüttel an den Mannheimer Parteitag 1975 mit dem Titel "Demokratisierung der Wirtschaft" versucht, an dem der "Cheftheoretiker" der "Stamokap-Gruppe" der Jungsozialisten Albers maßgeblich mitwirkte.

Als die drei grundlegenden, voneinander nicht trennbaren, Maßnahmen zum Aufbau einer demokratisch-sozialistischen Wirtschaftsordnung werden genannt: "-gesamtwirtschaftliche demokratische Planung (Investitionslenkung)-Vergesellschaftung von strukturbestimmenden Bereichen der industriellen Produktion, des Kreditwesens -dezentral organisierte, demokratische Ausgestaltung des innerbetrieblichen Entscheidungsprozesses (Mitbestimmung am Arbeitsplatz, Selbstverwaltungselemente, Mitbestimmung in verschiedenen Unternehmensebenen)."/26/

Der Begriff Investitionslenkung wird so definiert: "Unter öffentlicher Investitionslenkung (IVL) wird die Planung und Kontrolle privatwirtschaftlicher Investitionen durch öffentliche Instanzen (Bund, Länder und Gemeinde verstanden."/27/ Ein mittelfristiger Bundesrahmenplan für den Zeitraum von vier Jahren soll vom Bundesministerium für Investitionslenkung in Zusammenarbeit mit den vergesellschafteten Unternehmen, den Privatbetrieben und den Gewerkschaften erarbeitet werden und dann vom Parlament, dem mehrere Planungsalternativen vorliegen, verabschiedet werden. Die Quantität der Warenproduktion kann dabei nur durch Richtgrößen gesteuert, nicht detailliert vorgeschrieben werden. Auch die Preise sollen nicht zentral festgelegt werden. Die Entstehung einer verselbständigten staatlichen Planungsbürokratie soll verhindert werden. Die Auffassung der gemäßigten Sozialdemokraten, daß indirekte staatliche Investitionslenkungsmaßnahmen, die Investitionsgebote und -verbote und die Sozialisierung der Schlüsselindustrie nicht erfordern, ausreichend sind, wird mit der Begründung abgelehnt, daß diese Form der Investitionslenkung nur eine Anpassung des Staates an die Bewegung der Kapitalverwertung bedeuten würde: "Der isolierte Einsatz der Investitionslenkung müßte dazu führen, daß die Lenkungsinstrumente in gleicher Weise wie das bestehende konjunkturpolitische Instrumentarium (Stabilitätsgesetz, Zinspolitik etc.) den Erfordernissen des kapitalistischen Verwertungskreislaufes angepaßt würden ..."/28/ Die MS betrachten die Sozialisierung der Schlüsselindustrie im Gegensatz zu vielen reformistischen Sozialdemokraten (z.B. von Oertzen, Steffen) als *conditio sine qua non* einer sozialistischen Wirtschaftsordnung, da nur dadurch die Herrschaft des Profitprinzips und die politische und ökonomische Macht des Großkapitals gebrochen werden kann -mit dem Ziel eine krisenfreie Wirtschaftsentwicklung und demokratische Entscheidungsstrukturen in den Unternehmen durchzusetzen. Die Vergesellschaftung wird im Antrag des KV Eimsbüttel so definiert: "Vergesellschaftung bedeutet die Übernahme des Eigentumstitels durch den Staat, d.h. durch eine Körperschaft öffentlichen Rechts wie Bund oder Land und die Übernahme der Verfügungsgewalt durch gesellschaftlich kontrollierte Organe."/29/ Der Antrag wendet sich gegen die Meinung vieler RS (v.a. Strassers), daß eine schrittweise immer weitergehende Einschränkung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel eine Veränderung der Eigentumsstruktur überflüssig machen kann. Begründet wird dies damit, daß diese Politik der "schleichenden Enteignung" erstens gegen das Grundgesetz verstößt und zweitens den Widerstand der Kapitalisten (z.B. durch Kapitalexport) gegen diesen Versuch unterschätzt. Die MS fordern deshalb die Enteignung der Besitzer der Großunternehmen gemäß Artikel 15 GG, wobei ihrer Ansicht nach die Entschädigungssumme nicht dem Marktwert unbedingt entsprechen muß, sondern "unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten" errechnet werden muß./30/ Zu vergesellschafteten sind in erster Linie die Grundstoffindustrien, die forschungsintensiven Wachstumsindustrien und das Bankwesen. Die Größenordnung der zu sozialisierenden Unternehmen wird nur durch ein Beispiel ungefähr angegeben: "Würden die 38 umsatzgrößten Unternehmen der Bundesrepublik vergesellschaftet (Unternehmen der gewerblichen Güterproduktion), dann wären bereits 30% der Arbeitnehmer, 40% des Umsatzes, aber lediglich 0,1% der industriellen Unternehmen in der Bundesrepublik betroffen."/31/ In der Juso-Diskussion spielte der Begriff der "Mindestschwelle der Vergesellschaftung" eine Rolle, der allerdings nie quantifiziert wurde. Die Organisationsstruktur der vergesellschafteten Unternehmen soll folgenden Aufbau haben: Die

Belegschaftsversammlung, an der alle Beschäftigten teilnehmen, wählt den Unternehmensrat, der sich zu 50% aus Vertretern der Belegschaft und zu 50% aus Vertretern der Gewerkschaften, des Staates, der Verbraucher und eventuell der Wissenschaft zusammensetzt und wiederum das Direktorium des Unternehmens wählt und kontrolliert./32/

Der Antrag des KV Eimsbüttel fordert nicht die Sozialisierung aller Produktionsmittel und auch nicht die völlige Aufhebung des Marktprinzips. Das Marktprinzip soll in den Sektoren der Wirtschaft, wo weiterhin Privatbetriebe vorherrschen, weiterhin gelten: "Ein Markt hat dabei insbesondere im Konsumbereich die wichtige Aufgabe, den Bedarf nach Qualität und Anzahl bestimmter Güter zu ermitteln. Stark vereinfacht ließe sich die Formel bilden: Je konsumferner das Produkt, desto größer die Notwendigkeit der Vergesellschaftung"./33/ Im Thesenpapier "Zur Position der Juso-Linken" aus dem Jahr 1973 heißt es hingegen: "Die wesentliche Voraussetzung einer sozialistischen Gesellschaft ist die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln und damit des Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital."/34/ Im Entwurf für ein Aktionsprogramm der Jungsozialisten des Landesverbandes Berlin wird ebenfalls die pauschale Forderung der "Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln" erhoben./35/ Dieser scheinbare Widerspruch läßt sich dadurch aufheben, daß die MS, gemäß dem Zwei-Phasen-Schema des Sozialismus, das Marx in seiner Kritik des Gothaer Programms entwickelt hat, davon ausgehen, daß in der ersten Phase des Sozialismus nur die Schlüsselindustrie vergesellschaftet wird, während in der zweiten Phase das Privateigentum an allen Produktionsmitteln überwunden werden muß.

Kapitel 3.4.2.3. : Begründung der Ziele

Die MS beharren auf einer wissenschaftlichen Begründung der Notwendigkeit des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft. Sie lehnen eine Begründung allein bzw. vorwiegend aus ethischen Vorstellungen heraus ab. Im Thesenpapier "Zur Position einer marxistischen Linken in der Sozialdemokratie" kommt diese Auffassung deutlich zum Ausdruck: "Eine sozialistische Strategie kann sich nicht ergeben aus dem subjektiven Willen zur Umsetzung ethischer Werte in die gesellschaftliche Wirklichkeit oder zur Konkretisierung phantasievoll erdachter Utopien (gesellschaftlicher Wunschbilder). Ausgangspunkt ist vielmehr die reale Gesellschaft mit ihren objektiven Entwicklungstendenzen und Widersprüchen. Eine wissenschaftliche Gesellschaftsanalyse ist deshalb Voraussetzung für eine sozialistische Programmatik und somit notwendiger Bestandteil sozialistischer Theorie überhaupt."/36/ Grundlage für diese Gesellschaftsanalyse ist die Marxsche Politische Ökonomie und der Historische Materialismus. Neben dem "Politizismus" der "bürgerlichen" Wissenschaft, der die Rolle des Staates im Kapitalismus als Steuerungszentrum der Gesellschaft betrachtet, wird auch der vulgärmarxistische "Ökonomismus" abgelehnt, der die relative Autonomie des Staates von der ökonomischen Basis nicht erkennt./37/ Die MS lehnen eine ethische Begründung des Sozialismus nicht ab, wenn sie die wissenschaftliche Analyse nicht ersetzt, sondern nur ergänzt. Albers u.a. kritisieren am 2. Entwurf des Orientierungsrahmens 85, daß er "ungeschichtliche und damit unpolitische ewige Werte" aufstellt und sie nicht auf die Realität einer Klassengesellschaft bezieht. Aus diesem Grund wird z.B. die Solidarität "als Solidarität aller Mitmenschen, und nicht als Solidarität der Unterprivilegierten, der Unterdrückten und Ausgebeuteten, im Kampf um reale Freiheit und materielle Gerechtigkeit und Gleichheit" verstanden. Solidarität bedeutet also im Verständnis der MS nur die Gemeinsamkeit der Lohnabhängigen gegen das Kapital. Die Ziele der materiellen Gerechtigkeit und Gleichheit sind in einer Klassengesellschaft nicht realisierbar./38/

Die Begründung der Notwendigkeit eines Überganges zum Sozialismus erfolgt also in erster Linie aus einer Kritik am Kapitalismus. Diese Kritik umfaßt folgende Kernpunkte:

1. Der Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung durch die Kapitalisten besteht weiterhin. Die Lohnarbeiter sind gezwungen ihre Arbeitskraft als Ware an die Eigentümer an den Produktionsmitteln zu verkaufen und von der Verfügungsgewalt fast völlig ausgeschlossen. Auf der Grundlage der Marxschen Mehrwerttheorie wird an der These der Ausbeutung der Lohnabhängigen festgehalten. Diese Theorie beruht auf der Annahme, daß der Kapitalist sich die Differenz zwischen dem Wert der von seinen Lohnarbeitern erzeugten Ware und dem Wert der Ware Arbeitskraft (Lohn), der darunter liegt, unentgeltlich aneignet. Der Begriff Ausbeutung ist also wissenschaftlich definiert und deshalb erst sekundär eine moralische Bewertung. Die Verbesserung des Lebensstandards der Lohnabhängigen, die durch den Fortschritt der Produktivkräfte und den Kampf der Arbeiterbewegung bedingt ist, ändert an dieser Grundlage der kapitalistischen Warenproduktion nichts.

2. Der Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen äußert sich v.a. in strukturellen und periodisch auftretenden konjunkturellen Krisen, die zur Senkung des Realeinkommens, der Verminderung der staatlichen Sozialleistungen und zur Vergrößerung der Arbeitslosigkeit führen. Ein Antrag an den Mannheimer Parteitag 1975 beschreibt die Folgen dieses Widerspruchs mit den Termini "zyklische Überproduktionskrise, regionale und sektorale Strukturkrisen, Verschwendung wirtschaftlicher Ressourcen, Unterversorgung an öffentlichen Gütern, ungleichgewichtige Einkommens- und Vermögensverteilung usw." /39/ Als Ursache dieses Widerspruches wird die "Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise" betrachtet, die eine gesamtgesellschaftliche Steuerung der ökonomischen Entwicklung unmöglich macht. Die MS vertreten im Gegensatz zur SPD des Kaiserreiches keine ökonomische Zusammenbruchstheorie des Kapitalismus. Sie betonen, daß der Übergang zum Sozialismus nicht automatisch aus der ökonomischen Entwicklung resultiert, sondern eine bewußte Entscheidung der Mehrheit der Bevölkerung erfordert: "Nicht der ökonomische Zusammenbruch, sondern die politische Aktion der Arbeiterklasse ist der Motor der gesellschaftlichen Umwälzung." /40/

3. Im Kapitalismus ist die politische Demokratie immer in der Gefahr durch das Großkapital ausgehöhlt oder gar abgeschafft zu werden. Der Entwurf für ein Aktionsprogramm der Jusos warnt beispielsweise vor der Möglichkeit, "der Transformation der BRD in einen autoritären Obrigkeitsstaat", falls der Einfluß reaktionärer Kräfte zunimmt. /41/ (Vgl. ausführlicher dazu Kapitel 3.4.1.1.)

Die Notwendigkeit der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie wird folgendermaßen begründet: "Die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie bricht die Macht des Großkapitals, seine reaktionären wirtschaftlichen und politischen Ziele durchzusetzen. Sie schafft die Voraussetzung für die stetige Entwicklung der Produktivkräfte, für die Vermeidung von Konjunktur- und Strukturkrisen. Zusammen mit der demokratischen Planung gibt sie der Mehrheit der Bevölkerung die ökonomischen Machtmittel in die Hand, im Interesse an einer Steigerung der Qualität des Lebens, ihr Interesse an mehr Demokratie umfassend zu verwirklichen." /42/ Die Sozialisierung wird nicht als Selbstzweck aufgefasst, wie inner- und außerparteiliche Gegner meinen, sondern als Mittel, um bestimmte Ziele zu erreichen.

Kapitel 3.4.2.4. : Abgrenzung zu Zielen anderer Parteien

Da die MS in ihrer Analyse der Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik wegen der Anwendung der Marxschen Politischen Ökonomie gewisse

Ähnlichkeiten mit der Gesellschaftsanalyse der DKP aufweisen, liegt der Schwerpunkt ihrer Abgrenzung von Zielen anderer politischer Parteien in der Auseinandersetzung mit der DKP. Die Abgrenzung zu den Zielen der beiden "bürgerlichen" Parteien CDU/CSU und FDP läßt sich pointiert in einem Satz zusammenfassen: Beide Parteien haben das Ziel die kapitalistische Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten, während die MS dieses Wirtschaftssystem verändern wollen. In den von mir untersuchten Texten findet sich deshalb keine fundierte inhaltliche Auseinandersetzung mit der Programmatik dieser beiden Parteien.

Die wesentlichen Differenzen zwischen den MS und der DKP lassen sich in drei Punkten zusammenfassen:

1. Die Einschätzung des "realen Sozialismus": In diesen Staaten ist nach Meinung der MS die Einheit von Demokratie und Sozialismus nicht hinreichend verwirklicht. Die Produktionsmittel sind zwar sozialisiert, aber die Selbstverwaltungs- und Mitbestimmungsrechte der Bevölkerung sind unzureichend. Neumann wirft auf Grundlage dieser Einschätzung der DKP ihre "vorbehalts- und kritiklose Identifizierung mit den sozialistischen Ländern" vor, die sich u.a. in der Billigung des Einmarsches in die CSSR 1968 zeigt./43/ Albers kritisiert in seinem Aufsatz "SPD und Marxismus" die Verletzung von Freiheitsrechten in den sozialistischen Staaten und bemängelt die unzureichende Bewältigung des Stalinismus./44/

2. Die Parteitheorie: Die MS lehnen die Leninsche Parteitheorie ab, da das Modell einer Avantgardepartei, das von einer Trennung zwischen der Elite der "Wissenden" und der Masse, die von der Elite angeleitet werden muß, ausgeht, die Gefahr der Verselbständigung der politischen Macht durch eine Bürokratisierung impliziert./45/

3. Einschätzung der SPD: Die MS betrachten im Gegensatz zur DKP die SPD nicht als durch und durch reformistische Partei, die nie zu einer antikapitalistischen Kraft werden kann, sondern halten eine Veränderung der SPD in diese Richtung für möglich. (Vgl. hierzu Kapitel 3.4.3.3.)

Die Differenzen zwischen MS und der DKP beruhen also v.a. in der unterschiedlichen Parteitheorie und in der Einschätzung der sozialistischen Staaten, deren Grundlage eine unterschiedliche Bewertung der Geltung der demokratischen Freiheitsrechte im Sozialismus und der Notwendigkeit einer Elite im Übergang zum und im Aufbau des Sozialismus bildet. Dies wird im Entwurf des Aktionsprogramms der Berliner Jusos deutlich. Die zentralen Kritikpunkte an der DKP/SEW liegen demnach "in der Frage des Verhältnisses von Avantgarde und Massen sowohl in der Phase des Kampfes um den Sozialismus, als auch in der Phase seiner Ausgestaltung - in der unkritischen Haltung gegenüber undemokratischen Zuständen in den sozialistischen Ländern ..."/46/ Im Unterschied zu den RS wird allerdings der sozialistische Charakter der Produktionsverhältnisse in der DDR nicht in Abrede gestellt.

Kapitel 3.4.3. : Strategie zur Durchsetzung der Ziele

Kapitel 3.4.3.1.: Reformstrategie

Die Probleme einer antikapitalistischen Reformpolitik bildeten den Schwerpunkt des Wiesbadener Bundeskongresses der Jungsozialisten 1975. Der Juso-Landesverband Berlin legte einen Antrag " Möglichkeiten und Grenzen einer sozialistischen Reformstrategie" vor, in dem die grundlegende Auffassung der MS über den Stellenwert von Reformen dargestellt wird.

Reformen werden in Anlehnung an eine Aussage Rosa Luxemburgs nicht als Selbstzweck betrachtet, sondern als Mittel, um eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu erreichen: "Der Kampf um Reformen, um die Besserung

der sozialen Lage und die Ausweitung der demokratischen Rechte der Lohnabhängigen noch auf dem Boden des Bestehenden ist für die Sozialdemokratie ein notwendiges und unentbehrliches Mittel, um das Ziel einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu erreichen." /47/ Endziel und Bewegung werden einander nicht starr gegenübergestellt, sondern werden als dialektisch miteinander verbunden betrachtet: "Reform und Systemüberwindung sind nicht auseinanderliegende Methoden von gesellschaftlicher Veränderung, sondern sie sind qualitativ verschiedene Momente einer einheitlichen sozialistischen Strategie, die einander bedingen und ergänzen." /48/ Albers/Neumann weisen auf die Gefahr des "Auseinanderklaffens von Abstraktem sozialistischem Fernziel und politischer Tagesarbeit"*hin, die nur durch */49/ eine geschlossene Reformkonzeption vermieden werden kann, die Zwischenziele auf dem Weg zum Sozialismus wie z.B. den Ausbau der Mitbestimmung formuliert. Im Antrag des Landesverbandes Berlin werden die Funktionen antikapitalistischer Reformen so beschrieben: 1. Verbesserung der materiellen Lage der Lohnabhängigen ; 2. Verbesserung der Ausgangsbedingungen des Kampfes für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durch eine Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen, die folgendes bewirkt: a. Vergrößerten Einfluß der Arbeiterklasse auf gesellschaftliche Entscheidungsprozesse; b. öffentliche Austragung von Klassenkonflikten; c. Sicherung und Ausbau demokratischer Freiheitsrechte; d. Verbesserung der politischen Bildung und des politischen Wissens der Arbeiterklasse; e. Stärkung des Selbstbewußtseins der Arbeiterklasse. Als Beispiele für solche Reformen werden der Ausbau der Sozialleistungen, die Einführung der paritätischen Mitbestimmung ohne Schweige- und Friedenspflicht, das Verbot der Aussperrung, das Recht auf Bildungsurlaub etc. erwähnt./50/

Da die Definition des antikapitalistischen Charakters von Reformen grundlegend für die politische Strategie der MS ist, wird sie hier ohne Kürzung wiedergegeben:

"Reformen gewinnen also dann antikapitalistischen Charakter, -wenn sie von den Lohnabhängigen aktiv erkämpft werden und wenn in diesem Kampf erfahrbar und erkennbar wird, daß die geforderte Reformmaßnahme, die Lage der Lohnabhängigen, ihre materielle Situation und ihre gesellschaftlich abhängige Stellung, nur begrenzt verbessern kann und daß weitere, konsequentere Maßnahmen erforderlich sind. - wenn durch den Kampf und die Durchsetzung von Reformmaßnahmen die Machtposition der Lohnabhängigen in einzelnen Bereichen oder auf gesamtgesellschaftlicher Ebene auf Kosten der Macht der Unternehmer ausgeweitet werden. - wenn der Kampf um Reformen zu einer mitgliedermäßigen und politisch-inhaltlichen Stärkung der Organisationen der Lohnabhängigen, von Sozialdemokratie und Gewerkschaften, führt. - wenn durch den Inhalt und die Ausübung der erkämpften Reform die Möglichkeit gegeben ist, den Klassengegensatz zu erfahren und zu vermitteln. - wenn die einzelne Reformforderung eingebettet ist in eine Gesamtkonzeption von Reformen und gesellschaftlicher Umgestaltung."/51/

Die MS gehen also nicht, wie ihnen oft unterstellt wird davon aus, daß Reformen über den kapitalistischen Staat prinzipiell nicht durchführbar sind. Sie nehmen allerdings aufgrund ihrer Staatstheorie an, daß antikapitalistische Reformen dann an die "Systemgrenze" des kapitalistischen Staates stoßen, wenn sie dessen ökonomische Basis durch die Forderung nach Sozialisierung der Schlüsselindustrien und Einführung einer gesamtgesellschaftlichen Planung in Frage stellen. Die Überwindung des Kapitalismus setzt also diese beiden Reformmaßnahmen voraus. Die Form des Überganges zum Sozialismus wird nur sehr abstrakt beschrieben. Der Übergang zum Sozialismus ist demnach das Ergebnis einer "Eskalation" von erkämpften Reformen", die das Klassenbewußtsein der Lohnabhängigen stärken: "Mit der Eroberung der politischen und ökonomischen Macht durch die Arbeiterklasse geht der Kampf um Reformen über in den Aufbau des demokratischen Sozialismus" /52/ Es wird dabei ein friedlicher Übergang angestrebt. Im Hamburger Strategiepapier heißt es hierzu: "Beim

Aufbau dieser Gesellschaft werden die SPD und alle anderen demokratischen Kräfte bestrebt sein, durch Überzeugung und aktive Einbeziehung breiter Massen der Bevölkerung alles ihr mögliche tun, um die Bedingungen für einen friedlichen Übergang zum Sozialismus zu schaffen und den Spielraum der Monopole, im Kampf für ihre reaktionären Interessen zu illegalen oder gar gewaltsamen Aktionen zu schreiten, soweit wie möglich einzunengen." /53/ Albers gesteht ein, "daß ein derartiger friedlicher nicht gewaltsamer, demokratischer Weg zum Sozialismus der Arbeiterbewegung bisher noch nicht in keinem Land der Welt gelungen ist ..." und fordert eine verstärkte Theoriediskussion über dieses Problem. /54/

Die MS lehnen das Reformkonzept der GS und von Teilen der RS ab, das sie als reformistisch bezeichnen. Das Hamburger Strategiepapier enthält die These, "daß die sozialistische Demokratie nicht durch eine Summe von Teilreformen innerhalb des kapitalistischen Systems gebildet wird, sondern einen grundlegenden Bruch mit diesem darstellt, eine qualitativ neue und höhere Form der Gesellschaft." /55/ Reformismus wird im Berliner Antrag als politische Strategie definiert, die versucht, durch Reformen eine soziale und menschenwürdige Gesellschaft zu erreichen, ohne die kapitalistische Verwertung grundsätzlich anzugreifen." /56/ Als Kennzeichen dieser reformistischen Politik werden folgende Punkte genannt: 1. Ziel ist die Verbesserung der sozialen Marktwirtschaft, die Reformen dienen also nicht der Überwindung des Kapitalismus; 2. der Staat wird als "klassenneutral" aufgefaßt; 3. der politische und der ökonomische Kampf wird voneinander isoliert; 4. die Strategie ist auf Wahlerfolge und ausschließlich auf die parlamentarische Ebene fixiert. Ebenso wie die RS sehen die MS das grundlegende Dilemma der Reformkonzeption der GS in der Abhängigkeit der Reformpolitik von der ökonomischen Entwicklung. Im Entwurf für ein Aktionsprogramm der Jungsozialisten wird das Scheitern der Reformpolitik der sozialliberalen Koalition damit erklärt, daß sie nur auf der Basis eines ständigen Wirtschaftswachstums realisierbar ist. Die ökonomische Krise bedeutet zugleich immer eine Krise der Reformpolitik. Der Mehrheit in der SPD wird vorgeworfen, die notwendige Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht zu erkennen und den Widerstand gegen die Reformpolitik zu unterschätzen und den Gegnern dieser Politik zu leicht nachzugeben. Da die GS jeden Eingriff in den Produktionsbereich ablehnen, muß ihre Politik in Zeiten der ökonomischen Krise scheitern. /57/

Kapitel 3.4.3.2.: Verbindung der Arbeit im Parlament mit der Arbeit außerhalb des Parlaments

Die MS gehen davon aus, daß der Kampf um die Durchsetzung sozialistischer Forderungen nicht allein auf der parlamentarischen Ebene geführt werden kann, sondern durch Massenaktionen vor allem der Arbeiterklasse initiiert werden muß. Im Hamburger Strategiepapier wird dieser Zusammenhang so beschrieben: "Die Durchsetzung tiefgreifender demokratischer Reformen und der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft wird nur in einer Vielzahl sich intensivierender Kämpfe erfolgen können, in denen ein immer größer werdender Teil der Arbeiterklasse und anderer Teile der Bevölkerung aktiv für seine Interessen und gegen die Macht der Monopole eintritt. Es ist nicht zu erwarten, daß die politische und ökonomische Macht des Monopolkapitals allein dadurch aufgehoben werden könnte, daß die arbeitende Bevölkerung - ohne sich politisch bewußt und aktiv an den Klassenauseinandersetzungen zu beteiligen - ihre Macht auf ihre Repräsentanten im Parlament und in den anderen Institutionen delegiert." /58/ Als Organisationen, die diese Basisaktivitäten anleiten sollen, werden vor allem die Gewerkschaften und die SPD genannt. Die Notwendigkeit der außerpar-

lamentarischen Aktivitäten wird folgendermaßen begründet: "Rein parlamentarische Aktionen, die sich nicht auf einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung stützen, wären angesichts der dann dominierenden Macht der Monopole in Staat und Wirtschaft zum Scheitern verurteilt." /59/

Die Doppelstrategie bedeutet sowohl eine Absage an einen 'Nur-Parlamentarismus' wie an einen völligen 'Antiparlamentarismus'. Es wird eine Verbindung der Arbeit in den politischen Institutionen mit den Basisaktivitäten angestrebt: "Zwischen inner- und außerinstitutioneller Arbeit wird dabei ein Wechselwirkung dergestalt bestehen, daß von beiden Bereichen gegenseitige Impulse ausgehen können, die insgesamt die politische Arbeit effektiver werden läßt als eine ausschließlich inner- oder außerinstitutionelle Strategie." /60/ Aus dem Antrag der beiden Juso-Landesverbände Berlin und Hamburg zum Thema "Parteiarbeit in der Doppelstrategie", der auf dem Münchner Bundeskongreß 1974 verabschiedet wurde, läßt sich schließen, daß die MS den Schwerpunkt der politischen Arbeit in der außerparlamentarischen Mobilisierung der Bevölkerung sehen. Der parlamentarischen Arbeit wird nur unterstützende Bedeutung zugemessen: "In dem Maße, in dem die SPD als aktive sozialistische Kraft wieder zu einem die Klassenkämpfe vorantreibenden Subjekt wird, gibt sie die Beschränkung ihrer Politik auf parlamentarische Geschäfte und auf die begrenzte Mobilisierung der Lohnabhängigen als bloße Wähler auf. ... Der Parlaments- und Regierungsarbeit kommt die Funktion zu, praktische Veränderungen entsprechend den veränderten gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen durchzuführen und abzusichern und dadurch die Voraussetzungen für weitere Veränderungen zu schaffen." /61/

Kapitel 3.4.3.3. : Rolle der Partei

Im Kapitel 3.4.24. wurde bereits dargestellt, daß die MS die Leninsche Parteitheorie ablehnen, da eine Avantgardepartei sich zwangsläufig von den Massen entfernen wird. Einer konsequent sozialistisch gewordenen SPD wird allerdings eine gewisse Führungsrolle bei der Veränderung der Gesellschaft zugeschrieben. Im Entwurf für ein Aktionsprogramm befindet sich folgender Passus: "Die Zusammenfassung der Kämpfe in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und ihre Ausrichtung auf sozialistische Zielvorstellungen, aber auch die Durchsetzung von Reformen zugunsten der Lohnabhängigen, ist unter den gesellschaftlichen Bedingungen der Bundesrepublik ausgeschlossen ohne eine starke, an den Interessen und der geschichtlichen Aufgabe der Arbeiterklasse ausgerichtete und politisch bewußt handelnde Sozialdemokratische Partei." /62/

Die MS lehnen das Volksparteikonzept nicht explizit ab, sehen aber die vorrangige Aufgabe der SPD in der Vertretung der Klasseninteressen der Lohnabhängigen. Diese "klassenspezifische" Aufgabe kann, falls möglich, durch die Vertretung der Interessen von Freiberuflichen, kleinen Selbständigen und der mittleren und höheren Angestellten und Beamten ergänzt werden. Die Partei hat die Aufgabe, politisches Bewußtsein zu bilden und sich nicht einfach dem vorhandenen Bewußtsein anzupassen, in der Hoffnung dadurch Wählerstimmen zu maximieren: "Eine Partei, die in einer falsch verstandenen Volkspartei-Konzeption allein durch die additive Übernahme der in diesen Schichten beheimateten Bewußtseinsformen und Wertvorstellungen die Partei über ihre angestammten Wähler- und Mitgliederschichten hinaus erweitern will, kann diese Aufgabe (Der Bildung politischen Bewußtseins - E.W.) nicht bewältigen." /63/

Der Antrag des Kreisverbandes Eimsbüttel zum Thema Vertrauensarbeit schreibt der SPD fünf Aufgaben zu: 1. Die Vertretung der Interessen der Lohnabhängigen muß die Grundlage ihrer Politik sein; 2. Das Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung muß konkretisiert werden; 3. Die Zusammenarbeit mit befreundeten Organisationen, vor allem mit den Gewerkschaften ist die Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen das

Großkapital; 4. Basisaktivitäten der Bürger müssen von der Partei unterstützt werden ; 5. Der begrenzte Handlungsspielraum der Bundesregierung gegenüber der Großwirtschaft darf den Wählern nicht verschwiegen werden. /64/

Die MS gehen davon aus, daß die SPD kein monolithischer Block ist, sondern in sich widersprüchliche Strömungen vereinigt. Albers/Stammberger/Wand übernehmen die Einteilung der SPD in die drei Flügel der Integrationisten, Reformisten und Marxisten. /65/ Das Hamburger Strategiepapier erklärt die Widersprüchlichkeit der SPD aus ihrer Doppelstruktur als Staats- bzw. Regierungspartei, die - solange sie das bestehende Wirtschaftssystem akzeptiert - notwendigerweise die Kapitalakkumulation fördern muß, und als Interessenvertretungspartei der Arbeitnehmer: "Die Übernahme der Regierungsgewalt drängt die SPD in die Rolle, die Herrschaft der Monopole vorerst zwangsläufig stabilisieren zu müssen. Diese derzeitige Rolle der SPD steht jedoch im Widerspruch zu den Interessen der in ihr organisierten und auf sie orientierten Arbeiter und Angestellten." /66/

Im Antrag "Parteiarbeit in der Doppelstrategie" wird die SPD als Partei charakterisiert, in der prokapitalistische und reformistische Kräfte dominieren. Dieses Kräfteverhältnis ist jedoch nicht statisch, sondern kann sich auf Grundlage der ökonomischen Entwicklung zugunsten der konsequent antikapitalistischen Kräfte in der SPD verändern: "Aufgrund der Abhängigkeit der Entwicklung der SPD vom Stand der Klassenauseinandersetzungen und aufgrund der sozialen Verankerung der SPD gerade auch in der Arbeiterklasse ist es ebenso falsch, die SPD als zwangsläufig und unaufhebbar reformistisch anzusehen. Eine grundlegende Änderung der SPD scheint vielmehr möglich als Folge einer Verschärfung der krisenhaften Tendenzen des Kapitalismus, einer Intensivierung der Klassenauseinandersetzungen und der Entwicklung von Klassenbewußtsein innerhalb der Arbeitermassen." /67/

Als Ziel ihrer Parteiarbeit sehen die MS die Veränderung der SPD in eine konsequent antikapitalistische Partei: "Die Jungsozialisten betrachten deshalb die Veränderung der SPD zu einer Partei, die sich an den Interessen und der geschichtlichen Aufgabe der Arbeiterklasse orientiert, als eine schwierige, langwierige, aber prinzipiell lösbare Kampfaufgabe, in der Bundesrepublik und Berlin (West) - im Zusammenhang mit der Westeuropäischen Entwicklung- den Weg zu m Sozialismus zu eröffnen. Der entscheidende Faktor bei der Veränderung der SPD wird der aktive Beitrag der Jungsozialisten und aller klassenbewußten Kräfte in der SPD sein." /68/ Die MS stellen sich bewußt "in die Tradition der marxistischen Sozialdemokratie" /69/.

Die Bejahung des Godesberger Programms fällt nicht so euphorisch aus wie bei den GS, sondern beinhaltet eine Kritik an einzelnen Teilen des Programms. Es wird als Kompromiß zwischen linkem und rechtem Parteiflügel betrachtet, was die Widersprüchlichkeit einzelner Teile, besonders des wirtschaftspolitischen Teils, erklärt. Am Godesberger Programm wird vor allem kritisiert, daß es nicht auf einer wissenschaftlichen Analyse der Gesellschaft beruht, sondern auf der Postulierung von Grundwerten, die beliebig interpretierbar und damit konkretisierbar sind. /70/

Aus der Parteitheorie der MS ergibt sich, daß die primäre Zielgruppe der SPD die Lohnabhängigen sein müssen. Dabei wird erkannt, daß diese Klasse große interne Differenzierungen aufweist. Daneben muß die Partei auch versuchen, Angehörige freier Berufe und kleine Selbständige aus dem Bereich der Industrie, des Handels, Handwerks und der Landwirtschaft anzusprechen. /71/ Diese Gruppen sind jedoch nur schwer für sozialistische Forderungen zugänglich, da ein Widerspruch zwischen ihrer objektiven Lage und ihrem Bewußtsein besteht: "Obwohl die kleinbürgerlichen Zwischenschichten objektiv von der Konzentration und Zentralisation des Kapitals bedroht sind, richtet sich subjektiv ihre Angst vor sozialer

Deklassierung traditionellerweise gegen die Arbeiterklasse, als die Klasse, in die sie tendenziell zu sinken drohen."/72/ Im Entwurf des Aktionsprogrammes findet sich die Anregung, eine besondere Gruppe innerhalb der Lohnabhängigen intensiver als bisher anzusprechen: "Dies bedeutet auch, daß die bisherige Vernachlässigung christlich oder christdemokratisch orientierter Arbeitnehmer aufzugeben und auf eine Loslösung dieses Wählerpotentials aus der Umklammerung von CDU und CSU hinzuarbeiten ist."/73/

Kapitel 3.4.3.4.: Bündnispartner

Die MS betrachten ebenfalls die Gewerkschaften als Hauptbündnispartner der SPD. Sie sehen in den Gewerkschaften "die Hauptstütze der demokratischen und sozialistischen Bewegung" und "die wesentlichen Kampforganisationen, durch die die Arbeiterklasse den täglichen Kampf gegen das Kapital einheitlich führt"./74/ Sie lehnen die Einbeziehung der Gewerkschaften in ein Konzept der Sozialpartnerschaft ab, da sie als Klassenorganisationen gegenüber den Organisationen der Unternehmer nur ein gegensätzliches Interesse vertreten können. Sie erkennen in der gegenwärtigen ökonomischen Krise einen zunehmenden Widerspruch zwischen den Gewerkschaften und der sozialliberalen Bundesregierung. Sie halten es, wie aus dem Entwurf für ein Aktionsprogramm hervorgeht, für ihre Aufgabe die Forderungen der Gewerkschaften "stärker in die Partei hinein (zu -E.W.) und "die Forderungen der Gewerkschaften "der konkreten Regierungspolitik" entgegenzustellen./75/ Falls Differenzen zwischen der Politik der von der SPD mitgetragenen Bundesregierung und den Gewerkschaften auftritt ergreifen die MS ähnlich wie Teile der RS also Partei für die Gewerkschaften, da sie in ihnen anscheinend eher eine Klassenorganisation sehen als in der Volkspartei SPD. Da sie in den Gewerkschaften eine überparteiliche Organisation der Arbeiterklasse erkennen, treten sie für das Prinzip einer Einheitsgewerkschaft ein, die alle politischen Strömungen der Arbeiterbewegung repräsentiert. Das ideale Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften definieren sie so: "Die Gewerkschaften und die Partei müssen die Selbständigkeit ihrer Organisation und ihrer Aufgabenstellung beachten. Partei und Gewerkschaften kämpfen von unterschiedlichen Ausgangspositionen und mit entsprechend verschiedenen Handlungsmöglichkeiten um die Durchsetzung der gleichen Ziele."/76/

Als zweite Form des Bündnisses betrachten die MS die Zusammenarbeit zwischen sozialen Klassen und Schichten. Hierbei halten sie die Kooperation zwischen der Arbeiterklasse mit Teilen der kleinen Selbständigen, der Freiberuflern und der Intelligenz für realisierbar, da objektiv ein gemeinsamer Interessengegensatz zu den Großkonzernen vorhanden ist, wenn gleich er von der Mehrheit dieser Gruppen außerhalb der Arbeiterklasse nicht erkannt wird. Ein Bündnis der Arbeiterklasse mit mittleren Selbständigen wird jedoch ausgeschlossen, da diese starke Interessengemeinsamkeiten mit Großkonzernen haben./77/

Die dritte Form der Bündnisbeziehungen ist nach Auffassung der MS das Bündnis zwischen politischen Parteien. Die Zusammenarbeit der SPD mit der CDU/CSU wird prinzipiell abgelehnt, da diese beiden Parteien als Interessenvertreter des Kapitals, ob es alle ihre Mitglieder nun subjektiv wollen oder nicht, angesehen werden. Der Entwurf für ein Aktionsprogramm der Jungsozialisten droht für den Fall einer erneuten Bildung einer "Großen Koalition" mit energischen Konsequenzen. Er erklärt, daß dann "wesentliche sozialdemokratische Grundgemeinsamkeiten beseitigt und damit die Parteieinheit zerstört" würde und stellt fest: "Für die Jungsozialisten kommt ein Bündnis zwischen Sozialdemokraten und der Reaktion nicht in Frage. Sie würden es nicht mittragen und es konsequent bekämpfen."/78/ Die sozialliberale Koalition wird als kleineres Übel betrachtet, zu der es zur Zeit für die SPD keine Alternative gibt. Die

FDP wird in diesem Papier als "die Partei des relativ aufgeklärten (Bildungs-)Bürgertums" charakterisiert, die die politische Demokratie akzeptiert, aber in allen Fragen, die das Privateigentum und die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel betreffen, sich nicht von der CDU/CSU unterscheidet. Die Lebensdauer der sozialliberalen Regierung wird nur noch für beschränkt gehalten. Gute Zusammenarbeitsmöglichkeiten bieten sich hingegen mit der Jugendorganisation der FDP, den Jungdemokraten./79/ Eine Kooperation mit der DKP im Sinne einer Volksfront wird abgelehnt: "Die Voraussetzungen für die Übertragung des französischen Modells sind auf absehbare Zeit weder qualitativ noch quantitativ gegeben."/80/ In Einzelfällen wird die Zusammenarbeit mit DKP-Mitgliedern nicht ausgeschlossen (v.a. in Bürgerinitiativen, in den Betrieben und im Schul- und Hochschulbereich), da in der DKP zwar nach der bekannten Formulierung des ehemaligen Juso-Bundesvorsitzenden Benneter in der DKP ein politischer Gegner, aber kein Klassenfeind gesehen wird. Die Einschätzung der Zusammenarbeit mit der DKP ist innerhalb der MS sehr umstritten und reicht von der prinzipiellen Befürwortung bis zur weitgehenden Ablehnung. Gemeinsam wird allerdings der Parteiratsbeschluss von 1970 abgelehnt, wenn auch dessen Geltung anerkannt wird, da er Sozialdemokraten zwingt Arbeitsfelder zu räumen, sobald sich daran Kommunisten beteiligen./81/ Als Voraussetzung der Zusammenarbeit der Jungsozialisten mit anderen Organisationen werden folgende Prinzipien genannt: "Eine Zusammenarbeit in Einzelfällen sollte von den konkreten Ausgangsbedingungen abhängen, vom Stärkeverhältnis, von den Fragen gemeinsamer Ziele, von der Wahrung der Eigenständigkeit und dem Nutzen für die eigene Organisation."/82/

Kapitel 3.4.3.5. : Gegner des demokratischen Sozialismus

Die Haltung der MS gegenüber den parteipolitischen Gegnern wurde von mir bereits im vorigen Kapitel geschildert. In den von mir untersuchten Texten bleiben die Darstellungen der Positionen der CDU/CSU recht vage. Ihnen wird meist pauschal prokapitalistische Politik und autoritäre Bestrebungen vorgeworfen. Die Einschätzung der FDP beschränkt sich in der Regel auf ihre Position in wirtschaftspolitischen Fragen. Der gesellschaftliche Hauptgegner, das Großkapital und seine Verbände, wird nicht detaillierter dargestellt und nur pauschal benannt.

Kapitel 3.4.3.6. : Innerparteiliche Gegner

Die MS sehen ihren Hauptgegner in der SPD in den GS. Ihnen wird folgendes vorgeworfen: Sie betreiben objektiv, ob subjektiv gewollt oder nicht, eine prokapitalistische Politik. Sie versuchen politische Positionen der RS und v.a. der MS als prokommunistisch zu diffamieren z.B. durch die Gleichsetzung der Sozialisierungsmodelle der Parteilinken mit der Praxis der Verstaatlichung in den sozialistischen Staaten. Sie sind bereit die Politik der SPD völlig der Politik der sozialliberalen Bundesregierung unterzuordnen und interpretieren die Vertrauensarbeit für die Partei als reines "public-relations-Unternehmen" für die Bundesregierung./83/ An der von den GS bedingungslos mitgetragenen Politik der Bundesregierung übt der Entwurf für ein Aktionsprogramm der Jungsozialisten scharfe Kritik: Ihr wird der Bankrott der Reformpolitik und der zunehmende Abbau sozialer und demokratischer Rechte vorgeworfen. Er befürchtet, daß bei einer Fortsetzung dieser Politik, die zu Lasten der Lohnabhängigen geht, "die Identität der SPD als der Partei der abhängig

Beschäftigten" gefährdet wird. Den GS wird weiterhin zum Vorwurf gemacht, daß sie die Arbeit der innerparteilichen Kritiker, v.a. der Jungsozialisten, durch Parteiordnungsverfahren behindern und Teile der Parteilinken, wie z.B. die "Stamokap-Gruppe" aus der Partei hinausdrängen wollen./84/

Die "Juso-Linke" betrachtet sich selbst als "Motor für die politische und innerparteilich-organisatorische Zusammenfassung und Vereinheitlichung der marxistischen Kräfte in der SPD." /85/ Die MS erkennen eine zunehmende Differenzierung der ihrer Ansicht nach mehrheitlich reformistischen Parteilinken. Ein Teil von ihr wie z.B. Steffen und Strasser ist nicht zur Zusammenarbeit mit der "Juso-Linken" bereit, ein anderer Teil hat zwar mit ihr inhaltliche Differenzen, ist aber gegen Parteiordnungsverfahren gegen Vertreter dieser Gruppe. Die MS werfen den RS v.a. vor sich häufig den GS anzupassen und mit ihnen Kompromisse einzugehen (z.B. Zustimmung zum Orientierungsrahmen 85). Sie halten dennoch an der Notwendigkeit der Zusammenarbeit der MS und der RS gegen die GS fest. Albers sprach in einem "Konkret-Interview" sogar von dem Erfordernis eines "Historischen Kompromisses" zwischen MS und RS.

Ausgeschlossen von diesem Bündnisangebot sind natürlich RS, die den Parteiausschluß von MS fordern, wie z.B. Strasser. Wie bereits dargestellt übte er bereits 1973 in seinem Artikel "Zur Theorie und Praxis der 'Stamokap'-Gruppe bei den Jungsozialisten" heftige Kritik an diesem Teil der "Juso-Linken". Die von ihm Angegriffenen antworteten in einem Aufsatz mit dem Titel "Anmerkungen zu Theorie und Praxis des Juso-Bundesvorstandes" auf die Kritik Strassers. Ihm wird vorgeworfen: "Das Strasser-Papier ist wissenschaftlich unredlich. Es arbeitet mit unbelegten Behauptungen, Unterstellungen und dem Ansprechen antikommunistischer Emotionen." /86/ Die von Strasser der Theorie dieses Teils der MS unterstellten Positionen wie z.B. das Anstreben eines autoritären Sozialismus, die Einschätzung des Staates als willenloses Instrument des Kapitals, der unkritischen Befürwortung des "realen Sozialismus" und der Politik der Unterordnung unter die Führung der DKP werden als inhaltlich unbewiesen und falsch zurückgewiesen. Die Darstellung der eigenen Position dieser Gruppe kann hier unterbleiben, da sie den Inhalt des Kapitels 3.4. bildet.

Die inhaltliche Kritik der MS an der Theorie und Strategie der RS richtet sich auf drei Kernpunkte: 1. Der Staat wird als "klassenneutral" aufgefaßt, der nur wegen spezifischer Unzulänglichkeiten zur Zeit in der Bundesrepublik für die Interessen des Kapitals eintritt. Die RS halten es daher für möglich den bestehenden Staat bei einer Veränderung der Kräfteverhältnisse auch ohne Überwindung seiner kapitalistischen ökonomischen Basis entscheidend gegen Kapitalinteressen zu wenden; 2. Die RS haben nach Ansicht der MS Illusionen über die Möglichkeit einer schleichenden Enteignung der Kapitalisten durch eine schrittweise, immer weitergehende Einschränkung ihrer Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und glauben an die Chance eines "geräuschlosen Übergang(s) zum Sozialismus." /87/ Die RS unterschätzen die Schärfe des Widerstandes der Unternehmer gegen diese Politik. 3. Die RS erkennen wegen ihrer Staatstheorie keine feste "Systemgrenze" zwischen Kapitalismus und Sozialismus mehr. Sie glauben an die Möglichkeit eines "fließenden Überganges" zwischen beiden Gesellschaftsformen. Sie sind daher nicht in der Lage Reformen, die im Rahmen des Kapitalismus möglich sind wie z.B. die paritätische Mitbestimmung, von Reformen zu unterscheiden, die das Überschreiten der "Systemgrenze" voraussetzen wie z.B. die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie, sondern zählen beispielsweise in ihrem Antrag "Reform und Staat" auf dem Wiesbadener Bundeskongreß 1975 wahllos eine Reihe von antikapitalistischen Reformen auf, ohne die unterschiedliche Qualität der einzelnen Reformen zu erkennen. Den "Reformsozialisten" innerhalb der Jusos wird daher vorgeworfen eine "reformgradualistische Strategie" zu verfolgen, die den Sozialismus durch eine Aneinanderreihung von Reformen erreichen will und dabei die "Systemgrenze" und die "Machtfrage" übersieht./88/

Kapitel 3.5. : Thesenartige Darstellung der Grundelemente der politischen Theorien der drei Flügel in der SPD

Abschließend möchte ich die Ergebnisse der Inhaltsanalyse stichwortartig zusammenfassen. Die politischen Theorien der drei Flügel werden im Weberschen Sinne idealtypisch und deshalb teilweise überpointiert dargestellt, um die wesentlichen Unterschiede der drei Flügel besser zu verdeutlichen./1/ Hierbei werden wieder die Abkürzungen GS (gemäßigte Sozialdemokraten), RS (reformistische Sozialdemokraten) und MS (marxistische Sozialdemokraten) verwendet.

1. Analyse der bestehenden Gesellschaft

1.1. Analyse des politischen Systems (Staatstheorie)

GS:

Der Staat in der Bundesrepublik ist der Vertreter des Gemeinwohls, nicht das Instrument einer bestimmten Klasse oder Schicht. Das staatliche Handeln wird von den Kräften der pluralistischen Gesellschaft beeinflusst, in der es nicht eine strukturelle Dominanz einer bestimmten sozialen Gruppe gibt. Der bestehende Rechtsstaat muß seine sozialstaatlichen Funktionen bewahren und ausdehnen. Die SPD muß sich zu diesem von ihr mitgeprägten Staat, der den Normen ihrer Staatstheorie weitgehend entspricht, ohne Vorbehalt bekennen. Vorbilder in der Analyse und der Bewertung des Staates sind die idealistischen Staatstheorien Hegels, Lassalles und Schumachers und die Pluralismustheorie. Die marxistische Staatstheorie wird für die Analyse des Staates in der Bundesrepublik als völlig unbrauchbar gehalten.

RS:

Der Staat ist in seinen ökonomischen Entscheidungen weitgehend von den Interessen des Kapitals abhängig. Das staatliche Handeln ist jedoch nicht nur von Kapitalinteressen bestimmt, sondern auch durch die Organisationen der Lohnabhängigen beeinflussbar und daher ambivalent, da sich die gesellschaftliche Dialektik und der Klassenkompromiß zwischen Lohnarbeit und Kapital in ihm widerspiegelt. Der bestehende Staat ist also nicht "durch und durch kapitalistisch" determiniert, sondern er kann bei einer Veränderung des Kräfteverhältnisses immer mehr zur Vertretung der Interessen der Lohnabhängigen benutzt werden. Die orthodoxe marxistische Staatstheorie (Staat als "ideeller Gesamtkapitalist") wird als für die Analyse eines demokratischen Staates weitgehend ungeeignet betrachtet, ebenso die idealistischen Staatstheorien, da diese die Restriktionen für das staatliche Handeln durch die ökonomische Macht der Unternehmer nicht sehen können. Wegen der Demokratie im politischen Bereich muß die SPD den bestehenden Staat verteidigen.

MS:

Der Staat ist weiterhin "ideeller Gesamtkapitalist", da seine Grundfunktion die Sicherung der Kapitalverwertung ist. Er ist allerdings nicht beliebig vom Kapital instrumentalisiert, da er bis zu einer bestimmten Grenze auch Interessen der Lohnabhängigen berücksichtigen muß. Das Handeln des kapitalistischen Staates stößt dann an seine "Systemgrenze", wenn er die Grundlagen des Kapitalverhältnisses (Privateigentum an den Produktionsmitteln) antastet. Am grundsätzlich kapitalistisch bestimmten Wesen des Staates ändert sich auch durch die Regierungsbeteiligung der

SPD nichts grundlegendes. Die politische Demokratie, die von der SPD verteidigt werden muß, ist ständig in Gefahr abgebaut zu werden, da dies den Interessen der Großkonzerne entspricht.

1.2. Analyse des ökonomischen Systems

GS:

Die prinzipiell zu bewahrende soziale Marktwirtschaft hat ihre große Leistungsfähigkeit durch die ständige Steigerung des Lebensstandards bewiesen. Der klassische Kapitalismus ist durch die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer in den Betrieben, die Herrschaft der Manager und den Einfluß der SPD und der Gewerkschaften auf die staatliche Wirtschaftspolitik weitestgehend überwunden worden in Richtung auf eine "gemischte Wirtschaft", in der privatwirtschaftliche, staatliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen nebeneinander existieren und der Staat die Konjunkturentwicklung steuert. Der Klassengegensatz besteht nicht mehr, da es eine Reihe von sozialen Schichten gibt. Unternehmer und Arbeitnehmer müssen im Geiste der Sozialpartnerschaft zusammenarbeiten. Die staatliche Wirtschaftspolitik dient dem Erhalt der sozialen Marktwirtschaft und der "Verstetigung" des Konjunkturverlaufs durch die Anwendung des Keynes'schen Instrumentariums. Die soziale Marktwirtschaft weist allerdings noch einige Mängel auf (ungleiche Vermögensverteilung, noch nicht ausreichende Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer, Konzentrationstendenzen, nur quantitatives Wachstum).

RS:

Die Wirtschaftsordnung ist weiterhin kapitalistisch, da nach dem Profitprinzip produziert wird. Die zwei Klassen der Lohnabhängigen und der Kapitalisten bestehen fort. Die staatliche Wirtschaftspolitik kontrolliert nicht die ökonomische Entwicklung, sondern ist von ihr abhängig. Die Lohnabhängigen unterliegen weiterhin am Arbeitsplatz der Fremdbestimmung und sind sozial unterprivilegiert. Die Grenzen des Wachstums sind erreicht, der Übergang zu einem Qualitativen Wachstum ist im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung nicht realisierbar.

MS:

Die Wirtschaft und Gesellschaft ist durch den entscheidenden Einfluß der Großkonzerne (Monopole) gekennzeichnet, die eine überdurchschnittliche Profitrate erzielen und große Teile der Wirtschaft beherrschen. Die staatliche Wirtschaftspolitik ist von den Interessen der Großkonzerne letztlich abhängig, sie kann durch ihre Regulierungsversuche des Wirtschaftsverlaufes die notwendige Krisenhaftigkeit des Kapitalismus nicht verhindern. Es existieren zwei Klassen, die entgegengesetzte Interessen vertreten (Lohnarbeit und Kapital). Die Lohnabhängigen sind von der Verfügungsgewalt und dem Eigentum über die Produktionsmittel weitestgehend ausgeschlossen. Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik ist mit den Kategorien der Marxschen Politischen Ökonomie analysierbar.

2. Beschreibung der Ziele des demokratischen Sozialismus

2.1. Ziele im gesamtgesellschaftlichen und im politischen Bereich

GS:

Es gibt kein festes Endziel einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft. Die Durchsetzung der Ziele des demokratischen Sozialismus bedeutet die ständige Aufgabe die drei Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität und die Demokratie als allgemeine Staats- und Lebensordnung anzustreben. Es gibt keinen Bruch zwischen der bestehenden Gesellschaftsordnung und der zu erreichenden der "sozialen Demokratie",

sondern ein allmähliches, schrittweises Hinüberwachse. Es existiert also keine starre Grenze zwischen der bestehenden Gesellschaft und der zu erreichenden. Die bestehende Gesellschaft muß schrittweise verbessert werden.

RS:

Ziel des demokratischen Sozialismus ist die weitestgehende Selbstbestimmung der Bürger in Staat und Gesellschaft durch eine fortschreitende Demokratisierung v.a. auch der Wirtschaft. Die drei Grundwerte des demokratischen Sozialismus müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen ständig mehr durchgesetzt werden, es kann daher auch kein Endziel des demokratischen Sozialismus geben. Der Einfluß der SPD auf den Staat muß mit dem Ziel seiner Demokratisierung immer weiter ausgedehnt werden. Es gibt dabei keine feste Grenze zwischen einem "kapitalistischen" und einem "demokratisch-sozialistischen" Staat, der Übergang ist vielmehr fließend. Durch die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft ändert sich auch allmählich die Qualität des Staates. Der Staat kann auch in der Gesellschaft des demokratischen Sozialismus nicht absterben, das Ziel der SPD muß seine Demokratisierung und Effektivierung sein.

MS:

Ziel des demokratischen Sozialismus ist die "beispiellose Entfaltung" der Demokratie. Diese setzt allerdings einen Bruch mit der bestehenden ökonomischen Struktur der Gesellschaft voraus. Es gibt also keinen fließenden Übergang zwischen der bestehenden und der angestrebten Gesellschaft. Die "Systemgrenze" muß durch die Brechung der Macht des Großkapitals (durch die Ergreifung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und die Sozialisierung der Schlüsselindustrien) überschritten werden. Dabei ist mit einem massiven Widerstand des Großkapitals zu rechnen. Im sozialistischen Staat müssen die demokratischen Grundrechte erhalten bleiben. Endziel einer sozialistischen Gesellschaft ist weiterhin eine klassenlose Gesellschaft, die ein Absterben des Staates möglich macht.

2.2. Ziele im ökonomischen Bereich

GS:

Ziel ist es die soziale Marktwirtschaft so zu verbessern, daß eine wirkliche Gleichrangigkeit der beiden Sozialpartner erreicht wird. Dazu sind folgende Maßnahmen erforderlich: Die Einführung einer wirklich paritätischen Mitbestimmung, die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, der Ausbau der Instrumente der staatlichen Wirtschaftspolitik (indirekte Investitionslenkung, die die Einzelentscheidung den Unternehmen überläßt) und die Verhinderung der Konzentrationstendenzen, die den Markt aushöhlen, durch Kartellgesetze. Grundlage der angestrebten Wirtschaftsordnung bleibt also das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Sozialisierungsmaßnahmen sind nur als letztes Mittel erforderlich, falls alle anderen Mittel nicht wirken. Eine Planwirtschaft wird wegen ihrer Inflexibilität und ihrer undemokratischen, bürokratischen Tendenzen entschieden abgelehnt.

RS:

Ziel einer demokratisch-sozialistischen Wirtschaftsordnung muß die weitestgehende Demokratisierung der Entscheidungen in den Unternehmen sein ("Wirtschaftsdemokratie"). Eine Verbindung von zentraler Planung (direkte staatliche Investitionslenkung mit Investitionsverböten und -geboten) mit einer dezentralen Feinsteuerung durch den Markt (Investitionsentscheidungen der Einzelunternehmen) ist anzustreben ("sozialistische Marktwirtschaft"). Voraussetzung dafür ist ein Ausbau der Investitionslenkungsmittel des Staates und eventuell, aber nicht zwin-

gend erforderlich, eine Sozialisierung der Schlüsselindustrien, wobei eine Enteignung der Privateigentümer möglicherweise durch eine immer weitergehende Einschränkung der Verfügungsgewalt dieser Gruppe zugunsten der Lohnabhängigen vermieden werden kann. Eine zentrale Planwirtschaft und eine Sozialisierung aller Produktionsmittel wird entschieden abgelehnt.

MS:

Ziel ist die Überwindung des Kapitalismus in Richtung auf eine Wirtschaftsordnung, in der das Profitprinzip überwunden ist und die Produzenten selbst die ökonomische Entwicklung demokratisch steuern. Als *conditio sine qua non* dieser sozialistischen Wirtschaftsordnung wird die Enteignung der Besitzer der Schlüsselindustrien betrachtet, die dem Ziel dient einen Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Produzenten und den Aufbau einer gesamtgesellschaftlichen demokratischen Planung der ökonomischen Entwicklung zu ermöglichen. Eine schrittweise Einschränkung der Verfügungsgewalt der Kapitalisten wird für unrealistisch gehalten, da sie den Widerstand dieser Gruppe gegen diese Maßnahme unterschätzt. Die Sozialisierung der Schlüsselindustrien wird nur als Zwischenziel auf dem Weg zu einer Überwindung des Privateigentums an den Produktionsmitteln betrachtet.

2.3. Begründung der Ziele

GS:

Die Ziele des demokratischen Sozialismus sind prinzipiell aus drei Motiven heraus begründbar (Geist der Bergpredigt, klassische Philosophie, Humanismus). Sie sind nur ethisch begründbar (z.B. christliches Menschenbild, Kant'scher kategorischer Imperativ etc.) aus einer Interpretation der drei Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. In Richtung auf die nie völlig erreichbare Idealform dieser drei Grundwerte muß die Politik der SPD orientiert sein. Eine nur oder vorwiegend wissenschaftliche Begründung der Ziele des demokratischen Sozialismus auf der Grundlage des Marxismus wird entschieden abgelehnt, da die SPD wegen der pluralen Begründung der Grundwerte keine einheitliche Weltanschauung haben darf, sondern diese den einzelnen Mitgliedern überlassen bleiben muß. Die drei Grundwerte müssen von allen Mitgliedern der SPD anerkannt werden, ihre Begründung bleibt eine individuelle und daher unterschiedliche Entscheidung.

RS:

Die Ziele des demokratischen Sozialismus sind nur ethisch begründbar. Sie werden aus Normvorstellungen gewonnen, die aus einem Menschenbild (z.B. dem der Marxschen Frühschriften), einer philosophischen Ethik (z.B. der Kant'schen), einer Interpretation der drei Grundwerte oder einer Demokratietheorie entwickelt werden können. Diese Normen werden dann der gesellschaftlichen Realität, zu deren Analyse auch der Marxismus einen wichtigen Beitrag leistet, entgegengehalten. Die Gesellschaft ist in Richtung auf diese nie voll realisierbaren Normen hin umzugestalten. Der "wissenschaftliche Sozialismus" wird wegen seiner fehlenden Ethik abgelehnt.

MS:

Grundlage für die Begründung der Ziele des demokratischen Sozialismus muß eine wissenschaftliche Analyse der bestehenden Gesellschaft mit den Kategorien der Marxschen Politischen Ökonomie sein, die die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft und die Formen des Auftretens und der Tendenzen zur Auflösung dieser Widersprüche (z.B. Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen) mithilfe des Historischen und des Dialektischen

Materialismus untersucht. Ethische Werte dürfen die wissenschaftliche Analyse nicht ersetzen, sondern dürfen die Zielbestimmung des demokratischen Sozialismus nur ergänzen, da sie wegen ihrer großen Abstraktheit und ihrer Ahistorizität eine sozialistische Strategie nicht steuern können.

2.4. Abgrenzung zu Zielen anderer Parteien

GS:

Abgrenzung zur CDU/CSU: Die drei Grundwerte werden anders interpretiert, v.a. die Freiheit, die nicht nur als individuelles Abwehrrecht, sondern auch als soziales Teilhaberecht verstanden wird. Eine Demokratisierung aller Lebensbereiche wird im Gegensatz zur CDU/CSU befürwortet, die die Demokratie auf den politischen Bereich beschränken will. Der CDU/CSU wird überdies vorgeworfen die Interessen Privilegierter zu vertreten und deshalb die Gleichheit der Lebenschancen abzulehnen.

Abgrenzung zur FDP: Inhaltliche Unterschiede mit der FDP, die nicht näher präzisiert werden, werden auf die unterschiedliche historische Entwicklung und Sozialstruktur der Wähler und Mitglieder der beiden Parteien und ihre Dominanz der Bindung an die Gewerkschaften bzw. an die Selbstständigen zurückgeführt.

Abgrenzung zur DKP: Der diktatorische und autoritäre Sozialismus der kommunistischen Staaten und die Zentralverwaltungswirtschaft sowie die Sozialisierung der Produktionsmittel wird ebenso verurteilt wie die Diktatur des Proletariats und die Theorie der Kaderpartei.

RS:

Abgrenzung zur CDU/CSU: Kritisiert wird an ihr v.a. die prokapitalistische Haltung und autoritäre Neigungen, daneben wird auch die reduzierte Demokratietheorie und die Grundwertekonzeption der CDU/CSU bemängelt.

Abgrenzung zur FDP: Ihr wird eine prokapitalistische und deshalb unternehmerfreundliche Grundhaltung vorgeworfen.

Abgrenzung zur DKP: Der autoritäre Sozialismus der kommunistischen Staaten, der in Wahrheit - zumindest im Sinne des demokratischen Sozialismus - gar kein Sozialismus wird scharf verurteilt.

MS:

Abgrenzung zu CDU/CSU und FDP: Beide Parteien verteidigen mit allen Mitteln das bestehende Gesellschaftssystem und seine Wirtschaftsordnung.

Abgrenzung zur DKP: Undemokratische Erscheinungen in den auch von den MS als sozialistisch bezeichneten Staaten werden kritisiert. Die Leninsche Parteitheorie wird wegen ihrer undemokratischen Tendenzen abgelehnt. Die SPD wird nicht als unaufhebbar reformistisch betrachtet.

3. Strategie zur Durchsetzung der Ziele

3.1. Reformstrategie

GS:

Die Reformpolitik dient der Erhaltung der Stabilität und der Verbesserung der bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Die Reformpolitik ist stark von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig, da die finanziellen Mittel für die Reformen nur in Phasen des Aufschwungs ausreichend vorhanden sind. Eine Koordination zwischen der Reform- und der Wirtschaftspolitik ist bereits im bestehenden Wirtschaftssystem bei einer guten Zusammenarbeit der Regierung mit den Sozialpartnern möglich. Die Politik der schrittweisen Reformen in allen gesellschaftlichen Bereichen ist die Alternative zur Reaktion und zur Revolution. Die Theoretiker dieser Reformstrategie sind Bernstein und Popper.

RS:

Die Politik der schrittweisen Reformen hat die allmähliche Überwindung der bestehenden Gesellschaft zum Ziel. Eine Summierung von antikapitalistischen Strukturreformen in allen Sektoren der Gesellschaft hat als Ergebnis eine qualitative Veränderung der bestehenden Gesellschaft in eine demokratisch-sozialistische zur Folge. Es gibt keine starre Systemgrenze zwischen diesen beiden Gesellschaftsformen, der Übergang ist fließend. Es gibt im Rahmen des bestehenden Staates keine feste Grenze für die Durchsetzbarkeit von Reformen, sie ist von der Stärke der Organisationen der Lohnabhängigen bestimmt. Reformen im Rahmen des Kapitalismus sind also ambivalent, sie können sowohl systemverändernde (z.B. eine wirkliche paritätische Mitbestimmung) als auch systemstabilisierende (z.B. Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand) Funktion haben. Wegen der unzureichenden Steuerungsmöglichkeiten des Staates sind die Reformen völlig von der ökonomischen Entwicklung abhängig; eine ökonomische Krise bedeutet zugleich eine Krise der Reformpolitik.

MS:

Reformen sind ein Mittel zur Erreichung des Zieles der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft. Sie sind im Rahmen des kapitalistischen Staates nur in beschränktem Umfang realisierbar und dienen in erster Linie der Erweiterung der sozialen und demokratischen Rechte der Lohnabhängigen. Sie stoßen, wenn sie die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel entscheidend antasten, an die "Systemgrenze" des kapitalistischen Staates. Die angestrebte grundlegende "Reform" ist die Umwälzung der Produktionsverhältnisse durch die Sozialisierung der Schlüsselindustrien und die Einführung einer gesamtgesellschaftlichen Planung. Sie setzt eine Veränderung der Qualität des Staates voraus. Diese Transformation des Wesens des Staates soll durch eine konsequent antikapitalistisch gewordene SPD geleistet werden, die die ökonomische Basis der Gesellschaft verändern will. Diese Veränderung soll nach Möglichkeit auf friedlichem und parlamentarischem Weg erfolgen. Der Reformismus der GS und von Teilen der RS wird abgelehnt, da er nur der Verbesserung der bestehenden Wirtschaftsordnung und nicht ihrer Überwindung dient und sich Illusionen über die Realisierbarkeit von Reformen im Rahmen des bestehenden Gesellschaftssystems macht und ein ständiges wirtschaftliches Wachstum voraussetzt.

3.2. Verbindung der Arbeit im Parlament mit der Arbeit außerhalb des Parlaments

GS:

Die Arbeit im außerparlamentarischen Bereich muß ausschließlich der Unterstützung der Politik der Partei bzw. der sozialliberalen Bundesregierung dienen ("Vertrauensarbeit"). Sie darf die Parlamentarier in ihrer Entscheidungsfreiheit nicht einschränken und darf sich nicht gegen Mandatsträger der eigenen Partei richten. Der Schwerpunkt der politischen Arbeit liegt aber auf der parlamentarischen Ebene.

RS:

Die "Doppelstrategie" wird als Verbindung der einander gleichrangigen parlamentarischen und außerparlamentarischen Arbeit verstanden. Die außerparlamentarischen Aktivitäten dürfen nicht benutzt werden, um Druck auf sozialdemokratische Abgeordnete auszuüben.

MS:

Die Mobilisierung der Bevölkerung im außerparlamentarischen Bereich muß der Schwerpunkt sozialdemokratischer Politik sein. Sie muß durch die Arbeit in den parlamentarischen Gremien unterstützt und abgesichert werden, ihre in der Mobilisierung auftretenden Forderungen müssen in die Gesetzgebungsarbeit einfließen.

3. 3. Rolle der Partei

GS:

Die SPD ist eine Volkspartei, die die Interessen aller sozialen Gruppen vertritt und das Gemeinwohl anstrebt. Sie ist zwar vorwiegend im Bereich der Arbeitnehmer verankert, darf aber nicht ausschließlich deren Interessen vertreten. Die Partei ist eine Gesinnungsgemeinschaft, die auf der Akzeptierung der drei Grundwerte beruht; sie besitzt keine einheitliche Weltanschauung, da die Begründung der Grundwerte unterschiedlich sein kann. Das Godesberger Programm wird ohne jede Einschränkung unterstützt. Es bedeutet die endgültige Aufhebung des Widerspruchs zwischen radikaler Theorie und reformistischer Praxis, der die Geschichte der SPD bis dahin beherrscht hat. Die wichtigste Zielgruppe der Partei bei den Wahlen ist die "Mitte" (Wechselwähler im Bereich der Mittelschichten).

RS:

Das Volksparteikonzept wird prinzipiell gebilligt, da eine Rückkehr zur Arbeiterpartei nicht möglich ist. Die SPD darf jedoch nicht zu einer reinen Staats- bzw. Regierungspartei werden, die nur ein Anhängsel der sozialliberalen Bundesregierung darstellt und deren einziges Ziel der Wahlerfolg ist. Die mangelnde innerparteiliche Demokratie wird kritisiert. Das Godesberger Programm wird in allen seinen wesentlichen Bestandteilen gebilligt. Zielgruppe in den Wahlen ist vor allem die Arbeitnehmerschaft.

MS:

Die SPD muß vor allem die Klasseninteressen der Lohnabhängigen vertreten und daneben, falls möglich, die Interessen der Zwischenschichten (kleine Selbständige, Intelligenz etc.). Ziel der innerparteilichen Arbeit ist die Umwandlung der SPD in eine konsequent sozialistische Partei, die bei dem Kampf um die Überwindung des Kapitalismus eine führende Rolle spielen soll. Das Godesberger Programm wird als widersprüchlich betrachtet, es wird daher nicht in allen Teilen akzeptiert.

3.4. Bündnispartner

GS:

Der wichtigste Bündnispartner der SPD sind die Gewerkschaften, mit denen die Partei die gemeinsame Herkunft und gemeinsame Ziele verbindet. Es wird eine Art Arbeitsteilung zwischen den beiden Organisationen gefordert: die ökonomischen Ziele werden vor allem von den Gewerkschaften verfolgt, die politischen Ziele von der SPD. Die Gewerkschaften sind keine Klassenkampforganisationen, sondern Sozialpartner der Unternehmer. Die Koalition mit der FDP ist der Ausdruck des "historischen Bündnisses" zwischen dem demokratischen Sozialismus und dem sozialen Liberalismus, die beide durch gemeinsame Ziele wie z.B. Demokratisierung der Gesellschaft eng verbunden sind. Eine Koalition mit der CDU/CSU wird nicht prinzipiell abgelehnt, da mit ihr ein Grundkonsens ("Gemeinsamkeit der Demokraten") vorhanden ist.

RS:

Die Gewerkschaften sind der wichtigste Bündnispartner. Sie werden als Klassenorganisationen der Lohnabhängigen betrachtet, die gegenüber den Unternehmern völlig entgegengesetzte Interessen zu vertreten haben. Die SPD darf in der Bundesregierung nicht eine Politik verfolgen, die der Position der Gewerkschaften widerspricht. Die sozialliberale Koalition wird trotz der Kritik an der unternehmerfreundlichen Haltung der FDP prinzipiell befürwortet. Angestrebt wird ein breites gesellschaftliches Bündnis aus Sozialdemokraten, Gewerkschaftlern, linken Liberalen und fortschrittlichen Christen, das die Demokratisierung der Gesellschaft und ein qualitatives Wachstum der Wirtschaft erreichen soll. Eine Zusammen-

arbeit mit der DKP wird abgelehnt, da sie die Konzeption eines autoritären Sozialismus vertritt.

MS:

Die Gewerkschaften als Klassenkampforganisation sind der Hauptbündnispartner der SPD, Die SPD muß die Forderungen der Gewerkschaften in den Parlamenten und in den Regierungen durchsetzen. Ein soziales Bündnis der Arbeiterklasse mit Teilen der lohnabhängigen und selbständigen Mittelschichten ist erforderlich, um der Macht der Großkonzerne entscheidend entgegenzutreten zu können. Eine Koalition mit der CDU/CSU wird prinzipiell abgelehnt und sie würde zur Gefährdung der Parteieinheit führen. Die Koalition mit der FDP wird wegen der unternehmerfreundlichen Haltung der FDP nur als "kleineres Übel" akzeptiert. Eine Zusammenarbeit mit linken Liberalen, fortschrittlichen Christen und Kommunisten wird in Einzelfällen - vor allem im außerparlamentarischen Bereich - befürwortet.

3.5. Gegner des demokratischen Sozialismus

GS:

Hauptgegner des demokratischen Sozialismus sind die Extremisten von links und rechts (Faschisten und Kommunisten), die im Rahmen der Totalitarismustheorie als identisch betrachtet werden. Gegner, allerdings von anderer Qualität, sind auch der "deutschnationale" Flügel der CDU/CSU und nicht näher genannte Interessenvertreter von Privilegierten und Reformfeinde.

RS:

Hauptgegner des demokratischen Sozialismus ist die ökonomische Machtelite und ihre Interessenvertreter in der CDU/CSU und der FDP, v.a. in den rechten Flügeln der beiden Parteien. Ein ebenso wichtiger, wenngleich wegen seiner Schwäche in der Bundesrepublik, nicht so gefährlicher Gegner sind die Kommunisten.

MS:

Der entscheidende Gegner des demokratischen Sozialismus ist das Großkapital und seine Interessenvertreter in den Verbänden und in der CDU/CSU und der FDP. Die DKP wird zwar als politischer Gegner, nicht aber als "Klassenfeind" betrachtet.

3.6. Innerparteiliche Gegner

GS:

Die SPD verlassen müssen Mitglieder, die eine Demokratisierung der Gesellschaft ablehnen, die Gewaltanwendung befürworten und eine Diktatur anstreben. Der Hauptgegner ist jedoch der linke Parteiflügel, v.a. die Jungsozialisten. Zum Teil wird pauschal den Jungsozialisten, zum Teil nur der "Stamokap-Gruppe" vorgeworfen den Boden des Godesberger Programms zu verlassen.

RS:

Innerparteilicher Gegner ist sowohl die Parteilinie, die den Kapitalismus befürwortet, mit der jedoch Kompromißmöglichkeiten bestehen, wie die Gruppe der Parteilinken, die sich als "marxistischer Flügel" bezeichnet, Zum Teil wird die Zusammenarbeit mit ihr abgelehnt und ihr Parteiausschluß bzw. ein Funktionsverbot für sie gefordert, zum Teil wird mit ihr eine inhaltliche Auseinandersetzung verlangt.

MS:

Innerparteiliche Gegner sind die GS und Teile der RS, die sich zunehmend den GS anpassen.

Anmerkungen

(Ich verwende hierbei die in der Literaturliste aufgeführten Kurztitel)

Vorwort

- 1/vgl. zu dieser These auch Müller, Demokratischer Sozialismus, S.9
- 2/diese Thesen teilen auch Grebing, Geschichte, S.57 und Huster, Theorie und Praxis, S.419, 421 u. 452-455
- 3/vgl. dazu Huster, Theorie und Praxis, S.452-455
- 4/zur Kategorie "Flügel" bzw. "Fraktion" vgl. Raschke, Organisierter Konflikt, S.21-35

Kapitel 1

- 1/Vgl. zur Entwicklung der Sozialdemokratie 1863-1891: Abendroth, Aufstieg, S.19-28; v. Freyberg, Geschichte, S.11-36; Potthoff, Die Sozialdemokratie, S.11-43; Grebing, Geschichte, S.48-93
- 2/Vgl. die Darstellung der politischen Theorie Lassalles bei Lehnert, Reform und Revolution, S.50-65
- 3/Eisenacher Programm in Abendroth, Aufstieg, S.91/92
- 4/Diese Meinung vertritt z.B. Fricke, Handbuch, S.17
- 5/Grebing, Geschichte, S.65
- 6/Diese Auffassung teilt Huster, Theorie und Praxis, S.421
- 7/zitiert nach Lehnert, Reform und Revolution, S.66
- 8/Gothaer Programm in Abendroth, Aufstieg, S.93/94
- 9/Marx, Kritik, S.11-38
- 10/Vgl. dazu Bock, Die 'Literaten- und Studentenrevolte
- 11/Grebing, Geschichte, S.108
- 12/Abendroth, Aufstieg, S.32
- 13/Vgl. zur Entwicklung der Sozialdemokratie 1891-1914: Abendroth, Aufstieg, S.28-48; Potthoff, Die Sozialdemokratie, S.44-60; v. Freyberg, Geschichte, S.37-50; Grebing, Geschichte, S.94-139; Fülberth/Harrer, Die deutsche Sozialdemokratie, S.36-114; Lehnert, Reform und Revolution, S.146 ff.
- 14/Die Hauptarbeiten der Revisionismusdebatte sind: Bernstein, Die Voraussetzungen; Kautsky, Antikritik und Luxemburg, Ausgewählte Schriften Band 1 u. 2
- 15/Bernstein, Texte
- 16/zitiert nach Lehnert, Reform und Revolution, S.225
- 17/zitiert nach Huster, Theorie und Praxis, S.427
- 18/Vgl. zur inneren Differenzierung der SPD seit 1910 Groh, Negative Integration
- 19/Fricke, Handbuch, S.228
- 20/Groh, Negative Integration, S.165/166
- 21/zur Entwicklung und den Inhalten der politischen Theorie Bernsteins vgl. Gustafson, Revisionismus und Lehnert, Reform und Revolution, S.169-205, 242-248
- 22/Bernstein, Texte, S.74; ökonomische Theorie v.a. S.68-88
- 23/Bernstein, Texte, darin Analyse der Sozialstruktur v.a. S.105-117
- 24/Vgl. zur Entwicklung des "ethischen Sozialismus Sandkühler/de la Vega, Marxismus und Ethik
- 25/Bernstein, Texte, darin Kritik an Dialektik und Werttheorie, S.165-174
- 26/Bernstein, Texte, S.75
- 27/Bernstein, Texte, S.41
- 28/Bernstein, Texte, darin Demokratietheorie v.a. S.118-134
- 29/Bernstein, Texte, S.129
- 30/Bernstein, Texte, S.139
- 31/Bernstein, Texte, darin Theorie der "Doppelstrategie" v.a. S.153-164
- 32/Bernstein, Texte, S.182
- 33/zitiert nach Fricke, Handbuch, S.231
- 34/zitiert nach Fricke, Handbuch, S.239
- 35/Fülberth/Harrer, Die deutsche Sozialdemokratie, S.85/86
- 36/zitiert nach Groh, Negative Integration, S.120
- 37/Groh, Negative Integration, S.436
- 38/Kautsky, Antikritik, darin Kritik der ökonomischen Theorie Bernsteins, v.a.

S.43,46,154

39/Kautsky,Antikritik,S.54

40/Kautsky,Antikritik,S.31,32,34,41

41/Kautsky,Antikritik,S.172

42/Kautsky,Der Weg ,S.44

43/zur Bündniskonzeption Kautskys vgl. Groh,Negative Integration,S.251

44/Vgl. dazu Lehnert,Reform und Revolution,S.255-264

45/Kautsky,Antikritik,S.181

46/Fülberth/Harrer,Die deutsche Sozialdemokratie,S.89-91 und Groh,Negative Integration,S.199

46a/Vgl. Darstellung der politischen Theorie Luxemburgs bei Lehnert,Reform und Revolution,S.206-222 u. 248-255

47/Die Imperialismustheorie wird entwickelt in Luxemburg,Die Akkumulation

48/Luxemburg,Ausgewählte Schriften 1 ,S.52

49/ebenda,S.87

50/ebenda,S.91

51/ebenda,S.94/95

52/zur Massenstreiktheorie vgl. Luxemburg,"Massenstreik,Partei und Gewerkschaften" in Luxemburg,Ausgewählte Schriften 2 ,S.27-101

53/Luxemburg,Ausgewählte Schriften 2 ,S.95

54/Luxemburg,Ausgewählte Schriften 1 ,S.48

55/Vgl. zur Entwicklung der Sozialdemokratie 1914-1918:Grebting,Geschichte,S.134-153;v. Freyberg,Geschichte,S.51-64;Potthoff,Die deutsche Sozialdemokratie,S.61-69;Abendroth,Aufstieg,S.46-51;Fülberth/Harrer,Die deutsche Sozialdemokratie,S.112-135

56/Krause,Zur Geschichte der USPD

57/zitiert nach Huster,Theorie und Praxis,S.432

58/Vgl. zur Entwicklung der Sozialdemokratie 1918-1933:v. Freyberg,Geschichte,S.65-179;Potthoff,Die deutsche Sozialdemokratie,S.88-124;Grebting,Geschichte,SS.160-176 u. 199-209;Abendroth,Aufstieg,S.102-113;Fülberth/Harrer,Die deutsche Sozialdemokratie,S.136-152;zur Theoriediskussion in der Weimarer SPD vgl. Weber,Das Prinzip Links,S.147-214

59/zitiert nach Huster,Theorie und Praxis,S.434

60/Zur "jungen Rechten" vgl.:Mommensen,Sozialdemokratie,S.111-128;Grebting,Geschichte,S.172/173 u. 201/202;Osterroth,Der Hofgeismarer Kreis der Jungsozialisten

61/Die bisher umfassendste Darstellung der Linken in der Weimarer SPD gibt Drechsler,Die SAPD,S.1-128;vgl. auch Abendroth,Aufstieg,S.59-65;Fülberth/Harrer,Die deutsche Sozialdemokratie,S.201-209 u. 235/236;Grebting,Geschichte,S.172 u. 201

62/Fülberth/Harrer,Die deutsche Sozialdemokratie,S.207 und Drechsler,Die SAPD,S.10,16,19,46,65

63/zum ISK und IJB vgl. Link; zu den religiösen Sozialisten vgl. Suck,Die religiösen Sozialisten in der Weimarer Republik

64/Drechsler,Die SAPD,S.211-215

65/ebenda S.72/73 u. 229-236

66/ebenda,S.158 ff.

67/Vgl. zur Entwicklung der Sozialdemokratie 1933-1945:v. Freyberg,Geschichte,S.180-241;Matthias,Mitdem Gesicht nach Deutschland;Gleissberg,SPD und Gesellschaftssystem

68/Prager Manifest in Abendroth,Aufstieg,S.114-122

69/Gleissberg,SPD und Gesellschaftssystem

70/Vgl. zur Geschichte der SPD 1945-1949:Brauns,Die SPD,S.14-108;v. Freyberg,Geschichte,S.242-306;Miller,Die SPD,S.9-25

71/zitiert nach Miller,Die SPD,S.76

72/zitiert nach Miller,Die SPD,S.86

73/"Kundgebung von Hannover" in Mayer/Stuby,Die Entstehung des Grundgesetzes,S.261-269

74/Mayer/stuby,Die Entstehung des Grundgesetzes,S.265

75/entfällt

76/zitiert nach Miller,Die SPD,S.81

- 77/"Aufruf des Zentralausschusses" in Mayer/ tuby, Die Entstehung des Grundgesetzes, S.253-256
- 78/vgl. hierzu aus "westlicher" Sicht Kaden, Einheit oder Freiheit; Grebing, Geschichte, S.256; Miller, Die SPD, S.10/11
- 79a/Benz, Westdeutschlands Weg, S.166
- 79b/Zur Geschichte der SPD 1949-1959: Grebing, Geschichte, S.234-245; v. Freyberg, Geschichte, S.307-363; Brauns, Die SPD, S.150-224; Miller, Die SPD, S.26-41; Narr, CDU-SPD; Köser, Innovationsprozesse
- 79c/zum Volsparteikonzept vgl. C.Schmidt, "Für und gegen eine Jedermann-Partei", in Flechtheim, Dokumente, S.78-81
- 79d/vgl. zur politischen Theorie dieser z.T. aus dem ISK hervorgegangenen Gruppe: Eichler, Zur Einführung und Weisser, Freiheit durch Sozialismus und Flohr/Lompe/Neumann, Freiheitlicher Sozialismus
- 80/zur Ablehnung der Sozialisierung vgl. Wolters, "Sozialisierung-unzeitgemäß und überholt", in Flechtheim, Dokumente, S.86-88
- 81/Dortmunder und Berliner Aktionsprogramm in Dowe/Klotzbach, Programmatische Dokumente, S.297-348
- 82/Eine Kurzcharakteristik dieser Gruppe findet sich bei Narr, CDU-SPD, S.197-203
- 83/zitiert nach Flechtheim, Dokumente, S.54 u. 58
- 84/Flechtheim, Dokumente, S.146/147
- 85/entfällt
- 86/zur Entwicklung der SPD-Linken 1945-1966 vgl.: Abendroth, Ein Leben, S.217-258; Seifert, Linke in der SPD; Brauns, Die SPD, S.185-192; E.Schmidt, Thesen;
- 87/zitiert nach Flechtheim, Dokumente, S.72
- 88/Abendroth, Aufgaben
- 89/zu den Zeitschriften der SPD-Linken vgl. v.a. Abendroth und Seifert (Anmerkung 86)
- 90/zitiert nach Flechtheim, Dokumente, S.150
- 91/zitiert nach Seifert, Die Linke in der SPD, S.240
- 92/zur Geschichte der SPD seit 1960 vgl.: Brauns, Die SPD, S.225 ff.; Hofschien/Ott/Rupp, SPD im Widerspruch, S.56 ff.; Narr/Scheer/Spoerri, SPD,
- 93/dieser Artikel ist abgedruckt in Flechtheim, Dokumente, S.147-150
- 94/Flechtheim, Dokumente, S.258
- 95/Flechtheim, Dokumente, S.426
- 96/Zur Geschichte der Jungsozialisten vgl. : Butterwegge, Jungsozialisten und SPD; Krause/Wehr/Weinsen, Geschichte der Jungsozialisten; Eckert, Sozialdemokratie und Jungsozialisten; Müller, Jungsozialisten; Heimann, Theoriediskussion; Heimann/Martens/Müller, Die Linke in der SPD; Börnsen, Innerparteiliche Opposition
- 97/zur Diskussion um den OR 85 vgl.: von Oertzen/Ehmke/Ehrenberg, Der OR 85; Küpper, OR 85; Albers/Neumann/Wand, OR 85; Ermrich, Bericht; zum Ergebnis des Mannheimer Parteitages vgl.: Glotz, Der Mannheimer Parteitag; Butterwegge/Hofschien, Zum gegenwärtigen Stand

Kapitel 2

- 1/Vogel u.a., Godesberg
- 2/ebenda S.11-25
- 3/ebenda S.15
- 4/ebenda S.27
- 5/ebenda S.28
- 6/ebenda S.40-47
- 7/ebenda S.48
- 8/Schwan, Sozialdemokratie, S.10
- 9/ebenda S.10-18
- 10/ebenda S.19-28
- 11/Kremendahl, Volkspartei
- 12/ebenda S.71-147
- 13/ebenda S.106/107

- 14/ebenda S.51
- 15/ebenda S.52/53
- 16/entfällt
- 17/ebenda, S.56-70
- 18/ebenda S.59
- 19/ebenda S.60-64
- 20/ebenda S.65-68
- 21/ebenda S.68
- 22/ebenda S.42,44,131
- 23/Steffen, Strukturelle Revolution, S.119
- 24/ebenda S.48-66
- 25/SOVEC, Strategien, S.66/67
- 26/ebenda S.89
- 27/ebenda S.90
- 28/ebenda S.90/91
- 29/ebenda, S.93
- 30/Albers/Neumann/Wand, Orientierungsrahmen 85, S.55
- 31/Hofschen/Ott/Rupp, SPD im Widerspruch, S.158-166
- 32/ebenda S.159
- 33/ebenda S.160
- 34/ebenda S.162
- 35/ebenda S.161-165
- 36/ebenda S.165
- 37/ebenda S.166
- 38/vgl die Versuche die Flügelbildung der SPD aus dem Bewußtsein der Mitglieder und ihrer sozialen Lage abzuleiten: SOVEC, Strategiediskussion; Raschke, Organisierter Konflikt, S.79-102; Raschke/Kaste, Zur Politik; Zeuner, Zur SPD-Bindung und die Diskussion in der Zeitschrift "Sozialist" 1977
- 39/Fülberth/Harrer, Die deutsche Sozialdemokratie, S.7-35; eine nur unwesentlich veränderte Fassung ist der Aufsatz Harrers, Zur Typologie.
- 40/Fülberth/Harrer, Die deutsche Sozialdemokratie, S.9
- 41/ebenda S.9/10
- 42/ebenda S.14-18
- 43/z.B. Brauns, Die SPD, S.11; Raschke, Organisierter Konflikt, S.39; Raschke/Kaste, Zur Politik, S.64-69; Hofschen/Ott/Rupp, SPD im Widerspruch
- 44/Sandkühler, Sozialdemokratische Philosophie, S.23
- 45/ebenda S.23
- 46/Eckert, Das ist demokratischer Sozialismus, S.9
- 47/ebenda S.12
- 48/ebenda S.54
- 49/ebenda S.64-72
- 50/ebenda S.72
- 51/vgl. dazu Granow, Die gegenwärtige Sozialdemokratie; Autorenkollektiv, Ideologie des Sozialdemokratismus; Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Demokratischer Sozialismus-Schein und Wirklichkeit
- 52/Schelsky, Mehr Demokratie, S.441
- 53/ebenda S.442
- 54/Müller, Demokratischer Sozialismus, S.71
- 55/ebenda S.9
- 56/Küpper, Orientierungsrahmen 85, S.64
- 57/Hennis, Organisierter Sozialismus, S.8
- 58/ebenda S.66
- 59/Biedenkopf, Eine Volksfront, S.31
- 60/entfällt
- 61/Biedenkopf, Eine Volksfront, S.42
- 62/Vogel u.a., Godesberg, S.45
- 63/Schwan, Sozialdemokratie, S.20
- 64/ebenda S.22
- 65/von Oertzen, Freiheitlich-demokratische Grundordnung und Räte-System
- 66/Schwan, Sozialdemokratie, S.24/25
- 67/diese Einschätzung teilt auch von Oertzen in Fischer, Stamokap, S.10/11

- 68/Kremendahl, Volkspartei, S.62
- 69/Krause/Wehr/Weinsen, Geschichte der Jungsozialisten, S.139
- 70/Kremendahl, Volkspartei, S.65
- 71/Sandkühler, Sozialdemokratische Philosophie, S.24
- 72/Eckert, Das ist demokratischer Sozialismus, S.12
- 73/ebenda S.12
- 74/vgl. dazu Anmerkung 38
- 75/Hennis, Organisierter Sozialismus, S.43
- 76/Biedenkopf, Eine Volksfront, S.31

Kapitel 3

Kapitel 3.1.

- 1/Stammer/Weingart, Politische Soziologie, München 1972, S.181
- 2/Raschke, Organisierter Konflikt, S.39
- 3/Grebing, Konservative gegen die Demokratie, Frankfurt/Main 1971, S.262
- 4/Glotz, Der Mannheimer Parteitag, S.15
- 5/Arbeitsteam der HDS, Zur Einführung
- 6/von Oertzen/Narr, Kontroverse, S.151
- 7/vgl. zur inneren Differenzierung der Jusos die in Kapitel 1 Anmerkung 96 angegebene Literatur
- 8/zur Position der Antirevisionisten vgl. SOVEC, Strategiediskussion und C.Schmidt, Juso-Strategie
- 8a/zur Position der "Stamokap-Gruppe" vgl. :Selbstdarstellung in Krause/Wehr/Weinsen, Geschichte der Jungsozialisten und Albers/Neumann/Wand, Orientierungsrahmen 85; Kritik an ihr aus Sicht der GS Kramm, Stamokap und die Beiträge von Vogel, Kronawitter, Kaisen und Kremendahl in Fischer, Stamokap; Kritik an der Stamokap-Theorie aus Sicht der Antirevisionisten übt Krumbein in Die antimonopolistische Demokratie
- 9/vgl. die in Kapitel 2 Anmerkung 38 angegebene Literatur
- 10/Lehmbruch, Einführung in die Politikwissenschaft, Stuttgart 1967, S.61
- 11/vgl. hierzu Ritsert, Inhaltsanalyse und Ideologiekritik, Frankfurt/Main 1973
- 12/einen Überblick über die Theoriediskussion in der SPD geben Narr/Scheer/Spörri, SPD; Heimann, Theoriediskussion und Fenner, Demokratischer Sozialismus

Kapitel 3.2.

- 1/Brandt, Über den Tag hinaus, S.116
- 2/ebenda S.70
- 3/ebenda S.190
- 4/Brandt, Zum Auftrag, S.16 und Brandt, Die Partei, S.67
- 5/
- 6/Brandt, Über den Tag hinaus, S.119
- 7/ebenda S.114
- 8/Brandt, Über den Tag hinaus, S.114 und Vogel u.a., Godesberg, S.15
- 9/Vogel u.a., Godesberg, S.14
- 10/ebenda S.15
- 11/Vogel, Staat und Recht, S.748
- 12/ebenda S.751
- 13/Vogel, Grundfragen, S.18
- 14/Schmidt, Kontinuität, S.283
- 15/Brandt, Über den Tag hinaus, S.97
- 16/ebenda S.296
- 17/Brandt, Kurs Marktwirtschaft, S.42
- 18/ebenda S.39
- 19/Brandt in Kettenbach, Der lange Marsch, S.207
- 20/Schmidt in Brandt/Schmidt, Deutschland 1976, S.59; Vogel u.a., Godesberg, S.21; Ehrenberg, Zwischen, S.41, 47/48 u. 265
- 21/Brandt in Kettenbach, Der lange Marsch, S.207
- 22/Brandt, Über den Tag hinaus, S.95

- 23/Schmidt in Brandt/Schmidt, Deutschland 1976, S.60
- 24/Vogel u.a., Godesberg, S.23
- 25/ebenda S.24
- 26/Schmidt, Kontinuität, S.180
- 27/Ehrenberg, Zwischen, S.121
- 28/ebenda S.239
- 29/Vogel u.a., Godesberg, S.14
- 30/Ehrenberg, Probleme, S.552
- 31/Glotz, Der Weg, S.217
- 32/Ehrenberg, Politik, S.597
- 33/Ehrenberg, Zwischen, S.240
- 34/Vogel u.a., Godesberg, S.33
- 35/Brandt, Über den Tag hinaus, S.306
- 36/ebenda S.491
- 37/Vogel, Reale Reformen, S.15
- 38/Brandt, Über den Tag hinaus, S.97
- 39/Brandt in Brandt/Schmidt, Deutschland 1976, S.43
- 40/Brandt in Brandt/Kreisky/Palme, Briefe, S.67
- 41/Schmidt, Die öffentliche Diskussion, S.241
- 42/Brandt, Über den Tag hinaus, S.496/497
- 43/Vogel, Reale Reformen, S.4
- 44/Brandt, Über den Tag hinaus, S.267
- 45/ebenda S.271
- 46/Brandt in Brandt/Kreisky/Palme, Briefe, S.72
- 47/Brandt, Über den Tag hinaus, S.269
- 48/Schmidt, Kontinuität, S.289
- 49/Vogel u.a., Godesberg, S.65
- 50/Glotz, Der Weg, S.79
- 51/Brandt, Über den Tag hinaus, S.303
- 52/Ehrenberg, Politik, S.601
- 53/Brandt, Über den Tag hinaus, S.184
- 54/ebenda S.189
- 55/Vogel u.a., Godesberg, S.61 u. 63
- 56/Vogel, Reale Reformen, S.18
- 57/Ehrenberg, Zwischen, S.241
- 58/Brandt in Kettenbach, Der lange Marsch, S.48
- 59/Ehrenberg in Ehrenberg/Strasser, Vergesellschaftung, S.489
- 59b/Brandt, Über den Tag hinaus, S.298
- 60/ebenda S.490
- 61/Schmidt, Kontinuität, S.179
- 62/Vogel u.a., Godesberg, S.21
- 63/Ehrenberg, Probleme, S.553
- 64/Ehrenberg in Ehrenberg/Strasser, Vergesellschaftung, S.484
- 65/Brandt, Über den Tag hinaus, S.94/95
- 66/Brandt in Brandt/Schmidt, Deutschland 1976, S.107
- 67/ebenda S.127
- 68/Glotz, Der Weg, S.110
- 69/Brandt, Über den Tag hinaus, S.306; Schmidt in Brandt/Schmidt, Deutschland 1976, S.59; Ehrenberg, Zwischen, S.47
- 70/Glotz, Der Weg, S.111
- 71/zitiert nach Hergt, Parteiprogramme, S.39
- 72/Brandt, Über den Tag hinaus, S.88 und Brandt in Brandt/Schmidt, Deutschland 1976, S.35
- 73/Brandt, Zum Auftrag, S.3
- 74/Vogel u.a., Godesberg, S.11
- 75/Brandt, Über den Tag hinaus, S.268
- 76/Schmidt, Kontinuität, S.285
- 77/Brandt, Über den Tag hinaus, S.89
- 78/vgl. hierzu Eichler, Zur Einführung; Weisser, Freiheit durch Sozialismus und Flohr/Lompe/Neumann, Freiheitlicher Sozialismus
- 79/Brandt, Zum Auftrag, S.9/10

- 80/Schmidt in Brandt/Schmidt, Deutschland 1976, S.45
- 81/Vogel u.a., Godesberg, S.53
- 82/vgl. die Gegenüberstellung der Aussagen der SPD und CDU zu den Grundwerten in Liese, Zielvorstellungen, S.23-25
- 83/Brandt, Der Auftrag, S.7
- 84/ebenda S.7
- 85/Brandt/Schmidt, Deutschland 1976, S.120/121
- 86/Brandt, Über den Tag hinaus, S.
- 87/Brandt, Über den Tag hinaus, S.84 und Brandt, Freiheit, S.5
- 88/Brandt, Freiheit, S.8
- 89/Brandt, Godesberg geht es, S.1039
- 90/Brandt, Über den Tag hinaus, S.110
- 91/Schmidt in Brandt/Schmidt, Deutschland 1976, S.67
- 92/Schmidt, Kontinuität, S.279
- 93/Brandt in Kettenbach, Der lange Marsch, S.207
- 94/Brandt in Brandt/Schmidt, Deutschland 1976, S.96
- 95/Schmidt, Kontinuität, S.69/70
- 96/Vogel u.a., Godesberg, S.35/36
- 97/Brandt, Über den Tag hinaus, S.182 und Vogel, Grundfragen, S.10-15
- 98/Schmidt, Kontinuität, S.278
- 99/zitiert nach Vogel, Grundfragen, S.19
- 100/Glotz, Der Weg, S.42
- 101/ebenda S.67/68
- 102/Brandt, Über den Tag hinaus, S.93
- 103/Vogel, Reale Reformen, S.24
- 104/Brandt, Über den Tag hinaus, S.117; Vogel, Grundfragen, S.17/18; Glotz, Der Weg, S.211 u. 254
- 105/Vogel, Im Geiste Godesbergs, S.278
- 106/Glotz, Der Weg, S.246
- 107/Brandt zitiert nach Vogel u.a., Godesberg, S.68
- 108/Brandt, Über den Tag hinaus, S.107
- 109/Brandt, Godesberg geht es, S.1033
- 110/ebenda S.1033
- 111/Brandt in Brandt/Schmidt, Deutschland 1976, S.104
- 112/Schmidt in Brandt/Schmidt, Deutschland 1976, S.103
- 113/Schmidt in Brandt/Schmidt, Deutschland 1976, S.169; Brandt, Über den Tag hinaus S.83 u. 109; Brandt, Godesberg geht es, S.1033
- 114/Brandt in Brandt/Schmidt, Deutschland 1976, S.71
- 115/Brandt in Kettenbach, Der lange Marsch, S.215
- 116/Schmidt in Brandt/Schmidt, Deutschland 1976, S.73
- 117/Schmidt, Kontinuität, S.182
- 118/Schmidt, Die öffentliche Diskussion, S.240
- 119/Vogel, Im Geiste Godesbergs, S.275/276
- 120/Brandt in Brandt/Schmidt, Deutschland 1976, S.105
- 121/Schmidt in Brandt/Schmidt, Deutschland 1976, S.81
- 122/Glotz, Der Weg, S.150/151
- 123/Brandt zitiert nach Vogel u.a., Godesberg, S.68
- 124/Brandt, Über den Tag hinaus, S.91
- 125/Schmidt in Brandt/Schmidt, Deutschland 1976, S.103
- 126/Schmidt, Kontinuität, S.173
- 127/Brandt in Brandt/Schmidt, Deutschland 1976, S.122/123
- 128/Brandt, Über den Tag hinaus, S.59
- 129/ebenda S.68
- 130/ebenda S.68
- 131/Schmidt in Brandt/Schmidt, Deutschland 1976, S.130
- 132/Brandt ebenda
- 133/Brandt, Zum Auftrag, S.12
- 134/Brandt, Godesberg geht es, S.1037
- 135/Brandt, Über den Tag hinaus, S.109 und Schmidt in Brandt/Schmidt, Deutschland 1976, S.28/29

- 136/Brandt, Zum Auftrag, S.9
- 137/Brandt, Freiheit, S.6
- 138/Brandt in Brandt/Schmidt, Deutschland 1976, S.107
- 139/Brandt, Zum Auftrag, S.6
- 140/Brandt in Kettenbach, Der lange Marsch, S.205
- 141/Ehrenberg, Zwischen, S.182
- 142/Schmidt in Brandt/Schmidt, Deutschland 1976, S.41
- 143/Schmidt, Kontinuität, S.167
- 144/Vogel u.a., Godesberg, S.40-48
- 145/Vogel in Fischer, Stamokap, S.27/28
- 146/ebenda S.27/28
- 147/Glotz, Der Weg, S.238
- 148/Glotz, Der Weg, S.240
- 149/Brandt in Kettenbach, Der lange Marsch, S.207
- 150/ebenda S.208

Kapitel 3.3.

- 1/v. Oertzen, Thesen, S.17-19
- 2/v. Oertzen, Die Aufgabe, S.23
- 3/Steffen, Strukturelle Revolution, S.26
- 4/ebenda S.294
- 5/ebenda S.178
- 6/ebenda S.322/323
- 7/ebenda S.107
- 8/ebenda S.34
- 9/Strasser, Das ist demokratischer Sozialismus, S.26 und Strasser, Die Funktion des Staates, S.79
- 10/Strasser, Die Funktion des Staates, S.72
- 11/ebenda S.72
- 12/ebenda S.72
- 13/zitiert nach Strasser, Das ist d.S., S.96
- 14/zitiert nach Krause/Wehr/Weinsen, Geschichte der Jungsozialisten, S.95
- 15/in Fischer, Stamokap, S.41/42
- 16/ebenda S.41/42
- 17/v. Oertzen, Im Auftrag, S.24
- 18/ebenda S.43
- 19/v. Oertzen, Thesen, S.23
- 20/ebenda S.23
- 21/Steffen, Krisenmanagement, S.25
- 22/Steffen, Strukturelle Revolution, S.290
- 23/Steffen, Krisenmanagement, S.71
- 24/Steffen, Strukturelle Revolution, S.171
- 25/ebenda S.162 u. 171/172
- 26/ebenda S.94 u. 301/302
- 27/Strasser, Die Zukunft, S.60
- 28/Strasser in Ehrenberg/Strasser, Vergesellschaftung, S.484
- 28b/v. Oertzen, Thesen, S. 14
- 29/ v. Oertzen, Die Grundwerte, S. 266
- 30/ Steffen, Strukturelle Revolution, S. 30
- 31/ Steffen, Strukturelle Revolution, S. 28
- 32/ ebenda, S. 28
- 33/ Strasser, Die Zukunft, S. 30
- 34/ Strasser, Von der Schwierigkeit, S. 58
- 35/ Strasser, Einige Anmerkungen, S. 550
- 36/ Strasser, Die Zukunft, S. 78
- 37/ Strasser, Einige Anmerkungen, S. 548
- 38/ Strasser, Die Zukunft, S. 86
- 39/ Strasser, Das ist d.S., S. 30
- 40/ Strasser, Die Zukunft, S. 83

- 41/ zit. nach Krause/Wehr/Weinsen, Geschichte der Jungsozialisten, S. 103
- 42/ Strasser, Das ist d. S., S. 29 und Strasser, Die Funktion des Staates, S. 81
- 43/ Steffen, Strukturelle Revolution, S. 197
- 44/ Strasser, Die Zukunft, S. 120/121
- 45/ Strasser, Das ist d. S., S. 27
- 46/ v. Oertzen, Thesen, S. 23
- 47/ v. Oertzen, Die Aufgabe, S. 68
- 48/ ebenda, S. 68
- 49/ ebenda, S. 71
- 50/ ebenda, S. 122
- 51/ ebenda, S. 18
- 52/ Steffen, Strukturelle Revolution, S. 191
- 53/ ebenda, S. 34
- 54/ ebenda, S. 130
- 55/ Steffen, Krisenmanagement, S. 81/82
- 56/ Steffen, Strukturelle Revolution, S. 303
- 57/ Strasser, Die Zukunft, S. 106
- 58/ Strasser, in Ehrenberg/Strasser, Vergesellschaftung, S. 484
- 59/ Strasser, Die Zukunft, S. 105
- 60/ ebenda, S. 114
- 61/ ebenda, S. 113
- 62/ Strasser, Das ist d. S., S. 20
- 63/ Strasser, in Ehrenberg/Strasser, Vergesellschaftung, S. 493
- 64/ v. Oertzen, Die Grundwerte, S. 265
- 65/ ebenda, S. 265
- 66/ ebenda, S. 266
- 67/ Steffen, Versuch, S. 95
- 68/ Strasser, Die Zukunft, S. 101
- 69/ Steffen, Strukturelle Revolution, S. 111
- 70/ ebenda, S. 143/144
- 71/ ebenda, S. 145
- 72/ Strasser, Das ist d. S., S. 15
- 73/ ebenda, S. 16
- 74/ ebenda, S. 15
- 75/ Strasser, Die Zukunft, S. 54/55
- 76/ ebenda, S. 151
- 77/ Strasser, Plädoyer, S. 647-649
- 78/ Steffen, Strukturelle Revolution, S. 141
- 79/ ebenda, S. 141
- 80/ v. Oertzen, Thesen, S. 5 und 13
- 81/ ebenda, S. 14
- 82/ ebenda, S. 23
- 83/ Steffen, Strukturelle Revolution, S. 156 und 160
- 84/ ebenda, S. 319 und 321
- 85/ ebenda, S. 395
- 86/ Steffen, Krisenmanagement, S. 73
- 87/ Strasser, Das ist d. S., S. 14
- 88/ Strasser, Die Zukunft, S. 70
- 89/ v. Oertzen, Thesen, S. 14
- 90/ Steffen, Strukturelle Revolution, S. 72
- 91/ Strasser, Einige Anmerkungen, S. 549
- 92/ v. Oertzen, Thesen, S. 5
- 93/ ebenda, S. 16
- 94/ Steffen, Strukturelle Revolution, S. 291
- 95/ ebenda, S. 242
- 96/ Strasser, Das ist d. S., S. 27
- 97/ v. Oertzen, Thesen, S. 21
- 98/ Steffen, Strukturelle Revolution, S. 173
- 99/ ebenda, S. 187
- 100/ Strasser, Die Zukunft, S. 138

- 101/ ebenda, S. 138
- 102/ zit. nach Krause/Wehr/Weinsen, Geschichte der Jungsozialisten, S. 98
- 103/ v. Oertzen, Die Aufgabe, S. 18
- 104/ ebenda, S. 24/25
- 105/ Strasser, Die Zukunft, S. 94
- 106/ Strasser, Zum zweiten Entwurf, S. 295
- 107/ v. Oertzen, Die Aufgabe, S. 20
- 108/ v. Oertzen, Thesen, S. 21
- 109/ ebenda, S. 28
- 110/ ebenda, S. 26
- 111/ Strasser, Die Funktion des Staates, S. 86
- 112/ ebenda, S. 86
- 113/ Strasser, Vertrauensarbeit, S. 756
- 114/ ebenda, S. 756
- 115/ v. Oertzen, Thesen, S. 23 und v. Oertzen, Die Aufgabe, S. 33
- 116/ v. Oertzen, Die Aufgabe, S. 48
- 117/ Strasser, Die Zukunft, S. 155
- 118/ Steffen, Krisenmanagement, S. 41
- 119/ Steffen, Strukturelle Revolution, S. 289
- 120/ ebenda, S. 356
- 121/ Strasser, Das ist d. S. , S. 32/33
- 122/ v. Oertzen, Der Auftrag, S. 35/36
- 123/ ebenda, S. 35/36
- 124/ ebenda, S. 60
- 125/ Strasser/Löwenthal/Koschnick in: Fischer, Stamokap, S. 45/46
- 126/ v. Oertzen, Der Auftrag, S. 26
- 127/ Strasser, Die Zukunft, S. 25
- 128/ Steffen, Strukturelle Revolution, S. 255
- 129/ Steffen, Krisenmanagement, S. 142
- 130/ Strasser, Die Zukunft, S. 159
- 131/ ebenda, S. 154
- 132/ ebenda, S. 49
- 133/ ebenda, S. 154
- 134/ ebenda, S. 46
- 135/ Steffen, Strukturelle Revolution, S. 315
- 136/ ebenda, S. 392/393
- 137/ Steffen, Krisenmanagement, S. 49
- 138/ ebenda, S. 56
- 139/ ebenda, S. 68
- 140/ v. Oertzen, Thesen, S. 30
- 141/ Strasser, Plädoyer, S. 646
- 142/ Strasser, Die Zukunft, S. 24
- 143/ ebenda, S. 37
- 144/ ebenda, S. 43
- 145/ ebenda, S. 144
- 146/ v. Oertzen, Die Aufgabe, S. 31
- 147/ v. Oertzen, Thesen, S. 37
- 148/ ebenda, S. 24
- 149/ v. Oertzen, Die Aufgabe, S. 46/47
- 150/ v. Oertzen, in Fischer, Stamokap, S. 10
- 151/ Steffen, Strukturelle Revolution, S. 36
- 152/ ebenda, S. 141, 323, 339
- 153/ zit. nach: Meining, Die Jungsozialisten, S. 72
- 154/ Strasser, Die Zukunft, S. 47
- 155/ ebenda, S. 48
- 156/ Strasser, Von der Schwierigkeit, S. 56
- 157/ Strasser, Plädoyer, S. 645-650
- 158/ Strasser, Von der Schwierigkeit, S. 58
- 159/ Strasser, In: Duve, Thesenstreit, S. 123/124
- 160/ Strasser/ Löwenthal/Koschnick, in: Fischer, Stamokap. S. 44
- 161/ ebenda, S. 46

Kapitel 3.4.

- 1/ Hier sei noch einmal darauf hingewiesen, daß aus arbeitsökonomischen Gründen nur die politische Theorie der "Stamokap-Gruppe" dargestellt wird und die politische Theorie der "Anitrevisionisten" nicht berücksichtigt wird.
- 2/ Krause, Geschichte der Jungsozialisten, S. 138
- 3/ Juso-LV Berlin, Reformstrategie, S. 4
- 4/ ebenda, S. 4
- 5/ Hamburger Strategie-Papier (wie auch im Folgenden) zitiert nach Duve, Thesenstreit, S. 52
- 6/ Juso-LV Berlin, Reformstrategie, S. 3/4
- 7/ ebenda, S. 5
- 8/ Duve, Thesenstreit, S. 53
- 9/ Vgl. hierzu, Blanke/Jürgens/Kastendiek, Kritik der politischen Wissenschaft, Bd. 2, S. 414-444
- 10/ Juso-LV Berlin, Reformstrategie, S. 4/5
- 11/ Duve, Thesenstreit, S. 65
- 12/ Juso-LV Berlin, Entwurf eines Aktionsprogramms, S. 21
- 13/ Juso-LV Berlin, Reformstrategie, S. 6
- 14/ Duve, Thesenstreit, S. 50
- 15/ ebenda, S. 50
- 16/ Neumann, in: Fischer, Stamokap, S. 31
- 17/ Wand, Zur Perspektive, S. 24
- 18/ Krause, Geschichte der Jungsozialisten, S. 142
- 19/ ebenda, S. 139
- 20/ Duve, Thesenstreit, S. 69/70
- 21/ Juso-LV-Berlin, Reformstrategie, S. 6
- 22/ Duve, Thesenstreit, S. 71
- 23/ Albers, in: Fischer, Stamokap, S. 50
- 24/ Albers/Neumann, in: Duve, Thesenstreit, S. 143
- 25/ Juso-LV Berlin, Entwurf eines Aktionsprogramms, S. 25a
- 26/ Krause, Geschichte der Jungsozialisten, S. 77
- 27/ ebenda, S. 77
- 28/ Albers/Neumann/Wand, Orientierungsrahmen '85, S. 82
- 29/ ebenda, S. 81
- 30/ ebenda S. 81
- 31/ ebenda, S. 81
- 32/ ebenda, S. 81
- 33/ ebenda, S. 81
- 34/ Wand, Zur Perspektive, S. 13
- 35/ Juso-LV Berlin, Entwurf eines Aktionsprogramms, S. 8
- 36/ Krause, Geschichte der Jungsozialisten, S. 137
- 37/ ebenda, S. 138
- 38/ Albers/Neumann/Wand, Orientierungsrahmen '85, S. 76
- 39/ ebenda, S. 84
- 40/ Krause, Geschichte der Jungsozialisten, S. 114
- 41/ Juso-LV Berlin, Entwurf eines Aktionsprogramms, S. 1
- 42/ Albers/Neumann/Wand, Orientierungsrahmen '85, S. 28
- 43/ Wand, Zur Perspektive, S. 41
- 44/ Albers, in Fischer, Stamokap, S. 50
- 45/ Wand, Zur Perspektive, S. 39
- 46/ Juso-LV Berlin, Entwurf eines Aktionsprogramms, S. 10
- 47/ Juso-LV Berlin, Reformstrategie, S. 1
- 48/ Ebenda, S. 7
- 49/ Wand, Zur Perspektive, S. 13
- 50/ Juso-LV Berlin, Reformstrategie, S. 7/8
- 51/ ebenda, S. 8
- 52/ ebenda, S. 7
- 53/ Duve, Thesenstreit, S. 71
- 54/ Albers, in: Fischer, Stamokap, S. 51
- 55/ Duve, Thesenstreit, S. 71

- 56/ Juso-LV Berlin, Reformstrategie, S. 2
- 57/ Juso-LV Berlin, Entwurf eines Aktionsprogramms, S. 6-8
- 58/ Duve, Thesenstreit, S. 72
- 59/ ebenda, S. 53
- 60/ ebenda, S. 77
- 61/ Krause, Geschichte der Jungsozialisten, S. 93
- 62/ Juso-LV Berlin, Entwurf eines Aktionsprogramms, S. 9
- 63/ Albers/Neumann/Wand, Orientierungsrahmen '85, S. 29
- 64/ ebenda, S. 90
- 65/ ebenda, S. 55
- 66/ Duve, Thesenstreit, S. 76
- 67/ Krause, Geschichte der Jungsozialisten, S. 92
- 68/ ebenda, S. 93
- 69/ Albers/Neumann/Wand/ in: Duve, Thesenstreit, S. 153-156
- 70/ Krause, Geschichte der Jungsozialisten, S. 8
- 71/ Albers/Neumann/Wand/, Orientierungsrahmen '85, S. 29
- 72/ Duve, Thesenstreit, S. 56
- 73/ Juso-LV Berlin, Entwurf eines Aktionsprogramms, S. 17
- 74/ Krause, Geschichte der Jungsozialisten, S. 143
- 75/ Juso-LV Berlin, Entwurf eines Aktionsprogramms, S. 18
- 76/ Albers/Neumann/Wand, Orientierungsrahmen '85, S. 91
- 77/ Wand, Zur Perspektive, S. 17
- 78/ Juso-LV Berlin, Entwurf eines Aktionsprogramms, S. 9
- 79/ ebenda, S. 17
- 80/ Wand, Zur Perspektive, S. 32
- 81/ Juso-LV Berlin, Entwurf eines Aktionsprogramms, S. 10
- 82/ Wand, Zur Perspektive, S. 32
- 83/ Albers/Neumann/Wand, Orientierungsrahmen '85, S. 28
- 84/ Juso-LV Berlin, Entwurf eines Aktionsprogramms, S. 9 und 13
- 85/ ebenda, S. 11
- 86/ Duve, Thesenstreit, S. 153
- 87/ Wehr, Bericht, S. 4
- 88/ ebenda, S. 4-6

Kapitel 3.5

- 1/ Vgl. zur politischen Theorie der GS die Überblicksdarstellungen in Kremendahl, Volkspartei, S. 70-147 und Vogel u.a., Godesberg: Den besten Überblick über die politische Theorie der RS liefern das Buch des Arbeitsteams der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus: Zur Einführung in die Theorie des Demokratischen Sozialismus und der Aufsatz Strassers "Das ist Demokratischer Sozialismus" in: forum ds. Eine gute Zusammenfassung der Grundelemente der politischen Theorie der MS findet sich in Brauns u.a.: SPD in der Krise, S. 319-332.

Literaturverzeichnis

(Die unterstrichenen Teile der Titel dienen als Kurzbezeichnung)

- Abendroth, Wolfgang: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Mainz 1974²
- Abendroth, Wolfgang: Ein Leben in der Arbeiterbewegung-Gespräche aufgezeichnet und herausgegeben von Barbara Dietrich und Joachim Perels, Frankfurt/Main 1976.
- Abendroth, Wolfgang: "Chancen der SPD-Linken" in Wand, Kurt (Hrg.): Zur Perspektive der Sozialdemokratischen Linken, Hamburg 1973, S.5-10
- Abendroth, Wolfgang: "Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie-Programmentwurf für den Godesberger Parteitag der SPD", in Abendroth, Wolfgang: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Neuwied 1967, S.407-428
- Albers, Detlev/Neumann, Kurt/Wand, Kurt: Orientierungsrahmen 85-ohne Alternative ?, Berlin 1976
- Albers, Detlev/Paech, Norman: "Thesen zur gegenwärtigen Situation und zu den Perspektiven der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik", in Deppe, Frank (Hrg.): Abendroth-Forum, Marburg 1977, S.81-94
- Albers, Detlev: "Strategie der westeuropäischen Arbeiterbewegung", in Das Argument, Nr. 105, Berlin 1977, S.672-684
- Arbeitsteam der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus (Christian Fenner, Johannes Kandel, Johano Strasser, Hans-Peter Theurich, Fritz Vilmar, Wedigo de Vivanco-Luyken): Zur Einführung in die Theorie des Demokratischen Sozialismus, Frankfurt/Main u. Köln 1977
- Bachsleitner, Karl: "Zur Entstehung und Funktion der AfA als Arbeitnehmerflügel der SPD", in Blätter für deutsche und internationale Politik Nr.7/1976, Köln 1976, S.802-817
- Beining, Erich/Butterwegge, Christoph/Ehrig, Detlev/Kil, Hans-Dieter: "Die Jungsozialisten und der 'Stamokap'-Streit in der SPD", in Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr.1/1978, Köln 1978, S.63-82
- Benneter, Klaus-Uwe/Schreiner, Othmar: "Juso-Bundesvorsitzende zur Ansicht-Fragen an die Kandidaten", in Neue Gesellschaft, Bonn 1977, S.248-252
- Benz, Wolfgang (Hrg.): Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945-1949, München 1976
- Bernstein, Eduard: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Reinbek 1969
- Bernstein, Eduard: Texte zum Revisionismus (hrsg. von Horst Heimann), Bonn 1977
- Biedenkopf, Kurt: "Eine Volksfront in der SPD", in Der Volkswirt, Nr.10/1973, S.31-42
- Biedenkopf, Kurt: Fortschritt in Freiheit, München 1974
- Blanke, Bernhard/Jürgens, Ulrich/Kastendiek, Hans: Kritik der Politischen Wissenschaft, 2 Bände, Frankfurt/Main u. New York 1975
- Bock, Hans-Manfred: "Die 'Literaten- und Studentenrevolte' der 'Jungen' in der SPD um 1890", in Das Argument Nr.63, Berlin 1971, S.22-41
- Börnsen, Gerd: Innerparteiliche Opposition, Hamburg 1969
- Brandt, Willy: Über den Tag hinaus - Eine Zwischenbilanz, Hamburg 1974
- Brandt, Willy: Zum Auftrag des Godesberger Programms der SPD, Bonn 1975
- Brandt, Willy: Freiheit oder Sozialismus ?, Bonn 1976
- Brandt, Willy: Die Partei der Freiheit, Bonn 1974
- Brandt, Willy: "Godesberg geht es um die menschliche Gestaltung der Gesellschaft insgesamt - Rede zum 15. Jahrestag des Godesberger Programms", in Neue Gesellschaft, Bonn 1974, S.1033-1039
- Brandt, Willy/Wolff von Amerongen/Düren, Albrecht: Kurs Marktwirtschaft, in Schriftenreihe des Deutschen Industrie- und Handelstages Nr.124, Bonn 1971

- Brandt, Willy/Schumacher, Kurt/Ollenhauer, Erich: Der Auftrag des demokratischen Sozialismus, Bonn 1972
- Brandt, Willy/Schmidt, Helmut: Deutschland 1976 -zwei Sozialdemokraten im Gespräch, Reinbek 1976
- Brandt, Willy/Kreisky, Bruno/Palme, Olaf: Briefe und Gespräche, Köln 1976
- Brauns, Hans-Jochen/Jaeggi, Urs/Kisker, Klaus Peter/Zerdick, Axel/Zimmermann, Burkhard: Die SPD in der Krise -Die deutsche Sozialdemokratie seit 1945, Frankfurt/Main 1976
- Butterwegge, Christoph: Jungsozialisten und SPD-Die Widerspiegelung sozioökonomischer Entwicklungstendenzen im Verhältnis des sozialdemokratischen Jugendverbandes zu seiner 'Mutterpartei', Hamburg 1975
- Butterwegge, Christoph/Hofschien, Heinz-Gerd: "Zur gegenwärtigen Situation der SPD+Linken", in Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, Sonderheft "Tendenzwende", Berlin 1976, S.104-127
- Butterwegge, Christoph: Zur Theorie und Praxis der Jungsozialisten, Köln 1974
- Dittberner, Jürgen/Ebbighausen, Rolf: Parteiensystem in der Legitimationskrise-Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik, Ooladen 1973
- Dowe, Dieter/Klotzbach, Kurt: Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 1973
- Drechsler, Hanno: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) -Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1965
- Duve, Freimut (Hrg.): Der Thesenstreit um Stamokap-Die Dokumente zur Grundsatzdiskussion der Jungsozialisten, Reinbek 1973
- Eckert, Rainer: Das ist demokratischer Sozialismus -Eine Antwort auf Johano Strassers Frage: 'Was ist demokratischer Sozialismus ?', Frankfurt/Main 1975
- Eckert, Rainer/Seiderer, Axel: Sozialdemokratie und Jungsozialisten, Frankfurt/Main 1974
- Eichler, Willi: Zur Einführung in den demokratischen Sozialismus, Bonn 1973²
- Ehrenberg, Herbert: Zwischen Marx und Markt, München 1976
- Ehrenberg, Herbert/Strasser, Johano: "Vergesellschaftung -ein Mittel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik?-Streitgespräch", in Neue Gesellschaft, Bonn 1973, S.483-506
- Ehrenberg, Herbert: "Probleme der Investitionslenkung", in Neue Gesellschaft, Bonn 1974, S.551-554
- Ehrenberg, Herbert: "Politik gegen Arbeitslosigkeit und Inflation", in Neue Gesellschaft, Bonn 1975, S.597-601
- Ehrenberg, Herbert: "Orientierungsrahmen 85 und aktuelle wirtschaftspolitische Probleme", in Neue Gesellschaft, Bonn 1976, S.54-57
- Eppler, Erhard: Ende oder Wende ?, Stuttgart 1976
- Eppler, Erhard: Maßstäbe für eine humane Gesellschaft: Lebensstandard oder Lebensqualität, Stuttgart 1974
- Ermrich, Roland u.a. : "Bericht über die Arbeit der Kommission Orientierungsrahmen 85", in Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36, Bonn 1975
- Fenner, Christian: Demokratischer Sozialismus und Sozialdemokratie -Realität und Rhetorik der Sozialismusk Diskussion in Deutschland, Frankfurt/Main u. New York 1977
- Fischer, Jens (Hrg.): Stamokap und Godesberg -Auseinandersetzung um sozialdemokratische Praxis und Theorie 1977, Bonn 1977
- Flechtheim, Ossip K.: Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945 -Siebenter Band: Innerparteiliche Auseinandersetzungen 2.Teil, Berlin 1969
- Flohr, Heiner/Lompe K./Neumann L.F.: Freiheitlicher Sozialismus, Bonn 1973

- von Freyberg, Jutta/Fülberth, Georg/Harrer, Jürgen/Hebel-Kunze, Bärbel/Hofschen, Heinz-Gerd/Ott, Erich/Stuby, Gerhard: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863-1975, Köln 1975
- Fricke, Dieter: Die deutsche Arbeiterbewegung 1869-1914-Ein Handbuch über ihre Organisation und Tätigkeit im Klassenkampf, Berlin/DDR 1976
- Fülberth, Georg/Harrer, Jürgen: Die deutsche Sozialdemokratie 1890-1933, Darmstadt/Neuwied 1974
- Fülberth, Georg/Hofschen, Heinz-Gerd/Ott, Erich: Sozialdemokratie und Sozialismus, Köln 1973
- Gansel, Norbert (Hrg.): Überwindet den Kapitalismus oder Was wollen die Jungsozialisten, Reinbek 1971
- Glötz, Peter: Der Weg der Sozialdemokratie -Der historische Auftrag des Reformismus, München 1975
- Glötz, Peter: "Der Mannheimer Parteitag der SPD", in Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. B11, Bonn 1976
- Granow, Wladimir: Die gegenwärtige Sozialdemokratie, Köln 1973
- Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1973⁴
- Groh, Dieter: Negative Integration und revolutionärer Attentismus -Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt/Main/Berlin/Wien 1974
- Gustafson, Bo: Marxismus und Revisionismus, Frankfurt/Main 1972
- Harrer, Jürgen: "Zur Typologie und Definition sozialdemokratischer Politik", in Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 6/1974, Köln 1974, S. 569-581
- Heidermann, Horst (Hrg.): Langzeitprogramm, 5 Bände, Bonn 1972/73
- Heimann, Horst: Theoriediskussion in der SPD, Frankfurt/Main 1975
- Heimann, Siegfried/Martens, Gitta/Müller, Peter: "Die Linke in der SPD", in Prokla, Nr. 28, Berlin 1977, S. 57-107
- Hennis, Wilhelm: Organisierter Sozialismus -Zum 'strategischen' Staatsverständnis der Sozialdemokratie, Stuttgart 1977
- Hergt, Siegfried (Hrg.): Parteiprogramme, Leverkusen 1977
- Hofschen, Heinz-Gerd/Ott, Erich/Rupp, Hans Karl: SPD im Widerspruch -Zur Entwicklung und Perspektive der Sozialdemokratie im System der BRD, Köln 1975
- Huster, Ernst-Ulrich: "Theorie und Praxis des Demokratischen Sozialismus", in Franz Neumann Hrg.): Handbuch Politische Theorien und Ideologien, Reinbek 1977, S. 416-466
- Juso-Bundesvorstand: Argumente-Vergesellschaftung, Bonn 1974
- Juso-Bundesvorstand: Argumente-Demokratie und Gleichheit, Bonn 1976
- Juso-Landesverband Berlin: Möglichkeiten und Grenzen einer sozialistischen Reformstrategie -Antrag A7 zum Wiesbadener Bundeskongreß, Wiesbaden 1975
- Juso-Landesverband Berlin: Entwurf eines Aktionsprogramms: Jungsozialisten in der SPD gegen Arbeitslosigkeit und Abbau der Demokratie, für sichere Arbeitsplätze und Erhaltung der Grundrechte, Berlin 1977
- Juso-Landesverband Berlin: Berliner Strategiebereschluß 1971, Berlin 1973
- Kaden, Albrecht: Einheit oder Freiheit -Die Wiedergründung der SPD, Hannover 1964
- Kautsky, Karl: Bernstein und das sozialdemokratische Programm: eine Antikritik, 1. Auflage 1899, Nachdruck Bonn 1976
- Kautsky, Karl: Der Weg zur Macht, Berlin 1909
- Kettenbach, Hans-Werner: Der lange Marsch der Bundesrepublik -Aufgabe und Chancen der inneren Reformen, Düsseldorf 1971
- Klönne, Arno: "Sozialdemokratie-Eine Agentur kapitalistischer Interessen ?", in Kühnl, Reinhard (Hrg.): Der bürgerliche Staat der Gegenwart-Band 2, Reinbek 1972, S. 57-86
- Köser, Helmut: "Innovationsprozesse in der SPD", in Politische Vierteljahresschrift, Jhrg. 16 (1975), S. 29-54

- Kramm, Lothar: Stamokap - eine kritische Abgrenzung - Zu der Rolle des Staates in der demokratisch-kapitalistischen Gesellschaft, Bonn 1974
- Kremendahl, Hans: Nur die Volkspartei ist mehrheitsfähig: Zur Lage der SPD nach der Bundestagswahl 1976, Bonn 1977
- Krause, Hartfrid: Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt/Main 1975
- Krause, Wolfgang/Wehr, Andreas/Weinsen, Hans Willi: Zwischen Anpassung und sozialistischer Politik - Zur Geschichte der Jungsozialisten seit 1945, Berlin 1975
- Krumbein, Wolfgang: Die antimonopolistische Demokratie - Kritik der Strategie der kommunistischen Parteien und ihrer Begründung in der Stamokap-Theorie, Saarbrücken 1975
- Küpper, Jost: Die SPD und der Orientierungsrahmen 85, Bonn 1977
- Lehnert, Detlef: Reform und Revolution in der Strategiediskussion der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 1977
- Liese, Hans-J.: Zielvorstellungen der Parteien, München 1976
- Link, Werner: Die Geschichte des Internationalen Jugendbundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes - Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim am Glan 1964
- Löwenthal, Richard: Sozialismus und aktive Demokratie, Frankfurt/Main 1974
- Marx, Karl: Kritik des Gothaer Programms, Berlin/DDR 1972
- Matthias, Erich: Mit dem Gesicht nach Deutschland, Düsseldorf 1968
- Mauersberger, Volker (Hrg.): Wie links dürfen Jusos sein?, Reinbek 1974
- Mayer, Udo/Stuby, Gerhard: Die Entstehung des Grundgesetzes - Beiträge und Dokumente, Köln 1976
- Miller, Susanne: Die SPD vor und nach Godesberg, Bonn 1974
- Miller, Susanne: "Grundwerte in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie", in Aus Politik und Zeitgeschichte, B11/1976, Bonn 1976
- Mommsen, Hans: Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt/Main 1974
- Müller, Emil-Peter: Demokratischer Sozialismus und reale Politik, Köln 1976
- Müller, Emil-Peter: Jungsozialisten zwischen Reform und Revolution, Köln 1974
- Narr, Wolf-Dieter/Scheer, Hermann/Spörri, Dieter: SPD - Staatspartei oder Reformpartei?, München 1976
- Narr, Wolf-Dieter: CDU - SPD - Programm und Praxis seit 1945, Stuttgart 1966
- von Oertzen, Peter: Thesen zur Strategie und Taktik des demokratischen Sozialismus, Bonn 1975
- von Oertzen, Peter: Die Aufgabe der Partei, Bonn 1974
- von Oertzen, Peter: "Die Grundwerte im Orientierungsrahmen 85", in Neue Gesellschaft, Bonn 1975, S. 264-266
- von Oertzen, Peter: "Freiheitlich-demokratische Grundordnung und Rätssystem", in Denninger, Erhard (Hrg.): Freiheitlich-demokratische Grundordnung, Band 1, Frankfurt/Main 1976, S. 208-224
- von Oertzen, Peter/Narr, Wolf-Dieter: "Kontroverse über den Orientierungsrahmen 85 der SPD", in forum ds, Karlsruhe 1976, Heft 1, S. 147-165
- von Oertzen, Peter/Ehmke, Horst/Ehrenberg, Herbert: Der Orientierungsrahmen 85 - Texte und Diskussion
- Osterroth, Franz: "Der Hofgeismarer Kreis der Jungsozialisten", in Archiv für Sozialgeschichte, Bonn 1964, S. 525-569
- Osterroth, Franz: Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 1976
- Potthoff, Heinrich: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, Bonn 1974
- Pozzoli, Claudio (Hrg.): Jahrbuch der Arbeiterbewegung Band 3: Die Linke in der Sozialdemokratie, Frankfurt/Main 1975

- Raschke, Joachim: Innerparteiliche Opposition -Die Linke in der Berliner SPD,
- Hamburg 1974
- Raschke, Joachim: Welche Veränderungschance hat die SPD-Linke?, Göttingen 1974
- Raschke, Joachim: Organisierter Konflikt in westeuropäischen Parteien -Ver-
gleichende Analyse innerparteilicher Oppositionsgruppen,
Opladen 1977
- Raschke, Joachim/Kaste, Hermann: "Zur Politik der Volkspartei", in Narr, Wolf-Dieter
(Hrg.): Auf dem Weg zum Einparteienstaat, Opladen 1977, S.26-74
- Roth, Wolfgang (Hrg.): Investitionslenkung -Ergebnisse einer Diskussion zwischen
jungen Unternehmern und Sozialdemokraten zum Problem von
Markt und Lenkung, Reinbek 1976
- Roth, Wolfgang (Hrg.): Kommunalpolitik für wen? -Arbeitsprogramm der Jungsozia-
listen, Frankfurt/Main 1973³
- Ristock, Rudi: Mitte links, Bonn 1977
- Sandkühler, Hans-Jörg: "Sozialdemokratische Philosophie", in Marxistische
Blätter, Nr.2/1977, Frankfurt/Main 1977, S.23-30
- Sandkühler, Hans-Jörg/de la Vega, Rafael: Marxismus und Ethik -Texte zum neu-
kantianischen Sozialismus, Frankfurt/Main 1974²
- Schacht, Kurt: Bilanz sozialdemokratischer Reformpolitik, Frankfurt/Main 1976
- Schelsky, Helmut: "Mehr Demokratie oder mehr Freiheit?", in Denninger, Erhard (Hrg.)
Freiheitliche demokratische Grundordnung, Band 1, Frankfurt/
Main 1976, S.419-444
- Schmidt, Christian: Grundrisse der Juso-Strategie, Göttingen 1975
- Schmidt, Eberhard: "Thesen zur Entwicklung der SPD-Linken nach 1945", in Pozzoli,
Claudio (Hrg.): Jahrbuch der Arbeiterbewegung Band 3: Die
Linke in der Sozialdemokratie, Frankfurt/Main 1975, S.171-177
- Schmidt, Helmut: Kontinuität und Konzentration, Bonn 1975
- Schmidt, Helmut: Als Christ in der politischen Verantwortung, Gütersloh 1976
- Schmidt, Helmut: "Die öffentliche Diskussion hat sich gedrückt -Zum Thema Orien-
tierungsrahmen", in Neue Gesellschaft, Bonn 1973, S.236-247
- Schuon, Karl Theodor: "Typologie und kritische Theorie", in Das Argument, Nr.50,
Berlin 1972⁴, S.93-124
- Schwan, Alexander u. Gesene: Sozialdemokratie und Marxismus, Hamburg 1974
- See, Hans-Ulrich: "Die SPD als Kommunal- und Staatspartei", in Ebbighausen, Dieter
(Hrg.): Bürgerlicher Staat und politische Legitimation,
Frankfurt/Main 1977, S.412-454
- See, Hans-Ulrich: "Strukturwandel und Ideologieprobleme der SPD -eine empirische
Studie", in Narr, Wolf-Dieter (Hrg.): Auf dem Weg zum Ein-
parteienstaat, Opladen 1977, S.75-122
- Seifert, Jürgen: "Linke in der SPD (1945-1968)", in Blanke, Bernhard (Hrg.): Die
Linke im Rechtsstaat Band 1: Bedingungen sozialistischer
Politik 1945-1965, Berlin 1976, S.236-266
- SOAK: Staat und SPD im Monopolkapitalismus, Göttingen 1973
- SOVEC: Strategien für eine sozialistische Regierung, Göttingen 1975
- SOVEC: Strategiediskussion im Juso-Bezirk Hannover, Göttingen 1977
- SPD-PV: Orientierungsrahmen 85-Synoptischer Überblick, Bonn 1975
- SPD-PV: Orientierungsrahmen (2.Entwurf), Bonn 1975
- Staritz, Dietrich (Hrg.): Das Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen 1976
- Steffen, Joachim: Strukturelle Revolution -Von der Wertlosigkeit der Sachen,
Reinbek 1976
- Steffen, Joachim: Krisenmanagement oder Politik?, Reinbek 1975
- Steffen, Joachim: "Versuch über verbindliche Grundwerte", in Neue Gesellschaft,
Bonn 1975, S.92-97
- Strasser, Johano: Die Zukunft der Demokratie -Grenzen des Wachstums -Grenzen der
Freiheit?, Reinbek 1977
- Strasser, Johano: "Was ist demokratischer Sozialismus?", in forum ds, Heft 1,
Karlsruhe 1976, S.13-35
- Strasser, Johano: "Einige Bemerkungen zum Demokratiebegriff der Sozialdemokratie"
in Neue Gesellschaft, Bonn 1974, S.547-551
- Strasser, Johano: "Investitionslenkung -Reizwort oder Sachproblem?", in Neue
Gesellschaft, Bonn 1975, S.891-895

- Strasser, Johano: "Von der Schwierigkeit das Übel an der Wurzel zu packen-
Zum Juso-Bundeskongreß", in Neue Gesellschaft, Bonn 1974, S. 56-59
- Strasser, Johano: "Zum zweiten Entwurf des Orientierungsrahmen 85", in Neue
Gesellschaft, Bonn 1975, S. 292-297
- Strasser, Johano: "'Vertrauensarbeit' und Parteiorganisation", in Neue Gesell-
schaft, Bonn 1976, S. 755-757
- Strasser, Johano: "Die Funktion des Staates und Die Möglichkeit sozialdemokra-
tischer Reformpolitik im spätkapitalistischen System der
BRD", in Greven, Michael Th./Guggenberger, Bernd/Strasser, Johano:
Krise des Staates? -Zur Funktionsbestimmung des Staates im
Spätkapitalismus, Neuwied 1975, S. 61-104
- Strasser, Johano: "Plädoyer für ein Überdenken der sozialistischen Zielvor-
stellung", in Das Argument, Nr. 105, Berlin 1977, S. 645-650
- Strutinsky, Peter: Die Auseinandersetzung zwischen Marxisten und Revisionisten
in der deutschen Arbeiterbewegung um die Jahrhundertwende,
Köln 1976
- Vogel, Hans-Jochen/Ruhnau, Heinz/Buschfort, Hermann: Godesberg und die Gegenwart,
Bonn 1975
- Vogel, Hans-Jochen: Grundfragen des demokratischen Sozialismus, Bonn 1974
- Vogel, Hans-Jochen: Reale Reformen, München 1973
- Vogel, Hans-Jochen: "Im Geiste Godesbergs -Zum Entwurf des Orientierungsrahmens",
in Neue Gesellschaft, Bonn 1975, S. 275-278
- Vogel, Hans-Jochen: "Staat und Recht in sozialdemokratischer Sicht", in Neue
Gesellschaft, Bonn 1976, S. 748-752
- Voigt, Karsten: "Zur Strategie systemüberwindender Reformen", in Bussiek, Hendrik
(Hrg.): Wege zur veränderten Gesellschaft, Frankfurt/Main 1971,
S. 71-102
- Vilmar, Fritz: "Demokratischer Sozialismus", in Neue Gesellschaft, Bonn 1975,
S. 583-590
- Vilmar, Fritz: Strategie der Demokratisierung, 2 Bände, Neuwied 1974
- Wand, Kurt: Zur Perspektive der sozialdemokratischen Linken, Hamburg 1973
- Weber, Hermann: Das Prinzip Links, o.O. 1973
- Wehr, Andreas: Juso-Bundeskongreß in Wiesbaden -Bericht der Berliner Delegation,
Berlin 1975
- Weisser, Gerhard: Freiheit durch Sozialismus? Göttingen 1973
- Wieczorek-Zeul, Rosmarie: "Jusos in der Krise", in Neue Gesellschaft, Bonn 1977,
S. 593-598
- Wollner, Friedhelm: Demokratischer Sozialismus und Langzeitprogramm -Diskussions-
beiträge zum Orientierungsrahmen 85 der SPD, Reinbek 1973
- Zeuner, Bodo: "Zur SPD-Bindung der Gewerkschaften", in Prokla Nr. 26, Berlin 1976,
S. 3-32
- Luxemburg, Rosa: Ausgewählte politische Schriften in drei Bänden, Frankfurt/Main
1971
- Luxemburg, Rosa: Die Akkumulation des Kapitals, Frankfurt/Main 1971
- Gleissberg, Gerhard: SPD und Gesellschaftssystem -Aktualität der Programmdis-
kussion 1934 bis 1946, Frankfurt/Main 1973
- Ritsert, Jürgen: Inhaltsanalyse und Ideologiekritik, Frankfurt/Main, 1975²

Erklärung

Hiermit erkläre ich ehrenwörtlich, daß ich die vorliegende Arbeit selbstständig angefertigt habe. Die aus fremden Arbeiten entnommenen Gedanken und Zitate sind als solche gekennzeichnet.

Diese Arbeit wurde bisher keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

München, den 14.4.1978

Lebenslauf

Am 13.3.1953 wurde ich als Sohn des Ingenieurs Viktor Wolowicz und seiner Gattin Erna Wolowicz, geborene Tidhalm, in Aschau/Kreis Mühl-dorf, am Inn geboren.

Dort besuchte ich von 1959 bis 1963 die Grundschule.

Von 1963 bis 1973 absolvierte ich das Ruperti-Gymnasium in Mühl-dorf am Inn, an dem ich im Juni 1973 die Reifeprüfung ablegte.

Seit dem Wintersemester 1973/74 studiere ich an der Ludwig-Maximilians-Universität München Politische Wissenschaft, Kommunikationswissenschaft und Soziologie.

München, den 14.4.1978